

Digitalisierung: Entspannt euch, es kommt gut

DIE WELTWOCHEN

Nummer 44 – 2. November 2017 – 85. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

**Magie
des Geldes**
Die definitive Finanzbeilage mit
Oswald Grübel, Gunther Schnabl u. a.



Im Gespräch
Christoph Blocher
über alles

Einbürgerung
Ein Schweizer
namens «Jihad»

Supermächte
Keine Angst
vor China


**Was ist
eigentlich
Sexismus?**



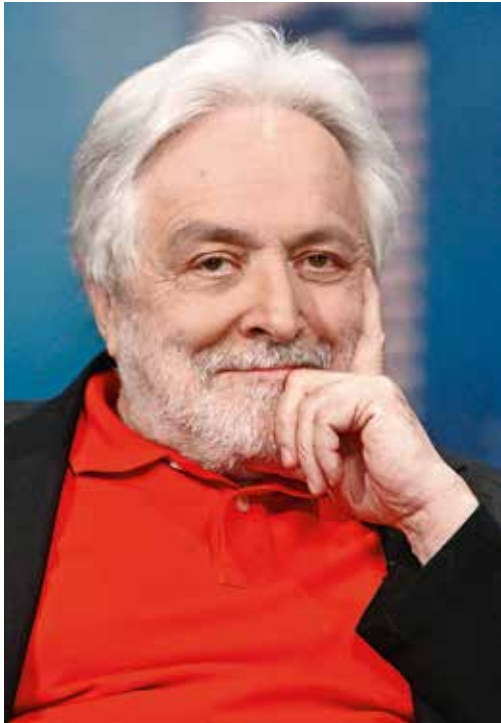


TYPE XXI 3817
HISTORY IS STILL BEING WRITTEN...

LOUIS BREGUET (1880-1955) LUFTFAHRTPIONIER
UND BERÜHMTER FLUGZEUGBAUER – WWW.BREGUET.COM


Breguet
Depuis 1775

In dieser Ausgabe versuchen wir, einige der grossen Gegenwartsthemen einzufangen, und zwar, wie es bei dieser Zeitung Brauch ist, von einer anderen Seite, als man es von den Medien gewohnt ist. Wir drehen den Fall Weinstein



Gegen den moralischen Feureifer: Henryk M. Broder.

weiter, der immer noch viel zu reden gibt. Ist «Sexismus» das grosse Problem in unseren Konzernetagen? Haben wir es bei uns mit einer ausbeuterischen, frauenfeindlichen Machokultur zu tun? Was eigentlich ist Sexismus genau? Diese Themen zirkeln wir aus unterschiedlichen Perspektiven ab. Unser Kolumnist Henryk M. Broder mokiert sich über den moralischen Feureifer und stellt fest: Nirgends werden Frauen weniger diskriminiert als im Westen. In einer grossen Umfrage von Taki bis Tamy Glauser ergründen Prominente die begriffliche Allzweckwaffe «Sexismus». Ganz anders dann die feministische Autorin Julie Burchill aus London: Sie findet es grossartig, dass jetzt so viele Frauen gegen die Machos in den Konzernen aufstehen. **Seiten 18–23, 58**

China. Die Weltmacht aus dem Osten, die sich selber als Weltmittelpunkt sieht, schickt sich an, die Amerikaner zu überholen als Wirtschaftsnation Nummer eins. Auch militärisch ist Konkurrenzkampf angesagt. Der Aufstieg Chinas wirft Wellen bis in die Schweiz. Politiker fordern, der Staat solle chinesischen Firmen verbieten, schweizerische Unternehmen aufzukaufen. Ist das richtig? Oder gerade falsch? Wir erörtern mit ausgewiesenen, erfahrenen Experten diese Grundfragen. Zum

einen analysiert Christoph Blocher, Doyen der SVP und Erfolgsunternehmer auch und gerade in China, wie der asiatische Riesenstaat einzuschätzen sei. Er sieht es gelassen und zeigt sich fasziniert. Antichinesische Gesetze seien völlig falsch. Etwas anders sieht es Jonathan Fenby, Buchautor und Ostasienkenner. Er liefert einen Blick in die chinesische Seele, aber auch aufs Machtgebaren der Elite. Und zum Dritten: Nächste Woche trifft US-Präsident Trump Chinas neuen Kaiser Xi in Peking. Mit Blick auf dieses Treffen wertet Auslandchef Urs Gehrig seine ausgedehnten und exklusiven Gespräche mit Steve Bannon aus, dem ehemaligen Trump-Berater, der jetzt zum Wirtschaftskrieg gegen das «ausbeuterische» China aufruft. Drei Perspektiven, drei Wahrheiten. **Seiten 28, 50, 52**

Die Welt ist interessant, die Politik bewegt sich. Vieles bricht auf, die Unübersichtlichkeit nimmt zu. Zur Standortbestimmung und Gesamtschau haben wir uns mit dem Mann zusammengesetzt, der wie kein Zweiter in der Schweiz die grossen Zeiträume nicht nur überblickt, sondern politisch miterlebt und mitgestaltet hat: Christoph Blocher. In einem Interview «über alles» diskutieren wir die entscheidenden Gegenwartsfragen. Fazit: «Der Mensch lebt im Kleinen.» **Seite 28**

Last, but not least: Mit dieser Ausgabe verabschiedet sich unser Kollege Alex Reichmuth. Der Basler geht zur *Basler Zeitung*. Reichmuth hat in diesem Blatt über Jahre Akzente gesetzt in unterschiedlichen Dossiers: Klima, Umweltpolitik, Sozialmissbrauch, Asyl. Wir danken ihm von Herzen und wünschen ihm und seiner Familie für die Zukunft alles Gute!

Ihre Weltwoche

GESTRESST?
ÜBERFORDERT?
ERSCHÖPFT?

Zeit für eine Auszeit.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.

SEEKLINIKBRUNNEN

Seeklinik Brunnen AG
Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 322.– (inkl. MwSt.)

Schnupperabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),

Beat Gygi (*Wirtschaft*), René Zeller (*Bundespolitik*)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*),
Wolfgang Koydl, Hubert Mooser,
Christoph Mörgeli, Alex Reichmuth,
Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Andreas Honegger, Peter Holenstein,
Mark van Huiseling, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Franziska K. Müller, Matthias Matussek,
Daniela Niederberger, Linus Reichlin,
Peter Ruch, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin,
David Schnapp, Hildegard Schwanager,
Sacha Verna (*New York*), Max Wey,
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),

Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler,

Julia Dunlop (*Assistentin*)

Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*),

Viola Antunovits, Renate Brunner,

Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),

Gabriel Lotti, Brita Vassalli

Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (*Leitung*)

Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH

Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Druck: Print Media Corporation, PMC,

Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise
oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier,
das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.
Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Degussa



GOLD UND SILBER.



DIE MAGIE DES GOLDES. SEIT 6000 JAHREN EINE GANZ RATIONALE ENTSCHEIDUNG.

Seit mehr als 6000 Jahren hat Gold alle Weltreiche, alle Währungen und damit auch alle Finanzblasen überdauert. Das wird auch in Zukunft so bleiben – weil physisches Gold anders als Papierwährungen nicht beliebig vermehrbar ist. Als grösster bankenunabhängiger Edelmetallhändler in Europa stellen wir mit Ihnen Ihr persönliches Portfolio aus Barren und Münzen zusammen. Gerne können Sie Ihre Wertanlagen auch in Ihrem Schrankfach bei uns lagern.

**DEGUSSA-
GOLDHANDEL.CH**

Verkaufsgeschäfte:

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 044 403 41 10

Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: 022 908 14 00



Der Weinstein in uns

Um den Fall des Filmproduzenten ist ein weltfremder Opferkult entstanden. Von Roger Köppel

Achtung, ich betrete ein Minenfeld. Jedes Wort kann gegen mich ausgelegt, mir so im Mund verdreht werden, dass auch ich in der gegenwärtigen Post-Weinstein-Sexualbelästigungs-Hysterie plötzlich als Weinstein-Versteher und, Gott behüte, als «Sexismus»-Verharmloser dastehen könnte. Jeder, der die mutmasslichen Übergriffe des Produzenten-Grüsel aus Hollywood nicht in den allerschärfsten Worten verurteilt und darauf verzichtet, dessen Untaten weltgeschichtlich irgendwo zwischen Dschingis Khan und Idi Amin einzuordnen, lenkt unweigerlich den Verdacht auf sich, heimliche Sympathien zu hegen für den amerikanischen Schmuddel-Mogul, der laut Zeugenberichten vielen Frauen während Jahrzehnten unsittlich an die Wäsche ging.

Oder ist das jetzt schon zu ironisch-verharmlosend formuliert?

Um Missverständnisse zu verhindern, schicke ich im Sinne einer Unangreifbarkeitsklärung voraus: Selbstverständlich verurteile ich sexuelle Belästigung in aller Form. Es widerte mich schon während des Studiums an, all diesen Feministen dabei zuzusehen, wie sie vor den Feministinnen feministische Bücher zitierten mit dem einzigen Ziel, möglichst viele Feministinnen flachzulegen. Obschon im Fall Weinstein noch kein Richter urteilte, gehe ich davon aus, dass sich die Vorwürfe gegen ihn mehrheitlich als wahr herausstellen werden.

Was nun aber wirklich irritiert, ist die Diskussion im Gefolge der Affäre. Die Debatte ist nicht nur weltfremd, sie ist gefährlich.

Weltfremd ist, wenn plötzlich alle so überrascht und schockiert tun, dass es in Hollywood Produzenten und Schauspielerinnen gibt, die miteinander ins Bett gehen, obschon zwischen ihnen nicht das Feuer der ewigen Liebe lodert. Dass im Sündenbabel der Filmindustrie sexuelle Räuber zugange sind, die immer wieder willige Lustobjekte finden, die sich für Geld, Karriere, Ruhm oder alles zusammen mit den Beutejägern einlassen, dürfte sich schon vor den Weinstein-Enthüllungen herumgesprochen haben. Wer auf die Keuschheit seiner Tochter Wert legt, sollte ihr vielleicht nicht unbedingt eine Laufbahn in der Traumfabrik an der amerikanischen Westküste ans Herz legen. Das aber wussten wir auch ohne Harvey.

Natürlich gibt es widerliche, grössenwahnsinnige Typen in Hollywood, die glauben, sich

gegenüber Frauen alles herausnehmen zu können. Wahr ist aber auch: Keine der Frauen, die sich jetzt zum Teil nach über zwanzig Jahren erstmals beklagen, wurde gezwungen, mit Weinstein zusammenarbeiten zu wollen. Und jede dieser Frauen wusste, was bei diesem laut Medienberichten branchenweit berühmten Belästiger auf sie zukam, wenn sie in einen seiner «Honigtöpfe» stieg. Viele Frauen haben Weinsteins sexuelle Avancen zurückgewiesen. Andere machten mit, weil sie sich dadurch wohl karrieremässig Vorteile erhofften. Ihre Anschuldigungen scherbeln gewaltig. Es war das uralte Gegengeschäft: Der Mann will Sex. Die Frau will Geld und Karriere. Der Mann setzt auf die Macht seiner Position. Die Frau setzt auf die Macht ihrer Schönheit. Der Tauschhandel funktioniert, solange beide profitieren. Willkommen in der Wirklichkeit.

Es ist gut, dass übergriffige Chefs wie Weinstein abtreten müssen. Wir erleben es auch in der Politik. Neue Kräfte putzen die maroden Führungsschichten weg. Das System funktioniert. Klar, es hätte alles früher herauskommen können, aber vielleicht hielten es die Frauen vor allem auch deshalb unter dem Deckel, weil sie – dunkles Geheimnis – Harvey Weinsteins Produzentengenieur für ihre Zwecke nutzen wollten und seine Schweinereien deshalb nicht als eingeschüchterte Opfer, sondern als insgeheim kalkulierende Karrieristinnen tolerierten. Solange Weinstein lieferte, lohnte es sich nicht, ihn abzuschliessen. Jetzt ist er über sechzig. Der Zenit ist über-

schritten, die Erfolge liegen Jahre zurück. Man kann ihn fallenlassen. Wobei sie ihn nicht fallenlassen würden, wenn er sich anständiger verhalten hätte.

Nichts, was hier geschrieben wird, rechnet fertig oder verharmlost sexuelle Belästigung. Aber bitte hört jetzt auf mit diesem Opfertheater. Es scheint fast so, als sei im Zuge der Weinstein-Affäre ein neues zivilisatorisches Ideal entstanden. Alle wollen Opfer sein. Es erinnert ein bisschen an die Hysterie in den neunziger Jahren, als auf einmal ungezählte Frauen

ihre Väter beschuldigten, als Babys von ihnen missbraucht worden zu sein. Woher diese Massenbewegung kam, weiss ich nicht, aber sicher spielte die Psychoanalyse eine wichtige Rolle. Den Therapeuten war es gelungen, ihren Patientinnen den felsenfesten Glauben einzupflanzen, sie seien das Opfer väterlicher Übergriffe in einer Frühzeit, an die sie sich gar nicht mehr erinnern konnten. Das Ganze verbrodelte irgendwo zwischen Selbst-Hypnose, Psycho-Voodoo und Hexensabbat, aber für die Väter war es brandgefährlich.



Menschheitsgeissel.

Ähnlich verläuft die Sexpest-Debatte um den Weinstein-Fall. «Sexismus» ist jetzt die grosse Menschheitsgeissel, wobei natürlich keiner genau weiss, was damit gemeint sein soll. Auch hier fällt die Guillotine der Moral, lange bevor die ordentlichen Gerichte tagen. Aus den Abgründen der Vergangenheit steigen die Giftdämpfe hoch, Verjährungsfristen kann es bei Verbrechen dieser Grössenordnung selbstverständlich keine geben. Eben wurde der homosexuelle Schauspielerstar Kevin Spacey an den Pranger gestellt, weil er einen Jungen vor rund dreissig Jahren an einer Party im betrunkenen Zustand sexuell missbraucht haben soll. Scheue Gegenfrage: Warum brauchte das Opfer dreissig Jahre, um sich an die Gräuel zu erinnern? Die Anwälte lassen derweil die Champagnerkorken knallen.

Woher das alles kommt? Offenbar haben viele Menschen ein Bedürfnis, als Opfer ernst genommen, gepampert und betrauert zu werden. Als Opfer ist man gefragt, man kommt im Fernsehen, redet aus moralisch erhöhter Position. Das Opfer als Idol, als gesellschaftliche Autorität. Mit dem Opferkult kommt die politische Korrektheit, kommt die Tyrannei des öffentlichen Mitleids, der richtigen Gesinnung. Ein rasendes Frömmertum breitet sich aus. Man muss sich solidarisch zeigen als leidender Mitkämpfer gegen das Böse. Weinstein ist überall, vor allem in uns Männern. Wer nicht mitmacht, ist bereits ein halber Täter. Liebe Frauen, lasst es gut sein mit Harvey.

Gelenkprobleme soll man nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Gelenk- und Sportchirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.

PYRAMIDE KLINIK AM SEE



Kapitän für Reiche: Christian Mühleck. Seite 88



Harte Bandagen: Suzanne Thoma. Seite 14



«Merkel rief die Willkommenskultur aus, um die Linke zu schwächen. Mit Erfolg.»

Christoph Blocher: Seite 28

Titelgeschichte

- 5 **Editorial** Sex und Macht
- 18 **Pizza im Décolleté** Henryk M. Broder zur Sexismus-Debatte
- 20 **Was ist eigentlich Sexismus?** Zehn Persönlichkeiten über den Begriff, der zurzeit in aller Munde ist
- 23 **Omertà und Immunität** Frankreich im Taumel der Weinstein-Affäre
- 58 **Julie Burchill** Warum die #MeToo-Debatte fällig war

Kommentare & Analysen

- 11 **Jihad wird Schweizer**
- 12 **Alain Berset** Überforderter Sozialminister
- 13 **Medien Steroide für Admeira**
- 13 **Asylpolitik** Rosa Wünsche
- 14 **Kopf der Woche** Suzanne Thoma, BKW-Chefin
- 24 **Mörgeli** Vom Wolf zum Lämmchen
- 24 **Bodenmann** Ermotti: «Ciao, bello, ciao»
- 27 **Medien** Wer rettet den Erretter?
- 27 **Die Deutschen** Herzenswarm

Interview

- 28 **Christoph Blocher** Eine Standortbestimmung zur Lage der Welt und der Schweiz

Inland

- 35 **Endstation Rauchverbot** Die Raucher-Lounges der SBB
- 36 **Digitalisierung** Besser als ihr Ruf
- 39 **Ignazio Cassis** Der Einstand des Bundesratsneuling
- 40 **Gläserner Bürger** Banken, Swisscom, SBB und Post wollen die digitale Identifikation sämtlicher Einwohner
- 42 **Justiz** Martin Schubarth über überbordende Menschenrechte
- 43 **Kind statt Karriere** Junge Frauen bevorzugen die klassische Familie

Ausland

- 50 **Xi Jinping** Chinas Präsident will die Welt neu ordnen
- 52 **Steve Bannon** Trumps ehemaliger Chefstrategie über Amerika und China
- 53 **Trump's Woche** «Grandios»

Wirtschaft & Wissenschaft

- 34 **Economiesuisse** Wirtschaftsspitze macht's mit links
- 44 **«Entrepreneur of the Year»** Eindrückliche Schweizer Erfolge
- 47 **Gutmenschen-Bürokratie** Thomas Matter zur Konzernverantwortungsinitiative
- 48 **Ruth Baumann-Hölzle** Mutige Stimme zu Organspende, Embryonenauswahl und Sterbehilfe
- 54 **Erfinder der russischen Revolution** Ohne Alexander Parvus wäre die Weltgeschichte anders verlaufen

Extra: Magie des Geldes

- 70 **Sandra Lienhart, Gunther Schnabl, Oswald J. Grübel etc.** Gespräche, Umfragen, Analysen und Empfehlungen

Tonda Chronor
Bis ins kleinste Detail
in der Schweiz hergestellt
parmigiani.com

PARMIGIANI
FLEURIER



Welche, wenn nicht diese?

ASCONA GIOIELLI-OROLOGI HERSCHMANN | BASEL GÜBELIN | BERN GÜBELIN | INTERLAKEN KIRCHHOFER | KLOSTERS MAISEN
LUGANO GÜBELIN | LUZERN GÜBELIN, LES AMBASSADEURS | ST. GALLEN LABHART-CHRONOMETRIE | ST. MORITZ GÜBELIN
ZERMATT HAUTE HORLOGERIE SCHINDLER | ZUG LOHRI | ZÜRICH GÜBELIN, LES AMBASSADEURS



Hang zur Extravaganz: Marlene Dietrich. Seite 62



«Russische Paris Hilton»: Xenia Sobtschak. Seite 56

Kultur & Gesellschaft

- 56 **Ikone der Woche**
Xenia Sobtschak, Kreml-Herrin
- 58 **Julie Burchill** An einen
Wahnsinnigen gekettet
- 60 **Massimo Rocchi** Andreas Thiel
über den Schweizer Komiker
- 61 **Zu gut fürs Fernsehen**
Die neue SRF-Krimiserie «Wilder»
- 62 **Marlene und Liesel Dietrich**
Zwei Schwestern, die sich verleugneten

Rubriken

- 11 **Im Auge** George Weah
- 16 **Personenkontrolle**
- 17 **Nachruf** Fats Domino
- 64 **Die Bibel** Wem gegeben und
wem genommen wird
- 64 **Knorr**
«Thor: Ragnarok»
- 65 **Knorrs Liste**
- 65 **Jazz**
Irène Schweizer – Joey Baron
- 66 **Thiel** Zur Schnecke
- 66 **Namen**
Grosser Philanthrop
- 66 **Fast verliebt** No pasarán!
- 67 **Unten durch** Millionär
- 68 **Wein** Unbekannter Star
von der Loire
- 68 **Zu Tisch**
Eleven Madison Park, New York
- 69 **Auto**
Cadillac CT6 3.0TT AWD Platinum
- 90 **Darf man das?/** Leserbriefe

Warum man beim Anlegen nicht auf den Bauch hören, sondern auf umfassendes Expertenwissen setzen sollte.

Aufgrund der stetig steigenden Informationsflut, verlassen wir uns bei vielen wichtigen Entscheidungen auf unser Bauchgefühl – auch bei Geldanlagen. Das kann riskant sein, wer kennt schon die Märkte gut genug, um selbst erfolgversprechende Anlageentscheide zu treffen? Diese Lücke schliesst ab Januar die neue Anlagewelt der Zürcher Kantonalbank mit ihrem interdisziplinär agierenden Expertenteam, von dem auch Kunden mit Vermögensverwaltungs- und Anlageberatungsprodukten profitieren können.

In gewissen Situationen mag Bauchgefühl durchaus nützlich sein. Aber es basiert weder auf gesicherten Fakten noch auf handfesten Argumenten – besonders bei komplexen Themen. Das gilt speziell im Umfeld von Geldanlagen, wo ein Entscheid über kurz oder lang ungeahnte Folgen haben kann.

Mit Vorteil sollte man darum als Anleger ausgewiesene Experten hinzuziehen, die die Märkte, ihr Umfeld und ihre Gesetzmässigkeiten kennen, lange Erfahrung mitbringen, mit professionellen Systemen arbeiten und wissen, wann man investiert oder wann man sich besser aus einer Anlage zurückzieht. Genau dieses Expertenwissen ist die Stärke der neuen Anlagewelt der Zürcher Kantonalbank.

Bankeigene Spezialisten entwickelten umfassende Berechnungsmodelle für Risiko und Rendite. Sie richten die Anlagen der Kunden strategiegerecht aus und passen sie optimal an die aktuelle Marktsituation an, um Potenziale zu erschliessen und Risiken zu reduzieren.

Verschiedene Disziplinen ergeben ein umfassendes Ganzes

Wer sich ein ganzheitliches Bild verschaffen und alle relevanten Faktoren berücksichtigen will, muss zwingend verschiedene Perspektiven einnehmen. Nur so lassen sich Finanzmärkte systematisch verfolgen, Trends rechtzeitig erkennen und die bestmöglichen Anlageempfehlungen definieren – selbstverständlich immer mit Fokus auf die individuellen Bedürf-

nisse des Kunden und unter Berücksichtigung eines optimalen Verhältnisses von Risiko und Rendite.

Darum setzt sich das Investment-Komitee der Zürcher Kantonalbank aus Fachexperten unterschiedlicher Disziplinen zusammen, deren Teams systematisch relevante Informationen sammeln, vertieft analysieren und sich regelmässig untereinander austauschen. Dazu gehören Ökonomen, Mathematiker und Physiker ebenso wie Analysten von Geopolitik, Anlageklassen und Portfoliomanager. Einmal pro Monat – oder ad-hoc bei wichtigen Markt-ereignissen – analysiert und debattiert das Investment-Board gemeinsam die aktuelle Lage und erarbeitet die Anlagepositionierung für den nächsten Monat.

Vorausschauend denken, systematisch handeln und taktisch umsetzen

Dabei basiert diese Meinungsbildung nicht nur auf Daten aus der Vergangenheit. Vielmehr antizipieren die Experten unter der Leitung des Chief Investment Officer, Christoph Schenk, kommende Entwicklungen und richten die Anlagen auf die zukünftigen Erwartungen aus. Um die Anlagepolitik optimal zu gestalten, identifizieren die Experten dabei systematisch die am besten geeigneten Anlageinstrumente als Grundlage der Anlageempfehlungen. Nach der Umsetzung findet eine permanente Risikoüberwachung aller Anlagen statt.

So komplex Anlageentscheide auch sind: Beim Gestalten ihrer taktischen Anlagepolitik berücksichtigt die Zürcher Kantonalbank alle relevanten äusseren Faktoren. Anlagekunden profitieren nicht nur von der umfassenden Kompetenz unserer Experten, vielmehr werden sie durch das neue Angebot auch entlastet und gewinnen so mehr Zeit für die schönen Dinge in ihrem Leben.

Lassen auch Sie sich von uns beraten – damit alles besser bleibt

Wir freuen uns, gemeinsam mit Ihnen Ihre persönliche Anlagelösung zu gestalten: Auf zkb.ch/anlegen finden Sie wertvolle Informationen rund ums Thema. Oder rufen Sie uns an: 0844 843 823.



Ihr Immobilientraum?



6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
in 8127 **Forch-Küsnacht**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
www.ufdeforch.ch



5 ½ u. 6 ½ Zi. Terrassenhäuser
in 8309 **Birchwil**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Standort: www.soonbylepa.ch



3 Zi. Mietwohnung
in 8708 **Männedorf**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.loft-neugut.ch



6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
in 8414 **Buch am Irchel**
Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
www.soonbylepa.ch



5 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung
in 8708 **Männedorf**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.lagovista.ch



5 ½ Zi. Terrassen-Mietwohnungen
in 8610 **Uster**
Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
www.schwizerstrasse35.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
in 8332 **Rumlikon**
Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
www.grueens-doerfli.ch



6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
in 8306 **Brüttsellen**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.lindenbuck.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Terrassen-Eigentumswohnungen
in 8135 **Langnau am Albis**
Michael Knecht Tel. 044 804 34 34
www.bellesterrasses.ch



3 ½ Zi. Dach-Eigentumswohnung
in 8184 **Bachenbülach**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.ridere-bachenbuelach.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
in 8127 **Forch-Maur**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
www.amena-forch.ch



3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
in 8953 **Dietikon**
Stefanie Bigler Tel. 044 316 13 11
Standort: www.soonbylepa.ch



7 ½ Zi. Atrium- und 5 ½ Zi. Reihen-EFH
in 8302 **Kloten**
Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
www.soonbylepa.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
in 8143 **Stallikon**
Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
www.zuerikon.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
in 8102 **Oberengstringen**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
www.soonbylepa.ch



2 ½ Zi. Mietwohnung
in 8706 **Meilen**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
www.haltenstrasse.ch



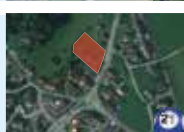
3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
in 8127 **Maur**
Stefanie Bigler Tel. 044 316 13 11
Standort: www.soonbylepa.ch



5 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
in 8103 **Unterengstringen**
Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Standort: www.soonbylepa.ch



5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
in 8476 **Unterstammheim**
Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
www.heerenweg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
in 8493 **Saland**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Standort: www.soonbylepa.ch



5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
in 8453 **Alten b. Andelfingen**
Paul Späni Tel. 052 338 07 09
www.vecciacasa.ch



4 ½ Zi. Terrassenwohnung
in 8610 **Uster**
Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
www.schwizerberg.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?

Melden Sie sich bei unserem Chef ulrich.koller@lerchpartner.ch oder Tel. 052 235 80 00.

Unser aktuelles Angebot:

LerchPartner.ch/angebote

Lerch & Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner

MINERGIE®
Member

Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

You Tube

Wir nehmen an den folgenden
Immobilienmessen teil:



SVIT Immobilien-Messe in Zürich
16. - 18. März 2018, Lake Side Zürich



Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
6. - 9. Sept. 2018, Messe Zürich, Halle 6

Stand Oktober 2017

Jihad wird Schweizer

Von Philipp Gut — Die Stadt Zürich will einen staatenlosen Mann einbürgern, der sich «Jihad» (heiliger Krieg) nennt. Geht von ihm ein Sicherheitsrisiko aus? Die Behörden blocken alle Fragen ab.



Nonchalance der Verantwortlichen.

Der Mann steht ganz zuoberst auf der Liste der Einbürgerungen von «ausländischen, nicht in der Schweiz geborenen Personen». Jihad A. ist gemäss den Zürcher Stadtbehörden 1983 geboren, seine Nationalität ist nicht bekannt. «Staatenlos» heisst es im offiziellen Einbürgerungsentscheid, der kürzlich publiziert worden ist.

Der Fall wirft Fragen auf. Wurde der Mann unbekannter Herkunft auf den Namen Jihad – was so viel heisst wie «heiliger Krieg» – getauft? Oder hat er ihn sogar selbst gewählt? Geht von Jihad A. ein Sicherheitsrisiko aus? Hat er im Einbürgerungsverfahren Ausweispapiere vorgewiesen? Steht seine Identität zweifelsfrei fest? Oder wissen die Behörden gar nicht, wem sie da den Schweizer Pass verleihen?

Es wäre wichtig, zu wissen, ob Jihad A. ein ordentliches Geburtsdatum hat oder ob er mit dem Datum des 1. Januar eingetragen ist – wie es bei vielen Asylbewerbern gemacht wird, die ihre wahre Identität verschleiern. Nach Angaben des Bundes steht bei 90 Prozent aller Asylbewerber die Identität «nicht zweifelsfrei» fest. Bei den minderjährigen Gesuchstellern sind es gar über 96 Prozent. Das sind ungeheure Verhältnisse.

Wenn sich einer Jihad ruft, scheint es angezeigt, genauer hinzuschauen. Doch tun dies die Behörden auch? Fragen zum Fall

Jihad A. blocken sie konsequent ab, «aus Gründen des Datenschutzes». Die Zürcher Stadtkanzlei verweigert jegliche Auskunft zur Identität des Eingebürgerten und verweist an das Staatssekretariat für Migration (SEM). Doch auch dort sagt man bloss, man wolle nichts sagen. Der Bund gebe keine Auskünfte zu Einzelfällen, es gelte der Datenschutz. Ins gleiche stumpfe Horn stösst das Gemeindeamt in der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich: Über «schützenswerte Personendaten» informiere man nicht.

Name ist «kein Kriterium»

Nach der Weigerung der zuständigen Behörden, sich zu Jihad A. zu äussern, fragten wir weiter, ob es denn für die Verantwortlichen bei der Beurteilung eines Einbürgerungsgesuchs überhaupt keine Rolle spiele, dass jemand den Namen Jihad wählt. «Auf kommunaler wie kantonaler Ebene stellt der Name einer Person kein Kriterium zur Beurteilung dar», schreibt die Zürcher Stadtkanzlei. Dabei sollte man doch annehmen, dass die Warnglocken läuten und die Behörden den Fall genauer unter die Lupe nehmen. Dass die Verantwortlichen einen Jihad unbesehen zum Schweizer machen, bleibt in Zeiten des Terrors und der Einschleusung von Gewalttätern unter dem Deckmantel des Asyls unverständlich – und verantwortungslos.

In Deutschland sorgte ein ähnlicher Fall schon vor zehn Jahren für Furore. Ein deutsch-ägyptischer Islamist, der von der Staatsanwaltschaft angeklagt wurde, wollte seinen Sohn ebenfalls Jihad (oder Djehad) nennen. Das Standesamt lehnte den Namen ab, worauf der Vater vor Gericht zog und recht bekam. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) war damit nicht einverstanden und legte seinerseits Beschwerde ein. Körting warf den Richtern vor, «in erschreckender Naivität» den Sinn des Namens Jihad zu verkennen. Er unterlag aber schliesslich vor dem Berliner Kammergericht.

Ja, es ist schon richtig: Der Vorname Jihad (eingedeutscht: Dschihad) hat im Arabischen Tradition und leitet sich von einem Verb mit der Bedeutung «sich anstrengen, sich abmühen für Gott, den Glauben» ab. Er kann also harmlos sein – aber auch ein Risikosignal. Die Schweizer Behörden sind sich dessen offensichtlich nicht bewusst. Mit ihrer Nonchalance gefährden sie die öffentliche Sicherheit.

Der Dreifaltige



George Weah, Liberias neuer Präsident?

Als Torjäger war George Weah, 51, eine ganz grosse Nummer – Europas Fussballer des Jahres 1995, der Star von Paris SG und AC Milan oder einfach «King George». Passt der Ballkünstler auch in die Schuhe von Ellen Johnson Sirleaf, der Friedensnobelpreisträgerin, die er am 7. November als Staatsoberhaupt Liberias, eines der ärmsten Länder der Welt, beerben könnte? Sein Karrierevorbild ist Silvio Berlusconi, sein ehemaliger Präsident in Mailand. Weah, gelernter Telefonmechaniker, baute in Monrovia, wo er in ärmlichsten Verhältnissen bei der Grossmutter aufgewachsen ist, Radio King's auf, benannt nach ihm selber, und den TV-Sender Clar, der Name seiner amerikanischen Frau. Sie hatte er bei der Chase Bank in Fort Lauderdale kennengelernt: Er deponierte dort seine Millionen und wollte einen Supermarkt kaufen, sie eröffnete sein Konto.

George Tawlon Manneh Oppong Ousman Weah lebt seit langem in den USA, ist aber kein Abkömmling jener befreiten Sklaven, die 1847 Liberia gründeten, sondern gehört zum Stamme der Kru. Liberia nahm zwar nie an einer WM teil, aber Weah bezahlte die Flüge und Hotels und schoss die Tore für das Nationalteam. Das Spielfeld der Politik betrat er 2004, scheiterte aber in der Präsidentenwahl gegen Ellen Johnson Sirleaf. 2014 gewann er einen Senatsitz in seiner vom Terror brutaler Diktatoren und von endlosen Bürgerkriegen ausgebluteten Heimat. Weah verspricht, was in Afrika alle versprechen: Frieden, Bildung, Jobs, Bekämpfung der Armut und der Korruption. Irritierend, dass er mit Jewel Howard-Taylor als Vize auf dem Ticket kandidiert. Sie ist die Lebensgefährtin des Warlords und Ex-Präsidenten Charles Taylor, der unter anderem wegen Raub, Mord und des Einsatzes von Kindersoldaten fünfzig Jahre Haft in Grossbritannien verbüsst. Der Finsterling Taylor war ursprünglich Baptistenprediger. Auch Weah war Christ, konvertierte zum Islam und bekennt sich jetzt wieder als Protestant. Und er glaubt an das Dreifaltigkeitsrezept: Fussballruhm mal Medien gleich Macht. Peter Hartmann

Spionsgezwitscher

Von Christoph Mörgeli — Der Agententhriller um Daniel M. hinterlässt nur Verlierer.

Die Auslandsspionage gehört nicht zu den helvetischen Kernkompetenzen. Mein Verwandter Ernst Mörgeli lief 1942 als Spion gegen die Nazis der Gestapo prompt ins Messer und wurde erst nach mehrmonatiger Haft gegen einen deutschen Schlapphut ausgetauscht. Oberst Bachmann schickte 1979 den unbedarften Agenten Kurt Schilling nach Österreich, wo dieser sowohl auffiel wie aufflog. Neulich hat es Daniel M. erwischt. Er sollte für den Schweizer Nachrichtendienst Steuerfahnder aus Nordrhein-Westfalen unter die Lupe nehmen. Vor dem Oberlandesgericht Frankfurt zwitschert der Schweizer Spitzel jetzt wie ein Vögelchen. Deutschland ist Sieger nach Punkten.

Mittlerweile weiss die ganze Welt, dass Daniel M. den Nachrichtendienst-Vize Paul Zinniker getroffen hat. Man kennt auf den Franken genau die knausrige Bezahlung des Wirtschaftsspions durch die Bundeskasse. Ein fähiger Nachrichtendienst hätte seinem Sperber die Kehle mit genügend Geld gestopft, bevor er zu krächzen beginnt.

Gewiss, die Käufer von Kundendaten aus Schweizer Banken mussten vor der Preisgabe des Bankgeheimnisses unsere Behörden interessieren. Doch Daniel M. wurde vom Nachrichtendienst lausig geführt. Er hatte zahlreiche Kontakte statt einen einzigen Mittelsmann. Man liess ihn nach Deutschland reisen, obwohl er gefährdet war. Dass sich der damalige Verteidigungsminister Ueli Maurer, ja die ganze Landesregierung über die Amateurübung informieren liess, passt zum Debakel. Unsere sieben Bundesräte sollen, müssen und dürfen über Spionage möglichst nichts wissen.

Der Agententhriller hinterlässt nur Verlierer. Daniel M. wird gerichtlich verurteilt. Die allzu geschwätzig Nationalrätin Corina Eichenberger flog aus der Geschäftsprüfungsdelegation. Nachrichtenchef Markus Seiler musste von seiner FDP panikartig als Generalsekretär zu Ignazio Cassis verschoben werden. Vize Paul Zinniker ist als Nachfolger gründlich verbrannt. Eine miese Figur machte auch Carlo Bulletti von der Bundesanwaltschaft, der Daniel M. den deutschen Strafverfolgern mit ungeschwärtzten Verfahrensakten zum Abschuss freigab. Doch in der hiesigen Politik, Justiz und Verwaltung spricht man bei solchen Fiaskos höchstens von Problemen bei den «Schnittstellen». Weil dort niemand verantwortlich ist.

Überforderter Sozialminister

Von René Zeller — Die AHV muss vor dem Bankrott gerettet werden. Die Abstimmungssieger vom 24. September haben den Weg skizziert. Doch Alain Berset will wieder bei null beginnen.

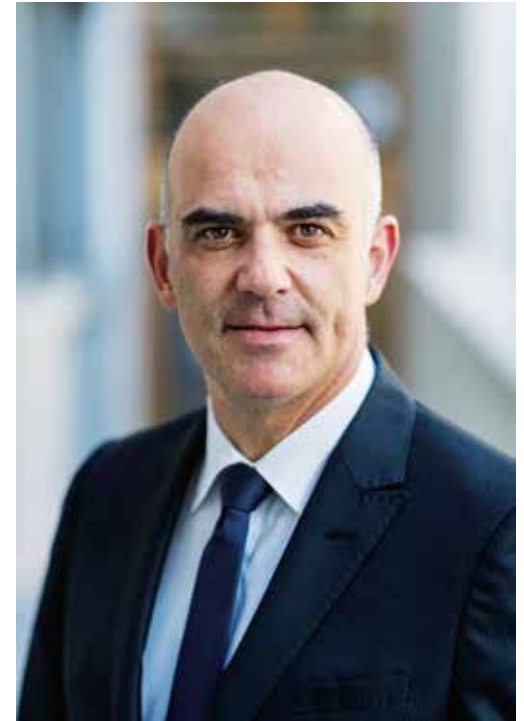
Eine lästige Begleiterscheinung unserer direkten Demokratie ist die Unfähigkeit von Abstimmungsverlierern, ihre Niederlage einzugestehen. Der Urnengang vom 24. September zur Rentenreform – der wichtigsten Volksabstimmung seit langem – hat die sattsam bekannten Reflexe aktiviert. Kaum war das Nein in Stein gemesselt, definierten SP und Gewerkschaften rote Linien, und sie winkten im Angesicht ihrer herben Niederlage vorausseilend mit der Referendumskeule. Die CVP, die zusammen mit der Linken abgestürzt war, beteuerte zwar, als Verliererin an den Tisch zurückkehren und eine bessere Vorlage mitgestalten zu wollen. Aber die zerknirschten Christdemokraten tun sich schwer, den bürgerlichen Abstimmungssiegern (SVP, FDP, Arbeitgeberverband, Gewerbeverband) die Hand zu reichen.

Das parteipolitische Schattenboxen gehört nun einmal zum demokratischen Spiel. Niemand will auf Vorrat Terrain preisgeben, zu früh Kompromissbereitschaft markieren. Drastisch zeigte sich das am runden Tisch, den Bundesrat Alain Berset letzte Woche einberufen hatte. 27 Organisationen erhielten das Wort, um ihren Lösungsansatz vorzustellen. Am Schluss hatte der Sozialminister 27 unterschiedliche Vorschläge in seinen Notizblock gekritzelt.

Als ob keine Eile bestünde

So geht es natürlich nicht. Alain Berset ist drauf und dran, seinen Nimbus als führungsstarker Magistrat zu verspielen. Die Fehler, die er in seinem Prestigeprojekt Altersvorsorge macht, summieren sich. Er war 2012 angetreten, linke und rechte Akteure zu Konzessionen zu bewegen. In der Realität schwenkte er im parlamentarischen Prozess auf eine Mitte-links-Lösung ein. Dass er die Vorbehalte von SVP und FDP ignorierte, rächte sich am 24. September. Nach der Abstimmungsniederlage müsste der sozialdemokratische Bundesrat zwingend auf seine erfolgreichen Opponenten zugehen. Doch Berset zieht es vor, wieder ein Jekami zu inszenieren – als ob keine Eile bestünde.

Mehr noch: Alain Berset will abwarten, welche filigranen Schlüsse Politologen aus der Volksabstimmung ziehen, welche Erkenntnisse sich aus Meinungsumfragen zum Urnengang ableiten lassen. Der zaudernde Sozialminister scheint zu vergessen, dass die wichtigste Meinungsumfrage stattgefunden hat. Der Souverän hat entschieden. Er will keinen Ausbau der AHV. Er will keine unfaire Lösung, welche aktive Rentner und die junge Generation benachtei-



Neustart war Fehlstart: Bundesrat Berset.

ligt. Er will aber das Rentenniveau halten. Alain Berset ist aufgefordert, den Volksentscheid ernst zu nehmen. Im Klartext: Es ist jetzt seine Pflicht und Schuldigkeit, zügig Vorschläge in den Bundesrat zu tragen. Diese müssen rasch realisierbar sein, dem Willen der siegreichen Gegner Rechnung tragen, weniger komplex als das letzte Paket sein und keine unnötigen politischen Sprengsätze enthalten. Die Spielregeln unseres Systems besagen, dass das Exekutivorgan Bundesrat vorangehen und die ersten Pflöcke einschlagen muss. Diese Verantwortung ist unteilbar, sie lässt sich nicht an politologische Kaffeesatzleser delegieren. Die divergierenden Anspruchsgruppen – Parteien, Sozialpartner, Junioren, Senioren – sind nachgelagert am Zug, in der Phase der Vernehmlassung und darauf im parlamentarischen Seilziehen.

Alain Berset hat im Abstimmungskampf zur Rentenreform an Strahlkraft eingebüsst. Nach der Niederlage sagte er trotzig, er sei «hochmotiviert», das heisse Eisen weiter zu schmieden. Ob er dazu in der Lage ist? Der Neustart war jedenfalls ein Fehlstart. Berset erweckt den Anschein, als sei er überfordert, mit den Abstimmungssiegern zielführend zu kooperieren. Wenn der trudelnde Innenminister nicht bald Tritt fasst, wird es am Gesamtbundesrat liegen, ihm Direktiven zu erteilen.

Steroide für Admeira

Von Florian Schwab — Hastig räumt der Bundesrat der SRG und ihrem Werbekonglomerat die letzten Hindernisse aus dem Weg. Private Medienunternehmen stehen vor vollendeten Tatsachen.



«Ein Versehen»: Bakom-Direktor Metzger

Admeira ist eher blutarm gestartet. Dies ist Stimmen innerhalb und ausserhalb des gemeinsamen Werbevermarkters von SRG, Swisscom und Ringier zu entnehmen. So sehnen sich etliche in dem Vielverlags-Potpourri unter «ferner liefen» angebotene Printprodukte (respektive deren Macher) danach, ihre Inserate wieder selbst verkaufen zu dürfen. Und Admeiras Raison d'être, die zielgruppenspezifische Werbung, ist der SRG bis dato verboten. Damit könnte endlich die Reichweite der SRG-Sender mit dem Datenschatz der Swisscom multipliziert werden: Erkenntnisse aus der Handynutzung entscheiden darüber, welche Fernsehwerbung ein Zuschauer zu sehen bekommt. Erst auf der Grundlage solch individualisierter Werbung kann Admeira sich zu voller Blüte entwickeln.

Diesen Montag verabreichte Medienministerin Doris Leuthard (CVP) dem anämischen Admeira-Konstrukt nun ein Wachstumspräparat: Gemäss den Vernehmlassungsunterlagen für eine Änderung der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) soll der SRG die zielgruppenspezifische Werbung erlaubt werden. Erstaunlich sind die Umstände dieser Revision. Sie erfolgt, obwohl derzeit die privaten Medien vor Bundesgericht dafür kämpfen, vom Bundesamt für Kommunikation (Bakom) mit ihrer Admeira-Kritik berücksichtigt zu werden. Bevor also entschieden ist, ob der Zusammenschluss über-

haupt rechtens ist, hebt der Bundesrat Admeira bereits auf die nächste Stufe.

Zudem taucht die RTVV-Revision aus dem Nichts auf. Normalerweise werden solche Vernehmlassungen Monate im Voraus angekündigt (inklusive der ungefähren Stossrichtung). Nicht so bei der jetzt auf den Tisch gelegten Genehmigung der personenbezogenen Werbung. Zumindest die privaten Medien, die mit Argusaugen jedes Zucken im Admeira-Umfeld beobachten, wurden vom Aktionismus des Bakom unter seinem Direktor Philipp Metzger und der federführenden Bundesrätin kalt erwischt. Das Bakom sagt, der Bundesrat habe bereits im Juni 2016 seine Absicht bekundet. Dass die Vernehmlassung jetzt nicht angekündigt war, sei «ein Versehen».

Für die ungewöhnliche Unterlassung und plötzliche Eile gäbe es aber noch eine andere mögliche Erklärung: Ursprünglich war gar keine Vernehmlassung geplant; das Bakom wollte die Änderung auf dem kurzen Dienstweg mit der SRG auf den Weg bringen. Aufgeschreckt durch die Heftigkeit der gegenwärtigen medienpolitischen Debatte, erinnerten sich Leuthards Mannen plötzlich daran, dass der Bundesrat «Vorhaben von grosser politischer Tragweite» zwingend in eine Anhörung geben muss, wie es das entsprechende Bundesgesetz verlangt. Eine solche Vernehmlassung dauert aber mindestens drei Monate. Will Leuthard also vollendete Tatsachen schaffen, bevor Volk und Stände am 4. März 2018 über «No Billag» befinden?

Dafür spricht, dass der Vernehmlassungsentwurf nur drei Seiten umfasst und so wirkt, als sei er mit der heissen Nadel gestrickt. Dafür spricht auch, dass sich der Bundesrat schon wiederholt als dehnbar erwiesen hat, als es darum ging, seinen beiden Staatsbetrieben Swisscom und SRG im Medienmarkt zum Durchbruch zu verhelfen. Als sich die Wettbewerbskommission (Weko) anschickte, Admeira in die Schranken zu weisen, intervenierte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) erfolgreich bei Weko-Präsident Vincent Martenet zugunsten von Admeira. Und als es um die Frage ging, ob Admeira dem Radio- und Fernsehgesetz widerspreche, wollte sich das Bakom gar nicht erst mit den Argumenten der privaten Medien befassen, geschweige denn ihnen Akteneinsicht gewähren. Dies erkannte das Bundesverwaltungsgericht vor einem Jahr als unzulässig. Gegen diesen Entscheid rekurriert die SRG derzeit in Lausanne. Die Kosten, wohl mehrere zehntausend Franken, trägt der Gebührenzahler.

Rosa Wünsche

Von Alex Reichmuth — Ein spezieller Kinderwagen für eine schwangere Flüchtlingsfrau.

Kinderwagen, gebraucht, 80 Franken.» Mit diesem Inserat auf tutti.ch wollten meine Frau und ich unsere nicht mehr benötigte Säuglingskutsche weitergeben. Es meldete sich zu meiner Überraschung der Sozialdienst einer Nachbargemeinde. Eine ihrer Klientinnen habe Bedarf, sagte mir eine Mitarbeiterin der Gemeinde. Einige Tage später kam die Mitteilung, ich solle die Interessentin nun kontaktieren. Ich tat mein Bestes. Die Frau am Apparat verstand mich nur schlecht. Wir vereinbarten, dass sie den Wagen am nächsten Tag um 14 Uhr abholt. Ich versuchte, ihr den Weg zu unserem Haus zu erklären. Auf Wunsch des Sozialdienstes hielt ich eine Kaufquittung bereit. Zwecks korrekter Verbuchung bei der Gemeinde.

Am nächsten Tag erreichte mich um 14 Uhr ein Anruf. Sie finde es nicht, klagte die Frau mit dem gebrochenen Deutsch. Also erklärte ich nochmals. Ohne Erfolg. Schliesslich ging ich selber los und traf auf eine Afrikanerin, hochschwanger, ungeduldig. Sie sei aus Eritrea, sagte sie. Bei uns angekommen, würdigte sie dem Kinderwagen kaum einen Blick. Das sei nicht das Modell, das sie brauche, teilte sie mit. Auch die Farbe stimme nicht. Sie brauche einen rosa Wagen, nicht einen schwarzen. Sprach es und zog von dannen.



Genau so, und nicht anders.

Höhere Ansprüche

Eritreer, die von der Sozialhilfe leben, sind als Asylanten zu uns gekommen. Die Schweiz bietet ihnen also Schutz vor Verfolgung. Und zahlt auch ihren Lebensunterhalt. Man nimmt an, dass eine Flüchtlingsfrau kurz vor der Niederkunft froh ist, wenn ihre Wohngemeinde für sie einen Kinderwagen sucht und bezahlt. Und auch ein schwarzes Modell nimmt. Offenbar hatte diese Eritreerin jedoch höhere Ansprüche. Ob sich der Sozialdienst erneut auf die Suche nach einem passenden Gefährt für ihre Klientin gemacht hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Mir bleibt nur, für die anstehende Geburt alles Gute zu wünschen. Mit der Hoffnung, dass alle Wünsche in Erfüllung gehen. Sogar die rosaroten.

Die Angreiferin

Von Hubert Mooser — Mit einer forschenden Akquisitionspolitik baut Suzanne Thoma den staatsnahen Stromkonzern BKW um. Damit konkurriert sie private Dienstleister. Die Kritik aus Wirtschaft und Politik wird lauter.



Macht dank Staatsgarantie: Managerin Thoma.

Die rührige Chefin der BKW, Suzanne Thoma, hat grosse Pläne: Der staatsnahe Stromkonzern soll in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich als Energie- und Infrastrukturdienstleister den Markt aufmischen. Das Spielfeld, auf dem sich die BKW künftig ausbreiten will, ist breit und lang: Es reicht von einer simplen Energieberatung über massgeschneiderte Lösungen bei der Gebäudetechnik und energieeffiziente Ideen für Sportanlagen in Skigebieten bis hin zu grossen Infrastrukturprojekten wie dem Bau von Autobahnen oder Sportstadien. Vorsorglich hat sich die BKW auch technisches Know-how zum Rückbau des Atomkraftwerkes

Mühleberg besorgt. Das AKW geht 2019 vom Netz. Dies verschafft dem Stromkonzern einen Vorsprung, wenn der Rückbau anderer Schweizer Atomkraftwerke ansteht. Kurz: Die BKW will als grosser Energiedienstleister künftig alles aus einer Hand anbieten.

Expansion mit überhöhten Preisen?

Dafür kauft Thoma seit gut drei Jahren so gut wie alles auf, was in der Branche Rang und Namen hat. Normalerweise gelten die Berner als langsam und behäbig. Mit Thoma an der Spitze schlägt die Stromgesellschaft jedoch beim Umbau seit 2014 ein derart forsches

Tempo an, dass anderen Marktteilnehmern nur schon vom Zuschauen schwindlig wird. Beinahe im Monatsrhythmus meldet die BKW den Kauf neuer Unternehmen. Um 1000 Mitarbeiter ist der Konzern allein 2016 durch Akquisitionen gewachsen, über sechzig Ingenieurbüros, Installationsfirmen und Elektroplaner hat er übernommen. Anfang Oktober erfolgte mit dem Elektroplaner Enerpeak aus Dübendorf die vorläufig letzte Aufnahme eines Ingenieurbüros in die «BKW-Familie». Der Konzern als grosse Familie, so sieht Thoma das Berner Stromunternehmen. Und in den kommenden Monaten soll diese Familie noch grösser werden.

«Wir haben keine andere Wahl», sagt Thoma. «Wenn wir wie früher weitergeschäftet hätten, dann würden wir keinen Gewinn von über 300 Millionen Franken ausweisen, sondern einen Verlust in gleicher Höhe.» Die gebürtige Zugerin, Jahrgang 1961 und Mutter zweier erwachsener Töchter, doktorierte an der ETH als Chemieingenieurin. Zwölf Jahre war sie danach für die Ciba Spezialitätenchemie AG in verschiedenen Funktionen und Ländern tätig. Sie führte als CEO die Rolic Technologies Ltd., ein Hightech-Zulieferunternehmen der Elektroindustrie. Bis 2009 leitete sie die Division Automotive der Wicor Group in Rapperswil.

Als sie 2010 bei der BKW die Leitung der Geschäftssparte Netze übernahm, konnte man mit der Stromproduktion noch halbwegs gutes Geld verdienen. 2013 übernahm sie das Ruder des Gesamtkonzerns. Nun hatte sich das Umfeld komplett gewandelt. Die Strompreise befanden sich im freien Fall, und mit der Förderung erneuerbarer Energie und dem Verzicht auf den Bau neuer Atomkraftwerke hatten sich auch die Rahmenbedingungen für die Stromproduzenten grundlegend geändert. Der Auftrag an Thoma als neuen CEO der BKW war klar: den Konzern wirtschaftlich stabilisieren und eine verstärkte Ausrichtung auf Energiedienstleistungen vollziehen.

Forsch weitet Thoma seither die Geschäftsfelder aus. Haben die Scouts des Stromkonzerns ein Unternehmen auf dem Radar, sind andere Mitbewerber meistens chancenlos. Die BKW überbiete häufig alle, sagen Branchenkenner. Das musste auch der führende Schweizer Elektroinstallateur, die in Zürich domizilierte Burkhalter AG, wiederholt erfahren, als sie bei geplanten Übernahmen von der BKW überboten wurde. In der Branche hiess es bald, Thoma zahle bei ihrer europaweiten Akquisitionstour überhöhte Preise. Spricht man sie darauf an, sagt die Konzernchefin, die BKW schaue sich jedes Unternehmen sorgfältig an. Man kaufe nur Unternehmen, die seit langen Jahren erfolgreich tätig seien.

Rückschläge

Es sind vor allem kleine und mittlere Fische, die im Netz der BKW zappeln. Um diese Expansionsstrategie mittels vieler kleiner Schritte zu erklären, bemüht Thoma gerne ihre Erfahrungen, die sie als junge Ingenieurin beim Basler Chemiekonzern Ciba machte. Die Ciba habe sich einst entschlossen, ein grosses Unternehmen zu übernehmen. Dies habe sich dann als Fehler erwiesen. Heute gebe es die Ciba nicht mehr. Inzwischen ist Thoma selber Chef eines Milliardenkonzerns und will es besser machen. Die BKW, so die Devise der Managerin, konzentriert sich bei ihren Akquisitionen auf kleinere und mittlere Unternehmen. So sei das Risiko kleiner.

Aber auch mit dieser Strategie ist Thoma gegen Rückschläge nicht gefeit. Bei den aufge-

kauften Firmen Kasteler-Guggisberg AG und MRI AG, einem auf Gebäude und Energietechnik spezialisierten Ingenieurbüro, verliess ein Teil der Geschäftsleitung und der Leistungsträger nach dem Deal das Unternehmen – mit fatalen Konsequenzen, was die Auftragslage anbelangte. Thoma spricht von einer «schwierigen Situation für diese Firmen. Aber inzwischen sind die Auftragsbücher wieder randvoll», versichert sie. Die BKW zahle bei Zukäufen einen Teil des Kaufpreises bei der Übernahme. Ein weiterer Teil werde nach drei bis vier Jahren ausgezahlt, sofern die gesteckten Ziele erreicht würden. Bei Guggisberg und MRI gab sich die Geschäftsleitung mit der ersten Tranche zufrieden, trat aus der BKW-Familie aus und gründete Konkurrenzunternehmen.

Politisch ungeschickt war dagegen die Übernahme des Vermessungsunternehmens des früheren BDP-Präsidenten Hans Grunder im Frühjahr 2017. Grunder ist ein enger politischer Weggefährte von BKW-Verwaltungsratspräsident Urs P. Gasche. Die Übernahme der Grunder AG bekam so den Anstrich von Kun-

Suzanne Thomas grösstes Problem ist aber die Nähe zum Kanton Bern.

gelei und Vetternwirtschaft. BDP-Nationalrat Grunder verteidigte sich mit dem Argument, er sichere damit Arbeitsplätze in der Region Bern.

Dass mit harten Bandagen gefochten wird und manche die Einkaufstour des staatsnahen Riesen scharf ablehnen, zeigt folgender Umstand: Die Ingenieurvereinigung Usic schliesst jedes Mitglied, das von der BKW aufgekauft wurde, aus. «Wir können gar nicht anders», rechtfertigt Verbandspräsident Heinz Marti die drastische Massnahme. «Kundenneutralität ist bei der Usic oberstes Gebot und in den Statuten auch festgeschrieben.» Und ein Ingenieurbüro, welches in einen grossen Energiekonzern eingebunden sei, könne nicht mehr unbefangen gegenüber seiner Klientel auftreten. Der Bann der Usic traf unter anderen die Grunder AG und jetzt auch die Zürcher Enerpeak. Mit dem Rauswurf verlieren die Büros in der Regel auch den Versicherungsschutz. Thoma suchte eine Einigung mit dem Verband, die Usic blieb hart.

Thomas grösstes Problem ist aber die Nähe zum Kanton Bern. Ein Stromversorger mit Netzmonopol und gefangenen Kleinverbrauchern, der im Dienstleistungsgeschäft expandiert und reihenweise Ingenieurbüros sowie Gebäudetechnikfirmen aufkauft; ein Stromanbieter, der seine Gebietsgrenzen sukzessive ausdehnt, dabei aber weiterhin faktisch von einer Art Staatsgarantie profitiert – die Kritik aus Wirtschaft und Politik wird zu Recht lauter und lauter. So hat der Berner Gewerbever-

band KMU seit Monaten eine Kampagne am Laufen. «Fair ist anders», lautet die Kampf- ansage, die sich aber nicht bloss an die BKW richtet. «Immer mehr Unternehmen der öffentlichen Hand nutzen ihre Monopolstellung aus und werden durch Firmenübernahmen zu direkten Konkurrenten der KMU», kritisiert der Berner KMU-Vizepräsident und SVP-Grossrat Gerhard Fischer.

Sichere Erträge dank Netzmonopol

Im Berner Kantonsparlament ist die BKW ein Dauerbrenner. Im November ist eine weitere Debatte über diese Beteiligung des Kantons angesagt. Auslöser war ein Vorstoss von FDP-Politiker Peter Flück, der eine Privatisierung der BKW verlangte. Daraus bastelte der Regierungsrat ein Beteiligungsgesetz. So viel steht nach der Beratung in der kantonalen Finanzkommission fest: «Eine Privatisierung wird es nicht geben», sagt GLP-Grossrat Daniel Trüssel. Er plädiert für eine Aufspaltung des Stromkonzerns in einen staatlichen Stromanbieter und einen privaten Dienstleister. «Aber so wie die Vorlage unterwegs ist, wird mit dem Beteiligungsgesetz die Staatsgarantie erst recht zementiert», findet Trüssel. Die Empörungswelle hat längst auch das Bundesparlament erreicht. Der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger hat einen Vorstoss deponiert, in dem er die Kritik des KMU-Verbandes zum Thema macht. Weil der Bundesrat darauf bisher nicht reagiert hat, doppelte der Walliser CVP-Nationalrat Yannick Buttet mit dem gleichen Anliegen noch einmal nach.

Suzanne Thoma reagiert fast schon allergisch, wenn man ihr mit «Staatsbetrieb» und «Staatsgarantie» kommt. «Wir sind ein börsenkotiertes Unternehmen mit dem Kanton Bern als Hauptaktionär», pflegt sie zu antworten. ○

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch



Personenkontrolle

Berset, Kälin, Fricker, Glarner, Ringier, von Graffenried, Lipp, Kauder, Gabriel, Stocker, Landolt

Alain Berset, Frauenverstehender, will die Lohnungleichheit im öffentlichen Sektor fördern. Der SP-Bundesrat, als Innenminister oberster Chef des eidgenössischen Gleichstellungsbüros, diskutierte am nationalen Treffen zur Förderung der Lohnungleichheit im öffentlichen Sektor, wie das Engagement gegen Lohndiskriminierung verstärkt werden könne. In seinem eigenen Departement ist Lohnungleichheit kein Thema. Hier hat der smarte Freiburger vor allem eine gleichaltrige Boygroup um sich geschart. (hmo)

Irène Kälin, grüne Lautsprecherin, weckt hohe Erwartungen. Die Aargauer Grossrätin, die für den verbal ausgerutschten Parteikollegen Jonas Fricker in den Nationalrat nachrückt, ist bereits vor ihrem Amtsantritt im Bundeshaus omnipräsent. Vieles deutet darauf hin, dass der Schweiz ein inneraargauisches Duell ins Haus steht. Die Linksausser-Grüne verfißt Positionen zu Islam, Moscheen und Burkas, die den SVP-Rechtsausser Andreas Glarner auf die Palme treiben werden. Die Aargauer Zeitung hat Irène Kälin in einem Interview vorsorglich darauf hingewiesen, Glarner sei überzeugt, dass die Neo-Bundespolitikerin schon noch ruhiger werde, wenn sie sehe, dass man im Nationalrat hart arbeiten müsse. Worauf Kälin ganz und gar nicht kleinlaut antwortete, sie habe «nicht den Eindruck, dass Andreas Glarner viel ruhiger und leiser geworden ist, seit er im Nationalrat sitzt». Treffer. Eins zu null für Kälin. (rz)

Michael Ringier, Kunstfreund, beglückt die Belegschaft von Ringier Axel Springer Schweiz im neuen Medienpark in Zürich Altstetten mit den Werken aus seiner Sammlung. Wer die ausladenden Gänge und Büroräumlichkeiten durchschreitet, stösst auf Schritt und Tritt auf die wertvollen Gemälde. Diese werden regelmässig ausgewechselt, entziehen kann sich niemand, auch die Chefs in ihren Einzel- oder Zweierbüros nicht. Intern spricht man bereits von «Zwangsbeglückung». Weniger Geld steht offenbar für die restliche, ebenfalls sehr bunte Innenausstattung zur Verfügung. «Google für Arme», scherzen Mitarbeiter. (gut)

Alec von Graffenried, Beleuchtungs- und Feuerwerksmeister, scheint sich nicht sonderlich daran zu stören, wenn in schöner Re-



Stochern im Nebel: Wirtschaftsjournalist Lipp.



Ehre und Untergang: Klimaforscher Stocker.



Innerer Widerspruch: BDP-Chef Landolt.

gelmässigkeit linke Marodeure von der Reitschule durch die Bundesstadt Bern ziehen und für Gewalt und Verwüstung sorgen. In Bern habe man zu den Eskapaden ein «entspanntes Verhältnis», sagte Stadtpräsident Alec von Graffenried (Grüne) vor der Kamera von «Schweiz aktuell», als er für eine dreiteilige Serie zu Ehren des 30. «Geburtstags» der Reithallen-Besetzung befragt wurde. Natürlich sollte Gewalt, «wenn immer möglich», vermieden werden, so der «Stapi», lässig posierend in der Reithalle. Aber «wos läbt, da chlepfts ou». Der unbescholtene Bürger oder Polizist, dem aus dem schwarzen Block heraus ein Feuerwerkskörper oder eine Bierflasche an den Kopf fliegt, wird es seinem Stadtpräsidenten danken. (fsc)

Reto Lipp, Mann der Wirtschaft, dürfte dieser Tage die eine oder andere Champagnerflasche entkorkt haben. Das von ihm moderierte Wirtschaftsmagazin «Eco» des Schweizer Fernsehens feiert den zehnten Geburtstag. Der Tages-Anzeiger hat zu dieser Feierstunde ein feingedrechseltes Porträt über den silbergrauen



«Da chlepfts»: Stadtpräsident von Graffenried.



«Google für Arme»: Medienunternehmer Ringier.

Moderator publiziert, der uns allwöchentlich Service-public-gerecht die komplexe Wirtschaftswelt erklärt. Reto Lipp wartet mit überraschenden Statements auf. Er habe weiland für die UBS Texte zu komplizierten Finanzprodukten verfasst, die er selber nicht verstanden habe. Auch bankinterne Sitzungen seien an ihm vorübergezogen wie Nebel: «Die Gespräche überforderten mich.» Jetzt, da der 57-jährige als bekanntester Wirtschaftsjournalist des Landes gilt, stochert er auch im «No Billag»-Nebel. Falls die Initiative angenommen werde, lasse er sich allenfalls frühpensionieren. (rz)

Volker Kauder, treuester aller getreuen Merkel-Knappen, leidet an einer unter Berliner Politikern grassierenden Sprachkrankheit: Sie bringen das Wörtchen «deutsch» zur Beschreibung des Staatsvolkes nicht mehr über die Lippen. In der ZDF-Sendung «Berlin direkt» forderte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wohnraum nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch – «äh, äh, ähm, für Studenten und andere Menschen». Ein löblicher Versuch des Widerstands gegen «völkische» Parolen, aber Licht-

jahre entfernt von der unerreichbaren Deutschen-Definition des SPD-Spitzenmannes **Sigmar Gabriel**: «jene, die schon länger hier leben». (ky)

Thomas Stocker, Untergangsprophet, wird grosse Ehre zuteil. Der Berner Klimaforscher erhielt am Mittwoch den Marcel-Benoist-Preis 2017. Stocker bekommt die prestigeträchtige Auszeichnung, die auch als Schweizer Nobelpreis gilt, für seine Klimaforschung. Er habe damit einen Beitrag geleistet zum besseren Verständnis des weltweiten Klimasystems, so die Marcel-Benoist-Stiftung. Stocker fiel in den letzten Jahren aber auch als Sprachrohr des Weltklimarates (IPCC) auf. Regelmässig kündigte er wie ein Prophet aus dem Alten Testament die Klimakatastrophe an, sollte die Welt auf das Verbrennen von Kohle und Öl nicht sofort verzichten. Aber wie hiess es doch in der Bibel: «Und ob ich schon wanderte im finsternen Tal, fürchte ich kein Unglück, denn du bist bei mir.» Amen. (hmo)

Martin Landolt, Nervenbündel, stemmt sich mit seiner BDP vehement gegen die «No Billag»-Initiative. Das nütze aber nichts, wehklagte er an der jüngsten Delegiertenversammlung seiner Partei, weil der BDP niemand mehr zuhört. Vor allem Journalisten nicht. Viel medienträchtiger sei es eben, die Populisten links und rechts eifrig zu sekundieren. Wer aber vorbehaltlos für die Vernunft eintrete wie die BDP, werde kritisiert, schubladisiert, negiert. Auch die SRG bekommt ihr Fett ab: Es wäre an der Zeit, so Landolt, dass die lieben Medien – «insbesondere der angeblich unabhängige Service public» – dem auch hierzulande grassierenden Populismus die Stirn böten. Will heissen: Martin Landolt nervt sich über alle unvernünftigen Medien, auch über die Billag-finanzierten SRG-Programme. Damit konstruiert der BDP-Präsident einen Widerspruch zur eigenen «No Billag»-Parole. Er geht wohl davon aus, dass das ohnehin niemand merkt. Wir schreiben es trotzdem. (rz)

Nachruf



Brahms des Rock 'n' Roll: Fats Domino.

Antoine Dominique «Fats» Domino Jr. (1928–2017) — Er liebte das Gesetz der Serie, auch ausserhalb der Musik. Es gab Zeiten, da war sein Leben pink durch und durch: das Auto, der Flügel, die Villa, die Garderobe. Die Vornamen seiner acht Kinder begannen alle mit «A». Und zumindest in den fünfziger Jahren wurde jeder Song, den er schrieb, ein Hit: «I'm Walking», «Blue Monday», «Jambalaya», «I Want To Walk You Home» und natürlich «Blueberry Hill». Und eigentlich war das ein Wunder. Denn Fats Domino besass weder den aufreizenden Hüftschwung von Elvis «the Pelvis» Presley noch die verschwitzte Gemeinheit seines weissen Kollegen Jerry Lee Lewis – und schon gar nicht die hyperventilierende Überdrehtheit von Little Richard.

Der mollige Pianist aus New Orleans, der sich das Klavierspiel im Alleingang beigebracht hatte, war eine absolute Ausnahmeerscheinung in den hitzigen Gründerjahren des Rock'n'Roll. Fats Domino grundierte seine Musik mit einer geradezu ansteckenden Gemütlichkeit. Wie festgeschraubt sass er hinter seinem Flügel und hatte für sich einen rollenden Fingersatz erfunden, der die stolpernde Kantigkeit seines Vorbilds Professor Longhair mit einem vergnüglichen Schlender-Swing verband, der einen schlichtweg von den Stühlen riss.

Unwiderstehliches Kraftpaket

Und dann war da das samtige Grummeln seiner Stimme – «you couldn't not fall in love with him», fasste Bonnie Raitt die Unwiderstehlichkeit dieses Kraftpakets zusammen.

Auch Ex-Beatle Paul McCartney war vom Domino-Touch erfasst worden, schrieb «Lady Madonna» und gab darin den Fats: Sowohl das typische Pianorollen als auch die aus den unteren Regionen herauf lo-

Es gab Zeiten, da war sein Leben pink durch und durch: das Auto, der Flügel, die Villa.

dernde Baritonstimme waren perfekt getroffen und entdeckten den Mann mit der Brikettfrisur den Folgegenerationen.

Bis 2006 tourte Fats Domino noch um den Globus (Claude Nobs hatte ihn in den späten neunziger Jahren verdienstvollerweise noch nach Montreux geholt). Am 24. Oktober starb dieser Brahms des Rock'n'Roll in Harvey, Louisiana, im Kreise seiner Familie im Alter von 89 Jahren.

Thomas Würdehoff

Südafrika: Safariclass

Rücksichtslos und liebenswert. Denn die SAFARIKUR lehrt uns, an der Natur gerade das zu lieben, was uns an der Bürokratie so missfällt.

MAKUTSI
SAFARI FARM



Krügerpark, Drakensberge, Blyde River Canyon und Landrover-Safaris.
Makutsi - warme Quellen in der Wildnis.
Ein Platz für die ruhige Minderheit, wo die Safari zur Kur wird - zur SAFARKUR.

Pauschalangebote ohne Flug
1 Woche ab Fr. 1245
2 Wochen ab Fr. 1900



Makutsi Safaris AG: Littauerboden 1, 6014 Luzern | Tel: 041 250 35 02 | Email: luzern@makutsi.com | www.makutsi.ch

Pizza im Décolleté

Von Henryk M. Broder — Noch nie waren Männer und Frauen gleichberechtigter. Und noch nie gab es so viel Sexismus. Zumindest, wenn man den öffentlichen Aktivismus als Massstab nimmt.

Unter den vielen Frauen, die sich derzeit in den Medien zu Wort melden, um Zeugnis abzulegen, wie sie sexuell bedrängt, belästigt und missbraucht wurden, war bis jetzt noch keine Migros-Verkäuferin, keine Arztgehilfin, keine Busfahrerin, keine Floristin, keine Coiffeuse und keine Physiotherapeutin. So gut wie alle Frauen, die von ihren traumatischen Erfahrungen als Opfer sexueller Übergriffe berichten, kommen aus dem Showbusiness, es sind Models, Schauspielerinnen und TV-Prominente, deren Lebenszweck darin besteht, sich als Objekte der Begierde zu inszenieren, um im selben Atemzug zu verkünden, wie entwürdigend sie es finden, auf ihr Äusseres reduziert zu werden.

Stellvertretend für viele, die ihre inneren Werte sehr geschickt verbergen, hat eine 38 Jahre alte Berliner Politikerin vor kurzem einen schweren Schock erlitten, nachdem sie von einem Diplomaten im Ruhestand, der während seiner Lehrjahre noch den Handkuss üben musste, als «jung und schön» bezeichnet worden war. Nun liegen bekanntlich sowohl das Alter wie die Schönheit im Auge des Betrachters. Und ein Adjektiv ergibt dann keinen Sinn, wenn auch sein Gegenteil sinnlos wäre. Hätte der Mann, der nur auf eine etwas verstaubte Art ein Kompliment machen wollte, gesagt, sie sei alt und hässlich, wäre sie bestimmt auch nicht glücklich gewesen. Dennoch gab sie keine Ruhe, bis sich der Unhold bei ihr entschuldigte und versicherte, er habe sie nicht beleidigen wollen.

John F. Kennedys Mittagspausen

Wenn es etwas gibt, woran sich die Welt noch erinnern wird, nachdem Roboter den öffentlichen Dienst übernommen haben, dann wird es diese Episode sein, die an Absurdität nicht zu toppen ist.

Dicht darauf folgte die Passionsgeschichte einer Blondine ohne Migrationshintergrund, die vor elf Jahren die erste Staffel der Castingshow «Germany's Next Topmodel» gewann und seitdem in der Vorratskammer logiert, aus der sich *Bunte* und *Gala* bedienen. Inzwischen weiss die Öffentlichkeit nicht nur, wie alt und wie gross sie ist, welche Schuhgrösse sie trägt und mit wem sie Tisch und Bett teilt. Bekannt ist auch, «wie ein Fotograf sie sexuell ausnutzte». Diese Geschichte, die auch von seriösen Medien kolportiert wurde, ist so schön, dass sie es verdient, nacherzählt zu werden. Sie geht so: Ganz am Anfang ihrer Karriere, mit achtzehn, habe das Model ein «Shooting» in

Paris gehabt. Der Fotograf habe sie zuerst «aufgefordert, sich bis auf die Unterwäsche auszuziehen», sie dann «mit Pizza gefüttert und Pizza in ihr Décolleté geschmiert» und schliesslich wissen wollen, «wie weit sie bereit sei zu gehen», worauf sie das Shooting verlassen habe.

Jeder halbwegs normale Mensch hätte auf eine solche Erfahrung mit einer Pizza-Allergie reagiert und fortan nur noch Lebensmittel konsumiert, die sich nicht verschmieren lassen. Das missbrauchte Model aber, inzwischen 29, wartete elf Jahre, bis es seine Geschichte publik machte, elf lange Jahre, während deren eine Pizza nach der anderen in den Décolletés naiver junger Frauen verschwand, die nicht einmal gefragt wurden, ob es eine Margherita oder eine Calzone sein dürfe.

Das Irre an solchen Geschichten liegt nicht in ihrer Banalität, sondern in der Schamlosigkeit, mit der sie an die grosse Glocke der moralischen Entrüstung gehängt werden. Es gibt ja sexuellen Missbrauch, in Familien, in Schulen, Internaten und kirchlichen Einrichtungen, im Kulturbetrieb und im Showbusiness. Und natürlich in der Politik. Sollte man vielleicht Willy Brandt den Friedensnobelpreis aberkennen, weil in dem Salonwagen der Bahn, mit dem er durch das Land reiste, nicht nur getrunken und geraucht wurde? Oder John F. Kennedy exhumieren und vor



gunst in der Ehe wurde als Tatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen, das Ehe- und Familienrecht reformiert, die eingetragene Partnerschaft eingeführt. «Die Aufsichtsräte werden weiblicher», titelte vor kurzem die FAZ, bald soll es auch mehr Frauen in den Vorständen börsennotierter Unternehmen geben. Die Löhne und Gehälter für Frauen und Männer sind noch nicht gleich, aber gleicher, als sie es je waren, wenn man von einigen zum Himmel schreienden Fällen von Ungerechtigkeit absieht wie dem, dass ZDF-Moderatorin Marietta Slomka nur etwa halb so viel verdient wie ihr Kollege Claus

Kleber. Die Gleichberechtigung der Frauen scheint an ihre natürliche Grenze zu stossen. Sie sind es, die Kinder bekommen, was in orthodox-feministischen Subkulturen die Idee reifen liess, den Begriff «werdende Mutter» durch «schwängere Person» zu ersetzen. Dennoch: So viel «Sexismus» wie heute war noch nie.

Zumindest, wenn man die Anti-Sexismus-Initiativen als Massstab nimmt.

Für das «Delta der Venus» wird's eng

Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, «bekannt für ein vielfältiges Nacht- und Kulturleben» (Wikipedia), einige No-go-Areas, die von der Polizei aufgegeben wurden, und mit 280 000 Einwohnern grösser als die Stadt Basel, hat vor drei Jahren diskriminierende, frauenfeindliche, sexistische Werbung auf vier bezirkseigenen Werbeflächen verboten. Dieses Jahr folgte ein Leitfaden gegen sexistische Werbung mit dem englischen Titel «Sexism shouldn't sell», weil «Xhain-Kreuzberg», wie sich der Bezirk gerne nennt, nicht nur anti-sexistisch, sondern auch bunt und weltoffen ist. Sexistische Werbung, so steht es in der Broschüre, suggeriere die Botschaft, dass alle Frauen käuflich seien, wie das Produkt, das mit ihnen beworben werde. Es werden zehn Kriterien aufgeführt, an denen man/frau sexistische Werbung erkennen kann, dazu Kontakte von Stellen, die Beschwerden entgegennehmen.

Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, wie viel Spass den Mitgliedern der «Arbeitsgruppe» die Erarbeitung des Leitfadens gemacht haben muss, ganz im Sinne von Karl Kraus, der in einem Bericht über einen Kongress zur Bekämpfung der Prostitution schrieb, die Herren Teilnehmer hätten beraten, «wie sie der

Die Gleichberechtigung der Frauen scheint an ihre natürliche Grenze zu stossen.

Gericht stellen, weil man inzwischen weiss, wie er seine Mittagspausen verbrachte? Und wenn man nun überall hören und lesen kann, der Sexismus sei «allgegenwärtig», dann stellt sich die Frage nach einem Phänomen, das umso allgegenwärtiger wird, je mehr darüber geredet wird.

Das wichtigste deutschsprachige Buch zu diesem Thema ist vor über vierzig Jahren erschienen: «Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage» von Marielouise Janssen-Jurreit. Bis dahin war der Begriff nur denjenigen bekannt, die sich mit amerikanischer Literatur beschäftigt und Kate Milletts «Sexual Politics», 1970 erschienen, gelesen hatten. Seitdem hat sich vieles geändert. Vergewalti-



Sind Frauen sexistischer als Männer? Sophia Loren Schnepfenblick auf Kollegin Jayne Mansfield, 1957.

Prostitution und den Prostituierten zugleich auf den Leib rücken könnten». Darüber hinaus will sich der Bezirk dafür einsetzen, «dass sexistische, diskriminierende und frauenfeindliche Werbung in ganz Berlin verboten wird», ein wirklich ambitioniertes Vorhaben, wenn man bedenkt, dass die Stadt es nicht einmal schafft, Dealer und andere Kriminelle aus dem Tiergarten zu vertreiben.

Der Kampf gegen Sexismus steckt noch in den Kinderschuhen. Ein Verbot sexistischer Werbung nach Massgabe des Bezirksamtes könnte weitere Schritte nach sich ziehen. Was ist, wenn die Bezirksbürgermeisterin eines Tages eine «Arbeitsgruppe» einsetzt, die sexistische, diskriminierende und frauenfeindliche Literatur zuerst aus den öffentlichen Bibliotheken und dann aus allen Buchhandlungen der Stadt verbannt? «Fanny Hill» und die Mutzenbacher, die «Geschichte der O» und «Feuchtgebiete», die «Angst vorm Fliegen» und die «Fifty Shades of Grey». Und wenn sich

die Fachmänner und Fachfrauen erst einmal eingelesen haben, so richtig in die Spur gekommen sind, dann könnte es auch für ein paar Klassiker der Oberliga eng werden. Für die «Venus im Pelz» und das «Delta der Venus», die «120 Tage von Sodom» und die «Nichten der Frau Oberst».

Der Kampf gegen den Sexismus muss freilich grenzüberschreitend geführt werden. Es hilft nichts, wenn in Berlin (wie in Zürich) ein Werbeplakat für Sloggi-Unterwäsche entfernt wird, derweil ein paar Kilometer weiter östlich, in Polen, Rihanna bei einem Konzert «unten ohne» auftritt und man «sehr gut ihren Intimbereich sehen» kann.

Was derzeit noch fehlt, ist eine verbindliche Sexismus-Definition, die auch Werbung einschließt, in der suggeriert wird, dass alle Männer käuflich seien, wie das Produkt, das mit ihnen beworben wird. Coca-Cola hat da Massstäbe gesetzt mit einer Serie von Clips, in denen ein muskulöser *delivery man* von Coke

eine Frauenbüro-Riege in den Wahnsinn treibt.

Eine Jobmaschine

Der Kampf gegen den Sexismus wird sich als das erweisen, was der Kampf gegen die Armut schon eine Weile ist: eine Jobmaschine, die Tausende von Arbeitsplätzen generiert. Bald wird es neben der Gleichstellungsbeauftragten noch eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Fragen des Sexismus geben, Institute für Sexismusforschung, die Forschungsaufträge und Stipendien vergeben, Beratungsstellen und runde Tische für Opfer, Täter und Vermittler. Bis der Sexismus besiegt ist und Männer und Frauen sich nur noch treffen, um zu beraten, welche Werbung sie nicht sehen und welche Bücher sie nicht lesen wollen.

Lotta continua!

Mehr zum Thema: **Seite 58**

Was ist eigentlich Sexismus?

Der Begriff ist zurzeit in aller Munde. Aber was bedeutet er? Elf persönliche Antworten.

Katie Hopkins, Kolumnistin

«Sexismus» hat jede Bedeutung verloren. Die hysterischen Feministinnen brauchen den Begriff so häufig wie meine Kinder den Aufschrei «Es ist so unfair», wenn sie nicht bekommen, was sie wollen. Doch das Leben ist nun mal nicht fair. Wir sind nicht alle gleich. Einige von uns sind besser als andere. Ein Drittel der Briten hat einen IQ von unter 85, das sind Dummköpfe. Ich setze mich nicht mit ihnen gleich. Auch Frauen und Männer sind nicht von Natur aus gleich. Und selten sind zwei Kandidaten für einen Job genau gleich qualifiziert. Wenn Sie nun den Arbeitsplatz für ein Jahr verlassen, um ein Baby zu bekommen, und nachher in Teilzeit weiterarbeiten, wundern Sie sich nicht, wenn die Jungs vor Ihnen in die Vorstandsetage kommen. Das ist nicht Sexismus, sondern einfach Realität. Die Frauen behaupten dann, sie wollten Gleichbehandlung. Oftmals verlangen sie dabei aber eine Sonderbehandlung. Und im Namen der Jungs kann ich sagen: Das ist der wahre Sexismus.



Markus Theunert, Leiter des Instituts für Männer- und Geschlechterfragen

Sexismus ist, Menschen aufgrund ihres Geschlechts (anders) zu begegnen und sie zu bewerten. (Ja, in diesem Sinn handeln wir alle auch sexistisch. Nein, das rechtfertigt gar nichts.)

Zoë Jenny, Schriftstellerin

Sexismus habe ich selbst hauptsächlich von Frauen erlebt. Aus meiner Sicht ist es sexistisch, jemanden aufgrund seiner Geschlechtszugehörigkeit und den damit verbundenen Attributen zu bewerten. Zum Beispiel zu sagen, eine Frau habe nur aufgrund ihres Aussehens beruflich etwas erreicht. Das habe ich zwischen zwanzig und dreissig regelmässig über mich in der Zeitung gelesen. Also, ich hätte ja nur so und so viele Bücher verkauft, weil ich High Heels trug oder roten Lippenstift oder lächelte, anstatt verbiestert in die Kamera zu blicken. Es gab eine Zeit, da habe ich bewusst versucht, mich hässlich zu machen, aus Angst vor dem brutalen und gnadenlosen Sexismus von Journalistinnen. Zum Glück ist das alles schon länger her. Wären ihre Texte von männlichen Kollegen geschrieben worden, sie hätten ihren Job verloren. Der Sexismus unter Frauen ist ein Thema, das noch wenig untersucht wurde, er ist vielleicht auch mit ein Grund, warum Frauen, um beruflich weiterzukommen, immer noch oft auf die

Gunst von Männern in Machtpositionen angewiesen sind. Auf die Unterstützung von ihresgleichen können sie leider wenig hoffen.

Panayiotis «Taki» Theodoracopulos, Millionär und Lebemann

Für einen Mann, der Frauen liebt, ist die Sexismusfrage einfach zu beantworten: Es gibt keinen. Ein solcher Mann sieht die Frau nicht als Eroberungsziel, sondern als Respektperson. Man respektiert die Mutter, die Schwester, die Geliebte und auch die Ehefrau. Sexisten sind üblicherweise hässliche Männer, die wenig Erfolg bei Frauen haben. Zum Beispiel mein Freund Harvey Weinstein: In der Schule gelang es ihm nie, ein Mädchen zu verführen – der blonde Fussballheld bekam sie alle. Weinstein ging dann ins Showbusiness, wurde zum mächtigsten Mann Hollywoods und musste immer noch Frauen an den Haaren ins Bett ziehen. Frauen sind

viel klüger als Männer, deshalb sind sie es, die entscheiden, wann und von wem sie verführt werden wollen. Sie mit Tricks oder Gewalt ins Bett zu bringen, ist die verzweifelte Tat eines Mannes, der von den Frauen verschmäht wird.

Julia Onken, Leiterin Frauenseminar Bodensee und Buchautorin

Nach meinem Verständnis ist Sexismus Ausdruck einer Wahrnehmungsstörung, also ein hirntechnisches Problem mit unverkennbar diagnostischem Potenzial, das auf einen ernstzunehmenden psychischen Defekt hinweist. Der Mensch wird demnach auf seine Geschlechtsapparatur reduziert, im Fokus steht operatives Tun zum möglichst lustversprechenden Abbau hormonellen Drucks. Der Fantasie



«Verzweifelte Tat»: Taki.



«Hauptsächlich von Frauen»: Zoë Jenny.

sind keine Grenzen gesetzt, die kühle Region des Denkens ist mit heimlichen Wünschen kolonialisiert, die Vernunft wird ebenfalls durch diffuse Bedürfnisattacken torpediert. Während die männliche Perspektive Frauen nach Penetrationsmöglichkeiten ordnet und das Begehren entweder verbal oder handfest zur Darstellung bringt, stellt der weibliche Blick jeden Mann unter Generalverdacht, ein Gruselmonster zu sein. In beiden Varianten bleibt der Mensch in seinem Streben nach Würde auf der Strecke und verfällt in selbstschädigender Verblendung seiner eigenen Qual der Unzulänglichkeit.

Matthias Matussek, Journalist

In einer Gesellschaft, die sich eher wenig um Nachwuchs kümmert und wenig von Familien hält, weil sie erfolgreich Liebe und Sex entkoppelt hat, ist ausgerechnet Sex in all seinen Ausprägungen das alles durchdringende Thema. Wir bekommen keine Kinder mehr, aber die Sortierung der Geschlechter, 57 davon gibt es offenbar, führt zu regelrechten Glaubenskriegen. Natürlich habe auch ich Erfahrungen mit



«Rechtfertigt gar nichts»: Markus Theunert.



«Sicherungen durchgebrannt»: Matussek.



«Im Namen der Jungs»: Katie Hopkins.



«Wie wäre es mit Terry Richardson?»: Tamy Glauser.



«Verfolgt und verhöhnt»: Jolanda Spiess-Hegglin.



«Qual der Unzulänglichkeit»: Onken.

Sexismus, und zwar ganz besondere, solche, die mich für sämtliche #MeToo- oder #Aufschrei-Opfergruppen qualifizieren würden: Als ich vor ein paar Jahren in einer TV-Kritik die Bemerkung wagte, dass eine Beziehung zwischen Homosexuellen nicht der einer Ehe zwischen Mann und Frau gleich sei, weil sie kinderlos bleiben muss, also die Naturrechtslehre der katholischen Kirche vertrat, erntete ich auf Facebook einen sexistischen Shitstorm von – Schwulen. Das Erstaunliche daran waren die vielen Vergewaltigungsfantasien. «Man sollte dich durchf...» kam in Dutzenden von Varianten. Die *Taz* bezeichnete mich als «Fehler der Natur» und titelte unter der Oberauf-

sicht einer offensiv bekennenden Lesbe, der Chefredaktorin Ines Pohl: «Es müsste sich nur ein Geschlechtsgenosse erbarmen und den Mann mal ordentlich rannehmen. So ganz im Sinne der Natur.» Wobei sie doch wissen müsste, diese linke Menschenfreundin, dass Vergewaltigungen in den Bürgerkriegen in Afrika zur widerlichsten Art der Kriegsführung gehören. «Sind bei denen», dachte ich mir, «alle Sicherungen durchgebrannt im Kampf gegen Konservative wie mich?»

Jolanda Spiess-Hegglin, Politikerin

Man beurteilt mich nach meinem Aussehen, bei Männern ist die Kompetenz wichtiger. Man bezeichnet mich als zickig und kontrollsüchtig, bei Männern nennt man dies durchsetzungstark. Ich soll mich nicht zu dezent anziehen (graue Maus), aber auch nicht zu fest schminken (Schlampe). Andersbehandlungen aufgrund meines Geschlechts sind sexistisch. So dürfen Sie sich fragen: Hätte man mich auch zwei Jahre durch die Gassen des Boulevard gejagt, beschimpft, bedroht, verleumdet, verhöhnt, wenn ich ein Mann gewesen wäre? Warum gilt eine Unschuldsumutung dann eben nicht? Warum wird mein Erlebtes, nach all den Klärungen, Recherchen und Gerichtsentscheiden, von gewissen Medien noch immer als Sexskandal und nicht als Medienskandal umschrieben? Wegen des verankerten Sexismus.

Tamy Glauser, Model

An der letzten *Vogue*-Party in Paris sah ich Terry Richardson, als er ein Foto von mir und Lindsey Wixson schoss. Zu spät habe ich erkannt, aus welcher Richtung mich das Blitzlicht traf. Ich mag weder ihn noch seine Bilder, von ihm möchte ich nicht fotografiert werden. Vor ungefähr einem Jahr meinte mein Agent, in meinem Portfolio fehlten Nacktbilder. «Wichtig für die Karriere. Wie wäre es mit Terry Richardson, Tamy?» Meinen Ohren nicht traugend, habe ich sofort abgelehnt. Hat mir da gerade jemand, dem ich vertrauen müsste, ein Angebot zum sexuellen Missbrauch gemacht? Zuerst Harvey Weinstein in Hollywood, nun Richardson in der Modeindustrie. In beiden Fällen ist es erschreckend, wie lange die Herren damit durchkamen. Alle wussten davon, lange vor #MeToo. Zum Glück wurde mein Nein ohne weitere Fragen akzeptiert. Unglücklicherweise lehnten wohl die meisten Mädchen nicht ab. Ich frage mich, wie viele Mädchen mein *booker* schon zu Terry geschickt hat. Jetzt wird er sie nicht mehr zu ihm senden.

Marco Fritsche, Fernsehmoderator

Sexismus ist für mich die Ungleichbehandlung – im Sinne von Diskriminierung – aufgrund des (biologischen) Geschlechts. Obwohl dadurch eigentlich jeder Mensch von Sexismus betroffen sein kann, wird in meiner Wahrnehmung vor allem die Erniedrigung und Ungleichbehand-



«Vorurteile beseitigen»: Xenia Tchoumi.



«Resistent wie Rassismus»: Irène Kälin.

lung von Frauen durch Männer verstanden. Wichtigster Bestandteil des Sexismus ist ein Machtgefälle oder ein angewandter Machtmissbrauch. Darum komme ich zum Schluss, dass Sexismus in unserer Gesellschaft vor allem auch das Resultat einer nicht realisierten Gleichberechtigung von Mann und Frau ist. Ein Missstand, der behoben gehört. Trotzdem bin ich mir nicht sicher, ob eine Zementierung des Klischees «Männer sind Täter und machen Frauen zu Opfern» der Gleichstellung zuträglich ist. Ein verbaler oder – im Notfall – klassischer Tritt in die Eier würde vielleicht mehr bewegen als die ganze Empörung und Hysterie in den sozialen Medien. Gleichzeitig hat mir die momentane Diskussion aufgezeigt, dass ich mich selbst



«Tritt in die Eier»: Marco Fritsche.

auch schon des verbalen Sexismus schuldig gemacht habe. Allerdings gegenüber meinen Geschlechtsgenossen. Auch das gibt es.

Irène Kälin, Nationalrätin (Grüne)

Nicht nur der auf die Brüste starrende Chef, der freizügige Arbeitskollege oder die frauenverachtende Werbung sind sexistisch, sondern ebenso der geschlechterbedingte Lohnunterschied von 20 Prozent. Auch Verwaltungsräte ohne Frauen sind sexistisch, genauso wie die Zuschreibung von Stereotypen und Rollenbildern. Wer sagt, wie Frauen zu sein haben, ist ein Sexist, und wer es nur denkt, ebenfalls. Dass wir zu wenig Frauen in Führungspositionen haben und Frauen in der Politik noch immer unterver-

treten sind, ist nicht zuletzt eine Folge des Sexismus. Sexismus ist Diskriminierung, Erniedrigung und Geringschätzung von Frauen. Sexismus ist die systematische Diskriminierung der Frau in der Gesellschaft und scheint leider genauso resistent zu sein wie Rassismus im Generellen.

Xenia Tchoumi, Unternehmerin

Ich finde, unsere Gesellschaft ist von Sexismus durchzogen. Wenn ich meinen Buchhalter in einen Privatkлуб in London einlade, um rechtliche Fragen zu besprechen, und dabei ein Kleid und High Heels trage, denken die Leute, dass er Mitglied ist und auch bezahlt (obwohl mein Name auf der Mitgliederliste steht). Oder dass wir ein Date haben. Solche Details zeigen, dass es immer noch Kräfte gibt, die dem Erfolg von Frauen im Wege stehen. Entweder man ist schön und sexy und wird behandelt wie ein Objekt, oder man zieht sich an wie ein Mann und spricht über Geschäfte. Mode gibt mir die Macht, mich selbst auszudrücken: Es hat einen grossen Einfluss, wenn die richtigen Leute sich richtig kleiden – wie eine selbstbewusste Frau in einem schönen, femininen Kleid. Feminismus bedeutet, dass niemand mehr sagt, eine Frau könne dieses oder jenes nicht. Wir müssen Vorurteile beseitigen. Das tue ich, indem ich als Beispiel vorangehe und laut meine Meinung sage.

Umfrage: Rico Bandle und Claudia Schumacher

BERUFS MESSE ZÜRICH

Zukunft? 🤖 Lehre! ✌️

21. bis 25. November 2017 | Messe Zürich | Eintritt kostenlos
www.berufsmessezuerich.ch | Sonderschau: Berufswelten der Zukunft

Treffpunkt Weiterbildung | 24. und 25. November 2017

Hauptsponsorin Zürcher Kantonalbank

Unterstützt durch Kanton Zürich Bildungsdirektion Berufsbildungsfonds

Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra

Veranstalter KGV M.CH

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF

Omertà und Immunität

Von Jürg Altwegg — Die Franzosen im Taumel der Weinstein-Affäre: Die politische Klasse wird der Machokultur bezichtigt – zu Recht. Der Machtkampf der Geschlechter ersetzt das Links-rechts-Schema.



Die Wende kam aus Amerika: Präsident Chirac, Laura Bush, 2003.

Lange hatte es Frankreich besser. Als Bill Clinton mit seiner Praktikantin eine Affäre hatte, spotteten die Franzosen über die prüden Amerikaner und deren Hang zur totalitären Transparenz. Sie waren stolz auf ihre eigenen Präsidenten, seit Giscard allesamt notorische Weiberhelden. Mitterrand hatte eine uneheliche Tochter, eine Nebenfrau und viele Geliebte – die Telefone der informierten Journalisten wurden abgehört. Von Chirac hiess es: «Zehn Minuten, Duschen inbegriffen.»

Als Roman Polanski 2009 in Zürich verhaftet wurde, unterzeichneten Politiker und Intellektuelle eine von Bernard-Henri Lévy lancierte Petition für den «Überlebenden des Nazismus und der stalinistischen Säuberungen», den die Zürcher Justiz «wie einen vulgären Terroristen» behandle. Lévy stimmte das Loblied auf einen US-Amerikaner an, der sich nicht an der Hexenjagd auf Polanski beteilige: Harvey Weinstein.

Ende November vergangenen Jahres schied in Paris David Hamilton durch eigene Hand aus dem Leben. Er hatte eine Minderjährige vergewaltigt, die TV-Präsentatorin Flavie Flament. Die Schriftstellerin Eva Ionesco rechnet mit ihrer sexuellen Ausbeutung und Vermarktung durch die eigene Mutter, die berühmte Fotografin Irina Ionesco, ab. Fotos, die zur Kunst verklärt wurden, gelten heute als Produkte der Pädophilie. Und in den Debatten über das Erbe des Mai 68 geht es ein halbes Jahrhundert danach auch um die Perversionen der gesellschaftlichen Veränderungen, die kaum jemand in Frage stellt – bis im Dezember 1967 war in Frankreich jegliche Schwangerschaftsverhütung verboten.



Die Wende kam aus Amerika: als Dominique Strauss-Kahn («DSK») ein schwarzes Zimmermädchen vergewaltigte. Die Medien, deren Promiskuität mit den Politikern eine der Hauptursachen für die Vertrauenskrise der französischen Eliten ist, übten sich in Selbstkritik: Alle hatten es gewusst, keiner hatte etwas gesagt. Die Vergewaltigung kostete DSK viele Millionen und die angestrebte Präsidentschaft. An seiner Stelle wurde der nie verheiratete François Hollande zum Nachfolger von Nicolas Sarkozy, dem ersten geschiedenen Amtsinhaber. Beide waren mit ihren permanenten Beziehungskisten in den Schlagzeilen – auch die familiären Verhältnisse der Präsidenten illustrieren die gesellschaftliche Entwicklung.

Sarkozys Sportministerin Chantal Jouanno konnte, mit einem Jupe bekleidet, nicht ins Parlament gehen, ohne sich sexistische Sprüche anhören zu müssen. Die Kleider sozialistischer Parlamentarierinnen wurden als «Aufforderung zur Vergewaltigung» kommentiert. Es zirkulierten «schwarze Listen» mit den Namen von Abgeordneten, denen Frauen besser aus dem Weg gehen würden. Von mehreren Mitarbeiterinnen wurde der Grüne Denis Baupin, stellvertretender Parlamentspräsident, sexueller Angriffe bezichtigt – die er verneint. Vor Gericht ging der Fall aus wie 99 Prozent aller Fälle. Im vergangenen Februar wurden die bisher gültigen Verjährungsfristen für sexuelle Verbrechen verdoppelt.

Französische Schauspielerinnen wie Marion Cotillard haben erzählt, wie sie sich gegen

Weinstein wehren mussten – die glamourösen Fotos dazu, aus Cannes und anderswo, erscheinen in einem merkwürdigen Licht. Dem Hashtag «Balance ton porc» – Stell dein Schwein an den Pranger – ist ein gewaltiges Echo beschieden, und eine breite Debatte über die sexuelle Ausbeutung im Machtkampf der Geschlechter ist in Gang gekommen. Gegenwärtig erscheinen in den Medien Berichte über sexistische Übergriffe in den Schulen, Universitäten, Unternehmen, Banken wie bei der Polizei – mit dem gleichen Befund: Omertà und Immunität. Mann und Frau scheinen sich so unversöhnlich gegenüberzustehen wie bislang die Linke und die Rechte.

Der «androgyn» Macron

Seit dem vergangenen Wonnemonat wird Frankreich von einem Präsidenten regiert, dessen Frau seine Mutter sein könnte und seine Lehrerin war. Als Inkarnation eines «dritten Geschlechts» zwischen links und rechts führte der «androgyn» Macron seinen Wahlkampf. Für Fantasien über die Erotik der Macht wird es eng. Die politische Klasse der alten Machos wurde ausgewechselt, mehr Frauen denn je sitzen im Parlament – zurücktreten musste soeben der Assistent einer Abgeordneten Macrons.

Die Amerikanisierung und «Skandinavisierung» geht weiter. Eine Petition verlangt das Verbot der Polanski-Retrospektive in der Pariser Cinémathèque. Flavie Flament hat ein neues Buch, «La Consolation» (Die Tröstung), veröffentlicht. Macrons Staatssekretärin für die Gleichstellung der Geschlechter, Marlène Schiappa, setzt sich für ein Gesetz ein, das «le harcèlement de rue» – das Nachstellen auf der Strasse – unter Strafe stellt. Bekämpft wird es von Intellektuellen, weil es eh nur auf die islamischen Einwanderer zugeschnitten sei.

Doch noch ist die lateinische Scheinheiligkeit des frivolen Frankreich mit seiner literarischen Tradition in der Politik nicht ganz am Boden zerstört. Marlène Schiappa hat erfolgreiche Ratgeber für die sexuelle Emanzipation der Frauen geschrieben. Und auch ein paar erotische Romane – unter dem Pseudonym Marie Minelli. Sie haben Titel wie «Brave Mädchen schlucken nicht».

Klagen gegen Tariq Ramadan

Der Genfer Star-Intellektuelle Tariq Ramadan steht am Pranger. Die ehemalige Salafistin und Buchautorin Henda Ayari, 40, hat den 55-Jährigen in Frankreich wegen Vergewaltigung angeklagt. Ayari folgte eine weitere, der Öffentlichkeit unbekanntes Frau mit einer Anzeige. Der Schweizer Islamforscher Ramadan, der auch in Oxford lehrt, bestreitet die Vorwürfe und hat Klage wegen Verleumdung eingereicht. (red.)

Vom Wolf zum Lämmchen

Von Christoph Mörgeli

Was rumpelt und pumpelt in meinem Bauch?» So fragt sich gegenwärtig die SP Schweiz, die sich an ihren masslosen Forderungen bei der Rentenreform überfressen hat. Der böse Wolf hat sich in ein hilflos blökendes Schäfchen verwandelt. SP-Präsident Christian Levrat kommt als oberstes Rotkäppchen im Interview mit der NZZ aus dem Jammern und Lamentieren nicht heraus. Alles dreht sich bei den Sozis im Moment um sie selber: «Liegt er richtig in der Gosse, flucht Genoss' über Genosse.»

Ja, die Jungsozialisten erzählten manchmal «Unsinn», meint Christian Levrat. Etwa bei ihrer Bekämpfung der Rentenreform. Dann gehe die SP eben auf Distanz. Nein, von «Jusofizierung» der SP könne keine Rede sein, urteilt Levrat. Gleichzeitig unterstützt er die Juso-Initiative, die Kapitaleinkommen wie Zinsen und Dividenden massiv höher besteuern will als Arbeitseinkommen. Denn bei Levrats Kapitalistenabschaffungsverein soll unsere Wirtschaft nur aus Arbeit ohne Kapital bestehen. Doch ein Bauarbeiter, der nichts als eine Schaufel besitzt, kann nicht genügend leisten, um einen anständigen Stundenlohn zu verdienen. Stellt diesem Arbeiter aber ein Arbeitgeber (sprich «Kapitalist») einen teuren Bagger zur Verfügung, kann er damit einen guten Stundenlohn verdienen.

Von solch simplen volkswirtschaftlichen Wahrheiten wollen die SP-Granden heute so wenig wissen wie vom Alltag der Arbeiter. Ja, die SP sei akademikerlastig, räumt Levrat ein. Denn die Akademiker hätten mehr «Freude an der Debatte». Nein, vom rechten Parteiflügel sei ausser etwas SP-Kritik kaum etwas geleistet und kaum etwas gehört worden. An diesem «kaum etwas» aber habe «die ganze Partei gelitten». Natürlich gingen ihm die «selbsternannten Reformer» manchmal auf die Nerven. Aber Christian Levrat sitze neben Ständerat Daniel Jositsch: «98 von 100 Mal stimmen wir gleich.»

Leider wahr. Nur bleibt dies all jenen SVP-Wählern sorgfältig verborgen, die den angeblichen Rechtsabweichler Jositsch regelmässig auf ihre Liste setzen. Ebenso wahr: Die SP verstrickt sich in Stammeskämpfe. Interne Lämpen und Richtungsdiskussionen beherrschen die Traktandenliste. Was mit der Schweiz geschehen soll, ist kein Thema. Ebenso wenig wie unsere Unternehmen Arbeitsplätze und Wohlstand erhalten können. Die Sozis verstehen vom Geld nur eines: dass sie es von den andern haben wollen.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Ermotti: Ciao, bello, ciao

Von Peter Bodenmann — Der Euro ist real gleich stark wie zur Zeit des Mindestkurses.



Noch weniger Eigenkapital: UBS-Chef Ermotti.

Im Herbst des Jahres 2014 erhöhte Herrliberg den Druck auf den erfolgreichen Mindestkurs der Schweizerischen Nationalbank. Thomas Jordan müsse diesen aufgeben. Nur so könne die Schweizerische Nationalbank weitere Devisenkäufe verhindern. Der starke Franken sei Ausdruck einer starken Wirtschaft, die Parität zwischen Euro und Franken ein notwendiges Fitnessprogramm. Und die EU samt Euro pfeife so oder so aus dem letzten Loch.

Thomas Jordan gab dem Druck nach. Die in ihrer Mehrheit von der Nationalbank ferngesteuerten Schweizer Wirtschaftsjournalisten jubelten. Eine erste Bilanz nach drei Jahren:

Pro Kopf stagnierte statistisch das reale BIP in der Schweiz. Wenn der Teuerungsindex die Explosion der Krankenkassenprämien endlich richtig spiegeln würde, stecken wir seit zwei Jahren in einer Rezession. Die Zahl der Arbeitsplätze ging in den exportorientierten Sektoren zurück, und diese investieren auch weniger in Forschung und Entwicklung.

Die statische vergleichbare Erwerbslosigkeit ist heute in der Schweiz weit höher als in Bayern und Baden-Württemberg. Um den Totalabsturz zu verhindern, musste die diskreditierte Nationalbank mehr Devisen kaufen, als wenn sie den Mindestkurs selbstbewusst verteidigt hätte. Wettbewerbskommission und Preisüberwacher verhinderten durch Nichtstun, dass die Währungsgewinne an die Konsumenten weitergege-

ben wurden. Inzwischen haben auch die Währungsspekulanten begriffen, dass der starke Franken die Schweizer Wirtschaft geschwächt hat: Der Euro ist währungsbereinigt wieder gleich stark wie zu Zeiten des Mindestkurses – ohne grosses Zutun der Nationalbank.

Norwegen hat dank dem Öl einen tausend Milliarden schweren Staatsfonds, der pro Jahr durchschnittlich 6 Prozent Rendite abwirft. Die Schweizerische Nationalbank hat dank dem zu starken Franken inzwischen 800 Milliarden Franken Aktien und Devisen gehortet, deren Erträge man locker für die Sanierung der AHV und die Verbilligung der Krankenkassenprämien verwenden könnte. Einen anderen Weg wollen die Freunde des Casinos Schweiz durchsetzen. Sergio Ermotti droht mit dem Wegzug der UBS, wenn die Finma ihn weiter kontrolliere. Sein Ziel: noch weniger Eigenkapital. Und das für eine Bank, die der Staat retten musste und die immer noch von einer Gratis-Staatsgarantie profitiert. Kurt Schiltknecht seinerseits fordert die Nationalbank auf, endlich ihre Zinsen anzuheben. Ermotti und Schiltknecht wollen je auf ihre Art den Franken wieder stärker machen. Dabei kann der realen Wirtschaft nichts Besseres passieren als der Auszug der UBS aus dem für sie gelobten Land. Und gebrannte Kinder sollten sich vor dem Schiltknecht fürchten.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.



TOYOTA

ALWAYS A
BETTER WAY

TOYOTA RAV4

BEREITS AB CHF 27'990.-



LEASING
JETZT AB
0,9%



4x4 UND HYBRID
DIE IDEALE KOMBINATION FÜR DIE SCHWEIZ.

toyota.ch

*Empf. Netto-Verkaufspreis nach Abzug der Cash-Prämie, inkl. MwSt. **RAV4** Active 4x4, 2,0 M/T, 112 kW, CHF 30'990.- abzgl. Cash-Prämie von CHF 3'000.- = CHF 27'990.-, Ø Verbr. 6,7 l/100km, CO₂ 155 g/km, En.-Eff. F. CO₂-Emissionen aus der Treibstoff und/oder der Strombereitstellung: 34 g/km. Abgeb. Fahrzeug: **RAV4 Hybrid** Victory 4x4, 2,5 HSD, 145 kW, CHF 49'600.- abzgl. Cash-Prämie von CHF 3'000.- = CHF 46'600.-, Ø Verbr. 5,1 l/100 km, CO₂ 118 g/km, En.-Eff. B. Ø CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 26 g/km. Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 134 g/km. **Leasingkonditionen:** Eff. Jahreszins 0,90%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Kautions vom Finanzierungsbetrag 5% (mind. CHF 1'000.-), Laufzeit 24 Monate und 10'000 km/Jahr. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Die Verkaufsfaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung vom 1. November 2017 bis 31. Dezember 2017 oder bis auf Widerruf. Abbildung zeigt aufpreispflichtige Optionen.



Wie wär's mit Ihrem

Weihnachtessen in einer ehemaligen
Spinnerei oder einem Fondue-Chalet?

www.riverside.ch



Das **riverside** bietet noch mehr: 300 gratis Parkplätze, 96 Hotelzimmer, 10 Bowlingbahnen, 3 Restaurants, 1 Automuseum.



riverside

Seminar- und Eventhotel

Spinnerei-Lettenstrasse
8192 Zweidlen-Glattfelden

+41 43 500 92 92
www.riverside.ch

Wer rettet den Erretter?

Von Kurt W. Zimmermann — Wie konnte die SRG in nur zwei Jahren von einer Institution zu einem Rettungsfall werden?

Für den linksliberalen *Tages-Anzeiger* ist es der neue SRG-Generaldirektor Gilles Marchand. Er müsse nun «die SRG retten».

Für die bürgerliche *NZZ am Sonntag* ist es die bisherige Bundesrätin Doris Leuthard. Sie müsse nun «die SRG retten».

Erstaunlich daran ist zuerst der politische Gleichklang. Links wie rechts der Mitte ist man sich einig, dass die SRG mittlerweile ein Fall für ein Rettungskommando ist.

Noch erstaunlicher ist der Befund an sich. Innerhalb von gut zwei Jahren ist es der SRG gelungen, von einer Paradeinstitution zu einem Rettungsfall zu werden. Ich kann mich in der Mediengeschichte an kein anderes Beispiel eines ähnlich rasanten Imagezerfalls erinnern.

Wie gross der Imagezerfall tatsächlich ist, wird man im März 2018 wissen. Dann steht die Abstimmung über die «No Billag»-Initiative an. Sie will die heutigen Zwangsgebühren für TV und Radio abschaffen. Die Erfolgchancen, wie man es von *Tages-Anzeiger* bis *NZZ am Sonntag* liest, sind im Steigen.

Dass die SRG dermassen in die Bredouille geriet, ist in einer Zahl begründet. Sie lautet 3649.

Bevor wir zur Zahl kommen, kurz ein Wort zum angedienten Rettungspersonal. Leider werden weder Gilles Marchand noch Doris Leuthard die SRG retten können.

Medienministerin Leuthard ist ein Auslaufmodell. Sie hat – eine erstaunliche Dummheit – schon vor der «No Billag»-Abstimmung ihren Rücktritt aus dem Bundesrat verkündet. Seitdem bringt sie sich in Stellung für künftige Mandate. Als SRG-Retterin ist sie ungeeignet, weil sie nun der Prototyp der Selbstdarstellerin mit doppelter Agenda ist.

«Es gibt keinen Plan B»

Generaldirektor Marchand wiederum ist ein Anlaufmodell. Er hat – eine erstaunliche Dummheit – seinen Job mit einem katastrophalen Management-Fehler gestartet. Auf die Frage, wie es bei einem Ja zu «No Billag» weitergehe, fiel ihm nur sofortiges Lichterlöschen ein. Wörtlich sagte er: «Es gibt keinen Plan B.»

Ich habe noch nie einen Topmanager getroffen, der so offen zugab, dass er strategisch nicht über den Tellerrand hinausschauen kann. Gute Manager denken stets in Alternativen – als SRG-Retter ist Marchand hingegen überfordert.

Und damit wären wir bei der Zahl 3649. Im Juni 2015 wurde das Radio- und TV-Gesetz, das zusätzliche Empfangsgebühren forderte, mit



Doppelte Agenda: Medienministerin Leuthard.

einem Zufallsmehr von 3649 Stimmen angenommen. Das knappe Ja war eine Botschaft des Volks an die SRG. Die Botschaft lautete: «Kommt mal ein bisschen herunter von eurem Thron.»

Die Reaktion des Staatsfunks auf die Botschaft des Volks war Ignoranz. Man stieg noch höher auf den Thron. SRG-Chef Roger de Weck verkündete nun pathetisch und allen Ernstes, dass die Schweiz ohne ihren Erretter SRG auseinanderzuberechnen drohe.

Zugleich startete die SRG 2015 eine Attacke gegen die traditionellen Zeitungsverlage. Sie verbündete sich in einer Werbeallianz mit dem Boulevardhaus Ringier und der Swisscom, um die Werbeeinnahmen der klassischen Presse zu untergraben (was ihr die Blick-Gruppe nun mit einem Yes-Billag-Feldzug verdankt). Zugleich baute die SRG ihren Gratis-Auftritt im Internet weiter aus, auch dies, um bezahlte Geschäftsmodelle der Verlagshäuser zu zerstören.

Die letzten Jahre brachten der SRG einen staunenswerten Niedergang: eine fast verlorene Volksabstimmung, die kulturelle Unfähigkeit, daraus zu lernen, groteske Selbstüberhöhung im Auftritt, wachsende kommerzielle Skrupellosigkeit und strategische Untätigkeit an der Unternehmensspitze.

Die SRG muss gerettet werden. Stimmt. Sie muss vor sich selber gerettet werden.

Herzenswarm

Von Henryk M. Broder — Ein buntes Land.

Wie Sie bestimmt wissen, finden in Berlin derzeit «Sondierungsgespräche» über die Bildung einer Jamaika-Koalition statt. Das heisst, eine Koalition aus CDU, CSU, den Liberalen und den Grünen ist längst beschlossene Sache, muss aber den Wählern als das Ergebnis eines mühevollen Ringens um Details präsentiert werden. Einer der «Knackpunkte», um die es dabei geht, ist der Nachzug von Angehörigen der «Geflüchteten», die ihre Familien in den Krisengebieten alleingelassen haben. Dazu hat die grüne Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bundestages, Claudia Roth, im «Bericht aus Berlin» der ARD vor kurzem Folgendes gesagt: «Ich möchte, dass das Grundrecht, Artikel 6 unseres Grundgesetzes, der Schutz der Familie, auch für diese Menschen gilt. Wie soll sich jemand sicher fühlen, wie soll sich jemand integrieren können, wie soll jemand Deutsch lernen können, wenn er Angst haben muss um seine Frau, seine Kinder in Damaskus, in Aleppo, in anderen Ländern. Das Recht auf Familie muss bei uns gelten... Wir müssen zeigen, dass wir den humanitären Kompass nicht verlieren... Wenn wir das Grundgesetz ernst nehmen, wenn wir die europäische Menschenrechtskonvention ernst nehmen, die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, wenn wir das christliche Familienbild ernst nehmen, dann können wir nicht Familien erster, zweiter, dritter Klasse definieren. Das kann doch nicht sein, dass eines der reichsten, der wohlhabendsten und der herzenswärmsten Länder mit einer grossen Aufnahmebereitschaft nicht bereit sein soll, 70 000 Familienmitglieder für Menschen, die alles verloren haben, bei uns aufzunehmen...»

Ja, bei diesen Worten der grünen Frontfrau wird es einem richtig warm ums Herz, vor allem, wenn man bedenkt, wie ernst die Grünen das «christliche Familienbild» nehmen, was dazu geführt hat, dass sie die «Ehe für alle» durchgesetzt haben, während sie die Anerkennung der Maghreb-Staaten als «sichere Herkunftsländer» verhindern, was zur Folge hat, dass «Geflüchtete», die in Deutschland schwere Straftaten begangen haben, nicht in diese Länder abgeschoben werden können. Sie sollen in Deutschland bleiben, um hier Deutsch zu lernen. Und damit Deutschland bunt bleibt, so bunt wie Frau Roths Kakadu-Jacken, unter denen ein grosses grünes Herz schlägt.



«Der Mensch lebt im Kleinen»

In Europa purzeln die Regierungen. Geschniegelte Wunderknaben betreten das Feld. Müssen wir uns vor China fürchten? Trump zelebriert die produktive Kraft des Chaos: Eine Standortbestimmung zur Lage der Welt und der Schweiz mit Polit-Urgestein und Unternehmer Christoph Blocher. Von Roger Köppel und Hervé Le Cunff (Bilder)

Eben feierte er seinen 77. Geburtstag und in seinem Wohnort die goldene Hochzeit mit seiner noch immer strahlend schönen Ehefrau. Daneben tourt er durch die Schweiz als Redner und fädelt die neuste Volksinitiative «für eine massvolle Zuwanderung» der SVP ein. Wir treffen Christoph Blocher in seinem Männedorfer Büro, neben den Bahngleisen. Der Anlass: Eine umfassende Standortbestimmung zur Weltlage unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz. Gibt es in Europa heute eigentlich einen erfahreneren und, ja, weiseren Politiker als ihn?

Herr Blocher, kurze Fragen, kurze Antworten: Wahlen in Österreich, Tschechien, Umbrüche überall. Gut oder schlecht?

Man weiss es noch nicht. Vieles bricht zusammen, ob nur Faules oder auch Gutes, man weiss es noch nicht.

Österreichs bejubelter Newcomer Sebastian Kurz: Ihr Kommentar?

Sein Programm: «Jetzt komme ich und mache alles neu». Ich hätte nie gedacht, dass die ÖVP-Grössen so abgewirtschaftet haben, dass sie vor diesem Jüngling in die Knie gehen müssen. Hier war viel Faules.

Blender oder Riesentalent?

Eher Ersteres.

Warum?

Er war ja auch in der Regierung. Seine Politik im Wahlkampf: Grenze zu, Burkaverbot, Brenner sperren, Höchstzahlen für Flüchtlinge. Als die FPÖ dasselbe sagte, wurden sie als «Nazis» beschimpft. Die könne man nie wählen. Jetzt, da es mit Sebastian Kurz die ÖVP macht, ist es salonfähig.

Taktik? Oder Verlogenheit?

Wohl beides. Gemacht, um der Karriere willen. Nützlichkeitsdenken.

In Tschechien übernimmt ein seltsamer Milliardär. Ihre Diagnose?

Ich kenne ihn nicht. Er war die Wahl gegen die Regierenden. Es war eine Wahl auch gegen Bevormundung der EU. Was er bringt, ist offen.

Eine Protest-, eine Anti-Wahl?

Zunächst Anti-Wahl. Das hat auch immer die Gefahr einer Revolution. Zerstört sie nur das Bisherige, oder hat sie auch die Kraft aufzubauen? Beides ist möglich.

Ungarns Premier Orbán, Polens Parteiführer Kaczynski: freiheitliche, demokratische Kraft oder rechtsradikales autoritäres Gebaren?

Ich sehe es positiv, freiheitlich. Schauen Sie die Geschichte dieser Länder an. Zuletzt unterjocht durch die Sowjetunion, dann wollten sie endlich Freiheit und Souveränität. Jetzt fühlen sie sich durch die EU eingeengt. Schauen Sie Polen an: x-fach geteilt, überannt, geknechtet. Endlich wurden sie frei, schlossen sich dem Westen an, aus Angst vor den Russen – «Sonst werden wir wieder eingepackt». Jetzt schränkt sie die EU ein. Können sie nicht selbst den richtigen Weg finden?

Und Ungarns Regierungschef Orbán?

Die grosse Mehrheit der Ungarn ist mit ihm zufrieden. Die EU verurteilt ihn. Orbán hat die EU-Aussengrenze gesichert, wie es

«Ich glaube, Emmanuel Macron ist ein tüchtiger, fähiger Mann.»

Schengen/Dublin verlangt. Es ist vor allem sein Verdienst, dass die Balkanroute für die Schlepper heute geschlossen ist. Jetzt profitieren die westlichen Staaten.

Die EU sagt, es gebe in Ostmitteleuropa Antisemitismus, in Polen vor allem rechtsstaatlich fragwürdige Besetzungen von Richterposten. Sind die Vorwürfe falsch?

Mag ja sein, dass die polnische Regierung auch vieles falsch macht. Aber das Land hat doch eine starke Opposition. Kann man sie nicht machen lassen, anstatt sie aus Brüssel zu bevormunden? Täte Frankreich das Gleiche wie Polen, würde man in Brüssel schweigen. Die Mächtigen können sich eben alles erlauben. Bei Ungarn schreien sie auf, wenn Orbán die Grenzen bewacht. Frankreich kontrolliert und schliesst die Grenzen schon lange. Es kräht kein Hahn danach. Solche Ungerechtigkeiten empfinden sie in den östlichen Ländern – zu Recht.

Wechseln wir auf die Gegenseite: Was halten Sie von Macron?

Seine Wahl zeigt das Fiasko der etablierten Politiker und Parteien. Obwohl er ja auch Minister unter Hollande war. Er merkte immerhin: «So geht es nicht.» Sein Glück war, dass alle Konkurrenten Dreck am Stecken hatten. Seine neue Partei hat die Mehrheit mit neuen, aber unerfahrenen Leuten. Sie folgen ihm blind, eine für den Augenblick für ihn komfortable Situation.

Auch ein Blender?

Glaube ich nicht. Tüchtig, mit Führungseigenschaften. Die Frage ist, ob er Unbill ertragen kann. Er lockerte bereits den Arbeitsmarkt, was bei den Franzosen als unmöglich galt. Machte es strategisch geschickt: In aller Stille lancierte er die Reformen während der Sommerferien, als wohl die Gegner am Mittelmeer an der Sonne lagen. Als sie aus den Ferien zurückkamen, war es zu spät, um wirkungsvoll Radau zu machen. Will er die Wirtschaft voranbringen und das Steuersubstrat erhalten, muss er die Steuern für die Unternehmen und die Reichen senken. Das macht er nun. Ich glaube, er ist ein fähiger Mann.

Wo steht er europapolitisch?

Er ist Franzose. Diese sind Zentralisten. Frankreich war von jeher politischer Konstrukteur der EU, Deutschland war es ökonomisch. Aber die Franzosen hoffen, es gelinge Macron, Frau Merkel auf seine Seite zu ziehen. Nach dem Motto: «Wir sind für den Zentralismus, und wir geben die Richtung vor.»

Viele haben Angst, dass die Deutschen das Kommando in der EU übernehmen.

Hier denkt Macron realistischer: Er weiss, dass die Deutschen auch aus historischen Gründen zu befangen sind, um die politische Macht zu übernehmen. Die Franzosen rühmen sich als die Sieger des Zweiten Weltkriegs. Es waren aber schlussendlich die Briten, Amerikaner und Russen.

Sie misstrauen geschniegelten Politikern. Ist Macron die Ausnahme, die die Regel bestätigt?

Jeder Mensch hat halt auch Schattenseiten. (Lacht)

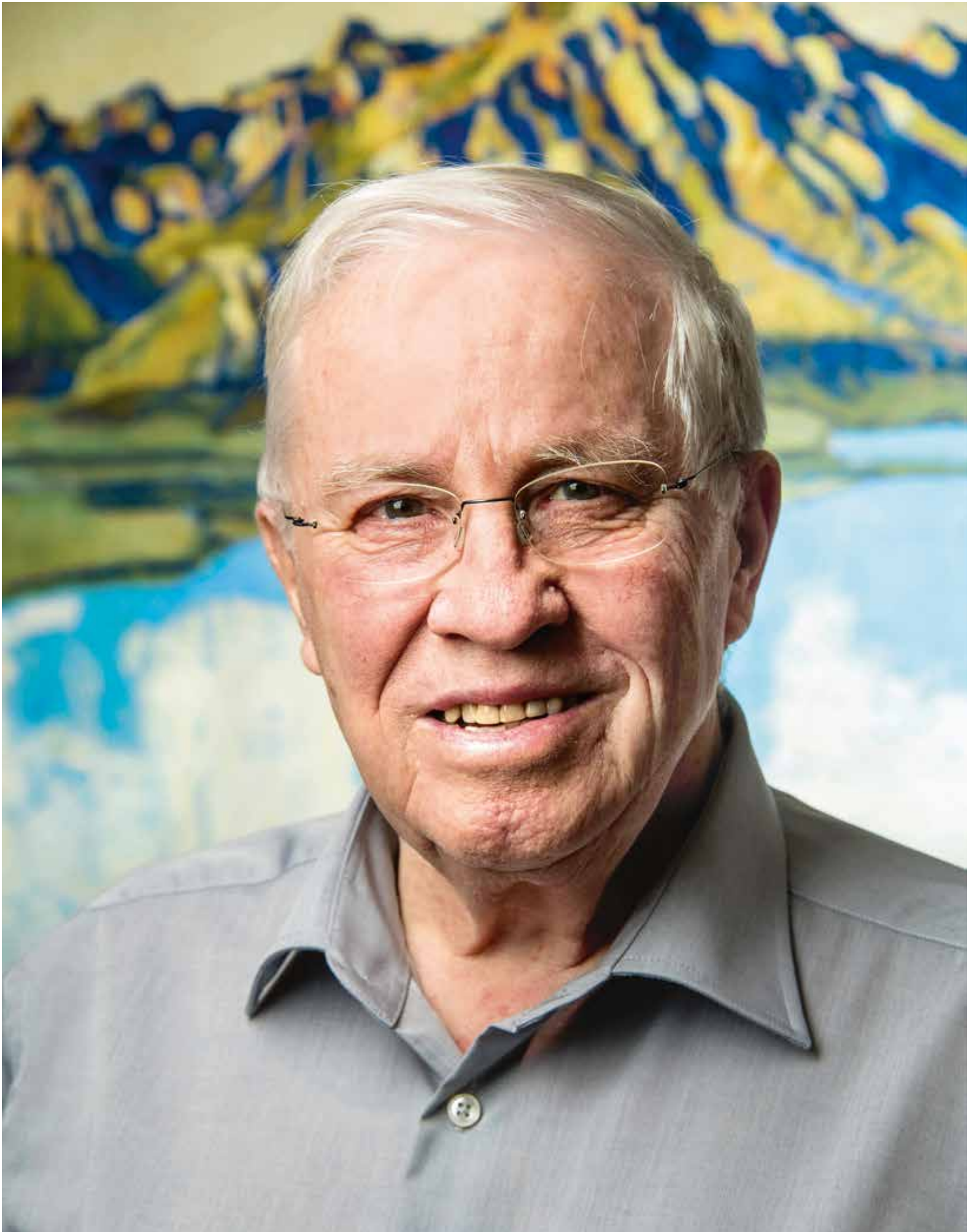
Ist Merkel erledigt? Oder ist ihr ein Comeback zuzutrauen?

Ihre Taktik war: sich den Konkurrenten – bis heute waren es die Sozialdemokraten – anzupassen, damit sich diese bei den Wahlen nicht unterscheiden können. So zum Beispiel in der Energie- und Flüchtlingspolitik. Das wird nicht mehr so einfach sein.

Es funktionierte.

Wohl taktisch, ja. Aber dann kam die Gefahr für sie von der AfD, die von Frau Merkel ausgegrenzt wurde. Die AfD und die Liberalen haben nun die Wahlen gewonnen.

Merkel sagt, Deutschland sei ein sozialdemokratisches Land. Ein liberales Programm sei für eine Partei tödlich. Deshalb gehe es darum, die Linke zu schwächen; verhindern könne man sie nicht. >>>



«Das süsse Gift des Sozialismus wird immer Anhänger finden»: Polit-Strategie Blocher vor einem Hodler-Gemälde in Herrliberg, 30. Oktober 2017.

Für den Moment mag dies stimmen, was Deutschland angeht. Die Frage aber ist: Ist das Halblinke besser als eine linke Regierung mit einer starken bürgerlichen Opposition? Für das Wohl des Landes ist meines Erachtens das Zweite besser.

Sie bewundern insgeheim Merkels Vorgänger Gerhard Schröder, den Sozialdemokraten.

Bewundern ist zu hoch gehängt. Ich mag ihn eigentlich nicht. Aber ich halte ihm zugute: Als Deutschland wirtschaftlich am Boden lag, entschied er sich für die Sozialreformen nach dem Hartz-Modell. Seine SPD-Kollegen warnten ihn, dann werde man die Wahlen verlieren. Schröder hielt durch. Mehrere Quellen bestätigten mir seine damalige Botschaft im kleinen Kreise: «Wenn wir es nicht machen, gewinnt vielleicht die SPD die Wahlen. Also machen wir, was Deutschland hilft.» Er verlor die Wahl. Das ist grosse Statur.

Wie beurteilen Sie Merkel insgesamt? Fähig? Unfähig? Interessant? Überschätzt?

Sie hat Deutschland immerhin nicht kaputt gemacht und die Stellung Deutschlands in der Welt stark gefestigt. Es ist kein schlechtes Rezept, als Regierungschefin ruhig zu bleiben, zuzuhören, zuzuschauen, abzuwarten. Zum Regieren gehören Verstand und Herz. In der Flüchtlingsfrage hat sie wohl aus taktischen Gründen nur das Herz sprechen lassen. Um es auf die Wahlen hin zu ändern.

Aber es ist doch undenkbar, dass die Deutschen mit ihrem historischen Schuld-komplex Truppen und Schäferhunde an die EU-Aussengrenze schicken würden.

Es geht auch ohne Truppen und Schäferhunde. Aber heute ziehen sie den Grenzschutz massiv auf. Merkel rief die Willkommenskultur aus, um die Linke zu schwächen. Mit Erfolg: So schwach waren die Linken in Deutschland noch nie.

Wird sie jetzt nach rechts drehen und die Rechten aussagen, wie sie die Linken ausgesaugt hat?

Kaum. Ihr grosser Konkurrent ist nach wie vor die zweitstärkste Partei – die SPD. Die AfD ist zu klein. Man versucht es mit Stigmatisierung.

Ist Merkel vorbei?

Ich glaube, ja. Sie weiss es auch. Was sie wollte, misslang. Die AfD konnte nicht verhindert werden. Die CDU schnitt in den Wahlen schlecht ab. Noch schlechter die CSU. Und ihr Wunschpartner in der Koalition, die SPD, zieht sich zurück. In der Regierung verliert sie mit Schäuble einen sehr fähigen Finanzminister.

Brexit: Die Medien höhnen, es sei ein Fehler gewesen.

Woher wissen die das? Natürlich: Die EU zu verlassen, ist viel schwieriger, als ihr



«Komfortable Situation»: Präsident Macron.

nicht erst beizutreten. Aber ich traue den Briten zu, sogar bei null anzufangen und sich durchzubeissen. Bis jetzt läuft es nicht unerwartet.

Man liest, wirtschaftlich gehe es abwärts.

Wunschdenken der Brexit-Gegner. Schwierigkeiten in der Zwischenphase sind notgedrungen vorhanden.

Die linken Parteien fahren historische Misserfolge ein. Sind sie am Ende?

Von einem Totalzusammenbruch kann nicht die Rede sein. Das süsse Gift des Sozialismus wird immer Anhänger finden. Tatsache ist: Alle sozialistischen Systeme haben in den letzten fünfzig Jahren versagt, und zwar vor allem wirtschaftlich. Ideologisch haben die Linken nichts mehr zu wollen, aber versprechen werden sie das Glück auf Erden trotzdem.

Wozu braucht es die Linken?

Es braucht sie nicht. Nicht einmal in der Opposition, denn heute wimmelt es auch in bürgerlichen Parteien von Sozialisten. Aber

«Chinesen haben eine interessante Geschichts-Auffassung. Sie verurteilen ihre Vorfahren nicht.»

Bürgerliche würde es vor allem für die Opposition brauchen.

Wogegen?

Gegen die zunehmende Staatsbürokratie, die staatliche Bevormundung und die Verachtung des Bürgerwillens.

Migrationskrise: Ist Europa, wie Kritiker behaupten, durch die Masseneinwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten zerstört worden? Oder ist alles halb so wild?

Dort, wo man die Masseneinwanderung zulässt, findet sie statt, verdrängt Einheimische und zerstört ihre Erfolge. Wo man Scheinflüchtlinge aufnimmt, diese grosszügig unterstützt, lockt man sie an. Dank Orbán ist die Balkanroute kontrolliert. Deutschland musste die Willkommenskultur verlassen. Für echte Flüchtlinge hat es immer Platz. Sollte



«Stellung stark gefestigt»: Kanzlerin Merkel.

die Wirtschaft in die Rezession stürzen, wird die freie Einwanderung zusammen mit dem freien Personenverkehr zum grossen gesellschaftlichen Problem.

Andersrum: Das Positive an der Völkerwanderung ist, dass sie vielen Leuten die Augen geöffnet hat. Mussten sie durch die Misere hindurch?

Es wird oft gesagt: «Es geht uns zu gut.» Und es brauche eine Katastrophe, um eine Verhaltensänderung herbeizuführen. Doch es ist nicht an uns Menschen, Katastrophen zu produzieren; allenfalls Sache Gottes.

Sie reden von der Fehlkonstruktion EU: Wo steht diese EU heute? Näher am Abgrund, oder rappelt sie sich auf?

Nahe am Abgrund, aber sie rappelt sich auf. Man macht es mit Geld. Solange die Wirtschaft läuft, kann sie den Laden einigermaßen zusammenhalten. Innerhalb der EU diskutiert man über zwei Sanierungsvarianten. Einerseits: mehr Zentralisierung. Das ist die Macron-Linie. Das ist französisch, für uns monarchisch, «L'Etat c'est moi». Aber auch Selbstüberschätzung. Andererseits: die deutsche Sicht, weniger Zentralismus, dafür eine föderalistische EU, ähnlich wie die Schweiz oder Deutschland. Die Deutschen getrauen sich allerdings nicht, aus historischen Gründen, diese Vision zu verkünden. Diese Lösung wurde aber bereits zum Teil verhandelt mit dem Euro. Die Einheitswährung ruft nach einer zentralistischen Finanzpolitik, was auch die Deutschen sehen, denn sie hoffen, nicht alles bezahlen zu müssen.

Welche Variante wird Oberwasser haben?

Den Zentralismus bringen sie nur durch, wenn sie das Einstimmigkeitsprinzip in der EU durch das Mehrheitsprinzip ersetzen. Das ist im Gang. Namentlich die Deutschen werden aber merken – wie die Schweizer beim Finanzausgleich –, dass es auch in der EU eine Mehrheit der Nehmenden geben wird.

Braucht es die EU eigentlich noch?

Nein. Die verführerische Idee, man brauche die EU, um den Frieden zu sichern, rechtfertigt

tigt die jetzige Fehlkonstruktion nicht. Churchill wollte nach dem Krieg die Europäer zusammenbringen – namentlich Frankreich und Deutschland –, damit sie sich nicht mehr umbringen. Nie dachte er an eine Teilnahme der Briten an einer zentralistischen EU.

Churchill wollte die Deutschen und die Franzosen mit der EU schwächen.

Militärisch ja – das ist auch gelungen, so dass sie wohl keine Kriege mehr gegeneinander anzetteln und durchführen.

Stellen wir uns ein Europa ohne EU vor: Ist es wirklich ausgeschlossen, dass die aus dem Korsett befreiten Staaten wieder übereinander herfallen?

Ich glaube nicht an diese Gefahr. Und wenn sie wieder Krieg führen möchten, dann würden sie es auch in der EU tun. Doch insbesondere die Deutschen sind zutiefst dem Frieden verpflichtet. Auch ohne EU.

Also darf man die EU abschaffen?

Das ist nicht unsere Sache. Vielleicht entwickelt sie sich zu einem lockeren Staatenbund statt zu einem zentralistischen Bundesstaat. Dann wäre die Schweiz schon dabei, ohne beitreten zu müssen.

Ist die Variante Staatenbund seit unserem ersten gemeinsamen Interview vor siebzehn Jahren wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher geworden?

Jedenfalls noch weit weg. Aber sie wird in den führenden Kreisen als Variante mittlerweile diskutiert. Und vergessen wir nicht: Viele EU-Staaten sind nur so lange dabei, wie es Geld aus Brüssel gibt.

Wechseln wir auf die globale Ebene: Die grosse weltpolitische Konfliktlinie ist China gegen Amerika. Einverstanden?

Militärisch nicht. Aber die Ablösung der Vereinigten Staaten als wirtschaftliche Nummer eins durch China ist im Gang. Das haben die Amerikaner nicht mehr in der Hand, unabhängig davon, wer die USA regiert. Das amerikanische System relativiert die Macht des Präsidenten. Ganz anders in China: Da kommt es sehr darauf an, wer oben steht.

Sie kennen als Unternehmer die chinesische Mentalität. Was kommt auf uns zu?

Die Chinesen haben eine interessante Auffassung von Geschichte. Sie verurteilen nicht die Untaten ihrer Vorfahren. Sie sehen zwar auch, dass ein Mao Millionen umgebracht hat, aber sie rechtfertigen dies als die Voraussetzung einer späteren, besseren Welt. Mao Zedong habe einen Staat gebaut, der gross und anerkannt ist. Und Deng Xiaoping brachte den wirtschaftlichen Fortschritt durch ein kapitalistisches System unter kommunistischer Herrschaft.

Und der Neue, Xi?

Will unter dem Stichwort «Sozialismus nach chinesischer Art» wieder eine Weltmacht machen.

Müssen wir uns fürchten?

Nach geschichtlicher Erkenntnis nicht. Die Chinesen zeichneten sich nie durch globale militärische Expansionen aus. Sie wollten nie Europa erobern. Aber sie sichern sich militärisch ihr Umfeld. In Nordkorea zum Beispiel sehen sie ein Vorgelände, markieren Präsenz im Südchinesischen Meer.

Sie kaufen weltweit alles ein.

Wer Geld hat, kann kaufen. Das haben die Chinesen heute. Die Amerikaner kaufen auch überall ein, wir Schweizer übrigens auch.

Muss man die Chinesen stoppen, weil hinter den Firmenkäufen die rohe Staatsmacht steht?

Vorsicht. Wenn Chinesen eine Schweizer Firma kaufen, müssen sie sich an das Schweizer Recht halten. Die Führung ist in der Regel stabiler als bei den Amerikanern. Diese schliessen und entlassen nach amerikanischer Art. Der Chinese ist konservativer, vorsichtiger.

Schweizer Politiker fordern Verbote gegen chinesische Firmenübernahmen. Ein Irrweg?

Generell falsch. Aber es gibt Firmen, die man nicht in ausländische Hände geben darf, weil sie für die Schweiz überlebenswichtig sind. Doch dies gilt nicht nur gegenüber chinesischen Firmen – auch für europäische oder amerikanische. Zum Beispiel: Flughäfen, Banken, die *too big to fail* sind. Hier sind die Amerikaner, die Schweizer Banken schwächen wollen, viel gefährlicher – Schlüsselinfrastrukturen. Ich vergöttere die Chinesen nicht, aber ich habe mit ihnen in dreissig Jahren Geschäftsleben gute Erfahrungen gemacht. Warum gehen diese Schweizer Betriebe überhaupt ans Ausland? Weil wir offenbar keine Schweizer mehr haben, die Firmen betreiben wollen. Das unternehmerische Feuer ist offenbar weg.

Was halten Sie von Xi, den man jetzt auf die gleiche Stufe mit Mao stellt?

Er ist ein machtbewusster Staatsmann. Die Partei befiehlt. Aber die Wirtschaft soll wachsen, also braucht es Freiheiten. Mit der Korruptionsbekämpfung nimmt er die Politiker an die kurze Leine. Viele Chinesen sind eingeschüchtert. Xi will die Weltmachtstellung, aber ohne Kriege.

Was können wir von China lernen?

Sie haben einen grossen Leistungs- und Durchsetzungswillen. Sind dem Leben gegenüber realistischer eingestellt als wir. Um die Armut in Afrika zu bekämpfen, verteilen sie kein Geld. Sie kaufen Bodenschätze, treiben die Entwicklung mit den Afrikanern voran. Nicht umsonst ist folgendes Sprichwort chinesisch: «Hat einer

Hunger, gib ihm keinen Fisch, sondern eine Angelrute.» Sie haben auch weniger Schuldkomplexe. In Asien fiel mir generell immer auf: Der Starke wird geschätzt und gefördert. Das gibt eine enorme Lebenskraft. Und die Chinesen stehen auch dazu. Vielleicht auch deshalb, weil sich dieses Land noch immer aus der Armut hochkämpfen muss.

Ist China nicht eine Fehlkonstruktion? Sozialismus und Kapitalismus, das geht nicht zusammen.

Auf die Länge kaum. Aber andere Länder, andere Sitten. Ist der Asiat ein Demokrat? Ist der Russe, noch extremer, ein Demokrat? Die Chinesen haben eine starke Eigeninitiative, sie sind erfinderisch und arbeitsam und wollen Erfolg. Wenn Sie aufs Land hinausgehen, sehen Sie die unglaublichsten Sachen, wie sich die Leute zu helfen wissen, mit einfachsten Mitteln. Wenn sie nichts zu essen

«Trumps offenes, transparentes Auftreten hat auch etwas Erfrischendes.»

haben, gehen sie zum nächsten Weiher, fischen Amphibien heraus. Sie machen aus Schlangen und Kröten sogar Delikatessen. Ich weiss allerdings nicht, ob China in einem demokratischen Mehrparteiensystem funktionieren könnte.

Fazit: Aufstieg Chinas, Niedergang des Westens?

Kein Niedergang. Sie nehmen uns ja nichts weg. Wir werden auch durch die Tüchtigkeit Chinas per se nicht geschwächt. Wir werden die Nummer zwei, weil die anderen die Nummer eins werden. Das gibt neue Chancen.

Die Chinesen bunkern Rohstoffe: Wie gross ist die Wahrscheinlichkeit, dass es im Ringen um knappe Ressourcen – auch Wasser – zum Weltkrieg kommt?

Wenn die Güter knapp werden, kann es dazu kommen. Das war in der Geschichte stets so.

Nur eine Frage zu Donald Trump: Was können wir eigentlich von ihm lernen?

Bei aller Fragwürdigkeit: Sein offenes, transparentes Auftreten hat auch etwas Erfrischendes. Wie andernorts putzt Trump die Bisherigen weg. Er ist eigentlich seine eigene Partei. Seine Amtszeit zeigt aber auch: Das amerikanische System ist stark. Der Präsident kann nicht machen, was er will. Der kann nicht einfach auf einen Atombombenknopf drücken, wie dies oft erzählt wird. Ich frage: Was für grosse Dummheiten hat Trump in den letzten zehn Monaten gemacht? Mir fällt nichts ein. Man sagt, er habe nichts gemacht. Umso besser: Endlich mal einer, der keine neuen Gesetze, keine neuen Regulierungen bringt. >>>

Ist Trump nachhaltig oder Chaos?

Unterschätzen wir nicht die produktive Kraft des Chaos. Für die Benennung der Problematik von «Fake News» muss man ihm gratulieren. Die Manipulation der Medien, die verlogene Korrektheit wird einmal beim Namen genannt!

Was ist Trumps Schwäche?

Ich glaube, er ist ein massloser Egozentriker. Das ist gefährlich, er geht über alles hinweg, selbstbezogen zieht er alles auf sich, sogar die Kritiker. Seine Regierungsleute haben es hingegen sehr schön. Er stellt sich immer vor sie hin. Die Minister können in aller Ruhe arbeiten.

Ein moderner, unfreiwilliger Winkelried?

Vielleicht. Ich habe eine Theorie, die kürzlich für Erheiterung sorgte, aber ich meine es ernst. Kaiser hatten immer Hofnarren. Ganz wichtig. Diese hielten den Kaisern den Spiegel hin. Trump hat auch einen Hofnarren: sich selber. Trump ist gleichzeitig Kaiser und sein eigener Hofnarr. Ob ihm das nicht alles verleidet?

Zwischenfrage: Ist Egozentrik angeboren? Kann man sie überwinden?

Durch Selbstdisziplin kann man sie zumindest einschränken. Der Mensch hat beides, Erbmasse und Erziehung. Aber es gibt halt Leute, die sehen immer nur sich selbst. Was für Trump spricht: Er hat sich in seiner Regierung mit hervorragenden Nicht-Egozentrikern umgeben. Leute, die nicht einfach nur dem Chef huldigen. Allen voran die Generäle Mattis und Kelly, das sind ganz exzellente, selbstlose Persönlichkeiten.

Was sagen Sie zum Fall des mächtigen Filmproduzenten Harvey Weinstein, der angeblich zahllose Frauen sexuell belästigte?

Dass es in diesen Kreisen so zugeht, vermutete man wohl schon lange. Ohne Details zu kennen: Ich kann mir nicht vorstellen, dass alle, die in diesem Umfeld gearbeitet haben, nichts wussten. Aber: Es ist nichts so fein gesponnen. Es kommt doch an den Tag!

Bevor wir auf die Schweiz kommen: Islamisierung der Welt. Wahnvorstellung oder echte Gefahr?

In der Weltgeschichte war die Islamisierung immer eine Gefahr: die Türken vor Wien, die Mauren in Spanien.

Ja – ist aber etwas lange her.

Für uns vielleicht, aber es ist eine geschichtliche Kontinuität. Damals kämpfte man noch mit Waffen, Auge in Auge. Heute ist der Krieg zu gefährlich, da wird das anders ausgefochten.

Eine konkrete Bedrohung des Westens?

Wenn wir sie zulassen – dann schon. Und ich sage das, ohne dass man die Muslime deswegen verachten muss: Sie haben ihre



«Ueli Maurer ist ein ausgezeichnete Finanzdirektor»: Blocher in seinem Herrliberger Büro.

Gesetze, Sitten und Gebräuche – wir die unsrigen. Wer hier ist, muss sich an die hiesigen Gepflogenheiten halten. Aber wenn die Islamisten kommen und gegen unsere Sitten, Gebräuche und Gesetze vorgehen, dann sind dies Gefahren für uns. Wie wir in islamischen Ländern uns auch an die dortigen Gesetze, Sitten und Gebräuche dieser Länder zu halten haben, haben sie sich hier an unsere zu halten.

Was kann, muss politisch dagegen unternommen werden?

Die Gesinnung wollen und können wir nicht verbieten. Es ist auch nicht nötig. Uns stört auch nicht die Gesinnung, uns stört, wenn Gesetze und Regeln verletzt werden. Die Politiker sind dafür verantwortlich, dass sich deren Lebensweise für uns nicht störend entfaltet. Wenn wir keine Minarette haben wollen, gibt es die nicht.

Moscheen?

Ein Raum zum Beten. Warum soll man dies verbieten? In der Schule haben sie sich an unsere Regeln und an unsere Stundenpläne zu halten. Wer am Freitag nicht in die Schule gehen will, weil es ein muslimischer Feier-

tag ist, muss halt in eine muslimische Gesellschaft. Unsere Regeln gelten. Da gibt es Nulltoleranz. Da sind wir leider viel zu tolerant.

Zum Schluss die Schweiz: Halbzeit in der Legislatur. Was sind Ihre wichtigsten Beobachtungen?

Wir haben nach wie vor eine Mitte-links-Regierung. Ich habe auch nach den Wahlen wohlweislich nie von Rechtsrutsch gesprochen. Bei den Freisinnigen weiss man noch nicht, wo es hingeht. SVP-Fraktionschef Amstutz hat recht: Sie blinken rechts, wenn es alle schauen, aber sie biegen oft links ab, in der Hoffnung, dass die Wähler das nicht sehen. Punktuell gibt es Lichtblicke: Das Bankkundengeheimnis im Inland, das zeichnet sich ab, sollte gerettet werden können.

Unsere Beziehung zu Europa?

Die Classe politique drängt nach wie vor in die EU. In Bern haben sie aber gemerkt, dass das Volk sehr skeptisch geworden ist, was die Anbindung an die EU angeht. Darum soll das institutionelle Rahmenabkommen vorläufig auf Eis gelegt werden. Cassis spricht von einem «Reset»-Knopf. Aber alle, ausser der SVP,

wollen fremdes Recht, fremde Richter und Strafsanktionen zur Ausschaltung der Schweizer Stimmbürger akzeptieren. Schleichender EU-Beitritt: Da hat sich nichts geändert.

Was ist das Motiv?

Eigeninteressen: Es gibt nichts Schöneres als einen Posten im EU-Parlament. Man kann überall reinreden, hat nirgends Verantwortung. Es ist finanziell interessant. Man kann gratis fliegen, es gibt viel Geld. Auch für die Manager grosser Konzerne ist die EU-Monokultur attraktiv. Es ist viel einfacher, wenn es keine Grenzen und keine unterschiedlichen Währungen gibt. Das Landesinteresse ist sekundär!

Wie sehen Sie den Formstand der SVP?

Viele genügen sich in der Rolle der stärksten Partei. Man hat zwei Bundesräte, ist angesehener als auch schon. Da leidet die Kampfkraft. Aber die Partei ist verlässlich auf der Linie. Sie gibt, trotz zweier Bundesräte, Gegensteuer, wo es nötig ist. Dank der SVP hat die Schweiz die Erneuerung, die Abrechnung mit der maroden Führungsschicht, die jetzt in den EU-Staaten und den USA richtiggehend aufbricht, schon vorausgenommen. Wenn die SVP schwach wird und aufhört, ein liberalkonservativer Stosstrupp zu sein, weil man Karriere machen will, dann wird es nicht gut in der Schweiz.

Wie beurteilen Sie Ihre beiden Bundesräte?

In den grossen Fragen ein willkommenes Gegengewicht im Bundesrat. Aber zu oft allein. Ueli Maurer ist ein ausgezeichnete Finanzdirektor, und die Grenzwa- che arbeitet unter ihm wesentlich besser. Wir müssen schauen, dass er noch lange im Amt bleibt.

Hätte Parmelin ins Aussendepartement wechseln sollen?

Wir waren der Meinung. Es wäre nötig, dass die FDP wieder einmal das Verteidigungsdepartement übernimmt. Wie sagte Ständerat Broger seinerzeit: «Die beste Aussenpolitik für die Schweiz ist eine Aussenpolitik, die gar nicht stattfindet.» Heute macht das Aussendepartement EDA eine Aussenpolitik, die gegen die Schweiz gerichtet ist.

Parmelin merkte an, er spreche zu wenig gut Englisch.

Ist auch nicht nötig. Man spricht in seiner Landessprache. Meinen Sie, ein Chinese spreche mit uns Englisch? Ich redete sogar immer Schweizerdeutsch zum Übersetzen.

Ihre Ansage der Wahlen 2015 lautete: Die Staatssäulen der Schweiz sind in Gefahr. Wurde es besser oder schlechter?

Die Bevölkerung ist deutlich konservativer geworden. Das zeigt die Annahme der

Ausschaffungs- und Masseneinwanderungsinitiative. Auch die Verwerfung der AHV-Vorlage. Doch in der Classe politique hat es sich verschlimmert. Es wird gelogen, die Volksrechte werden missachtet, man will Souveränität, Neutralität und die Entscheidung des Volkes ausschalten und die Macht an sich reißen. Ein Staatsstreich. Das Bundesgericht stellt plötzlich das internationale Recht generell über das Schweizer Recht. Entgegen langjähriger Tradition und Rechtsprechung. In keinem einzigen Land steht das internationale Recht über dem Landesrecht. Aber unsere drei Staatsgewalten reißen so rechtswidrig die Souveränität vom Volk an sich! Warum? Auch hier geht es um die Macht. Die richterliche Unabhängigkeit ist hochzuhalten, damit die Richter machen können, was sie müssen, und nicht, um zu machen, was sie wollen.



Wie lautet Ihr Schlachtruf für die Wahlen 2019?

Wie hältst du es mit der Demokratie? Wer steht eigentlich noch zum Amtseid und zu den Volksentscheiden?

Aufreger Asyl: Bundesrätin Sommaruga und Migrationschef Gattiker loben sich. Die Zahlen gehen zurück.

Wir haben nach wie vor ein Asylchaos. 58 Prozent aller Asylbewerber können in der Schweiz bleiben, die meisten davon für immer, fast alle auf Kosten des Sozialstaats. Die meisten sind keine echten Flüchtlinge. Zurzeit gibt es aber weniger Asylgesuche, weil die Balkanroute geschlossen wurde. Wann finden die Schlepper einen neuen Weg? Verbessert hat sich die Situation, seit Ueli Maurer den Grenzschutz unter sich hat.

Staatssekretär Gattiker betont, sein Amt gelte in ganz Europa als vorbildlich.

Ich bin sehr skeptisch, wenn sich die Migrationsbeamten selber rühmen. Wenn immer weniger die Asylschiene benutzen, wie steht es um die Illegalen, also um die Leute, die über die grüne Grenze kommen? Wenn ich mich umsehe, kann ich nicht erkennen, dass es weniger Personen gäbe, bei denen ich mich frage, wie und warum sie hierhergekommen sind. Die Migration ist neben der Europa-Frage das grösste ungelöste Problem der Schweiz.

Dieser Investor, der die CS aufspalten will: Irrlicht oder unternehmerisch visionär?

Er wirft die Grundfragen auf: Ist die Aufspaltung nicht erfolgreicher als eine bisherige Universalbank?

Ein neues Thema in der Politik: Digitalisierung. Man befürchtet Massenarbeitslosigkeit und soziale Unruhe. Zu Recht?

Nein. Die gleichen Ängste gab es schon bei der Einführung des Computers. Man sagte, jetzt brauche es keine Arbeitskräfte mehr, kein Papier. Alles ausgeblieben. Natürlich gibt es Änderungen, aber nichts Fundamentales.

Fassen wir zusammen: Was ist die Summe aus allem, was wir besprochen haben?

Der Mensch lebt im Kleinen. Er kann so globalisiert sein, wie er will, am Schluss interessiert ihn das Naheliegende: sein Sofa, der Stuhl im Wohnzimmer, der Platz, wo er seinen Kehrtricht hinstellen muss. Es beschäftigt das Essen, der Lebensunterhalt, der Arbeitsplatz und der Lärm draussen, die Natur, die saubere Luft. Darum haben wir 25 Lokalzeitungen gekauft, damit das Kleine beschrieben werden kann. Je globalisierter die Welt ist, desto mehr haben die Leute ein Heimatgefühl.

Die Zeit des Globalismus ist vorbei?

Nicht vorbei, aber das Interesse am Naheliegenden nimmt zu. Die Politiker haben die grossen Räume nicht mehr in der Hand; die Abspaltungssehnsüchte in Katalonien, Norditalien oder Belgien. Das sind alles Anzeichen. Reichere Regionen wollen nicht partout für die armen zahlen. Dass diese Regionen der EU unterstellt sein wollen, ist kein Widerspruch. Es ist wie bei den alten Eidgenossen. Der ferne schwache Kaiser war ihnen lieber als der mächtige Fürst in der Nähe.

Warum bricht das jetzt alles auf einmal auf? Brexit, Trump, Katalonien und so weiter?

Es ist immer so bei Fehlentwicklungen. Es braucht eine Kleinigkeit, dass es aufbricht. Es ist schon länger da, aber es kommt nicht raus. Jetzt kommt es raus.

Insofern: Eigentlich eine gute Zeit, in der wir leben.

Ich fühle Albert Anker bestätigt: «Siehe, die Welt ist nicht verdammt.» Er hatte halt doch recht. ○

Wirtschaftsspitze macht's mit links

Mit Ballonen und Frontalangriffen auf die SVP kämpft der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse gegen eine angebliche Abschottungspolitik der Schweiz. Dabei spannt er mit der SP, mit Gewerkschaften und anderen Linken zusammen. Hat der mächtige Verband den ordnungspolitischen Kompass verloren? *Von Philipp Gut*

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse flirtet heftig mit der Linken. Am vergangenen Samstag veranstaltete er auf dem Helvetiaplatz vor dem Zürcher Volkshaus eine «bunte Strassenaktion», mitten im Herzen von Linkszürich. Der Maler Patrick Wehrli alias Redl sprayte einen dreidimensional wirkenden Abgrund auf den Asphalt. «Da fallen wir rein, wenn wir die Abschottungspolitik der SVP annehmen», erklärte eine Aktivistin von Economiesuisse. Daneben zeigten Breakdancer, «wie einfach es ist, über den bunten bilateralen Weg der Schweiz zu tanzen».

Hinter der Aktion steht die Economiesuisse-Kampagne «Stark und vernetzt», die im April 2015 lanciert wurde und darauf angelegt ist, «die Kräfte für eine konstruktive Europapolitik langfristig zu koordinieren und zu bündeln», wie Kampagnenleiter Oliver Steimann sagt. Was die Economiesuisse unter einer konstruktiven Europapolitik versteht, konnte man am Happening vom letzten Samstag studieren. Der Wirtschaftsdachverband führte den Anlass zusammen mit zwei Partnern durch, die schnurstracks in die EU streben: mit der SP sowie der Gesellschaft offene und moderne Schweiz (GomS).

Diese GomS ist eine Kreation des ehemaligen Journalisten und PR-Mannes Thomas Haemmerli, der seit vielen Jahren mit verschiedenen Plattformen ein Ziel verfolgt: «die Abwehr der nationalkonservativen Schweiz». Das Land zerfällt für Haemmerli – offenes Hemd, graue Bartstoppeln, überdimensionierte Hornbrille – in zwei Lager: in die «Blocher-Schweiz», die «ländlich, isolationistisch, rückwärtsgewandt, reaktionär» sei, und in eine «weltoffene, moderne, zukunftsgerichtete, urbane Schweiz».

Die GomS wurde 2013 gegründet, um gegen die SVP-Masseneinwanderungsinitiative zu kämpfen. Schon damals bandelte sie mit der Economiesuisse an – oder umgekehrt. Der Wirtschaftsdachverband unterstützte Haemmerlis erklärte Anti-Blocher-Organisation finanziell. Allerdings, ohne dies transparent zu machen. Als es trotzdem auskam, gab es einen kleinen Proteststurm im linken Lager. Die *Wochezeitung* sprach von einer «ziemlichen Verarschung», und der Journalist Christof Moser schrieb enttäuscht, die GomS sei «keine Bürgerbewegung», wie sie alle geglaubt hätten, «sondern ein professionelles Polit-Marketingvehikel, das von Economiesuisse mitfinanziert wird».



«Bunter bilateraler Weg»: Economiesuisse-Aktion auf dem Zürcher Helvetiaplatz.

Die enge Zusammenarbeit des Wirtschaftsspitzenverbands mit glühenden EU-Beitritts-Befürwortern aus dem linksurbanen Milieu ist umso pikanter, als auch bürgerliche Parteien wie die FDP und die CVP sowie mehrere kantonale Handelskammern als Partner von «Stark und vernetzt» auftreten. Letzte Woche schaltete Economiesuisse seitengrosse Inserate, auf denen sich von der Gewerkschaft Travail Suisse bis zur FDP und der sich wieder «konservativ» gebenden CVP unter Gerhard Pfister so ziemlich das gesamte politische Spektrum ausser der SVP aufreichte. Wirtschaftspolitische Fundamentaldifferenzen spielen dabei offensichtlich keine Rolle. Dass die SP den Kapitalismus abschaffen und den liberalen Arbeitsmarkt zureglementieren will? Egal.

CVP-Präsident Pfister hätte nein gesagt

Und was meinen die Chefs von FDP und CVP dazu? Mit dem gemeinsamen Inserate-Auftritt haben sie sich ja eben erst öffentlichkeitswirksam in die Kampagne einspannen lassen. Dort behaupten die Unterzeichner – darunter

neben der SP und der GomS auch die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs), die ebenfalls einen raschen EU-Beitritt anstrebt –, sie stünden für die «Unabhängigkeit» und «Freiheit» der Schweiz ein.

«Nein», sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister, dieses Verständnis von Unabhängigkeit teile er nicht. «Die CVP will eine souveräne und weltoffene Schweiz.» Das widerspreche den Anliegen der erwähnten Gruppen. Vom Aktionstag auf dem Zürcher Helvetiaplatz habe er keine Kenntnis gehabt. «Ich wurde nicht angefragt und hätte – wenn angefragt – einen gemeinsamen Auftritt ausschliesslich mit SP und GomS abgelehnt», so Pfister. Dennoch könne man aus unterschiedlichen Gründen zu gleichen Positionen kommen – beispielsweise hinsichtlich der Selbstbestimmungsinitiative der SVP. Er halte diese für einen «untauglichen Lösungsvorschlag», ihre grösste Schwäche liege darin, dass sie «nicht explizit die Kündigung der EMRK ausschliesst», also der Europäischen Menschenrechtskonvention. Pfister hält es allerdings für diskussionswürdig, wie man in einer

direkten Demokratie mit der Spannung zwischen Völker- und Landesrecht umgeht.

FDP-Präsidentin Petra Gössi erklärt auf Anfrage, ihre Partei unterstütze die Economiesuisse-Kampagne «ideell mit unserem Einsatz für den bilateralen Weg». Der Anlass vom 28. Oktober in Zürich sei ihr «nicht bekannt», sie könne sich nicht erinnern, dass die FDP angefragt worden sei. Mit dem Slogan der Economiesuisse-Kampagne («Wir sind stolz auf unsere Freiheit») kann sich Gössi aber identifizieren: «Der Wegfall der bilateralen Verträge würde die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz langfristig schwächen und gefährden», sagt sie. Der Weg würde dann «direkt in die EU» führen.

Blocher vermisst Ordnungspolitik

Für SVP-Doyen und Unternehmer Christoph Blocher ist die unheilige Allianz zwischen der Economiesuisse und der Linken ein Déjà-vu: Er beobachte die gleichen Vernetzungen wie vor 25 Jahren bei der EWR-Abstimmung, so Blocher. Damals wie heute gehe es darum, «schlussendlich in die EU zu steuern». Bei der Economiesuisse-Spitze vermisst Blocher das «Interesse für das Wohl der gesamten Volkswirtschaft», wie es die Vorgängerorganisation Vorort ursprünglich verfolgt habe. Dieses

Dass die SP den liberalen Arbeitsmarkt zureglementieren will? Egal.

Gesamtwohl liege in der Ordnungspolitik: in weniger Regulierung und in weniger Abgaben, Steuern und Gebühren. Doch diesbezüglich leiste die Economiesuisse kaum mehr einen Beitrag. Als jüngstes Beispiel nennt Blocher die Energiestrategie des Bundes, die gewaltige Staatseingriffe mit sich bringt. Ordnungspolitisch hätte der Wirtschaftsdachverband «unbedingt dagegen» sein müssen, doch er habe «nicht mal eine Parole zustande gebracht».

Mit Blick auf die Selbstbestimmungsinitiative entgegnet Blocher seinen Kritikern, die Vorlage tangiere die Menschenrechte in keiner Weise. Es gehe darum, dass das in der Schweiz von Volk und Ständen gesetzte Landesrecht wieder über dem internationalen Recht stehe, wie dies in allen andern westlichen Staaten der Fall sei. Das Schweizer Bundesgericht hatte in zwei Urteilen von 2012 und 2015 entschieden, dass internationales Recht, entgegen der bisherigen Rechtsauffassung, generell über Landesrecht steht. Dies müsse man rückgängig machen, was auch durchaus im Interesse guter Ordnungspolitik sei, so Blocher.

Wenn wir die Signale richtig deuten, gibt es in der CVP und allenfalls auch in der FDP durchaus Stimmen, die dies ähnlich sehen – allerdings nicht im Rahmen der SVP-Initiative. *Affaire à suivre.* ○

Verkehr

Endstation Rauchverbot

Die SBB verbieten nun auch das Rauchen an der frischen Luft. Das Konsumentenforum warnt vor einer Diskriminierung der Raucher. Selbst hartgesottene Nichtraucher sind irritiert.

Ab dem 9. Dezember 2018 soll das Rauchen an allen Bahnhöfen verboten werden. Dies besagt eine vertrauliche Unternehmenspräsentation der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB). Neben dem totalen Verbot stehen zwei abgeschwächte Varianten zur Diskussion: Entweder soll das Rauchen auf kleinen «Raucherinseln» oder in abgetrennten Kabinen (sogenannten Raucher-Lounges) auf dem Bahnhofplatz gestattet sein.

Bereits in gut einem Monat, ab dem 8. Dezember 2017, wollen die SBB mit einem «Pilotprojekt» loslegen. Komplettauchfrei werden die Bahnhöfe Basel SBB, Nyon und Zürich Stadelhofen. In Bellinzona werden am Rand der Perrons Raucherbereiche eingeführt und in Neuenburg eine «Raucher-Lounge auf dem Bahnhofplatz». Damit wollen die SBB abklären, «welche Variante von Nichtraucher-Bahnhöfen die grösste Kundenakzeptanz erzielt».

Auf Anfrage reagieren die SBB kryptisch: «Ein Entscheid, die Bahnhöfe rauchfrei zu machen, wurde nicht gefällt.» Allerdings prüfe man «regelmässig, wie die Aufenthaltsqualität an Bahnhöfen erhöht werden kann». Dazu gehöre «auch die Frage des Rauchens» und «der Reinigung unserer Bahnhöfe durch weggeworfene Zigarettenstummel». Tatsache ist, dass die internen Unterlagen das Projektziel unmissverständlich festhalten: «Die SBB führt schweizweit mit dem Fahrplanwechsel 2018 die Nichtraucherregelung an den Bahnhöfen ein.»

Bislang war die Zigarette auf den Perrons kein Problem, und auch in offenen Arealen war sie grundsätzlich gestattet, von expliziten Nichtraucherbereichen abgesehen. In geschlossenen Räumen gilt bereits seit 2005 ein Rauchverbot. Auch mit dem Problem der Zigarettenstummel ging man pragmatisch um. So betonten die SBB bislang, die Küsten für die Einführung und Durchsetzung eines Rauchverbots würden die möglichen Einsparungen bei der Reinigung zunichte machen. Wie viel das Pilotprojekt und die Umstellung kostet, wollen die SBB nicht offenlegen.

Zufällig bis willkürlich

Warum also rattert der SBB-Zug in Richtung Prohibition? Welche Probleme sollen damit behoben werden? Und ist es die Aufgabe eines Staatsbetriebs, die Bevölkerung zu Nichtrauchern zu erziehen? Die Begründung in der

Präsentation mutet zufällig bis willkürlich an. So stützen sich die Bundesbahnen auf «regelmässige Kundenanfragen». In Basel wurde beispielsweise eine Petition mit rund 300 Unterschriften für einen komplett rauchfreien Bahnhof eingereicht. Zudem habe sich in einer Onlineumfrage der Gratiszeitung *20 Minuten* letzten Mai eine Mehrheit der Leser für ein umfassendes Rauchverbot an Bahnhöfen ausgesprochen.

Bei Konsumenten und Politikern sorgt das Vorhaben für Befremden. Für Babette Sigg, Präsidentin des Konsumentenforums, ist ein Rauchverbot auf den Perrons «nicht notwendig». Sie warnt vor einer zunehmenden «Stigmatisierung der Raucherinnen und Raucher».



Richtung Prohibition.

Die Basler Nationalrätin Silvia Schenker (SP) – eine der Initiantinnen der Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen», die im Herbst 2012 mit 66 Prozent Neinstimmen verworfen wurde – sagt, sie fühle sich als häufige Zugfahlerin an Bahnhöfen «eigentlich nie richtig gestört» durch Raucher. Obwohl sie relativ empfindlich sei, würde sie ein Kompletterbot von den SBB «persönlich nicht verlangen». Sie sei «nicht für die kategorische Verbannung der Raucher aus dem öffentlichen Raum».

Ähnlich sieht es CVP-Präsident Gerhard Pfister, der selbst ebenfalls keine Zigaretten raucht. Auch ihn hat der Rauch an Bahnhöfen «noch nie gestört». Er würde es begrüssen, wenn die SBB ihren Kunden «gewisse Freiheiten liessen». Als Bahnfahrer fände er es angebracht, dass die Bundesbahnen «die Priorität auf ihren eigenen Kundendienst legen würden, anstatt sich für eine immer stärker reglementierte Gesellschaft einzusetzen». Pfisters freundliche Ermahnung lassen die SBB in ihrer Antwort an die *Weltwoche* unkommentiert. *Florian Schwab*

Jobwunder Digitalisierung

Die Furcht vor der Automatisierung hat Hochkonjunktur. Aber man muss nicht verzagen – zum Glück ist der Mensch unersättlich.
Von Beat Gygi (Text) und Malte Knaack (Illustration)

Die Schlangen an den Kassen im Lebensmittel-laden sind so lang, dass einem die Station, an der man selber scannen und bezahlen kann, als bessere Lösung erscheint, selbst wenn es auch da stockend zugeht und das Erfassen der Brötchen umständlich ist. Beim Hin- und Herwenden der Packungen erblickt man in der Nähe die Nachbarin, die im Laden als Kassierin arbeitet und geduldig anstehende Kunden freundlich bedient. Unwillkürlich fragt man sich, ob sie die Leute an der Selfscanning-Station wohl als eine Art Bedrohung ihrer Arbeit empfindet. Da man sich kennt, ist diese Frage leicht unbehaglich; trägt man eventuell zur Wegautomatisierung ihrer Stelle bei?

Zur eigenen Entlastung erinnert man sich kurz an Studien von Ökonomen, die im Zusammenhang mit Digitalisierung und Automatisierung zum Schluss kommen, dass es in Einkaufsläden immer noch erstaunlich viel Kassenpersonal gebe oder dass die Einführung des Bankomaten per saldo zu einem Aufbau und nicht zu einem Abbau des Kundenberatungspersonals in Banken geführt habe.

Die schauerliche Zahl 47

Aber sogleich schiebt sich die berühmt-berüchtigte Studie von Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne von der Universität Oxford innerlich in den Vordergrund. Unter dem Titel «The Future of Employment» haben die Autoren 2013 publizitätsträchtig dargelegt, wie anfällig welche Berufe oder Beschäftigungen – die Liste zählt rund 700 Typen – auf eine Beseitigung durch Computerisierung sind. Normales Verkaufspersonal an der Ladenkasse muss demnach annehmen, mit gut 90 Prozent Wahrscheinlichkeit irgendwann durch Computer ersetzt zu werden. Bezogen auf die gesamte Wirtschaft, kommen Frey und Osborne zum Schluss, dass 47 Prozent der Beschäftigten in den USA in Gefahr seien, in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren durch Computer verdrängt zu werden.

Die Studie hat mit ihrer einprägsamen Formel «Die Hälfte der Beschäftigten ist in Gefahr» die ganzen Diskussionen über Auswirkungen der Digitalisierung auf Jobs, Arbeitsmärkte und Berufsbilder stark geprägt. Die Zahl 47 wandert in Medien und Wissenschaft quasi von Papier zu Papier. Ökonomen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim rechneten das Modell auf Deutschland um und ermittelten eine Quote von 42 Prozent, mahnen aber insofern zu einer vorsichtigen Deutung, als die Frey-Osborne-Studie auf Schätzungen von

Ingenieurexperten beruhe, die gerne mal zur Überschätzung der technischen Automatisierungspotenziale neigten. An der Technischen Universität Dortmund kam man für Deutschland auf eine Gefährdungsquote von 59 Prozent, hielt aber fest, dass die verlorenen Stellen im Laufe der Zeit wohl durch andere ersetzt würden.

Das Beratungsunternehmen McKinsey sieht in einem aktuellen Bericht rund 50 Prozent der weltweiten Beschäftigung in Gefahr oder 1,2 Milliarden Arbeitnehmer, über die Hälfte davon in China, Indien, Japan und den USA. Mit Blick auf die Finanzbranche hat UBS-Konzernchef Sergio Ermotti kürzlich gegenüber Bloomberg dargelegt, dass transaktionsorientierte Firmen mit dem Wegfall der Hälfte der Stellen in zehn

Wer den Wandel dramatisieren will, kann auch menschliche Schwächen ausnützen.

bis zwanzig Jahren rechneten. Bei Banken wie der UBS sei die Quote auf etwa 30 Prozent zu veranschlagen. Chefs von Versicherungskonzerne äussern sich ähnlich. Allerdings ist schon seit zwanzig Jahren von einer längst fälligen Industrialisierung der Finanzwirtschaft die Rede, von einer Automatisierung, wie sie die Industrie kennt.

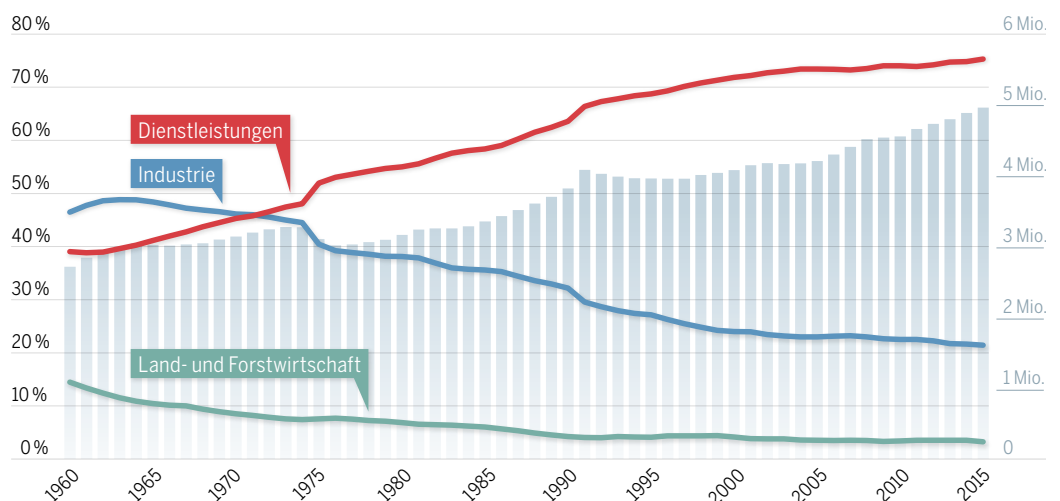
Warnungen vor der grossen Arbeitsplatzvernichtung durch Automation gab es schon in den sechziger Jahren mit ganz ähnlichen Worten,

aber viele sehen heute eine akute Gefahr, dass die Digitalisierung derart viele Menschen aus ihren Jobs verdrängen wird, dass Millionen von Erwerbslosen verzweifelt nach Einkommensmöglichkeiten und sinnvollem Zeitvertrieb suchen müssen. Besonders elegant und eindringlich formuliert dies jeweils der deutsche Publizist und Philosoph Richard David Precht, wenn er darlegt, wie viele Leute ihre Arbeitsgelegenheiten verlieren würden und dass bei einem Ausfall des Erwerbseinkommens für grosse Bevölkerungsgruppen neuartige Umverteilungszahlungen nötig würden. Microsoft-Gründer Bill Gates hält eine Robotersteuer für sinnvoll, um dem Staat die Einnahmen zu sichern.

Warum ist Digitalisierung in jüngerer Zeit derart zum Modethema geworden? Computerprogramme und elektronische Steuerung gehören ja seit vierzig Jahren zum Alltag. Zum einen haben die Vernetzung und der damit verbundene Austausch von Daten zwischen Millionen von Menschen die öffentliche Diskussion angeheizt. Viele sehen in den riesigen Datenmengen ein Vermögen, der Kampf um diese werthaltigen Häppchen ist entbrannt. Zum andern findet diese Phase der industriellen Revolution in einem anderen Rahmen statt als die früheren Stufen. Heute sind die Staatsquoten praktisch überall viel höher als vor 150 Jahren, ein grosser Teil des Lebens ist hoheitlich reguliert. Wenn technische Umwälzungen in einer derart kollektiv organisierten Welt stattfinden, suchen Interessengruppen in diesem Gezerre möglichst viel via Politik

Hände frei für Neues

Anteile der einzelnen Sektoren am Total der Erwerbstätigen, in Prozent (linke Achse), und Anzahl der Erwerbstätigen in der Schweiz (rechte Achse)



QUELLE: STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (SECO), BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BFS)

Wenn hier eine Stelle verschwand, entstand dort eine neue.



Warum eigentlich gibt es noch derart viele Stellen?

für sich herauszuholen. Vor diesem Hintergrund erleben Autoren wie die MIT-Wissenschaftler Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee mit ihrem Buch «The Second Machine Age» von 2014, das den Umbruch der Arbeitswelt und die Gefahr sozialer Konflikte auf dramatische Weise darstellt, eine Hochkonjunktur.

Kurz nach vier Uhr im Stall

Im Grunde ist der Wandel alt. Lange hatte der Grossvater seinerzeit den Kauf einer Melkmaschine abgelehnt. Seine zwölf Kühe hatte er fest im Griff, vor allem auch beim Melken. Er liess es selten zu, dass jemand anderes sich an seinen Tieren zu schaffen machte, jeden Morgen begann er kurz nach vier Uhr mit der Arbeit. Irgendwann liess seine Gesundheit diesen Rhythmus nicht mehr zu, so dass er schliesslich in den Kauf einer Melkmaschine einwilligte. Ein Jahr später war er begeistert davon, die Investition sei Gold wert, sagte er, der Tierbestand stieg bald auf achtzehn Kühe, ihm ging die Arbeit leichter von der Hand. Sein Sohn hat die Mechanisierung energisch fortgeführt, die Enkel machten dann ein Studium. Die ganze jüngere Geschichte der Landwirtschaft ist geprägt von enormen Produktivitätssteigerungen – der Traktor zählt diesbezüglich weltweit zu den Superstars des vorigen Jahrhunderts – und von der Abwanderung der Menschen in den Indus-

trie- und den Dienstleistungssektor. Die Grafik zeigt, wie der Anteil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte seit den sechziger Jahren in der Schweiz von 14 auf 3 Prozent gesunken ist, im Jahr 1900 hatten die Bauern gar einen Anteil von 30 Prozent. In der Industrie läuft zeitverschieben Ähnliches ab, während die Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen. Grosse Arbeitslosigkeit gab es nie. In den vergangenen zwanzig Jahren haben in der Schweiz vor allem die Pharmaindustrie (jährliche Wachstumsrate: 4 Prozent) und in geringerem Ausmass die Informations- und Kommunikationsindustrie, die Uhren- und Elektronikbranchen sowie die Unternehmensberatung Stellen aufgebaut. Im öffentlichen Sektor expandierten vor allem Gesundheits- und Bildungseinrichtungen – und die Verwaltung. In Kalifornien stieg die Beschäftigung in der voll von der Digitalisierung betroffenen Unterhaltungs-, Film- und Modeindustrie zwischen 2010 und 2015 um 13,5 Prozent.

Wer den Wandel dramatisieren will, kann auch menschliche Schwächen ausnützen. Der französische Liberale Frédéric Bastiat gab zu verstehen: «Was man sieht, wird stärker gewichtet als das, was man nicht sieht.» Man sieht die Millionen von heutigen Jobs, die in Gefahr sind, die bedrohte Einkommenssumme – und man sieht eben nicht die künftigen Arbeitsmöglichkeiten, die sich ergeben können, wenn

die Leute Hände und Kopf für Neues freibekommen. Das Neue ist schwierig vorstellbar. Entsprechend gross ist die Koalition der Gruppen, die sich gegen Unwillkommenes absichern wollen, möglichst über eine umfassende Sozialpolitik. Die Gewerkschaften lobbyieren am intensivsten, sie zielen in eine ähnliche Richtung wie früher die Maschinenstürmer – allerdings zivilisierter und bürokratischer.

Der MIT-Ökonomieprofessor David H. Autor hat im Zusammenhang mit der Frage, warum es überhaupt noch derart viele Jobs gebe, in einem Vortrag eine frappierende Antwort gegeben: Der Mensch ist erstens einfallreich und zweitens unersättlich. Der Erfindergeist treibt die Leute an, sich das Leben leichter zu machen, die Technik für sich arbeiten zu lassen. Damit werden viele Hände und Köpfe frei, aber die Folge ist nicht Müsiggang oder Lethargie, denn die Unersättlichkeit treibt die Leute zur Suche nach neuen Produkten und Konsumleistungen an. Niemand weiss, was man in den nächsten Jahren alles finden wird, die Arbeitsmöglichkeiten sind praktisch unbegrenzt. Die neugierige und unruhige Natur des Menschen wirkt pikanterweise wie ein automatischer Stabilisator im Digitalsturm. Wer hätte vor zwanzig Jahren an einen Job gedacht, bei dem man als Influencer in allen möglichen Posen und beim Geniessen Fotos von sich macht, ins Netz schickt und dafür bezahlt wird? ○



VIP-Yachtreise Seychellen

Inselhüpfen im Tropenparadies

Einmalige Granit-Formationen, puderweisse Sandstrände, türkisfarbenes Wasser und prächtige Fischschwärme: An Bord unserer 30-Meter-Luxusyacht erleben Sie die Seychellen aus einzigartiger Perspektive. Ihre fast schon surreale Schönheit sollte man mindestens einmal im Leben erlebt haben!

Auf unserer achttägigen Yachtreise erkunden Sie den aus 32 Inseln bestehenden Archipel «Inner Islands». Ohne jegliche Hektik geniessen Sie die unvergleichliche Traumkulisse. Aufgrund der kurzen Distanzen zwischen den Inseln bleibt viel Zeit für Entdeckungen und Erholung.

Eine erfahrene Crew kümmert sich rund um die Uhr um Ihr Wohl. Sie geniessen kreolische Köstlichkeiten, relaxen an Deck oder beobachten exotische Fische beim Schwimmen und Schnorcheln in warmen Gewässern. Willkommen an Bord!

Erlebnis-Programm:

Von der Hauptinsel Mahé aus steuern wir die folgenden Traumziele an: Félicité – Marianne – Ile Cocos – Grande Sœur – La Digue – Anse Source d'Argent – Praslin – Saint-Pierre – le Curieuse – Anse Lazio – Baie Ternay – Saint-Anne.

Yacht und Crew:

- 30-Meter-Motor-Segelyacht mit Flybridge
- 7-köpfige Besatzung inkl. Schnorchel- und Tauchinstruktor
- 6 grosszügige, klimatisierte Gästekabinen mit Dusche/WC
- Sonnenliegen und Bar auf der Flybridge
- Bar im Saloon
- Beiboot für Schnorchel-Safaris

Klima:

Mitte Oktober herrschen ideale Schnorchel-Bedingungen bei mindestens 26°C Wassertemperatur. Im westlichen Teil des Indischen Ozeans gelegen, zählen die Seychellen topografisch zu Afrika. Sie sind bekannt für ihre ruhigen Gewässer und ihr angenehmes Klima.

Sie reisen im kleinen exklusiven Rahmen und in Begleitung des Eigentümers von Executive CH.

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Yachtreise Seychellen

Reisetermin:

13. bis 20. Oktober 2018

Leistungen:

- Yachtreise ab Mahé und zurück
- Vollpension auf der Yacht
- Gästebetreuung von Executive CH
- Detaillierte Leistungen unter www.weltwoche.ch/platinclub

Spezialpreis (pro Person):

- Doppelbettkabine Fr. 4280.–
 - VIP-Doppelbettkabine Fr. 4570.–
 - Master-Doppelbettkabine Fr. 4880.–
- Abonnenten, die eines dieser Angebote gebucht haben, erhalten bei der nächsten Aboverlängerung eine Gutschrift von Fr. 200.–

Anmeldung und Information:

Buchen Sie Ihr Arrangement unter Telefon 056 427 15 68 oder per E-Mail an info@executive-private.ch

Detailliertes Reiseprogramm über www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter:

Executive CH GmbH, 5430 Wettingen
www.executive-yachtreisen.ch, Mitglied des Garantiefonds der Schweizer Reisebranche

www.weltwoche.ch/platin-club



Vom Amtseid bis zur Bahre

Bundsratsneuling Ignazio Cassis hat dieser Tage sein Amt übernommen. Hilfe bei praktischen Fragen liefert das «Aide-mémoire», das vom Dienstfahrzeug über die Theaterloge bis zur Beerdigung so einiges im Leben eines Bundesrates regelt. *Von Katharina Fontana*

Offiziell gestartet ist er am 1. November. Doch eingearbeitet wird Ignazio Cassis schon seit seiner Wahl im September. Der freisinnige Tessiner hat diese Zeit gut gemeistert und sich keine wirklichen Patzer geleistet – was angesichts der riesigen Zahl an Interviews und Auftritten, die er in den letzten Monaten gab, nicht selbstverständlich ist. Einzig die kurze Mitgliedschaft bei den Waffenfreunden von Pro Tell sorgte zwischendurch für etwas Aufregung. Dank der Pro-Tell-Angelegenheit weiss die Öffentlichkeit nun, dass die Bundesrätinnen und Bundesräte grundsätzlich frei sind, neben ihrem Amt noch weitere Interessen zu pflegen. Und zwar nicht nur soziale oder schöngeistige, sondern auch politische, die keineswegs auf der Linie der Landesregierung liegen müssen. So unterstützt die Sozialdemokratin Simonetta Sommaruga weiterhin die Neue Europäische Bewegung Schweiz, welche die Schweiz in der EU sehen will, und ihr Parteikollege Alain Berset gehört immer noch der Gewerkschaft VPOD an, deren sozialpolitische Forderungen weit von jenen des Bundesrates entfernt sind.

Diplomatenpass und Weinkeller

Die Freiheit der Regierungsmitglieder, sich nach ihrem Gusto zu engagieren, mag erstaunen, diese Freiheit zieht sich aber wie ein roter Faden durch das Regelwerk für Bundesräte. Es sind vor allem profane Dinge, die im Detail festgelegt sind. Zunächst einmal der Lohn. Cassis verdient brutto rund 445 000 Franken plus 30 000 Franken Spesen, Zahltag ist alle drei Monate. Weiter hat er laut dem «Aide-mémoire für die Mitglieder des Bundesrates und den Bundeskanzler» Anspruch auf einen persönlichen Dienstwagen samt Chauffeur. Er kann damit auch privat ins Ausland verreisen, muss dann aber Kost und Logis für den Chauffeur selber bezahlen. Er erhält für sich und seine Frau einen Diplomatenpass, ihm stehen zwei Logensessel im Stadttheater Bern zur Verfügung, und er kann im idyllischen Landgut «Lohn» in Kehrsatz kurze Aufenthalte verbringen. Weiter darf er sich aus den Weinkellern des Bundes bedienen.

Inwieweit sich Cassis als Bundesrat für seine Partei ins Zeug legen kann, dazu äussert sich das «Aide-mémoire» nur am Rande. Vor eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen wird von Bundesräten «gebührende Zurückhaltung» erwartet. Dabei ist man nicht allzu streng: So können Bundesräte auch noch kurz vor den Wahlen an Parteiveranstaltungen auf-

treten und «das Wort ergreifen». Weiter ist es ihnen erlaubt, im Wahlkampf auf Plakaten aufzutreten (wie Christoph Blocher 2007, als die SVP mit ihm als Aushängeschild in die Wahlen zog) und Kandidaten zur Wahl zu empfehlen, etwa für den Ständerat. Eher vage geregelt ist auch, wann ein Bundesrat in den Ausstand zu treten hat: Nämlich dann, wenn ein «unmittelbares persönliches Interesse an einem Geschäft vorliegt». Dass nicht jeder dasselbe darunter versteht, zeigte sich letztes Jahr, als SVP-Bundesrat Guy Parmelin bei einer Gesetzesvorlage, die Steuerprivilegien für Landwirte vorsah, arg in Bedrängnis geriet. Nun weiss man seit dem Rücktritt der ersten Bundesrätin Elisabeth Kopp 1989, dass auch der Ehepartner ein Risiko darstellen kann, zumal wenn es sich um eine schillernde Persönlichkeit handelt. Vorschriften oder Kodizes, was die Ehegatten tun dürfen und was sie zu lassen haben, gibt es nicht. Dass Cassis' Ehefrau Paola, die als Radiologin im Tessin arbeitet, für den Aussenminister zum Stolperstein werden wird, ist unwahrscheinlich.

Wenn der heute 56-jährige Cassis dereinst aus der Landesregierung ausscheiden wird, schaut die Eidgenossenschaft weiterhin zu ihm. Ex-Bundesräte erhalten eine Ruhestandsrente, die der Hälfte des vorherigen Lohns entspricht, ein Erste-Klasse-Generalabonnement und eine Freikarte für alle Schweizer Seil-

bahnen. Damit sollte keine Langeweile einkehren. Wer sich nicht mit Zugfahrten und Bergwanderungen begnügen will, kann auch Mandate übernehmen. Nicht alle beweisen dabei aber ein gutes Händchen, wie das Beispiel des Sozialdemokraten Moritz Leuenberger zeigt, der fast unverzüglich nach seiner

Cassis verdient brutto 445 000 Franken im Jahr, Zahltag ist alle drei Monate.

Zeit als Infrastrukturminister in den Verwaltungsrat des Baukonzerns Implanja eintrat. Das Parlament hielt dies für so unverschämte, dass es solches Verhalten mit einer «Lex Leuenberger» unterbinden wollte. Das Vorhaben scheiterte, zu Recht: Anstand und Moral lassen sich nicht vorschreiben. So hält das «Aide-mémoire» denn auch im Wesentlichen nur fest, bei der Annahme von Mandaten sei «die erforderliche Sorgfalt» walten zu lassen.

Die Eidgenossenschaft begleitet das frühere Bundesratsmitglied schliesslich auch auf seinem letzten Weg. Segnet es das Zeitliche, haben mindestens zwei Mitglieder der Landesregierung und zwei Weibel an der Trauerfeier teilzunehmen. Die Trauerfamilie erhält einen Brief. Und der Verstorbene einen Kranz. ○



Kurzaufenthalte im «Lohn» in Kehrsatz: Neo-Aussenminister Cassis mit Gattin Paola (r.).



Vernetzt: Bundeskanzler Thurnherr (CVP).



In Ringiers Namen: Ex-Staatsrätin Pesenti (SP).



Dreifacher Auftritt: Ständerat Noser (FDP).

Durchsichtig statt nur nackt

Grossbanken, SBB, Swisscom und Post wollen die einheitliche digitale Identifikation sämtlicher Einwohner. Der Staat mischt wacker mit. Und das Parlament darf die Gesetze nachliefern.

Von Christoph Mörgeli

Wunderbar praktisch soll sie werden, die neue Welt der elektronischen Personendaten. Mit einem einzigen Passwort dürfen die Bürgerinnen und Bürger künftig online einkaufen, ihre Bank- und Postgeschäfte tätigen, den öffentlichen Verkehr nutzen und gleich auch noch elektronisch abstimmen oder ihre Steuerdaten einreichen. Wie der *Blick* unlängst in Erfahrung brachte, haben sich die Bosse von Grossfirmen und Staatsbetrieben über ihre Pläne zur digitalen Identität abgesprochen.

Die entsprechenden Daten würden von einem privaten Anbieter erhoben, wie es auch der bundesrätliche Gesetzesentwurf vorsieht. Zusätzlich wird jetzt abgeklärt, wie man die elektronische Identifikation auch für Geschäfte mit den Behörden einsetzen kann, etwa für die Anmeldung bei den Einwohnerkontrollen, für das E-Voting bei Wahlen und Abstimmungen und – hier dürften die staatlichen Instanzen besonderen Enthusiasmus entwickeln – beim Einreichen der Steuererklärung. National- und Ständerat spielen wie immer statt gesetzgebende die gesetznehmende Behörde und dürften dereinst abnicken, was jetzt in verborgenen Zirkeln ausgeheckt und vorgespurt wird.

Datenmoloch als Klumpenrisiko

Allerdings sollten sich die Schweizerinnen und Schweizer nicht freuen, wenn sie zur Auslieferung ihrer persönlichen Daten zwangsver-

pflichtet werden. Denn mittlerweile ist ihre Privatsphäre durch die zentralisierte digitale Identifikation gefährdet und der gläserne Bürger mehr als blosser Horrorvision.

Was jetzt mit vereinten Kräften von Staat, staatsnahen Unternehmen und von der privaten Wirtschaft als innovatives, den menschlichen Alltag erleichterndes, kundennahes Projekt verkauft wird, ist in Wirklichkeit ein Angriff auf die Bürgerrechte. Selbstverständlich ist die Verfügbarkeit sämtlicher Daten ein Wunschtraum von Steuerbehörden, Medienunternehmen, öffentlichem Verkehr, Post, Kommunikation, Krankenkassen und leider auch zunehmend der Anbieter von Finanzdienstleistungen. Dabei haben sowohl der Staat wie die Grossbanken längst bewiesen, dass sie mit der Geheimhaltung nicht kompetent umgehen können. Die Hackerangriffe auf das Rüstungsunternehmen Ruag oder auf das Aussen- und das Verteidigungsdepartement sprechen diesbezüglich Bände.

Gestohlene, im Ausland verschachtelte Daten aus Schweizer Banken bilden ein noch trübleres Kapitel. Die Angreifer sind den Verteidigern immer überlegen. Die Ausrede, man habe schliesslich nichts zu verbergen, zählt nicht. Welche Auswirkungen auf unser Alltagsleben eine Veröffentlichung etwa von persönlichen Gesundheitsdaten oder eine Verfälschung der Stimmabgabe hätte, ist absehbar.

Es reicht schon, wenn unser eigenes Parlament die Abstimmungsergebnisse verfälscht. Gingen auch noch Hacker von aussen auf unsere direkte Demokratie los, wäre dies des Guten definitiv zu viel.

Dass die Banken beim orwellschen Projekt der digitalen Identitätserfassung mitmischen, macht die Sache noch schlimmer. Die Vermutung steht im Raum, dass ein mit den Steuerämtern gekoppelter elektronischer Identitätsnachweis (E-ID) das Ende des Bankgeheimnisses im Inland bedeutet. Doch angesichts von Negativzinsen ist der Schweizer Kleinsparer für die globalen Banken ohnehin wenig interessant. Höchste Exponenten der Bank Raiffeisen haben sich schon vor längerem für den inländischen automatischen Informationsaustausch ausgesprochen, und sogar die Schweizerische Bankiervereinigung erhebt in internen Papieren diese Forderung. Ohne gesetzliche Grundlage verlangt die Zürcher Kantonalbank von allen Kunden, die Finanzmarkt- und Fremdwährungsgeschäfte tätigen, die schriftliche Zustimmung zur Offenlegung von Personen, Informationen und Dokumenten «gegenüber Behörden und Unternehmen im Ausland oder in der Schweiz».

Für die wirksame Vernetzung des staatlich-privatwirtschaftlichen Gemischtwarenladens E-ID sorgt der Verbund Digitalswitzerland. Hier machen UBS und CS ebenso mit wie Swiss Life und Swiss Re, die CSS Versicherung,

Helsana oder Axa Winterthur, die Grossverteiler Migros und Coop, die Verlage NZZ und Ringier sowie selbstverständlich die Economiesuisse. Dazu kommen staatliche Akteure wie Universität und Universitätsspital Zürich, verschiedene Fachhochschulen oder einzelne Kantone und deren Amtsstellen.

Als einzige Privatperson tritt der Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser auf, als einziges Anwaltsbüro die Zürcher Praxis Wenger & Veli. Rechtsanwalt Christian Wenger amtiert als Präsident des Exekutivkomitees von Digitaliswitzerland. In diesem Gremium sitzen neben Noser unter anderem Nationalrat Fathi Derder (FDP), sodann der unvermeidliche Berner Netzwerker Lorenz Furrer oder Marc Walder und Ex-Staatsrätin Patrizia Pesenti (SP) von Ringier. Im Steuerungskomitee amtiert Ruedi Noser zum Dritten, wiederum Marc Walder, die Spitzen von ETH und Universität Zürich sowie Bundeskanzler Walter Thurnherr (CVP).

Kürzester Weg zu Bundesgeldern

Digitaliswitzerland organisiert am 21. November den ersten «Schweizer Digitaltag». An verschiedenen Veranstaltungen wird gezeigt, wie sich unser Land von morgen verändert: bei Bildung und Arbeit, beim Reisen, bei Gesundheit, Medien und Technologie. Dieser Digitaltag steht unter dem Patronat von Bundespräsidentin Doris Leuthard und Wirtschafts-

minister Johann Schneider-Ammann. Zu beiden Magistraten hat sich Digitaliswitzerland in die bestmögliche Position gebracht, um effizient an Bundesgeld heranzukommen, mit dem der bevorstehende Digitalisierungsschub bezahlt werden soll. Die Vertreter von Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Politik nehmen starken Einfluss auf den Aktionsplan «Digitalisierung» von Johann Schneider-Ammanns Wirtschaftsdepartement. Mit 150 Millionen Steuerfranken (der Departementschef spricht lieber von 200 Millionen)

Gingen Hacker von aussen auf unsere direkte Demokratie los, wäre dies des Guten zu viel.

soll die Grund- und Weiterbildung gestärkt und die Schweiz für die digitale Transformation fit gemacht werden. Der Bund schafft nicht nur entsprechende Professuren, sondern fördert auch das Verständnis der Gesellschaft und die Informatikkompetenzen in der Bevölkerung. Auch die Industrie ist Nutzniesserin der staatlich gelenkten Transformation von digitalem Wissen.

Gegen die elektronische Abwicklung von administrativen Geschäften mit den Behörden während 24 Stunden kann niemand etwas haben. Doch bei der Verlinkung des Staates mit

Finanzdienstleistern, Akteuren des Gesundheitswesens, Firmen des Konsums oder der privaten Kommunikation ist äusserste Vorsicht geboten. Effizienzargumente, wonach die Verwaltung billiger werde, sind billig. Das unselige Miteinander von Staat und Wirtschaft – wie etwa auch bei den Innovationsparks vorgespurt – wird den ständig wuchernden Staat ganz sicher nicht zurückstutzen. Vielmehr ist der staatliche Datenhunger nicht weniger ausgeprägt als derjenige der Privatwirtschaft. Der Dachverband der schweizerischen Datenschutzbeauftragten kritisiert denn auch die Erhebung allzu vieler Personendaten, das Sammeln auf Vorrat und die entsprechenden Verknüpfungen.

Skeptische Datenschützer

Der Zürcher Datenschützer Bruno Baeriswyl findet es unstatthaft, die elektronische ID «überall und immer» zu verlangen. Eine einzige Identifikation mache «das Potenzial einer umfassenden Überwachung riesig». Die Menschen in einem freiheitlichen Staat können ihre Grundfreiheiten in der digitalen Welt nur wahren, wenn sie mit verschiedenen Identitäten beziehungsweise Ausweisen unterwegs sind. Obrigkeitliche Parolen über das angebliche allgemeine Wohl, über Entlastung und Vereinfachung sind nicht zum Nennwert zu nehmen. Misstrauen bleibt erste Bürgerpflicht. ○



Meister
Werk

Villa Antinori Riserva 2013/14

*Chianti classico docg, Riserva
Antinori – Toscana*

Eleganz und samtige Reife.
Erfordern Hingabe und Geduld.
Im Rebberg wie im Weinkeller.
Der Villa Antinori Riserva zeugt davon.

Bindella

CHF **17.60** netto
statt 22.00, 75 cl

Jetzt bestellen auf bindella.ch
Gültig bis 19.11.2017

Bindella
la vita è bella





Überbordende Menschenrechte

Der Strassburger Gerichtshof masst sich Befugnisse an, die ihm nicht zustehen. Die Schweiz verliert zusehends an Souveränität.

Von Martin Schubarth

In der Diskussion um die Selbstbestimmungsinitiative («Schweizer Recht statt fremde Richter») läuft einiges schief. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Volksbegehren von vornherein schlechtmacht wird, weil es von der SVP stammt. Deshalb wird die Frage, weshalb es denn zu dieser Initiative kommen musste, gar nicht gestellt, und entsprechend wird die überfällige Reflexion der ihr zugrundeliegenden Probleme unterbunden. Das ist bedauerlich, demokratietheoretisch blamabel und zugleich ein intellektuelles Armutszeugnis. Das Gesagte wird etwa deutlich in der Stellungnahme des Club Helvétique vom November 2016, wo ausgeführt wird, die Bundesverfassung verpflichte Bund und Kantone, das Völkerrecht zu respektieren: «Damit sind wir es selbst, die dies so wollen. Völkervertragsrecht ist kein uns von aussen aufgezwungenes Recht, sondern Recht, das wir selbst autonom und souverän nach den Regeln unserer Verfassung für uns verbindlich erklären oder auch nicht.» Schön wäre es, wenn dem wirklich so wäre. Allein: Haben wir gewisse Entwicklungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) «selbst autonom und souverän» nach den Regeln der Verfassung für uns verbindlich erklärt?

Menschenrecht auf Hausbesetzung

Einer der Gründe, die zur Selbstbestimmungsinitiative geführt haben, ist die Diskrepanz zwischen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), wie sie 1974, als wir ihr beitraten sind, verstanden wurde, und der Realität der EMRK, mit der wir heute aufgrund einer ausufernden, oft demokratiefeindlichen Rechtsprechung des EGMR konfrontiert sind. Nur ein Beispiel: Ein Verein mit widerrechtlichem Zweck ist nach unserem autonom und souverän beschlossenen Recht auf Klage aufzulösen. Ein Verein, der Hausbesetzungen bezweckt, verfolgt einen widerrechtlichen Zweck, weshalb ihn die Schweizer Justiz – in Anwendung des von uns souverän beschlossenen Rechts – aufgelöst hat. Und was macht der Strassburger Gerichtshof? Er verurteilt die Schweiz, weil die Auflösung des widerrechtlichen Vereins eine Menschenrechtsverletzung darstelle. Damit hat er nicht nur eine Art Menschenrecht auf illegale Haus-

besetzung geschaffen, sondern hat schweizerisches Recht in schockierender Art verändert. Haben wir durch unseren Beitritt zur EMRK einer solchen fundamentalen Änderung unserer Rechtsordnung wirklich «autonom und souverän» zugestimmt? Dämmert es jetzt dem Club Helvétique, dass seine Phrasen an der Oberfläche steckenbleiben?

Der Souveränitätsverlust, den wir durch einen Teil der Strassburger Rechtsprechung



Dynamische Rechtsprechung.

erleiden, erklärt sich dadurch, dass sich beim Beitritt der Schweiz zur EMRK im Jahr 1974 der Gerichtshof eine Zurückhaltung auferlegte, die später verlorengegangen ist, indem er sich durch eine Selbstermächtigung das Recht einräumte, die Konvention «dynamisch» auszulegen. Mit welchem Resultat, zeigt das obige Beispiel. Entgegen dem Märchen, das immer wieder vorgetragen wird, findet sich für eine dynamische Rechtsprechung in der Konvention keine Rechtsgrundlage. Dies wird unter anderem deutlich, wenn man einen Blick in die Referate der Neuenburger Tagung von 1974 zur damals kurz zuvor ratifizierten EMRK wirft. Dass der EGMR anstelle der nationalen Gesetzgeber europäisches Recht schaffen

dürfe, davon war damals keine Rede. Im Gegenteil: Ein prominenter Redner – heute übrigens Mitglied des Club Helvétique – betonte, die Konvention bleibe «als Staatsvertrag im Völkerrecht verwurzelt und ihre Auslegung muss völkerrechtlichen Grundsätzen folgen». Dynamische Auslegung – ein völkerrechtlicher Auslegungsgrundsatz? Nein, weder damals noch heute.

Mit diesem Ansatz hat sich der EGMR von seinem Auftrag entfernt, Wächter der elementaren Menschenrechte zu sein, für deren Anwendung es keiner Dynamik bedarf. Damit handelte er sich das Problem ein, mit welchen Methoden dynamische Rechtsprechung zu handhaben sei, und kam in Teufels Küche. Er erfand – völkerrechtlich nicht anerkannte und von uns nicht «autonom und souverän» abgesegnete – Auslegungstopoi wie die These, die Werte der EMRK seien entsprechend dem «gesellschaftlichen Wandel in Europa» auszulegen. Ein einheitlicher gesellschaftlicher Wandel in ganz Europa – von Lissabon bis Wladiwostok und von Reykjavík bis Ankara und Tiflis – ist kaum vorstellbar. Aber der EGMR behauptet einen solchen, wenn es ihm gerade passt. Damit verkennt er ein Grundprinzip des demokratischen Rechtsstaats: Es ist Sache des nationalen Gesetzgebers, darüber zu befinden, ob ein Wandel in seinem Land (nicht aber in Europa) vorliegt, der eine Änderung der Gesetzgebung rechtfertigt. Ein neues Gesetz ist in der Schweiz in der Regel breit abgestützt und das Ergebnis einer oft intensiv geführten öffentlichen Diskussion. Einem kleinen Strassburger Richterergremium, das einen gesellschaftlichen Wandel behauptet, fehlt die entsprechende Legitimation.

An sich gilt, dass dem nationalen Gesetzgeber und Rechtsanwender ein Ermessensspielraum in der Interpretation der von der EMRK gewährleisteten Rechte zusteht – eine unbrauchbare Schranke, weil der Gerichtshof willkürlich entscheidet, ob und inwieweit er sie berücksichtigen will. Der EGMR ist in der Realität nicht nur Hüter der EMRK, sondern auch ihr Herr, indem er abschliessend und unkontrollierbar über seine Kompetenzen befindet. Die dringend gebotene richterliche Zurückhaltung, wie man sie auf nationaler Ebene, vor allem bei den Skandinaviern, antrifft, wird oft leichtfertig an der Garderobe

des Beratungssaals abgegeben und dem Ehrgeiz geopfert, im Namen der Menschenrechte neues Recht zu schaffen.

Theoretiker als Richter

Diese Tendenzen des EGMR sind unter anderem die Folge eines fragwürdigen Kriteriums für die Wahl der Strassburger Richter. Von den Kandidaten für dieses Amt wird erwartet, dass sie in Fragen der Menschenrechte besonders ausgewiesen sind. Aber Menschenrechtsspezialisten sind häufig Theoretiker ohne praktische Erfahrung, die den Rechtsalltag nicht kennen. Wer das Recht ausschliesslich durch die Brille der Menschenrechte betrachtet, läuft Gefahr, sich hoffnungslos zu verrennen, wie der erwähnte Hausbesetzerfall illustriert. Es gibt keinen sachlichen Grund, etwa einen erfahrenen Zivilrechtler, der nie zu den Menschenrechten publiziert hat, von vornherein für unwählbar zu erklären. Kenntnis der Menschenrechte ist heute Gemeingut eines jeden qualifizierten Juristen.

Dämmert es jetzt dem Club Helvétique, dass seine Phrasen an der Oberfläche steckenbleiben?

Richter, die sich vor allem in anderen Rechtsgebieten ausweisen und zudem über praktische Erfahrung aus dem Rechtsalltag verfügen, könnten in den Gerichtshof Sachkunde und Perspektiven einbringen, die diesem heute abgehen. Hier besteht ein Betätigungsfeld für unsere Parlamentarier im Europarat, der die Richter wählt.

Wie weiter? Die Zukunft der EMRK hängt davon ab, ob sich der EGMR mit den zahlreichen gegen seine Praxis vorgebrachten Kritikpunkten auseinandersetzt und ihnen hinreichend Rechnung trägt. Die Bedeutung der EMRK und des EGMR im Bereich der klassischen Menschenrechte zeigt sich immer wieder, weshalb eine Kündigung der EMRK abzulehnen ist. Erinnert sei an die drei faktischen Verurteilungen des CIA wegen menschenverachtender Folter- und Entführungspraktiken und die Verurteilung Russlands auf Klage von Georgien, ebenfalls wegen grösster Menschenrechtsverletzungen. Bedenkt man, wie aufwendig die Behandlung solcher Fälle ist und dass sich heute täglich massive Menschenrechtsverletzungen allein in Russland und als Reaktion auf den «Putschversuch» in der Türkei ereignen, ist der Aufwand, den der EGMR mit «Lifestyle-Menschenrechten» betreibt, nicht nachvollziehbar.

Martin Schubarth war Bundesrichter. Er hat die Problematik rund um den Strassburger Gerichtshof in seiner sechsten in zweiter Auflage erschienenen Publikation «Verfassungsgerichtsbarkeit», Stämpfli, Bern, (unter Einbezug insbesondere des EGMR) eingehend dargestellt.

Erziehung

Kind statt Karriere

In der Schule sind die jungen Frauen die Überflieger, dennoch wollen sie eine klassisch bürgerliche Familie mit dem Mann als Ernährer. Das ist erstaunlich. Und kann ins Auge gehen.

Es sind Aussagen, die geeignet sind, jede Gleichstellungsbeauftragte zur Verzweiflung zu bringen. Junge Männer und Frauen träumen auch heute noch ganz romantisch von Ehe und Familie und haben dabei höchst traditionelle, ja altmodische Vorstellungen. Das zeigt die jüngst veröffentlichte eidgenössische Jugenderhebung, für die rund 50 000 stellungspflichtige junge Männer und 1800 gleichaltrige Schweizerinnen befragt worden sind. Man möchte heiraten und Kinder haben. Der Mann soll Vollzeit arbeiten und die Familie ernähren, während sich die Frau vollumfänglich den Kindern widmet oder einen Teilzeitjob ausübt.

Quer zu den Glaubenssätzen

Gar nichts halten die jungen Leute davon, bereits Babys und Kleinkinder in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter abzugeben: Bevor das Kind nicht drei Jahre alt ist, will der ganz grosse Teil der jungen Frauen nicht ausser Haus arbeiten; die Männer sehen das ebenso.

Dass junge Frauen auch heutzutage noch finanziell abgesichert sein wollen und dabei auf den Mann zählen, ist bemerkenswert – man hat den Eindruck, dass frühere Generationen von Frauen um einiges progressiver eingestellt waren. Die Resultate sind umso frappanter, wenn man bedenkt, dass die Mädchen die Jungen schon heute in der Schule überflügeln, häufiger die Matura machen als die gleichaltrigen jungen Männer und ihnen alle Türen offenstehen, sich ihre Berufswünsche zu erfüllen.

Die Ansichten der jungen Leute stehen auch völlig quer zu den Glaubenssätzen, die seit Jahren von Familienpolitikern gepredigt werden: dass es unbedingt mehr staatlich sub-

Etwas kommt im Dauerstress zu kurz: das Kind, der Job, die Beziehung oder die Lebensfreude.

ventionierte, günstige Krippen mit möglichst langen Öffnungszeiten brauche, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelinge. Offenkundig entspricht das nicht dem, was sich die junge Generation unter Nestwärme und familiärer Geborgenheit vorstellt. Insofern verdeutlicht die Umfrage einmal mehr, dass es nicht Sache des Staates ist, das eine oder andere Familienmodell zu fördern und die «richtige» Lebensweise vorzugeben.



Nestwärme und familiäre Geborgenheit.

Letztlich kann man die Antworten der jungen Frauen und Männer als nüchtern-realistisch ansehen. Sie spiegeln die Einsicht, dass das Leben meist nicht wirklich lustig ist, wenn beide Partner tagein, tagaus arbeiten gehen und daneben noch Kinder zu betreuen sind. Etwas kommt in diesem Vollzeit-Dauerstress unweigerlich zu kurz: das Kind, der Job, die Beziehung oder die eigene Lebensfreude. Wie viele der jungen Leute am Ende tatsächlich in einer klassisch-bürgerlichen Ehe landen werden, der sie heute den Vorzug geben, ist eine andere Frage.

Schmerzhaftes Einschnitte

Es ist gut möglich, dass etliche von ihnen ihre Vorstellungen im Erwachsenenalter überdenken und ein partnerschaftliches Modell wählen werden, in dem man sich Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung teilt. Vor allem die Frauen sollten sich bewusst sein, dass es riskant ist, dauerhaft vom Partner finanziell abhängig zu sein. Die Ehe als ökonomisches Modell funktioniert nur so lange, wie man gerne zusammen ist und die Verbindung Bestand hat; dies ist bei rund zwei von fünf Ehepaaren im Laufe der Jahre nicht mehr der Fall.

Bei einer Scheidung kann das schmerzhaftes Einschnitte zur Folge haben – als Frau darauf zu vertrauen, dass man vom Ex-Mann in jedem Fall jahrelang unterstützt werde, wäre fahrlässig. Schon heute nämlich setzen die Scheidungsgerichte die Frauen vermehrt unter Druck, sich nach der Trennung rasch eine Arbeit zu suchen und sich ihr Leben wenigstens teilweise selber zu verdienen.

Katharina Fontana

Glanz und Erfolg

Schönheitswettbewerbe sind auch in der Wirtschaft ein Geschäftsmodell. Die zwanzigjährige Geschichte des Titels «Entrepreneur of the Year» zeigt herausragende Schweizer Erfolge. *Von Beat Gygi*

Ob Unternehmer Erfolg haben, entscheidet der Markt, ihre Firmen müssen sich im Wettbewerb gegen die Konkurrenz durchsetzen und den Beifall der Kunden gewinnen, um zu überleben. Aber ein wenig Lob und Wertschätzung von anderer Seite, etwas Glanz aus inszenierten Schönheitswettbewerben ist ihnen natürlich willkommen – oft ist das im Markt auch hilfreich. Jedenfalls versprechen sich Firmenchefs einiges davon, wenn sie von Experten Applaus erhalten, denen die Öffentlichkeit eine solide Urteilskraft zutraut. Das Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsunternehmen EY (früher Ernst & Young) hat das Organisieren solcher Wettbewerbe für sich als Geschäftsmodell etabliert, als es 1986 in den USA damit begann, jährlich Personen mit besonders eindrucklichen Leistungen zum «Entrepreneur of the Year» zu küren. Die Schweizer Einheit hat diesen Wettbewerb hierzulande 1998 gestartet und zu einer Institution gemacht, die erfolgreiches Unternehmertum publikumswirksam in glänzendem Licht erstrahlen lässt – nicht zuletzt auch im Interesse der eigenen Reputation.

So begrüßte Marcel Stalder, CEO von EY Schweiz, letzte Woche in Interlaken bei der Verleihung des «EY Entrepreneur of the Year» Bundesrat Johann Schneider-Ammann als Redner und Friedensnobelpreisträger José Ramos Horta als Gast. Es war in der Schweiz die zwanzigste Titelvergabe – das heisst in den vier Kategorien Dienstleistung/Handel (Gewinner: Thomas Hanan, Webpublic AG), Industrie/Hightech/Lifesciences (Paul J. Wyser, Wyon AG), Emerging Entrepreneur (Jurgi Camblong, Sophia Genetics SA) und Family Business (Max Renggli, Renggli AG). Hinzu kam dieses Jahr wiederum eine Ehrung für ein herausragendes Lebenswerk: Der Titel des Master Entrepreneur ging an Hansjörg Wyss, den früheren Miteigentümer, Präsidenten und CEO des Medizintechnikunternehmens Synthes.

Überzeugende Treffer

Mit dieser Titelkategorie will man das Publikum vor allem an die grossen Würfe erinnern, an Unternehmer, die es mit ihren Ideen «von null auf riesig» gebracht haben. Wyss hatte in den siebziger Jahren mit wenigen Mitarbeitern eine Firma aufgebaut, die 2011 rund 12 000 Personen beschäftigte, als sie für knapp 20 Milliarden Franken vom amerikanischen Gesundheitskonzern Johnson & Johnson übernommen wurde. Wyss, heute als vielseitiger



Durchbruch auf internationaler Ebene: Actelion-Gründer und Kardiologe Jean-Paul Clozel.

Investor tätig, nahm in Interlaken einen seiner seltenen öffentlichen Auftritte wahr und erhielt laut Schilderungen von Teilnehmern einen fast viertelstündigen stehenden Applaus.

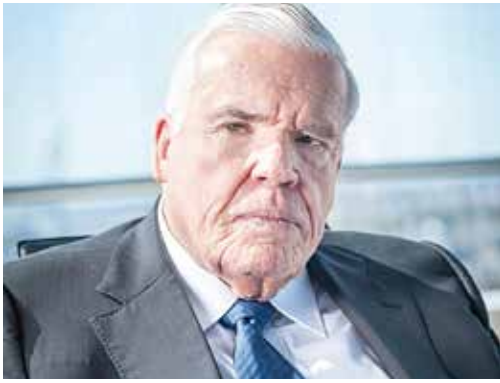
Es geht nicht nur um Wachstum, sondern auch ums Erhalten, Umbauen oder Loslassen.

Anwesend waren auch «Master Entrepreneurs» aus früheren Jahren. So Willy Michel (2005), der zuerst das Medizintechnikunternehmen Disetronic und nach dessen Verkauf die ähnlich gelagerte Ypsomed zusammen mit seinem Sohn aufgebaut hat. Oder Klaus-Michael Kühne (2008), der mit Kühne+Nagel einen international führenden Logistikkonzern geschaffen hat.

Die Entrepreneur-Titel in den regulären Kategorien dagegen sollen Unternehmern zu-

kommen, die in einer früheren Phase im Aufschwung sind, quasi mitten auf der Erfolgsleiter. Nach den Worten von Heinrich Christen, der bei EY seit 18 Jahren den Wettbewerb organisiert, ist es der Ehrgeiz der Experten, gute Firmen so zuverlässig zu erkennen, dass das Publikum sagen könne, die Jury habe eine gute Nase.

Liegen die Experten mit ihren Beurteilungen tatsächlich ähnlich wie der Markt? Es gibt in der zwanzigjährigen Geschichte jedenfalls überzeugende Treffer. Im Jahr 2007 zum Beispiel holte der Kardiologe Jean-Paul Clozel den Titel in der Kategorie Hightech/Lifesciences, und zwar mit dem Biopharmazieunternehmen Actelion, das er mit seiner Frau Martine 1997 gegründet hatte. Die Firma war damals also gerade etwa gleich jung wie die Schweizer Entrepreneur-Serie. Clozel setzte sich anschliessend auf internationaler Ebene durch, 2008 holte er als Erster den «EY World Entrepreneur of the



«Master Entrepreneur»: Kühne (Kühne+Nagel).



15 Minuten Applaus: Synthes-Gründer Wyss.



Spitze mit Old Economy: Spuhler (Stadler Rail).



Ganz oben: Michel (Disetronic/Ypsomed)



Eindruckliche Innovationskarriere: Felix Mayer (l.) und Moritz Lechner (Sensirion).

Year» in die Schweiz. Und weitere zehn Jahre später schlug der wirtschaftliche Erfolg der Firma voll zu Buche: Rund 30 Milliarden Franken bezahlte der US-Konzern Johnson & Johnson 2017 für Actelion. Das Ehepaar Clozel behielt lediglich die Forschungsabteilung für sich und setzt damit nun die Arbeit fort.

Ein grosser Treffer war auch der Schienenfahrzeughersteller Stadler Rail. Peter Spuhler hatte die Firma in Bussnang 1989 mit knapp 20 Mitarbeitern und nicht ganz 5 Millionen Jahresumsatz übernommen. 1999 wurde er «EY Entrepreneur of the Year», damals mit knapp 220 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 125 Millionen Franken. Ein relativ kleiner Mittelstandsbetrieb aus einer Branche mit vergleichsweise wenig Glamour sei das damals gewesen, sagt Spuhler aus heutiger Sicht – anders als die Fantastic Corporation von Peter Ohnemus, die im gleichen Jahr in der Kategorie Start-up den EY-Preis erhielt. Das war ein Bild:

Spuhler und Ohnemus standen damals nebeneinander auf dem Podest, Ohnemus sah sich visionär auf den Pfaden einer Microsoft. Seine Fantastic stieg als Stern hoch hinauf in den Börsenhimmel und verglühte mit dem Zusammenbruch der New Economy.

Zug um Zug, Land um Land

Spuhler dagegen stand in der Old Economy vor dem grossen Durchbruch im Ausland und in neuen Fahrzeugkategorien, er baute Stadler Rail Zug um Zug und Land um Land aus, und heute kommt Stadler mit rund 7000 Mitarbeitern auf einen Jahresumsatz von über zwei Milliarden Franken. Spuhler hat soeben die operative Führung an einen CEO übergeben.

Bei seinem Kollegen Thomas Straumann, der nach ihm «Entrepreneur of the Year» 2000 wurde, ist der Übergang schon länger her: Straumann hatte 1990 die Zahnimplantate-Gruppe Straumann als Gründer und Chef in den Markt

und 1998 an die Börse gebracht. 1994 gab er den CEO-Posten und 2002 das Verwaltungsratspräsidium ab, blieb aber Vizepräsident und führte ausserhalb seine Unternehmerkarriere weiter, etwa mit der Gründung und Führung der Medizinaltechnikfirma Medartis oder als Miteigentümer des Hotels «Les Trois Rois» in Basel. Der Straumann-Konzern ist heute an der Börse mit elf Milliarden Franken rund siebenmal mehr wert als beim Titelgewinn 2000.

Bringt der Entrepreneur-Titel den Prämierten Marktvorteile? Für Klaus-Michael Kühne, dessen Konzern bereits lange in weltweiter Spitzenstellung ist, steht die Wertschätzung durch eine Jury mit renommierten Unternehmerpersönlichkeiten im Vordergrund. Ein direkter geschäftlicher Nutzen hat sich nach seinen Worten aus dem Award des «Master Entrepreneur» nicht ergeben, aber solche Signale könnten die Idee des Unternehmertums stärken. Willy Michel sieht es ähnlich: Die stark exportorientierte Ypsomed spüre die Auszeichnung nicht unmittelbar, aber er sei interessanten Firmen begegnet, die EY-Partner Heinrich Christen in den Wettbewerb einbezogen habe. «In der Wirtschaft kennt man Henry», meint Michel.

Felix Mayer, Co-Verwaltungsratspräsident und Co-Gründer des Chip-Herstellers Sensirion in Stäfa, ist der Ansicht, dass der 2010 gewonnene Titel «Entrepreneur of the Year» international stark wahrgenommen worden sei und geholfen habe, das Vertrauen der Kunden zu stärken und im Inland die Bekanntheit und Attraktivität der Firma auf dem Arbeitgebermarkt zu erhöhen. Zudem habe die Sicht der Jury auf das eigene Schaffen interessante Anregungen gebracht. Sensirion ist eine eindruckliche Innovationskarriere gelungen. Die Firma wurde 1998 von den Physik-Doktoranden Moritz Lechner und Felix Mayer als ETH-Start-up in Sensor-Entwicklung gegründet, der Markteintritt gelang über Sensoren für Wetterstationen, dann für die Medizin, für die Autoindustrie, und ein grosser Schub kam mit dem Geschäft für Smartphones und das Internet der Dinge. Sensirion erreichte 2016 mit rund 600 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von 131 Millionen Franken.

Es geht in der 20-jährigen EY-Wettbewerbsgeschichte allerdings nicht nur um Wachstumskarrieren, sondern auch ums Erhalten, Umbauen oder Loslassen. Bemerkenswert ist etwa Pierre-Alain Schnegg, der mit der Softwarefirma Pro-Concept 2004 den Titel holte und heute, nach der Unternehmerkarriere, Regierungsrat des Kantons Bern ist. Was bewegt einen Unternehmer dazu, in ein Exekutivamt in der Politik zu wechseln? Verliert man da nicht zu viel Freiheit? Schnegg meint, ein Unternehmer könne sicher oft kreativer sein als ein Politiker, der mit Mehrheiten umgehen müsse. Manchmal sei das schade, denn in der Politik brauchte man bisweilen auch komplett neue Ideen. ○

GELESEN

«Ich glaube an harte Arbeit»

GELESEN

«Wenn einem die eigene Arbeit sinnlos erscheint»



Unternehmen

Gutmenschen-Bürokratie

Die sogenannte Konzernverantwortungsinitiative wird genau das Gegenteil von dem erreichen, was sie will. Warum Hilfswerke, Gewerkschaften und linke Politiker völlig falsch liegen.

Von Thomas Matter

Die Schweiz steht wie kaum ein anderes Land auf der Welt für eine demokratische Staatsform, für Menschenrechte und eine saubere Umwelt. Diese vorbildlichen Standards wären allesamt undenkbar ohne den Wohlstand, den wir einzig der Leistung unserer Wirtschaft verdanken. Wir sind stolz auf die erfolgreiche Berufsbildung. Sie sorgt mit ihrer Verbindung von betrieblicher Ausbildung und Berufsschule für ausgezeichneten beruflichen Nachwuchs und bescherte uns unlängst an der Berufsolympiade einmal mehr einen wahren Medaillensegen. Wir dürfen uns auch glücklich schätzen, so viele international hervorragend positionierte Unternehmen in unserem Land zu wissen. Diese Betriebe müssen selbstverständlich wirtschaftliche Ziele verfolgen, wenn sie überleben wollen. Unternehmen und Unternehmer tragen aber zugleich eine grosse Verantwortung; sie und ihre Mitarbeitenden pflegen Schweizer Werte wie Qualität, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Respekt gegenüber unseren Lebensgrundlagen. Nur ein Land mit hohem Wohlstand und mit einer gesunden Wirtschaft hat überhaupt die Möglichkeit, neueste Technologien umzusetzen und so die Umwelt wirksam zu schützen.

Nach meiner Erfahrung tragen unsere Unternehmen ihr Wissen und ihre Standards auch in die Welt hinaus. Von einer systematischen Verletzung von Menschenrechten oder Umweltvorschriften durch Schweizer Firmen im Ausland kann keine Rede sein. Im Gegenteil sind es oft Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, die speziell in unsicheren Regionen mit den von ihnen vorgelebten Werten zu Stabilität, guten Arbeitsplätzen und Ausbildungsmöglichkeiten beitragen. Sie tun dies aus Eigeninteresse, aber auch im Interesse der jeweiligen Standorte.

Schimpfwort «Konzerne»

Jetzt zeichnen Drittwelt- und Umweltorganisationen, die Hilfswerke, einzelne Kirchenvertreter und linke Alt-Bundesrätinnen ein völlig verzerrtes Bild. Sie setzen fast alle Auslandaktivitäten von Schweizer Unternehmen mit Profitgier, menschenverachtender Ausbeutung und Umweltverschmutzung gleich. Bewusst verwenden sie für unsere Unternehmen das Schimpfwort «Konzerne». Ausfluss dieses destruktiven Denkens ist die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt», kurz Kon-

zernverantwortungsinitiative. Schon der Name ist irreführend, wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme zu Recht festhält. Wenn schon, müsste das Begehren «Unternehmensverantwortungsinitiative» heissen. Von der Initiative betroffen sind nämlich bei weitem nicht nur die grossen Konzerne, sondern vor allem Schweizer KMU, also das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Was auf den ersten Blick vernünftig und berechtigt tönt – die Verantwortung von Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt –, erweist sich in der Umsetzung als brandgefährlich. Entscheidend sind nämlich die konkreten Mittel, mit denen die Initiative



Im Griff der Moralisten und Regulierer.

dieses Ziel erreichen will. Erstens sollen die Firmen zu Sorgfaltsprüfungen verpflichtet werden. Auch das erscheint oberflächlich betrachtet nachvollziehbar; die sorgfältige Prüfung von Geschäftspartnern und Produkten ist für unsere Unternehmen seit je selbstverständlich. Doch obligatorische Sorgfaltsprüfungen sollen sich auf die weltweite Lieferkette erstrecken. Und bei den Zulieferern würde der Kontrollmechanismus nicht stehenbleiben. Man müsste auch die Zulieferer der Zulieferer akribisch auf Risiken bezüglich Menschenrechte und Umwelt überprüfen und dies in ausführlichen Berichten nachweisen. Was heisst das im Alltag des Geschäftslebens? Viele Schweizer Unternehmen greifen auf eine Reihe von weltweiten Zulieferern zurück. Denn die weitgehende Arbeits-

teilung ist Teil unseres wohlstandsfördernden Erfolgsmodells. Gesetzlich vorgeschriebene Sorgfaltsprüfungen würden zu grenzenloser Bürokratie führen. Besonders für kleinere und mittelgrosse Unternehmen würde die Initiative eine untragbare administrative Belastung bedeuten, die mit hohen Kosten verbunden wäre. Eine solche grenzenlose Gutmenschen-Bürokratie steht jenseits jeder Lebenswirklichkeit. Nicht nur kann sie die unternehmerische Verantwortung nicht ersetzen, sie kommt ihr sogar in die Quere und vernichtet sie.

Explodierende Risiken

Die Unternehmen würden zweitens automatisch für Verletzungen von Menschenrechten und Umweltbestimmungen haften. Eine solche Haftung ohne Verschulden und überdies auch noch für Verfehlungen von Zulieferern wäre weltweit einzigartig. Die Firmen könnten sich in Prozessen höchstens von der Haftung befreien, wenn ihnen anhand ihrer schriftlichen Sorgfaltsprüfungen der lückenlose Nachweis gelänge, dass man ihnen bei der Wahl ihrer Geschäftspartner nichts vorwerfen kann.

Die Unternehmenshaftung selbst für Handlungen Dritter wäre ein absolut einmaliges juristisches Konstrukt und für die im globalen Wettbewerb stehenden Schweizer Firmen schlicht untragbar. Die unternehmerischen Risiken würden explodieren. Auch der Bundesrat vertritt die Ansicht, dass die Initiative der Schweizer Wirtschaft schadet und deshalb abgelehnt werden muss. Die Initiative würde gelebte unternehmerische Verantwortung und die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern durch teure juristische Auseinandersetzungen ersetzen.

An einer solch fatalen Entwicklung haben höchstens Juristen Freude. Ganz sicher aber ist es nicht zum Vorteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz und seinen vielen Arbeitsplätzen. Und auch nicht der Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Denn das wirtschaftliche Engagement von Unternehmen im Ausland bringt für die lokale Bevölkerung einen beträchtlichen Nutzen. Hier wie dort würde anstelle des wirtschaftlichen Austauschs Wirtschafts-Totenstille einkehren. Das aber interessiert die verantwortlichen Initianten nicht. Sie wollten ja nur das Gute.

Thomas Matter ist SVP-Nationalrat und Unternehmer.

Stimme des Gewissens

Ob bei den Themen Organspende, Embryonenauswahl oder Sterbehilfe: Ruth Baumann-Hölzle fällt mit mutigen Positionen gegen den Mainstream auf. Die Medizin-Ethikerin und Theologin sieht sich als Verfechterin der Menschenwürde. Diese sei auch durch Nützlichkeitsdenken bedroht. *Von Alex Reichmuth*



«Wir überschreiten eine rote Linie»: Theologin Baumann-Hölzle.

Ruth Baumann-Hölzle mischt sich ein – häufig und mit Überzeugung. In den letzten Tagen exponierte sich die Ethikerin zum Thema Organtransplantation: Eine neue Volksinitiative will bei der Organspende die sogenannte Widerspruchslösung einführen. Künftig sollen nicht nur diejenigen Menschen als potenzielle Organspender in Frage kommen, die dazu explizit ja sagen, sondern alle, sofern sie sich nicht aktiv dagegen wehren. Mit dieser Prinzipienumkehr wollen die Initianten dem Mangel an Organen begegnen. Jedes Jahr sterben in der Schweiz etwa hundert Personen, weil für sie nicht rechtzeitig ein Herz, eine Lunge oder eine Niere für eine Transplantation zur Verfügung stehen.

Die Initiative stösst in breiten Bevölkerungskreisen auf Sympathie – nicht aber bei Ruth Baumann-Hölzle: «Es besteht die Gefahr, dass Menschen Organe entnommen werden, die es nicht gewollt haben», warnte sie in 20 Minuten.

Organentnahme wider Willen sei «Organraub», sagte sie zum *Blick*.

Die *Weltwoche* trifft die Theologin in den Räumen des Instituts Dialog Ethik in Zürich Oerlikon, das sie vor achtzehn Jahren mitgegründet hat. Die Sechzigjährige erweist sich im Gespräch als Person mit gefestigten Ansichten, die sich aber bewusst ist, dass es bei ethischen Fragen selten ein «Richtig» und ein «Falsch» gibt. Denn als Beraterin von Spitälern und Heimen ist es für Baumann-Hölzle eine alltägliche Erfahrung, bei Entscheiden rund um eine angemessene Behandlung in Dilemmata zu stecken.

Baumann-Hölzle führt die Schweizer Verfassung an, um ihre Kritik an der Widerspruchslösung bei der Organspende zu begründen: «Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Be-

wegungsfreiheit», heisst es dort. Die körperliche Unversehrtheit, die vom Staat garantiert sei, werde durch die Widerspruchslösung aber verletzt, betont Baumann-Hölzle. Diese Verletzung sei auch nicht mit der Begründung hinzunehmen, Organentnahme rette Leben: «Wenn wir diesen Verfassungsgrundsatz übergehen, verletzen wir die Menschenwürde und überschreiten eine rote Linie.»

Zucht von Menschen

Im Gesundheitswesen greife, wie in der Gesellschaft allgemein, ein Nützlichkeitsdenken um sich, stellt Baumann-Hölzle fest. Der Zweck heilige zunehmend die Mittel. Sie denkt dabei auch an die Fortpflanzungsmedizin. In dieser Sache hat Ruth Baumann-Hölzle mehrfach Bedenken angemeldet – etwa vor den Abstimmungen über die Präimplantationsdiagnostik, als es um den Entscheid ging, wann Embryonen auf genetische Defekte und Überlebensfähigkeit getestet werden dürften. Embryonen zu untersuchen, wenn schwere Erbkrankheiten drohten, könne in schwierigen Leidenssituationen zwar angemessen sein, sagt die Ethikerin. Unzulässig ist es aus ihrer Sicht aber, werdendes Leben aufgrund weiterer Eigenschaften auszuwählen: «Wenn Nützlichkeit zum entscheidenden Kriterium wird, verkommt menschliches Leben zum Verbrauchsmaterial – sei es wegen der Wünsche von Eltern oder wegen gesellschaftlicher Zwänge.» Die Methoden der Embryonenauswahl dauernd zu erweitern, führe letztlich zur Zucht von Menschen.

Ist es aber nicht richtig, durch moderne Technologie Leiden zu verhindern – indem etwa die Geburt von Menschen mit schweren Schäden vermieden wird? Ruth Baumann-Hölzle kennt das Argument der Leidensminderung – und findet es gefährlich: «Eltern von Kindern mit Down-Syndrom erleben schon heute, dass sie skeptischen Blicken ausgesetzt sind – im Sinne von «Das wäre heute doch nicht mehr nötig.» Eine leidfreie Gesellschaft anzustreben, die nur noch optimal funktionierende Menschen akzeptiere, führe aber zu totalitären Verhältnissen, sagt die Theologin.

Ruth Baumann-Hölzle ist in Männedorf am Zürichsee aufgewachsen. Schon in ihrer Jugend interessierte sie sich für ethische Fragen. Einerseits wurde in ihrem Elternhaus leidenschaftlich über politische und gesellschaftliche Themen diskutiert. Andererseits engagierte sich Baumann-Hölzle als Jugendliche in der kirchlichen Sozialarbeit und kam dabei in

Kontakt mit Randständigen und Drogenabhängigen. «Ich erkannte, dass Chancengleichheit nicht genügt, um eine humane Gesellschaft zu erreichen», sagt Baumann-Hölzle. «Man muss die Menschen auch befähigen, ihre Chancen wahrnehmen zu können.» Während eines Spitalaufenthalts nach einem schweren Skiunfall erfuhr Baumann-Hölzle zudem, wie ausgeliefert sich Patienten fühlen können. Im Spitalbett hatte sie etwa keine Möglichkeit, die Notfallglocke zu betätigen, weil diese vom Personal irrtümlich entfernt worden war. Dass sie ihr Theologiestudium mit einer Arbeit über Medizinethik abschloss, war insofern kein Zufall: «So verarbeitete ich meine Erfahrungen als Patientin.»

Nach dem Studium arbeitete Baumann-Hölzle für ihre Doktorarbeit mehrere Jahre in den USA und war dort unter anderem am Hastings Center in New York tätig, dem weltweit ersten interdisziplinären Forschungsinstitut für Bioethik. Nach ihrer Rückkehr hatte sie die Absicht, in der Schweiz eine praxisnahe Denkfabrik für Medizinethik einzurichten. Diese Pläne verwirklichte sie im Jahr 1999 mit der Gründung von «Dialog Ethik». Das Institut mit acht Mitarbeitern und vielen ehrenamtlich tätigen Fachkräften finanziert sich vor allem über Spenden und aus Erträgen aus Forschungs- und Dienstleistungsaufträgen. Der Kampf um genügend fi-

nanzielle Mittel für das Institut begleitet Leiterin Baumann-Hölzle täglich.

Aus ihrer Sicht besteht ein zentrales Problem des Gesundheitswesens darin, sich einseitig an Wirtschaftlichkeit zu orientieren. Baumann-Hölzle sieht die Interessen von Patienten durch finanzielle Anreize bedrängt, die auf Ärzte und Spitäler wirken. «Überbehandlungen und Operationen etwa, die aus ökonomischen Gründen durchgeführt werden, sind heutzutage gang und gäbe – zum Nachteil der Patienten.»

Wirtschaftliche Zwänge statt Menschenwürde – unter anderem darum steht Baumann-Hölzle auch der Zunahme assistierter Suizide skeptisch

«Chancengleichheit genügt nicht, um eine humane Gesellschaft zu erreichen.»

gegenüber. Jeder Mensch habe zwar die Freiheit, Suizid zu begehen. Es wirkten heute aber Zwänge, die wenig mit Selbstbestimmung zu tun hätten. «Betagte Leute etwa nehmen sich oft als Kostenfaktor wahr», so Baumann-Hölzle. «Sie spüren einen Druck, Pflegekosten zu vermeiden.» Insbesondere wenn in den Medien assistierte Freitode von Prominenten – wie etwa der des früheren Glarner Ständerats This Jenny – hochstilisiert würden, wirke das zwiespältig: «Wenn die Selbsttötung zu einer normalen

Form der Problemlösung wird, hat unsere Gesellschaft ein Problem mit der Humanität.»

Kraft aus Gebet und Meditation

Der technologische Fortschritt in der Medizin – etwa in Sachen Fortpflanzung, Gen-Entschlüsselung oder Organspende – ist enorm. Am Universitätsspital Zürich läuft ein Projekt zur Transplantation von Gebärmüttern, das wissenschaftlich anspruchsvoll und gleichzeitig sehr umstritten ist. Haben ethische Einwände angesichts solch rasanter Entwicklungen überhaupt eine Chance, allenfalls bedenklichen Methoden Einhalt zu gebieten? Ruth Baumann-Hölzle ist überzeugt, dass es möglich ist. Sie sieht Parallelen ihres Engagements für mehr Menschenwürde im Gesundheitswesen zum Engagement für den Schutz der Umwelt.

Baumann-Hölzle ist von der Gestaltungskraft der Menschen überzeugt: «Wir könnten noch viel mehr Energien freisetzen, um die Gesellschaft zum Guten zu verändern.» Die Kraft ihres Optimismus schöpfe sie aus Gebet und Meditation. Sie sei von einem Glauben an jeden Menschen erfüllt, sagt die Theologin. «Ich glaube an das Gute in jedem, selbst wenn er ein Schwerverbrecher ist.»

Ruth Baumann-Hölzle ist Mitbegründerin und Leiterin des Instituts Dialog Ethik in Zürich. Von 2001 bis 2013 war die promovierte Theologin Mitglied der Nationalen Ethikkommission im Bereich Humanmedizin.

LinkedIn oder Facebook:

Was Sie im Business

weiterbringt.

Diese Woche: Nützliche Tipps für Ihre Karriere-Planung



www.handelszeitung.ch | Jeden Donnerstag neu am Kiosk | Magazin als mobile App für iPad und iPhone | Kostenloser Newsletter

Zur Wirtschaft. Zur Sache.

Handelszeitung

Auftrag des Himmels

Chinas Präsident Xi belebt das autoritäre Politikverständnis der jahrtausendealten Kaiserdynastien. Nationalismus und militärische Stärke prägen sein Denken ebenso wie der Wille, sein Land von westlichen Einflüssen zu befreien. Ein Blick in die Weltsicht der auftrumpfenden Grossmacht. *Von Jonathan Fenby*

China hat einen neuen Kaiser, und in guter imperialer Tradition hat dieser Herrscher sein eigenes Verhältnis zur Welt. Die im Westen verbreitete Idee, ein wirtschaftlich entwickeltes China werde am Ende «wie wir» sein, war stets ein Wunschbild. Nun, da Xi Jinping seine zweite fünfjährige Amtszeit als Führer des letzten grossen leninistischen Staates der Welt antritt (eine Verlängerung ist nicht ausgeschlossen), wird deutlich, dass er sich tatsächlich einen sehr anderen Weg für sein Land vorstellt.

Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, der am Mittwoch letzter Woche in Peking zu Ende ging, hat Xi eindringlich demonstriert, dass er unangefochten am Ruder steht. In seiner dreieinhalbstündigen Grundsatzrede umriss er die Ziele für die nächsten Jahre, vor allem aber wurde das «Xi-Jinping-Denken» in die Parteistatuten aufgenommen.

Trump: «Grandiose Erhöhung»

Während die anderen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros, des obersten Führungsgremiums, gewählt wurden und hohe Funktionäre eiligst ihre Ergebnissadressen vortrugen, gratulierte US-Präsident Donald Trump dem 64-jährigen Xi zu seiner «grandiosen Erhöhung». Trump, der in der nächsten Woche zu einem Besuch in Peking erwartet wird, sagte in einem Fernsehinterview, für manche Leute sei Präsident Xi «der König von China». Kein Wunder, dass Xi auf dem Parteitag grösstes Selbstbewusstsein ausstrahlte, als er seine Vorstellungen von der Rolle Chinas in der Welt darlegte, eines Landes, das über kurz oder lang die bestehende Weltordnung auf den Kopf stellen wird.

Dank der Autorität, die Xi in seiner ersten Amtszeit aufgebaut hat, ist er zum mächtigsten Mann Chinas seit Mao Zedong aufgestiegen. Seine Machtfülle ist kein Selbstzweck. Mit ihrer Hilfe will er erreichen, dass sein Land jene zentrale Rolle auf der internationalen Bühne spielt, die ihm aus seiner Sicht rechtmässig zusteht – mindestens gleichberechtigt neben den Vereinigten Staaten, das chinesische Staatsmodell gleichberechtigt neben dem Modell der westlichen Demokratien, die seit 1945 die Weltpolitik dominiert haben.

Schon seit einigen Jahren registrieren chinesische Beobachter einen allmählichen Niedergang der amerikanischen Macht. Trumps Rückzug aus internationalen Abkommen bietet den



Die Zeit ist gekommen: Xi Jinping.

Chinesen nun die Gelegenheit, in diese Leerstellen vorzustossen und dabei die militärische Stärke und den globalen Einfluss der Volksrepublik noch weiter auszubauen.

Radikale Operation

Wie Xi auf dem Parteitag erklärte, geht die verschärfte politische Kontrolle im Innern mit dem ehrgeizigen Anspruch einher, die Volksrepublik an die Spitze der Weltpolitik zu führen. Im Mittelpunkt von Xis innenpolitischer Agenda steht die Kommunistische Partei, sie ist das Instrument, das die Nation voranbringen soll – Xi ist in der Hauptsache eben nicht Staatspräsident, sondern Generalsekretär der Partei mit ihren 80 Millionen Mitgliedern. Aus seiner Sicht war die Partei unter seinem Vorgänger Hu Jintao geschwächt und korrupt, sie diene als Vehikel für eigennützige Interessen, und es fehlte ihr eine klare Vision für das 21. Jahrhundert. Von daher war eine radikale Operation nötig – in Form jener resoluten Antikorruptionskampagne, die Ende 2012 eingeleitet wurde und wohl noch eine Weile andauern dürfte.

Wie bei ähnlichen Säuberungskampagnen in der Vergangenheit wurden auch diesmal politische Gegner aus dem Weg geräumt, aber auch die Streitkräfte hat es erfasst, die Xi schlagkräftiger machen will, und Zehntausende einfache Parteifunktionäre. Von dem resultierenden Klima der Angst erhofft sich die Führung eine wirksamere Umsetzung von Parteibeschlüssen durch Beamte und Manager von Staatsbetrieben.

Xi hat auch die Kontrolle über den Sicherheitsapparat übernommen, Kritik wird unter-

Trump wird bei seinem Treffen mit Xi in Peking einem selbstbewussten Mann begegnen.

drückt, westliche Werte werden abgelehnt. Dieses autoritäre Politikverständnis erinnert an Chinas jahrtausendealte Kaiserdynastien, die «sozialistische Modernisierung» wird als neuer «Auftrag des Himmels» ausgegeben. Die Wirtschaftspolitik, früher Domäne der Regierung, untersteht nun der Partei, und grosse Privatunternehmen müssen sich dem von Xi und seinen Beratern vorgegebenen Kurs unterwerfen.

Eiserne Mauer

Xis Proklamation des «chinesischen Traums» einer Stärkung und Verjüngung der Nation hat dem Nationalismus Auftrieb gegeben. Stolz wird auf die ungebrochene wirtschaftliche Entwicklung verwiesen, auf die Expansion im Südchinesischen Meer, auf den Konflikt mit dem traditionellen Rivalen Japan und auf die strategische Konkurrenz mit den USA. Die Volksrepublik beansprucht noch immer das Recht, Taiwan

gewaltsam zurückzuerobern, und ist nicht bereit, ihre Kontrolle in den nicht-han-chinesischen Provinzen Tibet und Xinjiang zu lockern.

Xis Vorzeigeprojekt «Neue Seidenstrasse» («Ein Gürtel, eine Strasse») soll China zu mehr Einfluss in Asien, Afrika und Europa verhelfen, durch Entwicklungshilfe und Kredite will Peking massiv ausländische Infrastrukturprojekte finanzieren. Die mit einem Kapital von 100 Milliarden Dollar ausgestattete Asiatische Infrastrukturinvestmentbank vergibt bereits Kredite an diverse Länder – Indien etwa und die Philippinen. China will mit viel Geld seine Softpower geltend machen, das United Front Work Department verstärkt seine Aktivitäten in der ganzen Welt, vor allem unter den 60 Millionen Auslandschinesen. Die *Financial Times* berichtete kürzlich von einer Parteidirektive, laut der Funktionäre gehalten seien, rücksichtslos eine «Eiserne Mauer» gegen «feindliche Kräfte» zu errichten, die China Steine in den Weg legen wollen.

«Make China Great Again»

All das ist eine enorme Herausforderung, der sich Amerikaner und Europäer bislang nur widerstrebend stellen. Xi Jinpings Parole lautet, um Präsident Trump zu paraphrasieren: «Make China Great Again». Die Regierung leugnet nicht, dass sie mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat – von den Umweltproblemen und dem Schuldenberg bis hin zu massiver Einkommensungleichheit. Aber die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt wächst noch immer um mehr als 6 Prozent jährlich. Und so glaubt Xi, dass es an der Zeit ist, den chinesischen Einfluss in der Welt zu stärken. Seine Ideologie vereint innen- und aussenpolitische Elemente, Wirtschaft, Strategie mit einer tiefen Verbeugung vor der langen chinesischen Geschichte und der Notwendigkeit, sich von westlichen Einflüssen zu befreien.

Diese aussenpolitischen Ambitionen haben einen direkten Bezug zur innenpolitischen Agenda einer zentralisierten politischen Herrschaft. Xi identifiziert sich völlig mit der Partei und durch sie mit dem Land. Nachdem Xi die Parole ausgegeben hat, dass China seinen Platz an der Weltspitze einnehmen soll, muss er unbedingt Erfolge vorweisen, wenn er nicht innenpolitisch einen Rückschlag erleiden will.

Trump wird in Peking bei seinem zweiten Zusammentreffen mit Xi also einem selbstbewussten Mann begegnen, der, gestützt auf modernisierte Streitkräfte und eine neue diplomatische Initiative zur Stärkung des chinesischen Einflusses in der Welt, für sein Land eine

zentrale Rolle in der Weltpolitik anstrebt. Die Zeiten sind vorbei, als chinesische Politiker nach aussen hin Zurückhaltung übten, um Investoren aus Industrieländern nicht abzuschrecken, die zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Entwicklung benötigt wurden.

In seiner Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos präsentierte sich Xi als überzeugter Fürsprecher von Globalisierung und Klimaschutz, obwohl sein Land ausländische Unternehmen bestraft und mit massiven Umweltproblemen zu tun hat. Nicht ohne Grund glaubt Peking, dass ausländische Regierungen seinen globalen Vorstoss unterstützen, weil sie am riesigen chinesischen Markt teilhaben oder von seinen Zuwendungen profitieren wollen.

Angesichts der Verunsicherung in Bezug auf die amerikanische Aussenpolitik unter Trump können westliche Regierungen umso eher über den repressiven Charakter des chinesischen Regimes hinwegsehen und auf Kritik an China

verzichten, während China die westlichen Werte weiterhin kritisiert.

Anders als seine Vorgänger hat Xi bei der Wahl der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros keinen «Kronprinzen» benannt. Es stünde ihm also frei, sich über die ungeschriebene Regel hinwegzusetzen und am Ende seiner zweiten Amtszeit 2022 nicht zurückzutreten. Selbst wenn er sein Amt formal aufgab, dürfte er im Hintergrund weiterhin die Fäden in der Hand halten.

Die nächsten Jahre dürften kein Sonntags-spaziergang sein, denn die Partei hat versprochen, die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Die unerlässlichen Wirtschaftsreformen verlangen eine Liberalisierung, die den Interessen der allmächtigen Partei zuwiderläuft. Pekings Präferenz für bilaterale Auslandsbeziehungen und die geringe Neigung, fremde Verhaltensnormen zu akzeptieren, verhindern die Entwicklung eines internationalen Netzwerks, wie es die Vereinigten Staaten nach 1945 schufen. Die regionalen Konflikte in Ostasien werden bleiben. Aber Chinas selbstbewusster neuer Kaiser ist überzeugt, dass für sein Land die Zeit gekommen ist. Andere Länder, vor allem Amerika und Europa, werden sich damit auseinandersetzen und ihre Politik neu ausrichten müssen.



US-Präsident Trump.

Amerikas Rückzug bietet den Chinesen die Gelegenheit, in diese Leerstellen vorzustossen.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork:

Der britische Historiker und Journalist Jonathan Fenby gehört zu den grossen Kennern Chinas. Zuletzt ist von ihm erschienen: «Will China Dominate the 21st Century?» Blackwell Publishers, 2014. 120 S., Fr. 57.90

«Ich mache die Chinesen nervös»

Während China Donald Trump den roten Teppich ausrollt, rührt sein ehemaliger Chefstrategie die Trommel für einen Handelskrieg. Peking versucht, in Geheimgesprächen das Ansinnen von Steve Bannon auszuloten. Im Gespräch mit der *Weltwoche* umreißt Bannon seine China-Strategie. Von Urs Gehrig



«Wir müssen den Krieg annehmen»: Steve Bannon.

Steve Bannon führt zwei Kriege. Den einen – gegen das politische Establishment in den USA – hat er selbst erklärt. Den anderen haben man den Amerikanern aufgezwungen. Die Rede ist vom Handelskrieg mit China. «Die Chinesen haben uns den Krieg erklärt, aber wir schlagen nicht zurück», sagt Donald Trumps ehemaliger Chefstrategie. Dies gelte es baldmöglichst zu ändern.

Bei so viel Kampfrhetorik erstaunt es nicht, dass die Chinesen brennendes Interesse an Bannon bekunden. Bemerkenswert indessen sind die Wege, die Peking wählt, um mehr über das Ansinnen des populistischen Rädelführers herauszufinden. So hat Chinas Führung Henry Kissinger, den 94-jährigen Doyen der US-Außenpolitik und besten China-Kenner Amerikas, als Mittelsmann aufgeboten. «Die Chinesen haben ihn gebeten, mit mir zu sprechen», erklärte Steve Bannon der *Weltwoche*. Bei Gesprächen über die populistische Revolte Anfang Oktober («Stürmt Washington!», *Weltwoche* Nr. 41/17) hat der Chef der rechtskonservativen Medienplattform *Breitbart* auch seine Haltung gegenüber China erörtert.

Gegen Kissingers Strategie

Gleich nach seinem Rücktritt als Trumps Chefstrategie habe ihn Kissinger angerufen. Zwei-

mal habe Bannon sich darauf mit diesem in dessen Privathaus in Connecticut getroffen und sich während fast zehn Stunden ausgetauscht. Sie seien sich in der Analyse Chinas «zu hundert Prozent einig», so Bannon, nicht aber in der Wahl des Umgangs mit der aufstrebenden Grossmacht.

Kissinger plädiere dafür, den Kampf mit China über eine lange Frist von 20, 25, 30 Jahren zu führen. Man müsse der aufstrebenden Weltmacht mit Diplomatie begegnen. Bannon lehnt diese Strategie ab. «Wir haben diese Diplomaten nicht, wir haben die Intellektuellen nicht und die geopolitischen Strategen», die es dafür brauche. Man müsse China jetzt aggressiv gegenüberreten, ist Bannon überzeugt.

Durch unfaire Handelspraktiken wie den erzwungenen Transfer von US-Technologie und -Innovationen sei Peking für Washington zur grössten wirtschaftlichen Bedrohung herangewachsen. Bannon weist darauf hin, dass diese – für die USA desolante – Situation nicht erst durch eine neue Politik Chinas entstanden sei. Im Gegenteil. Das aggressive Handelsverhalten habe tiefe historische Wurzeln. Es entspreche buchstäblich der uralten Haltung Chinas, das sich als Reich der Mitte sieht gegenüber dem barbarischen Rest der Welt. «Ich habe ihn [Kissinger] immer wieder daran erin-

tert: «Hey, du bist derjenige, der von ‚barbarischem Management‘ spricht.» In seinem Buch «On China» aus dem Jahr 2011 schreibt Kissinger, China habe während Jahrtausenden weder einen Aussenminister gehabt noch eine klassische Aussenpolitik betrieben. Die Beziehungen mit der Aussenwelt hätten die Chinesen als «barbarisches Management» bezeichnet und als nebensächliche Angelegenheit betrachtet. Chinas historische Haltung gegenüber anderen Ländern sei «ausbeuterisch und potenziell ruinös», sagt Bannon. China füge den USA durch «unfares Handelsverhalten» massiven ökonomischen Schaden zu. «Es ging immer darum, die «Barbaren» zu tributpflichtigen Staaten zu machen.» «Der Tribut», den die USA als «Barbaren» den Chinesen entrichteten, «ist unsere Technologie – das ist es, was sie für den Eintritt in ihren Markt verlangen», so Bannon. China habe den USA in den vergangenen zehn Jahren technisches Know-how und Hardware im Wert von 3,5 Billionen Dollar entwendet. «Der Tribut, den wir den Chinesen zahlen müssen, ist die Essenz des amerikanischen Kapitalismus: unsere Innovationen.»

Kissinger widerspreche dieser Einschätzung nicht, so Bannon. Im Gegenteil. Kissingers Analyse sei mit seiner deckungsgleich. Der Elder Statesman, der China über achtzig Mal besucht hat und unter Präsident Nixon die politische Öffnung der USA gegenüber China vorangetrieben hat, sei ihm, Bannon, gegen-



Historische Öffnung: Chinas Premier Zhou Enlai,

über mit grossem Respekt begegnet. «Er sagte mir, niemand in den USA habe das [die Lage Chinas] ähnlich treffend artikuliert wie ich.»

Umso aufsehenerregender ist Bannons Ablehnung von Kissingers Diplomatie-Ansatz. Die letzten Jahrzehnte hätten gezeigt, dass die sanfte, geduldige Tour nichts fruchte. Diplomatie sei ein Eiertanz, der die Position der Amerikaner zunehmend verschlechtert habe. Deshalb fordert Bannon eine harte Konfrontation.

Zu Kissinger: «Hey, du bist derjenige, der von «barbarischem Management» spricht.»

Die Chinesen ihrerseits scheinen einen Konflikt mit den Amerikanern unbedingt verhindern zu wollen. Die Regierung sei auf Ruhe und Stabilität angewiesen, um die grossen Herausforderungen des 1,4-Milliarden-Volkes zu meistern, ist Kissinger überzeugt – was Bannon erst recht davon überzeugt, jetzt zu attackieren.

Seine Kriegerhetorik habe die Chinesen in Unruhe versetzt, zeigt Bannon sich im Gespräch überzeugt. «Ich mache sie nervös» («I get them worked up»), denn niemand sonst spreche so wie er über China. «Die Chinesen rasten aus» («The Chinese are freaking out») wegen seiner Entschlossenheit zum Handelskrieg.

Bannon ist gewillt, seinen «Aufstand» («insurgency») gegen die Handelspraktiken Pekings bis nach China zu tragen. Die Eröffnungssalve hat er bereits abgefeuert. Seine erste Rede nach dem Austritt aus dem Weissen Haus hielt Bannon im September in Hongkong.

Bei dieser Gelegenheit suchte die chinesische Staatsspitze den direkten Kontakt zu Bannon. Zu einem geheim anberaumten neunzigminütigen Treffen erschien die Nummer zwei des chinesischen Regimes, Wang Qishan, persön-

lich. Wang, der am Parteitag letzte Woche (offiziell aus Altersgründen) zurückgetreten ist, war Chef der nationalen Antikorruptionskampagne und direkt Präsident Xi unterstellt.

Die Wichtigkeit, die Chinas Staatsspitze Bannon zumisst, scheint aus der Hoffnung geboren, Trumps ehemaliger Chefstrategie stehe dem Präsidenten nach wie vor nahe. (Was gemäss Bannons eigenem Bekunden zutrifft.) Ausserdem ist es Peking nicht entgangen, dass der Anführer der populistischen Revolte als Schlüsselfigur in der politischen Arena Amerikas während der letzten Monate an Macht zugelegt hat.

Nach wie vor verfüge er über enge Kontakte zu Kabinettsmitgliedern, sagt Bannon. Dazu gehört eine Handvoll China-Falken wie Peter Navarro, Direktor des National Trade Council, und Handelsminister Wilbur Ross. Diese drängen auf aggressive Gegenmassnahmen gegenüber Peking. Zu den China-Hardlinern zählt auch der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer, der im Sommer ankündigte, er werde eine Untersuchung über Diebstahl von intellektuellem Eigentum durch China einleiten.

Und Trump?

Wo steht in diesem Konflikt Präsident Trump persönlich, der nächsten Mittwoch in Peking zum Staatsbesuch eintrifft? Nachdem er jahrzehntelang China als Erzrivalen aufgebaut und im Wahlkampf «China, China, China!» als Schlachtruf gegen Peking kultiviert hatte, zügelte er in den letzten Wochen seinen Ton markant. Konfrontiert mit Nordkoreas Diktator Kim Jong Un aka «Little Rocket Man», erhofft sich Trump Unterstützung von China. Finanzminister Steven Mnuchin und Wirtschaftsberater Gary Cohn (beide ehemals Spitzenfunktionäre bei Goldman Sachs) warnen davor, dass ein Handelskrieg den USA weiteren massiven Schaden zufügen könne. Auch Kissinger massiert den Präsidenten in Richtung Deeskalation. Er sei guter Hoffnung, dass die Rivalität zwischen den USA und China ohne gewalttätige Auseinandersetzungen zu einer langfristigen Kooperation führen werde, sagte er nach einem Besuch im Oval Office.

Bannon, dessen populistische Revolte derzeit das republikanische Establishment in den USA erzittern lässt, wittert Morgenluft. Er hofft, flankiert von seinen verbündeten China-Falken, Trump wieder auf den Kriegspfad zu bringen. Wie in seinem populistischen Feldzug zu Hause denkt Bannon auch in Bezug auf China in langfristigen Dimensionen. Für Anfang bis Mitte 2018 plane sein Nachrichtenportal *Breitbart* das Sponsoring für eine Serie globaler Sicherheitskonferenzen in Afrika, am Persischen Golf, in Zentraleuropa und Ostasien. Kernthema: China. «Wir müssen den Krieg annehmen, den uns die Chinesen erklärt haben», so Bannon. Und er ist überzeugt: «Wenn wir zurückschlagen, gewinnen wir.»



Trumps Woche

«Grandios»

Die Wirtschaft ist die beste Verbündete des Präsidenten. Sie brummt.

Präsident Trump zeigte sich begeistert über die neuesten Daten zur US-Ökonomie. Er twitterte: «Über die GRANDIOSEN BIP-Zahlen, gestern veröffentlicht, wird kaum berichtet (3.0 trotz massiven Hurrikan-Einbrüchen). Beste [Quartalsergebnisse] in Folge seit Jahren!»

Nach Angaben des US-Wirtschaftsministeriums wies das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal ein Wachstum (aufs Jahr gerechnet) von 3 Prozent auf. Die düsteren Prognosen nach den Wirbelstürmen, die die Golfküste trafen, haben sich damit nicht erfüllt.

Die *Washington Post*, nicht gerade ein Fan von Trump, schrieb: «In Kombination mit einem starken Arbeitsmarkt und Rekordergebnissen auf dem Aktienmarkt [...] erweist sich die Wirtschaft als Verbündete des Präsidenten.»

Dass die Wirtschaft brummt, ist auch auf verstärkte Kapitalinvestitionen zurückzuführen. Der Chefökonom eines Bankhauses erklärte: «Man muss schlicht und einfach anerkennen: Seit Januar hat Trumps Wirtschaftsteam das Ruder in der Hand, und die Wirtschaft hat das von der Regierung angestrebte Ziel von 3 Prozent Wachstum in zwei Quartalen in Folge erreicht.» Andere Volkswirtschaftler sehen in der aggressiv vorangetriebenen Reform der regulatorischen Bestimmungen einen wichtigen Faktor. Der konservative Think-Tank Competitive Enterprise Institute berichtete unlängst, dass Trump «der deregulierungsfreundlichste US-Präsident seit Ronald Reagan» sei. Unter Trump müssen für jede neue föderale Vorschrift zwei bestehende gestrichen werden.

Finanzminister Steve Mnuchin warnte jedoch, dass die derzeit gute wirtschaftliche Lage ohne Steuerreform in Gefahr sei. Auch der Vorsitzende des Council of Economic Advisers rechnet damit, dass ohne Steuerreform «Investitionen und Märkte wieder auf den enttäuschenden alten Stand zurückfallen». Laut Marktbeobachtern wird es nun entscheidend auf den Erfolg der Steuerreform und die Zinspolitik der Federal Reserve ankommen.



US-Aussenminister Kissinger, 1973 in Peking.

Erfinder der russischen Revolution

Er hat das 20. Jahrhundert geprägt wie kaum ein anderer. Dennoch ist er so gut wie unbekannt: Alexander Parvus besorgte Lenin in Deutschland das Geld für die Revolution, ohne die die Weltgeschichte anders verlaufen wäre. Von Elisabeth Heresch

Am Anfang war bekanntlich das Wort: So liegt schon im Begriff «Revolution» selbst jener Mythos, zu dem das Geschehen am 25. Oktober nach julianischem Kalender – also dem 7. November unserer Zeitrechnung – hochstilisiert werden sollte. Ging es doch darum, Lenins nächtlichen Staatsstreich nachträglich als Bewegung breiter Volksmassen darzustellen. Der Mythos um ein heroisches Siegesereignis hatte die neue Herrschaft zu legitimieren – ihre Diktatur inklusive. Wie die Realität danach aussah und wie Lenin sich seine Herrschaft mit blosser Gewalt und der Ausrottung ganzer Bevölkerungsschichten sicherte, ist inzwischen bekannt.

Doch jedes Drehbuch bedarf eines Autors, seine Umsetzung eines Regisseurs, und das Ganze kostet Geld. Im Fall der sogenannten russischen Revolution besorgte das alles ein Mann, der dabei allerdings bevorzugt im Hintergrund und Geheimen die Fäden zog. Sein Name: Alexander Parvus alias Israil Lasarewitsch Helphand. Dies vorweg: Ohne Parvus wäre Lenin nie an die Macht, ja nicht einmal aus dem Schweizer Exil nach Russland gekommen. Denn er war es, der die Voraussetzungen für die Massenaufstände der Februarrevolution 1917 vorbereitete und für Lenins Rückkehr sorgte.

Doch bis zur Erfüllung des utopisch anmutenden Wunschziels des jungen Russen, eine revolutionäre marxistische Regierung anstelle der zarischen an die Macht zu bringen und zugleich ein wirklich wohlhabender Mann zu werden, brauchte es etwas Zeit und die richtige Gelegenheit – das sprichwörtliche *window of opportunity*.

Studium in der Schweiz

Als junger Mann in der oppositionellen Untergrundszene in Odessa war er vom Marxismus fasziniert und sympathisierte mit der linksterroristischen Geheimorganisation Narodnaja Wolja, deren Anhänger seinerzeit Alexander II., den liberalsten aller Zaren, durch eine Bombe getötet hatten. Schliesslich ging es ja darum, das System an sich zu bekämpfen. Für das theoretische Rüstzeug zu seinen revolutionären Plänen und die Verbindung des Notwendigen mit dem Angenehmen – nämlich komfortablem Reichtum – begab sich Parvus zum Studium der Nationalökonomie in die Schweiz. Danach verdiente er sich als Publizist in verschiedenen Blättern der deutschen Sozialdemokraten die



Lenin fürchtete seine Überlegenheit: Revolutionär Parvus (1867–1924).

ersten Sporen, wurde sozusagen ihr publizistischer strategischer Berater.

Schon 1905 hatte er in Petersburg die Demonstrationen mitzulenken und zum Staatsstreich zu führen versucht, war jedoch festgenommen worden. Es wäre nicht Parvus, wäre er nicht schon auf dem Transport in die Verbannung ausgerissen und bald wieder in Deutschland gelandet.

1910 kreuzte Parvus in Konstantinopel auf. Dort war das Sultanat gestürzt und durch die «Jungtürken» ersetzt worden, und ein solch beispielhafter revolutionärer Elan zog Parvus magisch an. Bei der politischen und ökonomischen Stärkung dieses potenziellen Kriegsgegners Russlands durfte er nicht fehlen. Nach vier Jahren als wirtschaftlicher und politischer Berater der türkischen Regierung, Publizist

und Händler mit allem, womit in grossem Stil Geld zu machen war, etwa in Diensten des legendären Waffenhändlers Zaharoff, war Parvus ein gemachter Mann. Seine grosse Stunde schlug 1915.

Champagner und Blondinen

Ein halbes Jahr zuvor hatte Kaiser Wilhelm II. seinem Cousin Zar Nikolaus II. überraschend den Krieg erklärt. Was der Zar so sehr zu vermeiden gesucht hatte, da er um die Notwendigkeit einer störungsfreien Reformphase für sein Land wusste, hatten die Revolutionäre herbeigesehnt: «Ein Krieg zwischen Österreich und Russland wäre äusserst nützlich für die Revolution, aber es ist unwahrscheinlich, dass Franz Joseph und Nikolascha uns diese Freude machen werden», schrieb Lenin 1913 an Gorki.

Kaiser Wilhelm machte Lenin diese «Freude». Doch er hatte mit einem baldigen Sieg an der Ostfront gerechnet und benötigte die Kräfte im Westen gegen Frankreich. Keine Chance auf Separatfrieden: Der Zar war Frankreich und England im Wort, keinen Separatfrieden zu schliessen.

Da erschien auf der politischen Bühne Berlins der sprichwörtliche *Deus ex Machina* (auch wenn er sich als *Advocatus Diaboli* entpuppen sollte): Alexander Parvus. Er hatte einen Plan anzubieten, mit welchem Russland aus dem Kriegsgeschehen ausscheiden, ja herausgeworfen würde: eine organisierte Revolution.

Der Plan enthielt, systematisch auf zwanzig Manuskriptseiten ausgeführt, alle Massnahmen, Ingredienzien und Vorbereitungsdetails zur gezielten Organisation von Massentriks, Demonstrationen und Aufständen in Russland. Dank präziser Koordination mit dem militärischen Geschehen sollte das Mass an Frustration über vergebliche Opfer an der Front und in der Bevölkerung der Ballungszentren zum entsprechenden Zeitpunkt zum Überlaufen gebracht werden. Den allseits gewünschten Friedensschluss würden die Menschenmassen als Hauptforderung auf ihren Transparenten tragen.

Eine Million Goldmark Vorschuss

An die Spitze der grossen sozialistischen Bewegung stellte Parvus als Galionsfigur Lenin, die Führungsfigur seiner Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR). Vorsorglich war von Lenin bereits ein Massnahmenkatalog im Falle seiner Machtübernahme vorbereitet worden, dessen erster Punkt «Friedensschluss ohne Annexionen und Kontributionen» lautete.

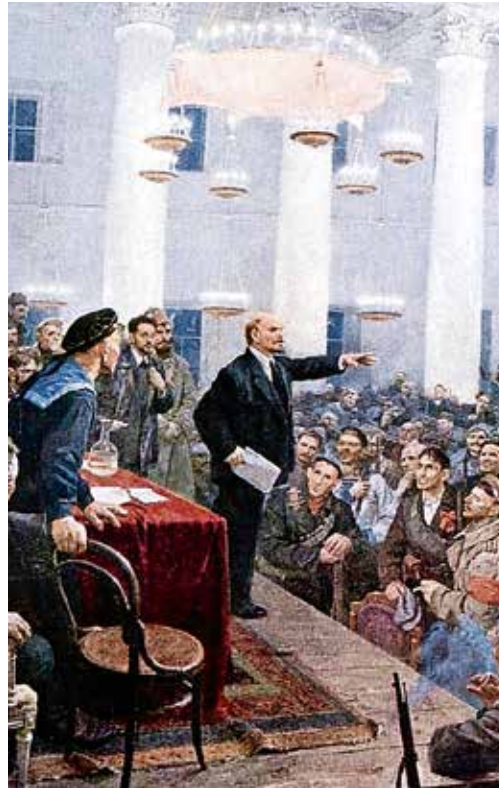
Was konnte da noch schiefgehen?

Was für die Revolutionäre das Ziel, war für die kaiserliche Regierung das Mittel zum Zweck, mit gleich welchem neuen Staatsführer einen Separatfrieden zu schliessen. Und Lenin hatte nie ein Hehl daraus gemacht, dass er nicht nur einen Krieg, sondern auch die Niederlage Russlands – wie auch immer sie herbeigeführt würde – herbeihoffte, weil dies die Voraussetzung für eine Revolution mit seiner Machtergreifung war. Patriotismus war für ihn definitiv keine politische Kategorie.

So fiel – mangels Alternativen – am 8. März 1915 im Auswärtigen Amt in Berlin die Entscheidung für Parvus' Plan. Mit dem Vorschuss einer ersten Million Goldmark (etwa das Zehnfache in D-Mark vor der Euro-Einführung; bis Mitte 1918 sollte es umgerechnet eine Milliarde werden) eilte Parvus zu Lenin in die Schweiz. Nachdem dieser, frustriert vom blossen Schmökern in Zeitungen der Bibliothek, seine Hoffnung auf Rückkehr nach Russland und seine Revolution bereits aufgegeben und geplant hatte, zu Trotzki in die USA zu gehen,

überzeugte Parvus ihn von der Mitwirkung am Plan. Welch ein Gegensatz: der Lebemann Parvus, der für Frühstück mit Champagner und Blondinen bekannt war, und der ärmlich wirkende Führer einer sozialistischen Partei.

Die ungleichen Partner sollten einander nicht mehr begegnen: Konspirativ sorgte ein Mittelsmann für die Kommunikation. Noch



«Völlig nach Wunsch»: Lenins Rede, 1917.

im Frühjahr 1915 ging Parvus von seinem nunmehrigen Operationszentrum im neutralen Dänemark aus ans Werk, warf ein Agentennetz über alle europäischen Hauptstädte bis hin nach Russland aus und hielt mit dem deutschen Botschafter in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, ständigen Kontakt. Seine Ratschläge und Direktiven selbst hinsichtlich militärischer Aktionen spiegeln sich in Telegrammen, die von dort in Berlin eintrafen. Dazu Anfragen um weitere Mittel – für revolutionäre Schriften, den Aufbau einer europaweiten Pressekampagne gegen Russland (Vorform des heutigen Russland-Bashings), die Bezahlung von Agenten, Waffen, für das Einschmuggeln von Bestechungs- und Streikgeldern – das alles wollte organisiert und finanziert sein.

Geldscheine für die Soldaten

Endlich war es so weit. Februar 1917: Wie zufällig einen Tag nach der Abreise des Zaren in den Generalstab setzt der Streik von 86 000 Arbeitern der Waffenfabriken ein, um zugleich den Munitionsnachschub zu schwächen. Im Vergleich dazu heisst es im Plan von Parvus gleich auf Seite 1: «Es soll für den Frühling ein politischer Massentriks in Russland

vorbereitet werden unter der Losung: Freiheit und Frieden. Das Centrum der Bewegung wird Petersburg sein; hier wiederum [...] die Putilowschen und Baltischen Werke.»

Nach ein paar Tagen ungebrochener, ja anschwellender Demonstrationen, deren die Ordnungskräfte, unausgebildete Reservisten, nicht Herr werden – stattdessen verbrüdernd sie sich mit den Aufständischen (nach Beobachtungen von Zeitzeugen waren allerdings manchen Soldaten Geldscheine zugesteckt worden) –, entscheidet sich der Zar, abzugeben, um ein Blutvergiessen zu verhindern. Er überträgt die Macht seinem Bruder (der sie allerdings nicht annimmt) und setzt eine provisorische Regierung ein.

«Schmutzige Hände»

Durch Erlassung einer allgemeinen Amnestie wird die Voraussetzung für Lenins Rückkehr im «exterritorialen» Waggon durch feindliches deutsches Territorium geschaffen. Parvus hatte auch die Fahrkarten bezahlt. Nach Lenins Ankunft in Petrograd im April 1917 telegraphiert der deutsche Generalstab enthusiastisch nach Berlin: «Lenins Eintritt in Russland geglückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch.» Später wird General Ludendorff in seinen Memoiren bekennen: «Wir haben eine grosse Verantwortung auf uns genommen, Lenin nach Russland zu schicken – aber es musste sein, damit Russland fällt.»

Parvus koordiniert weiter von Skandinavien aus auf dem Telegrammweg die Aktionen und Parolen auf den Transparenten. Im Herbst 1917 weiss er, es ist seine letzte Chance vor Wahlen, wo seine Partei nie die nötige Mehrheit für eine Regierung erlangen würde.

Der Rest ist bekannt. Nach dem nächtlichen Staatsstreich des 25.10./7.11.1917 fordert Parvus über einen Mittelsmann von Lenin die Einladung zur Mitwirkung in der von ihm geschaffenen ersten revolutionären Regierung. Doch Lenin lässt ihn kalt abblitzen: «Schmutzige Hände haben nichts in der Revolution zu suchen», lässt er seinem Königsmacher bestellen. Zu gross ist die Angst vor Kompromittierung und der Überlegenheit des genialen Intellektuellen Parvus.

Und auch Deutschland braucht ihn nicht mehr. Die Geschichte, die er tatkräftig mit angestossen hatte, lief nun ohne ihn weiter. Vergessen und zurückgezogen starb Parvus 1924 in Berlin.

Elisabeth Heresch ist Historikerin und Autorin zahlreicher Bücher über die russische und frühe sowjetische Geschichte, darunter «Geheimakte Parvus – Die gekaufte Revolution». Sie lebt in Wien.



«Blondine in Schokolade»: Präsidentschaftskandidatin Sobtschak.



Ikone der Woche

Kreml-Herrin

Von Wolfgang Koydl

Ein Reality-TV-Star als Staats- oder Regierungschef? Grundsätzlich spricht nichts dagegen. Zur Demokratie gehört schliesslich, dass jeder Bürger, jede Bürgerin für jedes öffentliche Amt kandidieren darf – der Bäcker, der Banker, der Busfahrer, oder eben der Moderator von «Bachelor» oder «Big Brother».

Amerika schritt hier mutig voran. Arnold Schwarzenegger ebnete den Weg, vom Terminator zum Governator. Bei Donald Trump hat man den Eindruck, dass er das Oval Office mit einem echt realitätsnah ausgestatteten Set für eine vorerst auf vier Jahre befristete Fernsehshow verwechselt. Gut, das ist eben Amerika. Aber Russland? Das Land, in dem Politik von verbissenen älteren Herren gemacht wird? Wo Staatsgeschäfte mit dem heiligen Ernst eines Gottesdienstes versehen werden? Wo Frauen im öffentlichen Leben nur als strenge Matronen ernst genommen werden?

Xenia Sobtschak ist das alles nicht: Sie ist jung, kess, sexy, reich, und obendrein noch blond. Bekannt wurde sie der Öffentlichkeit durch die russische Version von populären TV-Sendungen: «Big Brother», «Survivor» oder die auf ihre Person zugeschnittene Show «Blondine in Schokolade». *Vogue* ernannte sie flugs zur «russischen Paris Hilton», und ein paar Duma-Abgeordnete wollten sie wegen Zuhälterei verklagen.

Die 35-Jährige ist ein typisches Kind der neuen russischen Oligarchie, das zudem den Vorteil hatte, als Angehörige der alten sowjetischen Nomenklatura aufzuwachsen. Ihr Vater Anatoli war Rechtsprofessor an der Uni Lenin-grad. Bei ihm studierte Wladimir Putin, den er politisch förderte, nachdem er Bürgermeister seiner Heimatstadt geworden war.

Nun will die Tochter den Kreml-Chef selbst herausfordern: Für die Präsidentschaftswahlen im kommenden März hat sie ihre Kandidatur angekündigt. Die Häme folgte prompt: Eine «Lachnummer» sei sie, höhnte Putin-Kritiker Alexei Nawalny, eine vom Kreml ausgewählte «Spoiler-Kandidatin», die ihm Stimmen wegnehmen solle. Wenn er sich nur nicht täuscht: Denn die 35-jährige Absolventin der Moskauer Elite-Uni MGIMO hat sich von TV-Soaps längst verabschiedet und moderiert eine knallharte Talkshow in einem oppositionellen TV-Kanal.

Ihr Wahlargument ist zwar denkbar schlicht, könnte aber bei mehr Wählern verfangen, als dem Kreml lieb ist. Sie sei die Kandidatin für all jene, die angesichts der ewig gleichen Gesichter in der Politik sagten: «Das ist genug. Wir haben die Schnauze voll.» Für einen Wahlsieg wird's gleichwohl nicht reichen.

An einen Wahnsinnigen gekettet

Wer andere sexuell missbraucht hat, bekommt jetzt die Quittung: Die #MeToo-Debatte war überfällig.

Von Julie Burchill



Eine Art Staffellauf: Lyrikerin Muriel Rukeyser.

«Was würde geschehen, wenn eine einzige Frau die Wahrheit über ihr Leben erzählte? Die Welt würde aufbrechen», schrieb die amerikanische Lyrikerin und Aktivistin Muriel Rukeyser 1968. Es hat ein halbes Jahrhundert gedauert, aber 2017 ging diese Prophezeiung durch #MeToo in Erfüllung. «Me too» (deutsch: «Ich auch») wurde 2006 von der afroamerikanischen Aktivistin Tarana Burke geprägt: Sie hatte keine Worte gefunden, als eine Dreizehnjährige ihr anvertraut hatte, sie sei vergewaltigt worden, und hinterher hatte Burke gewünscht, sie hätte wenigstens ein «Ich auch» über die Lippen gebracht.

Viral verbreitet hat sich #MeToo als eine Art Cyberspace-Massenimpfung gegen Isolation aber erst vor ein paar Wochen – nach den ersten Weinstein-Enthüllungen. Da hatte die Schauspielerin Alyssa Milano Frauen, die sexuell missbraucht worden waren, ermuntert, diesen Hashtag zu tweeten. Und das haben seither Millionen Frauen getan.

Wie kam es dazu, dass dieser Punkt des Grauens, aber auch der Hoffnung erreicht wurde? Es ist nicht ungerecht, zu sagen, dass die Mehrheit heterosexueller Männer die meisten Frauen eher attraktiv finden, wohingegen die Mehrheit heterosexueller Frauen die meisten Män-

ner eher unattraktiv finden. Dass der Sexualtrieb im Allgemeinen bei Männern stärker ist als bei Frauen, wird erkennbar, wenn man den Unterschied zwischen Schwulenpaaren und Lesbenpaaren betrachtet: Ein treues Schwulenpaar ist eine Seltenheit, ein treues Lesbenpaar die Norm. In seinem berühmten Aufsatz

Ich war 12 und trug Schuluniform, als ich zum ersten Mal von einem Mann gefragt wurde: «Wie viel?»

über Aids behauptete Martin Amis, in der Zeit vor dem HI-Virus hätten Schwule in der New Yorker Badehäuserszene im Lauf von sechs Wochen so viele Sexpartner gehabt wie Casanova in seiner ganzen Sexualkarriere.

«Twister» mit vollem Körpereinsatz

Natürlich ist weibliches Begehren ebenso real, aber nicht ebenso wahllos. Ja, das acht- bis zwölfjährige Mädchen, das wegen des Popsängers Harry Styles ins Kreischen gerät, träumt nicht davon, mit ihm nur «Jenga» oder sonst ein Geschicklichkeitsspiel zu spielen – eher schon «Twister» mit vollem Körpereinsatz. Aber dieses Mädchen wird auch nicht am nächsten Tag Männern mittleren Alters hinterherlaufen auf der Suche nach Sex – was Männer mittleren Alters regelmässig mit Schülerinnen tun. Ich war zwölf und trug meine Schuluniform, als ich zum ersten Mal von einem Mann mittleren Alters gefragt wurde: «Wie viel?» Danach ist mir das jede Woche passiert, bis ich als 15-jährige Ausreisserin dann richtig sexuell belästigt wurde. Und dabei habe ich noch Glück gehabt: Ich habe zahlreiche Freundinnen, die viel Schlimmeres erlebt haben.

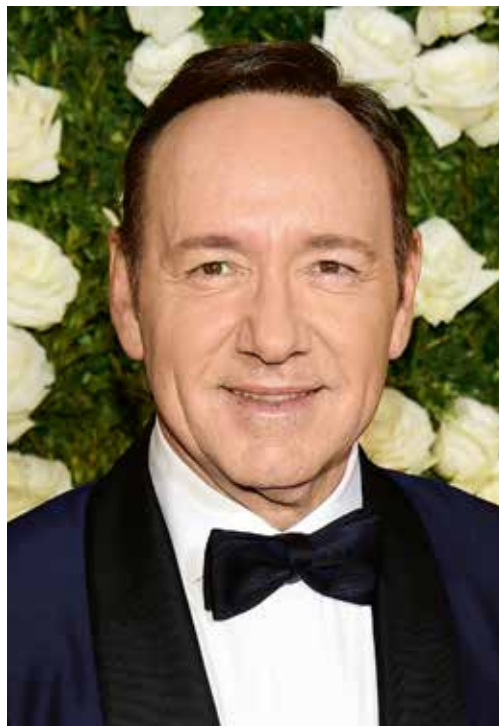
Wir wiegen uns gern im Glauben, allzu heftiges männliches Begehren, das oft so hässlich und peinlich wirkt (war es Sokrates oder Russell Brand, der sagte, einen Penis zu haben, sei wie «an einen Wahnsinnigen gekettet» zu sein?), äussere sich nur selten dadurch, dass anständige Frauen behelligt würden. Zu unserer Beruhigung machen wir alle möglichen moralischen Verrenkungen und reden uns ein, diese Triebe würden durch Pornografie und Prostitution abgeführt, in Geld umgemünzt durch Frauen, die härter im Nehmen seien als wir selbst. Jetzt aber hat sich herausgestellt, dass auch Frauen, die das Anständigste zu tun versuchen, was es überhaupt gibt, nämlich auf legalem Weg ihren Lebensunterhalt zu verdienen, dem Wüten

dieses Wahnsinnigen ausgesetzt sein können. Eine Sexarbeiterin kann einen Freier abweisen, wenn er ihr nicht passt. Aber ist dies für eine Schauspielerin ebenso einfach gegenüber einem Mann, der ihre Karriere zerstören könnte?

Natürlich bekommen die berühmten Namen am meisten Publizität, aber es überrascht nicht, dass ihnen auch am meisten Skepsis entgegen schlägt: Es ist nicht so lange her, dass «Schauspielerin» bloss ein anderes Wort für «Prostituierte» war; und was weibliche Filmstars betrifft, sind die Parallelen zum Sexgeschäft offensichtlich: Sie verdienen am meisten, wenn sie jung und schön sind; sobald sie älter werden, lässt man sie links liegen.

Wenn man wie Harvey Weinstein von Kindesbeinen an hört, wie über *casting couches* gewitzelt wird, als seien sie nichts Anrüchigeres als der Schlitten des Weihnachtsmanns, und aus erster Hand mitbekommt, wie Legionen von Hollywoods Linksliberalen den Kinderschänder Roman Polanski in Schutz nehmen und feiern, ist es verständlich, dass ein solcher Mann und sein winziger Wahnsinniger nicht das Gefühl haben, etwas Unrechtes zu tun. Doch das gilt nicht für jene, welche die Hälfte der weiblichen Bevölkerung Grossbritanniens am Arbeitsplatz sexuell belästigten, wie vor kurzem eine Umfrage der BBC ergeben hat.

Sexnervensägen kennen keine Altersgrenze: George H. W. Bush, der 93 ist und einen Rollstuhl braucht, musste sich bei einer dreissig Jahre jüngeren Frau dafür entschuldigen, dass er sie begripscht hatte, während seine Ehefrau im selben Zimmer war. Sie kennen überhaupt keine Grenzen: So glaubte ein Lokalradio-DJ in Denver, Taylor Swift begripschen



Er auch: Schauspieler Kevin Spacey.

zu dürfen, als diese bereits ein Star war. Sie kennen einfach nichts: Man denke nur an die Genossen, die beschuldigt werden, in Lifts des Unterhauses gegripscht oder in den sozialen Medien Anti-Corbynistinnen mit Vergewaltigung gedroht zu haben. Und alle sind sie hässlich. Das verbindet sie. Haben sie wirklich nicht den geringsten Schimmer, wie widerlich sie sind, all diese Untiere, die Schönheiten malträtiertren? Oder besitzen sie alle Zauberspiegel, aus denen ihnen Sidney Poitier in der Blüte seiner Jahre entgegenblickt?



Punkt des Grauens: Schauspielerin Milana.

Männern wird oft vorgeworfen, Frauen in zwei Grundtypen aufzuteilen: in Jungfrauen und Huren, wie Freud feststellte. Vielleicht müssen wir Frauen, da wir mit Männern leben, mit Männern arbeiten und Männer lieben, sie ebenfalls in zwei Grundtypen aufteilen, um bei Verstand zu bleiben: in Ungeheuer und in Gute. Blöd ist nur, dass für seine Frau und seine Töchter, für die feministischen Organisationen, die er finanziell unterstützte, und für Barack Obama, dessen minderjährige Tochter bei ihm als Volontärin arbeitete, Harvey Weinstein ebenfalls zu den Guten gezählt hatte.

Das Polizeiauto draussen auf der Strasse

#MeToo ist eine Art Staffellauf: Jedes Opfer einer Nötigung, das sich erhebt und sagt, was geschehen ist, gibt die Schande weiter an den Nötiger, der sich in Erinnerung rufen muss, dass er so wenig begehrenswert war, dass er sich jemandem aufzwang, der ihn nicht wollte. Und der sich bewusst werden muss, dass er jetzt erst recht nicht begehrenswert ist, älter und schwächer, dass sein Opfer nun seine Fährte verfolgen könnte, keine Angst mehr vor ihm hat, und dass der lange Arm des Gesetzes diesmal die Welt des Nötigers aufbrechen könnte. Er schläft nicht mehr, wartet auf das Pochen an der Tür, das Polizeiauto draussen auf der Strasse. Der Scherzkeks fragt nicht mehr: «Wie viel?», oder nun im Gespräch mit seinem Anwalt und in Bezug auf die abzusitzende Gefängnisstrafe.

«Nimm die Angst ernst, und gib sie weiter.» Das ist die Botschaft von #MeToo. Wer andere sexuell missbraucht hat, bekommt jetzt die Quittung. Keine Sekunde zu früh, sondern ein halbes Jahrhundert nachdem Muriel Rukeyser dies vorausgesehen hatte.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Bodmer



Gefeiert von Linksliberalen: Regisseur Polanski.



Witze über «casting couches»: Produzent Weinstein.

Der beste Schweizer

Warum der italienischstämmige Komiker Massimo Rocchi unser Land besser versteht als wir selber.

Von *Andreas Thiel*

Italiener erreichen in allem Exzellenz: in der Architektur, der Musik, der Malerei, der Literatur und auch in der Kriminalität. Ob man einen Italiener an den Herd stellt oder ans Rednerpult, seine Leistung ist stets brillant, in der Küche wie in der Korruption.

Massimo Rocchi erreicht nicht als erster Italiener Exzellenz im Theater. Kein Theaterstil hat Europa so lange geprägt wie die *Commedia dell'arte*.

Das Geheimnis der italienischen Exzellenz liegt in ihrer Weltoffenheit. Ihre dunkle Seite manifestierte sich in Eroberungsfeldzügen. Ihre glänzende Seite zeigt sich im weltweiten Handel, im internationalen Austausch von Bildung, Kunst und Kultur, wie auch in der italienischen Migration. Im Herzen der Italiener scheint die Kugel schon immer eine Kugel gewesen zu sein, ohne Anfang und ohne Ende, grenzenlos.

Wie viele Italiener vor ihm ging auch Massimo Rocchi ins Ausland, um weiterzukommen. Dass er gleich zu den Besten seines Fachs ausserhalb Italiens fand, ist typisch für einen Italiener. Denn der Italiener ist im Gegensatz zum Deutschen stolz statt eingebildet und im Unterschied zum Franzosen selbstbewusst, aber nicht arrogant. Massimo Rocchi fand zu Etienne Decroux und dessen herausragendstem Schüler Marcel Marceau. Decroux ist der Newton des Theaters. Er analysierte die Mechanik des Schauspiels und definierte die Gravitationsgesetze der Bühne. Die Illusionen, welche ein Pantomime zu erzeugen imstande ist, werden bei Etienne Decroux bis ins Detail aufgeschlüsselt und erklärt. Das vergeistigte Wissen über die Feinheiten der Dramaturgie, das der Theaterwissenschaftler Massimo Rocchi aus Italien mitbrachte, verschmolz in Frankreich mit der physischen Technik der dramatischen Darstellung.

Gedanken, so klar wie ein Espresso

Dass Massimo in Bern heiratete und eine Familie gründete, macht ihn zum fleischgewordenen Helvetismus. Er spricht fließend Italienisch, Französisch und Deutsch und hat auch die entsprechenden unterschiedlichen Mentalitäten verinnerlicht. Wenn wir tief genug graben würden, fänden wir unter seinen Vorfahren sicher auch noch eine rätoromanische Tante.

Wenn man bei Massimo Rocchi ist, dann wird sofort Wein eingeschenkt, und wenig später hat man einen Teller Pasta vor sich. Wenn man sich mit ihm irgendwo verabredet,



Nicht nur Fleisch, sondern Festmahl: Massimo Rocchi.

dann in einer guten italienischen Beiz, wo sogleich mit dem Inhaber elegant gestikulierend über das Essen und den dazugehörigen Wein debattiert wird, bevor man ihn beauftragt, einfach das Beste aufzutischen, was er zu bieten hat, und das in der traditionellen Reihenfolge, welche zu entschlüsseln mir bis heute nicht gelungen ist. Die einzige Regelmässigkeit, die mir bisher auffiel, ist, dass ungefähr jeder zweite Teller aus Pasta besteht, die aber immer ganz anders genannt wird.

Das Essen mit Massimo Rocchi zieht sich immer unglaublich in die Länge, was an den tiefenphilosophischen und historisch-politi-

schen Gesprächen liegt, in welche man sich mit gebürtigen Italienern ganz allgemein beim Essen sogleich vertiefen muss. Denn wenn den Italiener etwas trübsinnig macht, dann ist es die Oberflächlichkeit dieser Welt. Ein richtiger Italiener schafft es nicht einmal, stehend an der Theke einen Espresso zu kippen, ohne dabei auf tiefsinnige, weltbewegende Gedanken zu kommen.

Die Gedanken des Italieners sind so klar wie sein Espresso. Sie sind nicht durchsichtig, aber rein. Jeder Italiener weiss, dass er den Kaffee niemals mit Milch vermengen darf, schlicht aus dem Grund, weil er nachher den Kaffee

niemals mehr von der Milch wird trennen können. Deshalb trinkt der Italiener seinen Kaffee vorzugsweise schwarz, dazu ein pures Glas frische Milch. Man muss die Dinge voneinander getrennt betrachten, sonst findet man vor lauter Vermengung nie zum Ganzen.

Gutes Wetter für die Helvetier

Sobald das Essen auf dem Tisch steht, wird es Teil des Gesprächs. Um den Gewaltmarsch der Zürcher in die Schlacht von Murten zu veranschaulichen, wird die Suppenschüssel mit der Minestrone in die eine Ecke des Tisches gestellt. Das ist Murten. Das Vitello tonnato kommt als Zürich in die gegenüberliegende Tischecke. Die übrigen Teller mit Antipasti bilden das Mittelland dazwischen. Die Berner haben nun in Murten die Minestrone ganz alleine auszulöffeln. Aber der Suppentopf ist zu gross. Die Zürcher werden per berittenem Boten – Massimo kommt in den Sinn, dass hier das Bistecca alla fiorentina exzellent ist – zu Hilfe gerufen. Sie stellen in nur zwei Tagen einen Gewalthaufen zusammen und marschieren quer durch das Mittelland bis nach Murten, direkt in die Schlacht hinein, ohne die schönen Antipasti auch nur eines einzigen Blickes zu würdigen. Zusammen mit den Bernern löffeln die Zürcher die Minestrone ratzefputz aus, was gutes Wetter für die Helvetier bedeutet, das Burgund gehört jetzt ihnen. Aber der Zürcher Heerführer Hans Waldmann sieht von einer Verfolgung der geschlagenen Burgunder ab und verzichtet auf die Plünderung des Burgunds – die Flasche ist leer, Massimo bestellt eine neue. Nun, da die Minestrone ausgelöffelt und der Appetit so richtig angeregt ist, ist Richtung Burgund der Tisch zu Ende. Was machen die Zürcher? Sie nehmen sich auf dem Rückweg zu ihrem Vitello tonnato zwei Monate Zeit und plündern die ganzen Antipastiteller im Mittelland – Massimo reicht die Antipasti rum.

Natürlich kann man mit Massimo Rocchi auch ein Fondue essen. Man kommt aber nicht drum herum, mit ihm dabei so lange über Migration oder Verkehrspolitik zu diskutieren, bis im Caquelon fünfmal so viele Fonduegabeln eingetaucht sind, wie Gäste am Tisch sitzen, bloss um zur Erkenntnis zu gelangen, dass für einen erweiterten Teilnehmerkreis nicht nur mehr Käse im Fondue aufgelöst werden muss, sondern dass man irgendwann auch ein grösseres Caquelon braucht.

Bei Massimo am Tisch wird die politische Debattenkultur der Schweiz mit ihren unterschiedlichen kulturellen Standpunkten nicht nur Fleisch, sondern Festmahl. Der Italiener Rocchi ist ausgewandert, um mit der direkten Demokratie der Schweiz Exzellenz zu erreichen.

Massimo Rocchi: Best of 6zig. Theater 11, Zürich, bis 4.11. Danach auf Schweizer Tournee mit Das Zelt.

Serien

Zu gut fürs Fernsehen

Mit einer anspruchsvollen neuen Krimiserie will sich SRF gegen Netflix behaupten. Fürs klassische Fernsehen ist «Wilder» aber nur bedingt geeignet. *Von Rico Bandle*

Dies vorneweg: Ich habe alle sechs Folgen an einem Stück gesehen. Nicht etwa, weil das nötig gewesen wäre, um diese kurze Besprechung zu schreiben, sondern weil die Spannung so hoch war, dass ich nach jeder Folge unbedingt wissen wollte, wie es weitergeht. Etwas Besseres kann man über eine Serie nicht sagen.

SRF hat sich in den letzten Jahren vorgenommen, mehr Serien zu machen. «Der Bestatter» mit Mike Müller war ein Riesenerfolg. Mit «Wilder» wird die Intensität nun um mehrere Stufen hochgeschraubt.

Der Plot ist wohl von Samih Sawiris' Andermatt-Projekt inspiriert. Ein Investor aus dem arabischen Raum will im Bergdorf Oberwies ein Ferienresort erstellen. Eine Art «Besuch der alten Dame»: Die Aussicht auf viel Geld bringt Unruhe in die Gemeinschaft; Gier breitet sich aus, alte Feindschaften kochen hoch, Abgründe tun sich auf.

Als der Investor zum Spatenstich anreist, verschwindet seine schöne Tochter Amina. Sie hatte ein Verhältnis mit dem einheimischen Künstler Armon Todt, der, mit einem Hammer erschlagen, im Atelier aufgefunden wird. Hat sie ihn zur Strecke gebracht? Weshalb war die Bundeskriminalpolizei bereits mit einem Ermittler vor Ort, bevor der Mord passierte? Die Handlungsstränge verzweigen sich zusehends: In dem Dorf waren vor dreissig Jahren bei einem Bergsturz zwölf Kinder umgekommen. Gerüchteweise sollen Bohrungen für ein Atomendlager die Katastrophe ausgelöst haben. Was hat das mit heute zu tun? Und welche Rolle spielt der obskure Bodyguard der Araber? Dann ist da noch der Gemeindepräsident und Bauunternehmer Robert Räber, das Klischee von einem schmierigen Geldsack (die mit Abstand schwächste Figur der Serie), dem jede Schweinerei zuzutrauen ist, solange sie ihn reicher macht.

Was es damit auf sich hat, wird an dieser Stelle natürlich nicht verraten. Nur so viel: Immer wenn man denkt, man wisse nun, wie der Hase läuft, gibt es eine überraschende Wendung. Der Spannungsbogen hält bis zum Schluss und erreicht in der letzten Folge seinen fulminanten Höhepunkt.

SRF versucht mit «Wilder», in die Fussstapfen von Streamingdiensten wie Netflix zu treten. Genau darum ist der Erfolg alles andere als garantiert, obschon die Serie spannungsmässig den «Bestatter» bei weitem übertrifft. In klassischen Fernsehserien ist jede Folge in sich abgeschlossen. Verpasst man eine, ist das egal. Strea-



Charakterköpfe aus den Bergen: Spale (l.), Signer.

mingdienste, bei denen man die Folgen dann sehen kann, wenn man will, ermöglichen Serien, wo die Handlung ständig weitergesponnen wird. Man muss jede Folge sehen, sonst versteht man nichts mehr. Für das starre Programmfernsehen ist dies schlecht geeignet.

Grossartiges Casting

«Der Bestatter» war eine Kombination aus beidem: Jede Folge beinhaltete einen abgeschlossenen Fall («vertikale Handlung»), dazu gab es noch eine übergeordnete Geschichte («horizontale Handlung»), die sich über die ganze Staffel erstreckte. Bei «Wilder» fehlt eine vertikale Handlung: Die Geschichte wird ständig weitergesponnen, sie wird immer komplexer, vielschichtiger. Dennoch muss man nach einer Folge eine Woche lang ausharren, bis die nächste ausgestrahlt wird; womöglich hat man bis dann wichtige Details vergessen. Ein Graus.

SRF wird die Folgen zwar nach der Ausstrahlung online stellen. Nach der letzten bleibt die gesamte Serie allerdings nur eine Woche abrufbar, dann wird sie aus unerfindlichen Gründen komplett entfernt.

Während der Aufbau der Serie auf die Internetgeneration zugeschnitten ist, kommt man beim Schnitt- und beim Sprechtempo dem althergebrachten SRF-Publikum entgegen: Sie sind eher gemächlich, was aber nur anfangs leicht irritiert. Grossartig ist das Casting, die Charakterköpfe aus den Bergen sind hervorragend besetzt. Allen voran Sarah Spale als Ermittlerin Rosa Wilder, sie ist eine Entdeckung mit Potenzial zum Publikumsliebbling.

Wilder: dienstags, 20.05 Uhr, SRF 1

Heimliche Schwesternliebe

Während Marlene Dietrich die US-Truppen gegen Hitler stärkte, betreibt ihre ältere Schwester Liesel in Bergen-Belsen ein Kino für Wehrmachtssoldaten und SS-Leute. Eine neue Biografie erzählt die faszinierende Geschichte der ungleichen Frauen. *Von Claudia Schumacher*

Es ist der konfliktreiche Stoff, aus dem grosse Epen entstehen: Zwei Schwestern im Zweiten Weltkrieg – die eine hilft den Nazis, die andere stellt sich gegen Deutschland. Wird der Krieg sie vollends entzweien, oder ist ihre Schwesternliebe stärker? Tatsächlich hat die amerikanische Romanautorin Kristin Hannah 2015 mit einer solchen dramatischen Geschwisterkonstellation einen sehr lesenswerten Bestseller gelandet («Die Nachtigall»).

Umso erstaunlicher, mit welcher prominenter Besetzung nun eine Biografie erschienen ist, der diese Geschwisterkonstellation in historisch verbuchter Realität zugrunde liegt: Wussten Sie, dass Marlene Dietrich eine ältere Schwester hatte, die in Bergen-Belsen ein Kino auf Kasernengelände für die deutschen Soldaten betrieb? Die mit den Nazis kollaborierte, um sich und ihrer Familie das Leben zu sichern, während sich ihre berühmte Hollywood-Schwester auf der Seite der Amerikaner gegen Hitler stark machte?

Süss wie eine Puppe

Eine Geschichte, die bis heute kaum jemand kennt, weil Marlene Dietrich ihre Schwester stets verleugnete, um ihren Ruf als Anti-NS-Kämpferin nicht zu gefährden. Noch 1982, als die Dietrich im Alter von 81 Jahren von Maximilian Schell für ein Filmporträt interviewt wurde, antwortete sie auf die Frage, ob sie Geschwister habe, mit einem entschiedenen: «Nein.» Dabei brachte die hochemotionale Schauspielerin ihrer verheimlichten Schwester zeitlebens starke Gefühle entgegen, wie die Dokumente beweisen, auf denen die Biografie basiert: Soeben ist bei Hoffmann und Campe «Fesche Lola, brave Liesel – Marlene Dietrich und ihre verleugnete Schwester» erschienen. Autor Heinrich Thies bezieht dabei bislang unveröffentlichte Briefe und Gespräche mit Zeitzeugen ein. Entstanden ist eine ebenso spannende wie unterhaltsame Geschwisterbiografie, die ein sehr lebendiges Bild von Marlene Dietrich entstehen lässt – und auch eines von neuer Komplexität.

Aber wie ist das möglich, dass die grösste deutsche Schauspielerin ihrer Zeit, eine in der Öffentlichkeit bestens ausgeleuchtete Frau, ihre Schwester verheimlichte? Verständlich wird das durch die charakterliche Gegensätzlichkeit der Schwestern, welche Thies schon in deren Kindertagen skizziert. Da ist die unscheinbare Ältere, brav und ernst, eine Frau nach klassischem Rollenverständnis, die in je-



«Pussycat»: Marlene (l.), Schwester Liesel, 1905.

der Hinsicht nach der Mutter kommt. Und da ist das jüngere Goldlöckchen, das nach dem charmanten, notorisch fremdgehenden Vater schlägt. Otilie Josephine Elisabeth und Marie Magdalene Dietrich. Die eine wird von der Familie Liesel genannt, die andere wird später weltweit als Marlene Berühmtheit erlangen.

Zwei Mädchen aus gutbürgerlichem Haus – Vater: Polizeileutnant Louis Erich Otto Dietrich; Mutter: Wilhelmine Elisabeth Josephine –, die eine ganz angepasst; die andere ein ebenso eigenwilliger wie lebensfroher Rabauke, der früh seine homosexuellen Empfindungen im Tagebuch festhält. Es sind die Zitate aus den Originaldokumenten, die einen beim Lesen immer wieder schmunzeln lassen. Etwa wenn Marlene als Teenager stolz ins Tagebuch posaunt: «Jemand sagte mir, ich sähe so schön aus und so süss wie eine Puppe, die man immerzu küssen möchte.» Um dann schelmisch anzufügen: «Als Mutti kam, machte ich mich schnell wieder keusch und züchtig.» Unterhaltsam zu lesen ist auch, wie sie sich in eine Schauspielerin verliebt, der sie wie eine liebestolle Stalkerin wiederholt mit Blumen aufwartet, bis diese sich geradezu belästigt fühlt. Aus diesen Tagebucheinträgen geht auch hervor, wie früh sich Marlene als Aussenseiterin versteht, dass sie sich

mitunter schlecht fühlt, weil sie nicht geordnet und verhalten sein kann wie Mutter und Schwester. Den Hang zur Extravaganz zeigt die Dietrich schon in Backfischjahren. Über Liesel schreibt sie hingegen, sie sei «ein entsetzlicher Tugendmoppel»; aber immer wieder auch, wie sehr sie diesen Tugendmoppel liebt. Liesel wird später der grösste, treueste Fan Marlenes sein. «Pussycat» ist der Kosename, den sie für ihre Divenschwester wählt.

Nach der Schule wird die brave Liesel Lehrerin, Marlene versucht ihr Glück in der Berliner Theaterszene und ergattert kleine Rollen in Stummfilmen. Am Set verliebt sie sich eines Tages in den gutaussehenden Regieassistenten Rudolf Sieber, der seine bereits bestehende Verlobung lösen wird, um die freche Marlene zu ehelichen. Die beiden führen eine sexuelle Beziehung bis zur Geburt der Tochter Marie; später verbindet sie eine feste Freundschaft, die es sogar erlaubt, dass «Rudi» mit dem Kinderdarmädchen, das seine Geliebte wird, sowie mit Marlene und deren wechselnden Amouren in die Ferien reist. Marlene und Rudi nennen sich «Mami» und «Papilein».

Auch Liesel wird als spätes Mädchen noch geheiratet: von Georg Hugo Will, einem karrieristischen Theatermanager, den Marlene als Poseur ablehnt, ein «ungehobelter Kerl» ist er für sie. Während Liesel ihre Arbeit als Lehrerin für die Ehepflichten und ein kleines Söhnchen an den Nagel hängt, erwartet Marlene zeitgleich in Amerika der grosse Durchbruch in Hollywood. Nachdem sie unter der Regie Josef von Sternbergs (der sich – wie alle Männer – in Marlene verliebt) in «Der blaue Engel» als Barmädchen Lola selbst Weltstar Emil Jannings hat verblenden lassen, bricht sie in die USA auf und kommt bei Paramount unter Vertrag.

Tugendmoppel und lesbischer Filmstar

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung distanziert sich Marlene Dietrich von ihrem Herkunftsland; sie übernimmt die amerikanische Staatsbürgerschaft. Liesel hingegen, stets das Beiwerk ihres Mannes, stellt sich trotz politischer Antipathie in den Dienst der Nazis: Ihr Mann Georg dient sich der Partei an – und die berühmte Schwägerin kommt ihm dabei unfreiwillig zu Hilfe. Obwohl sich Marlene entschieden gegen Hitler ausspricht, hat sie einen hartnäckigen Fan in Nazi-Deutschland, der sie zur Heimkehr bewegen will: Joseph Goebbels. Georg Will lässt sich von Goebbels einspannen, die Dietrich zu überre-



Flug nach Bergen-Belsen: Marlene Dietrich mit Flugbegleitern vor der Generalsmaschine, Mai 1945.



Gutbürgerlich: Marlene (r.) und Liesel (r.), 1906.



Die fesche Lola aus dem «Blauen Engel», 1930.



Salzburg, 1937: mit Tochter Maria (r.), Nanny (l.).



Elisabeth Will mit Sohn Hans-Georg.



Bergen-Belsen, um 1938: Elisabeth Will mit Gatte Georg.

den. Es gelingt nicht, doch für seinen Einsatz wird Georg Will belohnt: Drei Kinos auf Truppenübungsplätzen werden ihm und seiner Frau Liesel unterstellt. 1939 bricht der Kontakt zwischen Marlene und ihrer Schwester in den Kriegswirren ab. Marlene, welche die GIs mit «Lili Marleen» aufzumuntern versucht, bangt um die Schwester und weiss nichts von deren NS-Anbiederung.

Unterkühlt verläuft das erste Treffen der Schwestern nach Kriegsende. Marlene beschliesst, Liesel öffentlich zu verleugnen: Diese Bindung passt nicht zu ihrem sauberen Image. Die duckmäuserische Liesel willigt ein, ihrerseits keine Interviews zu geben. Doch die Frauen bleiben heimlich in Kontakt. Marlene, die in der Welt zu Hause ist, lässt Liesel immer wieder zu sich einfliegen. Zudem bes-

sert sie die Haushaltskasse der Schwester mit den Tantiemen ihrer deutschen Plattenverkäufe auf. «Du bist wirklich die beste Schwester, die man sich wünschen kann», sagt Liesel zu Marlene. 1973 stirbt die verleugnete Schwester bei einem Hausbrand.

Heinrich Thies: Fesche Lola, brave Liesel – Marlene Dietrich und ihre verleugnete Schwester. Hoffmann und Campe. 416 S., Fr. 31.90



Die Bibel

Wem gegeben und wem genommen wird

Von Peter Ruch

Denn jedem, der hat, wird gegeben werden, und er wird haben im Überfluss; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen werden, was er hat (Matthäus 25,29). – Dieser berühmte Satz hatte in der letzten Betrachtung keinen Platz mehr. Er steht nahezu am Schluss jenes Gleichnisses, in dem Jesus die christliche Gemeinde mit Vermögensverwaltern vergleicht. Deren Meister war verreist und hatte ihr sein Vermögen anvertraut. Zwei aus der Gemeinde konnten die Talente verdoppeln, der Dritte gab dem Meister das Talent, das er sicher aufbewahrt hatte, zurück. Er hatte Angst, war risikoscheu und wurde deshalb in die äusserste Finsternis geworfen.

Dass Reiche reicher und Arme ärmer würden, wird oft beklagt. Allerdings gibt es auch Studien, die dem widersprechen. Wahr ist, dass Reiche viel mehr Möglichkeiten haben, zu investieren und zu profitieren. Diesen ökonomischen Tatbestand greift Jesus auf. Aber er redet ja eigentlich von der Gemeinde, die auf seine Wiederkunft hofft. Auch sie hat die Möglichkeit, den anvertrauten Schatz zu investieren. Der anvertraute Schatz ist die Liebe Gottes. Wer in andere Menschen Liebe investiert, erntet Dank und Gegenliebe. Wer Vertrauen investiert, erntet Wahrheit. Wer Hoffnung investiert, erntet Erfüllung. Oder auch nicht. Vielleicht ernte ich Verachtung, Misstrauen und Enttäuschung. Trotzdem zu investieren, kostet Überwindung. Wer sie scheut, bleibt auf seinem Glück sitzen, bis es zum Unglück wird. Der eingangs zitierte Satz ist sarkastisch: Wer als Christ die Interaktion mit der rauen und gottfernen Welt meidet, wird zum Verlierer. Wer sie sucht, wird trotz allen Enttäuschungen gewinnen. Es gibt auch Gesetzmässigkeiten des Glaubenslebens.

Die äusserste Finsternis erinnert an Depressionen. Sind Depressionen vielleicht die Kehrseite von Sicherheitsansprüchen? Zumindest sollten wir unsere Prioritätenliste überprüfen: Wie viel Besitzstandswahrung, Garantien und Absicherungen braucht der Mensch? Und wo zerstören sie seine Vitalität?

Peter Ruch, ursprünglich Handwerker, absolvierte ein Abendgymnasium und war nach dem Theologiestudium 35 Jahre lang reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Gaunerische Hütchenspielereien: «Thor: Ragnarok».

Knorr

Lichtblick auf dem Müllplaneten

Mit «Thor: Ragnarok» hat der Superhelden-Verfilmungswahn die Stufe der Blödhheit erreicht. Aber es drohen weitere quietschdämliche Heroen. Von Wolfram Knorr

Die Frage ist jetzt wirklich eine brennende: Ist Beklopptheit noch eine Abweichung von der Norm oder inzwischen die Norm selbst?

Wer sich den hollywoodschen Superhelden-Zirkus, oder genauer: das Marvel Cinematic Universe (MCU), mal kurz vor Augen führt, anhebend mit «Iron Man», «The Incredible Hulk», «Captain America» und seinen andauernden Vor- und Rückwärts-Kirmes-Fortsetzungen, wird kaum Entscheidungshilfe brauchen. Für den ist die Sache glasklar. Der Hardcore-Fan dagegen, der die Filme hinnimmt, wie Infanteriesoldaten marschieren – geduldig, denn der Weg ist noch lang, es werden noch Hunderte von Superknallköpfen seine Wege kreuzen –, der sehnt sich nach einem geistigen Überbau, einer Rechtfertigung. Und die erkennt er in Marvels «raffiniertem» Umgang mit den Figuren, wie etwa Gott Odins Adoptivsohn Loki, Captain America, der Black Widow, Iron Man, Hulk, Donnergott Thor und so weiter und so fort. MCU gruppiert sie «kunstvoll» immer wieder aufs Neue. Daran weidet sich der Blick der Fans.

Dieser «Überbau» ist eine Art Steckprinzip, das auf dem Spielwarenmarkt Riesenerfolge feiert. Wie man mit den Steinen die tollsten Sachen bauen kann, so kann man auch mit dem Marvel-Personal beliebig rummachen. Allerdings fördern die Spielsteine die Kreativität; das Rum-

geschiebe der Figuren aber entspricht nur gaunerischen Hütchenspielereien – und die Fans fallen wie eine Horde ausser Rand und Band geratener Pennäler darauf rein. Jüngstes Neu-Geschüttel ist «Thor: Ragnarok», 2. Sequel.

Parodie auf eine Parodie?

Donnergott Thor (Chris Hemsworth) ist irgendwie in der Unterwelt, weit weg von seiner Heimat Asgard, ist vom Feurdämon Surtur in Ketten gewickelt worden und braucht seinen Hammer, um sich zu befreien. Der Roheisen-Dämon mit dem Geweih auf der Glüh-Birne quatscht irgendwelchen Käse, Thor bearbeitet ihn mit seinem Hammer wie ein Schmied das funkensprühende Eisen, reisst ihm das Geweih von seinem Hitzeschädel und reist damit wie mit einer Jagdtrophäe auf die Erde, um Papa Odin (Anthony Hopkins) und Halbbruder Loki (Tom Hiddlestone) zu besuchen.

Dann taucht irgendwie Odins Erstgeborene und Todesgöttin Hela (Cate Blanchett) auf, die den quietschbunten Kosmos unter ihre Herrschaft bringen will und Thor gewaltig die Kraft nimmt. Darauf stolpert er in die Fänge von Grandmaster (Jeff Goldblum), der ihn zum Gladiator verdonnert. Dort trifft er alte Kumpel wie Hulk (Mark Ruffalo), und, verflixt, vorher besucht Thor ja noch Doctor Strange (Benedict Cumberbatch) – oder doch



danach? – und wird von Valkyrie (Tessa Thompson) kujoniert. So rumpelt der Beliebtheitsquatsch vor sich hin. Klingt wie eine Parodie, oder wie die Parodie auf eine Parodie, gefunden in einem Trödeladen.

Weil man offenbar ahnte, dass hier ein Hauften Müll zusammengeschoben wird, holte man sich mit dem neuseeländischen Regisseur Taika Waititi einen angeblichen Comedy-Spezialisten. Worin dessen Humor besteht, abgesehen von ein paar Pimmel-Spässen mit dem riesigen nackten Hulk, bleibt ein Rätsel. «Thor 3» surft auf so einer Augenzwinkerei-Ranschmeisse, auf einer Scheinironie, an der die Fans wie an Nektar saugen sollen. Man darf gespannt darauf sein, ob sie sich locken lassen, und des Weiteren, welcher Star sich für seinen Auftritt später schämen wird. Offiziell natürlich keiner, weil die Verträge das verbieten.

Immerhin gibt es einen Lichtblick: den Müllplaneten Sakaar, auf dem Grandmaster herrscht. Da ist «Thor: Ragnarok» ganz bei sich. Der Vielfrass Marvel hat noch jede Menge solcher T(h)orheiten im Köcher, die sich allmählich der karl-krausschen «Welthirnjauche» nähern. ★☆☆☆☆

Maudie — Biopic über die Kanadierin Maud Lewis, die es trotz schwerer Arthritis zu einer Karriere als Malerin brachte. Weil sie das Elternhaus verlassen muss, dient sie sich als Haushaltshilfe bei dem Fischer Everett (Ethan Hawke) an, obwohl sie aufgrund ihres Handicaps keine grosse Hilfe ist. Das führt zu Spannungen und subtilen Machtspielen, aus denen sich Respekt und Zuneigung herauschälen. Dass aus dieser Konstellation, die ans Buddy-Konzept erinnert, keine sentimentale Geschichte wurde, liegt zum einen an der gross-

artigen Sally Hawkins, die Maud verkörpert, und der Regisseurin Aisling Walsh («Song for a Raggy Boy»), die das kammerspielartige Drama mit Würde, Witz und einem Schuss Optimismus inszenierte. ★★★★★

Casting — Zum 75. Geburtstag von Rainer Werner Fassbinder erhält die Regisseurin Vera (Judith Engel) von einer TV-Anstalt den Auftrag, Fassbinders «Die bitteren Tränen der Petra von Kant» neu zu verfilmen. Doch schon bei der Besetzung der Titelrolle scheitert sie. Nicolas Wackerbarts zum Teil improvisierte Satire übers Filmgeschäft ist erhellend und witzig; vor allem bei den Machtspielen lässt er nichts aus. Die «Casting»-Rollen sind hochkarätig besetzt. Allerdings bleibt die Frage, wen das ausser den Insidern interessiert. ★★★★★

Knorrs Liste

1	The Square Regie: Ruben Östlund	★★★★★
2	Blade Runner 2049 Regie: Denis Villeneuve	★★★★★
3	Happy End Regie: Michael Haneke	★★★★☆
4	Good Time Regie: Ben & Joshua Safdie	★★★★☆
5	It Regie: Andy Muschietti	★★★★☆
6	Victoria and Abdul Regie: Stephen Frears	★★★★☆
7	American Made Regie: Doug Liman	★★★★☆
8	Borg-McEnroe Regie: Janus Metz	★★★★☆
9	The Snowman Regie: Tomas Alfredson	★★★☆☆
10	Flitzer Regie: Peter Luisi	★★★☆☆

DAS SCHWEIGEN DER POKERSPIELER

presented by

SWISS CASINOS

Pfäffikon SZ · St. Gallen · Schaffhausen · Zürich

Jazz

Tanz der Schatten

Von Peter Rüedi

The Queen can do no wrong: Irène Schweizer, die gern etwas irreführend die «grosse alte Dame des Schweizer Jazz» genannt wird, ist selbst eine perkussive Pianistin und hat seit den Siebzigern nicht weniger als zehn LPs und CDs im Duo mit Drummern eingespielt. Das sind alles bemerkenswerte, hochenergetische Produktionen. Dennoch und wohl ebenso ungerechter- wie unvermeidbarerweise stellt sich bei der Formel «Schweizer and Drums» ein gewisser Gewöhnungseffekt ein, der jede Neuheit etwas verdunkelt. Das schmerzt besonders bei der letzten CD, einem Dialog mit dem US-amerikanischen Drummer Joey Baron, der seinerseits dem Free Jazz zeitweise nahestand, aber ebenso von Partnern der «In»-Fraktion hochgeschätzt wurde. Was, mutatis mutandis, auch für die lange als Free-Jazz-Ikone gefeierte Schaffhauser Pianistin gilt, die gewiss besonders wilde Perioden durchlebt, deren Spiel sich indes nie ganz in die Atonalität verabschiedet hat. Einflüsse wie die von Dollar Brand/Abdullah Ibrahim, von Monk, Ellington oder dessen kreativem Schatten Billy Strayhorn waren in ihrem ansonsten sehr eigenständigen musikalischen Kosmos immer auszumachen. Vor allem war Irène Schweizer nie ein blindwütiger Fortefortissimo-Maniac.

Sie war immer eine Meisterin dynamischer Finessen, was nie meinte, dass in leisen Passagen ihre Intensität nachgelassen hätte. Im Gegenteil: Die waren ein Mittel zu deren Steigerung. Damit ist ihr Duo mit Baron schon fast beschrieben. Es führt weniger die Konfrontation zweier Temperamente als deren wechselseitige Durchdringung vor, das eine des anderen Schatten, wie ein schöner Essay von John Corbett in den *liner notes* nahelegt. Der Diskurs lebt von verspielt ausgetauschtem kindlichem Witz und innigem Einverständnis. Neben Afro-Anklängen (im Eröffnungsstück «Free for All», vor allem in der Ibrahim-Hommage «Blues for Crelier») finden sich zarteste Klang-aquarelle (in «String Fever» und in «Saturdays», das geradezu an Ellingtons Meisterstück «Fleurette Africaine» erinnert). Das live eingespielte Zwiegespräch ist ein Geschenk. Ein unzweifelhaftes Meisterwerk.



Irène Schweizer – Joey Baron:
Live! Intakt. CD 293



Thiel

Zur Schnecke

Von *Andreas Thiel*

Sommaruga: Die Gleichstellung von Mann und Frau muss endlich realisiert werden.

Thiel: Seltsam... Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, in welcher die Gleichstellung schon Realität war. Für meine Generation ist sie etwas völlig Selbstverständliches.

Sommaruga: Gleichstellung darf aber nicht nur auf dem Papier herrschen. Sie muss auch gelebt werden.

Thiel: Da vertreten Sie eine liberale Position. Es freut mich, dass auch Linke zwischendurch mal liberal denken.

Sommaruga: Trotz Gleichstellung kann von Gleichheit keine Rede sein.

Thiel: Hier verlassen sie den Liberalismus schon wieder. Die Frau dem Mann nicht gleichzustellen, sondern gleichzumachen, gleicht der Idee, die Frau hormonell so zu verändern, dass sie mit der Geschlechtsreife keine Kurven ausbildet, sondern einen Bart und eine Glatze kriegt.

Sommaruga: Nicht die Frau muss sich verändern, sondern der Mann.

Thiel: Die Idee, den Mann zu verweiblichen, ist nicht weniger absurd. Sie passt aber zur linken Ideologie, alles zu vereinheitlichen. Sie wollen zwei Geschlechter aufheben und durch ein Einheitsgeschlecht ersetzen. Diese Idee wird an der Biologie scheitern. Es sei denn, der nächste Evolutionsschritt ist ein Zwitterwesen. Der Sozialismus hat bisher noch überall, wo er auftauchte, den Menschen zur Schnecke gemacht. Das nennt man Gleichmacherei. Das Fremdwort für Gleichmacherei ist Uniformierung. Auch wenn ihr Linken es nicht wahrhaben wollt: Woran ihr bastelt, ist eine Armee von Uniformierten. Und eine Armee dient immer bloss als Machtbasis für Menschen mit Machtfantasien. Dass Menschen, die Machtfantasien haben, diese immer als Heilspläne verkaufen, wissen wir vom Geschichtsunterricht.

Sommaruga: Ich habe keine Machtfantasien.

Thiel: Nein, Sie wurden als Bundesrätin geboren.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Grosser Philanthrop

Abend der Freunde des Branco-Weiss-Instituts in Zürich; Nachtessen mit Maler Max Zuber; Klassik im «Meylenstein». Von *Hildegard Schwaninger*

Branco Weiss war ein grosser Philanthrop. Als Kind kam er, auf der Flucht vor den Nazis, mit seiner Mutter in die Schweiz, er studierte an der ETH, wurde reich – und ein Wohltäter. Die ETH verdankt ihm eine Schenkung von 100 Millionen Franken. Das Branco-Weiss-Institut unterhält in Israel über hundert Schulen und Institutionen, die Menschen helfen, die keine Chance zu haben scheinen. Die Schroder & Co Bank am Central in Zürich veranstaltete einen Abend der Freunde des Branco-Weiss-Instituts (Motto: «Think. Innovate. Educate»). «Wir bringen Menschen zusammen», begrüusste Ariel Sergio Goekmen, Chef der Bank, die Gäste. Seine Frau, Tatjana Davidoff, eine attraktive Georgierin, ist Vizepräsidentin der Freunde des Branco-Weiss-Instituts, Simon Urbach, Anwalt aus Zürich, ist Präsident. Der israelische Botschafter Jacob Keidar kam mit seiner Frau aus Bern zu diesem wichtigen Event. Niva Hasson, seit 16 Jahren Direktorin des Instituts, kam aus Israel. Stargast war Charles Lewinsky, der über sein Handwerk, die Schriftstellerei, sprach. Sehr lustig – man hätte ihm stundenlang zuhören können. Unter den Gästen: Publizistin Esther Girsberger, Hotelière Ljuba Manz, Ex-Politiker Bruno Kammerer.

Es gibt zwei einheimische Maler in Zürich, die eine treue, namhafte Kundschaft haben und bei denen jeweils viel Lokalprominenz zur Vernissage kommt. Marietta Ganiel-

la-Berry, die zur Zürcher Topgesellschaft gehört und zu deren Ausstellungen der halbe Golf Club Zumikon erscheint (im November in der Galerie Elten & Elten), und Max Zuber, um den fast niemand herumkommt, der in Zürich Geld oder Status hat. Es gibt kaum eine Villa an der Goldküste, in der nicht ein echter Zuber hängt. Zu danken ist dies der Muse des Malers, Regina Wartmann, einer ehemaligen Werbe-frau, die für den Verkauf zuständig ist. Als tüchtige Geschäftsfrau agiert sie geschickt. Meist organisiert sie – rechtzeitig zur Weihnachtszeit, wo die Menschen gebefreudig sind – üppige Abendessen für den Künstler und seine Klientel. Nach Jahrzehnten musste der Künstler dieses Jahr aus seinem alten Atelier ausziehen (Umbau des Hauses), und so wurde den Gästen das neue Atelier im Zürcher Seefeld vorgestellt. Es war Sonntagnachmittag, der erste kalte Tag nach dem sonnigen Herbst, das Atelier vollbehängt mit Zubers Bildern und vollbesetzt mit Freunden und potenziellen Kunden. Kulinarisch verwöhnt wurde man von Franzoli (Franz Rhomberg war persönlich da), es gab Würste in drei Variationen: Hotdog, Cervelat und Cipollata, dazu trank man Champagner mit Eiswürfeln, Zubers Lieblingsgetränk. Man traf alles, was in Zürich so an Vernissagen herumflattert. Bea und Peter Blum, Marianne und Geri Walde, Paul und Christa Esterhazy, Anne Marfurt, Nina Früh, Gabriele Bär-Richner, Adriana Tripa, Elisabeth Lindauer, Eliane (auch Malerin) und Martin Stockar.



Fast verliebt

No pasarán!

Von *Claudia Schumacher*

Céline bleibt mit der Schulter an einer Laterne hängen, die Augen auf ihr Handy statt auf den Weg gerichtet. Ach, wie schön: Der Wahnsinn ist zurück. Céline ist wieder verliebt – endlich!

In den letzten Monaten, seit der Trennung von Nick, war sie schwer zu ertragen. Mit ihren 22 Jahren blinzelte sie an guten Tagen altersmilde in die Herbstsonne. An schlechten Tagen rezitierte sie ohne Anlass, eine Zigarette schlaff im Mundwinkel, zum Beispiel Khalil Gibran: «Meine Seele, das Leben gleicht dem Lauf der Nacht; je schneller sie vergeht, desto eher naht der Morgen.» Was habe ich sie gehasst.

Doch nun ist der Frühling zurück – mit einem ganzen Strauss voller Probleme. Céline verliebt sich nicht oft, aber wenn, dann irre intensiv. Das neue Opfer ihrer ungeteilten Aufmerksamkeit nennt sich Jay7. Ja, mir geht's da wie Ihnen: Ich hab' nicht verstanden, warum jemand so heisst, aber der Junge ist Influencer, und so nennt er sich. Er kann seine Stirn hundemässig cool in Falten legen, ist ganz hübsch geraten, sein Geld verdient er mit Föhn-Werbung auf Instagram. Der Typ Mann, auf den



Sehr lustig: Autor Lewinsky.



Geschickt: Regina Wartmann, Max Zuber.



Bald in Zürich: Shih-Wei Huang.

Die Weinausstellung Expovina auf dem Zürichsee findet heuer zum 64. Mal statt. Erwartet werden in den nächsten zwei Wochen 60 000 Besucherinnen und Besucher. Eröffnet wird heute auf dem Schiff «Panta Rhei»; Präsident Bruno Sauter lädt zum Podiumsgespräch mit dem Thema «Digitalisierung in der Weinproduktion», Diskussteilnehmer ist unter anderen Yello-Musiker und Weinproduzent Dieter Meier. Durch den Anlass führt Christa Rigozzi.

Autop-Unternehmer Beat Meyerstein ist Musikliebhaber und ein grosszügiger Mensch. Seine Einladungen zum Sechseläuten und zum Advent sind legendär. Sie locken seine vielen Freunde an – alle aus der besten Gesellschaft. Jetzt organisiert er im «Meylenstein» ein Konzert (Beethoven, Strawinsky, Brahms), mit dem er eine junge Pianistin aus Taipeh unterstützt: die 1988 geborene Chinesin Shih-Wei Huang. «Meet the Artist» heisst der Event, der Eintritt kostet 150 Franken, 100 Prozent der Einnahmen gehen an die junge Klavierkünstlerin. Beat Meyerstein will damit ihre nächsten Karriereschritte fördern und wirbt auf der Website mit der Begeisterung, die er selber empfindet: «Die Tastenkünstlerin hautnah zu erleben, ist magisch und unvergesslich.» Meyerstein wäre nicht Meyerstein, wenn er die Konzertbesucher nicht bewirten würde. Getränke und Apéro riche werden von ihm offeriert. Am 12. November im «Meylenstein», oberhalb der Waschanlage. Der taiwanische Botschafter samt Ehefrau hat sich zum Event schon angemeldet.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Teenager und spätpubertäre Frauen eben stehen.

«War meine letzte Nachricht schlimm?», fragt Céline mit Pupillen, gross wie die einer Suchtkranken. «Sie war schlimm, oder?», hakt sie sofort nach. Panik, weil er seit Tagen nicht antwortet. Ich schüttle den Kopf, lache. Céline ist eine wunderbare Frau, aber in der Liebe wird sie zum Duckmäuschen. Alles dreht sich nur um den Typen, sich selbst vergisst sie ganz. Ein Problem, nicht zuletzt für die Männer, die bald nichts mehr von dem vorfinden, in was sie sich verliebt haben.

«No pasarán!», denke ich laut an den Spruch der spanischen Widerstandskämpferin Dolores Ibárruri, zu Deutsch: «Sie werden nicht durchkommen.»

Céline braucht jetzt etwas Lebensberatung, also sage ich, sie müsse wehrhaft sein. Den Männern nicht gleich so viel Macht über sich geben,

denn: «Den Schlüssel zum Herzen eines guten Mannes gewinnst du nicht durch devotes Verhalten, das langweilt doch nur!» Céline hängt an meinen Lippen. Ich könnte ihr jetzt auch auftragen, drei Ferkel bei Vollmond zu schlachten, damit Jay7 ihr endlich täglich schreibt. Sie würde es tun.

«Soll ich ihm nicht kurz schreiben, dass ich selber weiss, wie blöd meine letzte Nachricht war?», fragt sie. O, Mann. «Nein», sage ich und bin froh, nicht mehr in ihrem Alter zu sein. «Wenn er dich mag, findet er die Nachricht süss und wird antworten. Wenn er nicht antwortet, weil er nicht weiss, ob er dich mag, gib ihm Zeit, das rauszufinden. Und wenn er dich nicht mag, freut sich der Nächste.» Céline nickt und hält entschieden den Kopf hoch. Als wir uns am Bahnhof verabschieden, drehe ich mich um. Natürlich schreibt sie eine Nachricht.



Unten durch Millionär

Von Linus Reichlin

Nehmen wir mal an, du hast seit kurzem eine Geliebte. Du findest vieles an ihr toll, aber was du ganz besonders schätzt, ist, dass sie geschieden ist. Eine Affäre ist eine komplizierte Angelegenheit, und dass nur noch einer von euch verheiratet ist, vereinfacht die Sache sehr. Um die Dinge sogar noch einfacher zu machen, hast du deiner Geliebten verschwiegen, dass du verheiratet bist. Das ist einfach für alle das Beste. Deine Geliebte glaubt, dass du sie heiraten möchtest, das macht sie glücklich, und so soll es auch sein: Ein Mann ist dazu da, eine Frau glücklich zu machen. Sie glaubt auch, dass du mit ihr Weihnachten verbringen willst, sie hat schon eine neue Christbaumspitze aus Naturholz gekauft. Es ist so schön, zu sehen, wie sehr sie sich darauf freut, mit dir den Weihnachtsabend zu verbringen.

Natürlich wirst du den mit deiner Frau und deinen Kindern verbringen, aber das schmälert doch nicht die Vorfreude deiner Geliebten! Zwei Monate lang, bis zum Mittag des 24. Dezember, wird deine Geliebte diese Vorfreude geniessen, und das ist deiner strategischen Unehrlichkeit zu verdanken. Letzte Woche hat sie dich gefragt, warum ihr euch eigentlich nie am Wochenende trifft, und jetzt hättest du sagen können: «Weil ich seit vierzehn Jahren glücklich verheiratet bin und meine Frau es nicht verdient hat, dass ich mich am Wochenende mit meiner Geliebten in einem Wellnesshotel herumtreibe.» Aber diese Kaltherzigkeit hätte deiner Geliebten das Herz gebrochen! Ist es der Sinn einer Liebesbeziehung, einen anderen psychisch zu ruinieren? Also hast du geantwortet: «Wenn wir verheiratet sind, Liebling, wirst du dir wünschen, dass du endlich wieder mal ein Wochenende allein bist. Und jetzt kiss me slowly!» Und, o Gott, sie hat dich slowly geküsst, dich, einen zwanzig Jahre älteren Mann mit beeindruckendem Bauchansatz. Als sie dir die Zungenspitze in den Nabel gesteckt hat, hast du dich einen bitteren Moment lang gefragt, ob sie vielleicht nur mit dir zusammen ist, weil sie glaubt, dass du reich bist. Sie denkt, dass du mit ihr den nächsten Sommer in deiner Villa auf Ibiza verbringst, in Gesellschaft von Roger

>>> Fortsetzung auf Seite 68

Federer, den sie bewundert und von dem du ihr zuliebe behauptet hast, er sei dein Freund. Sie liebt das Mittelmeer, sie liebt Villen mit Swimmingpool, sie liebt prominente Tennisspieler, da dachtest du: Na gut, du liebst sie, also gib ihr alles, was sie sich wünscht! Es würde sie nur belasten, wenn sie wüsste, dass du in Wirklichkeit gerade mal knapp die Miete bezahlen kannst. Welche Frau möchte denn mit einer so düsteren Wirklichkeit konfrontiert werden? Aber mit der Gefahr, dass sie vielleicht nur den Millionär in dir liebt, musst du jetzt natürlich leben.

Auf der anderen Seite ist da deine Frau, die du ebenfalls liebst. An ihr stört dich eigentlich nur, dass sie in letzter Zeit so misstrauisch geworden ist. «Warum lässt du eigentlich dein Handy nicht mehr in der Wohnung herumliegen wie früher?», hat sie dich kürzlich gefragt. Du musstest dir bei einem Türken extra ein zweites Handy kaufen. Das lässt du jetzt demonstrativ mit dem Bildschirm nach oben auf dem Küchentisch liegen, damit deine Frau nicht denkt, dass du heimliche SMS von einer Geliebten kriegst, was natürlich tatsächlich so ist, deswegen kriegt deine Frau dein richtiges Handy ja auch nicht mehr zu sehen. Manchmal nimmst du es deiner Geliebten übel, dass du ihretwegen gezwungen bist, deine Frau so perfid zu hintergehen, aber andererseits möchtest du, dass deine Frau glücklich ist, und deswegen hat der Betrug auch seine positiven Seiten. Im Grunde genommen, gehst du mit den Menschen, die du liebst, so einfühlsam um wie mit dir selbst. Morgens im Badezimmer siehst du im Spiegel oft müde und alt aus, und dann hältst du den Daumen hoch und sagst: «Du siehst heute wieder blendend aus, alter Junge!»

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Unbekannter Star von der Loire

Von Peter Rüedi

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erleben. Im Fall von Rebsorten kann dies eine glückliche Geschichte sein oder das Gegenteil. Die ursprünglich in Bordeaux beheimatete rote Malbec erlebte als Expat im argentinischen Mendoza eine Renaissance, eine eigentliche Neuentdeckung. Die weisse Chenin, aus der an der Loire einige der feinsten Süssweine gekeltert werden, verkam in der Dritten Welt dank ihren enormen Erträgen zu einer Massen- und Allerweltssorte, wegen ihrer nicht zu bodigenden guten Säure oft zum Strecken von billigen Chardonnays gebraucht. Das schlug zurück auf das Renommee der Traube. Sie kam sogar in ihrer alten Heimat in Verruf, wo sie dank der passenden Böden und rigoroser Ertragsbeschränkungen auch in den trockenen Versionen höchst konzentrierte und eigenwillige, auch im Norden Frankreichs sehr geschätzte, lebendige Weisse hervorbrachte. Allein, die Chenin kam unter Druck, aufgrund des miesen Rufs, den sie sich in der weiten Welt, in Südafrika, Kalifornien, Südamerika, Australien, erworben hatte.

Zwar immer noch eine Hauptsorte, wurde sie auch an der Loire mehr und mehr durch Sauvignon blanc oder Gamay ersetzt, so dass sie in den Kreszenzen aus Anjou, z.B. der Appellation Savennières (südwestlich von Angers), schon fast als Spezialität erscheint – wenigstens bei einer Schweizer Kundschaft, für die sie, paradox genug, immer eine Art Exotin geblieben ist. Leider.

In vielen Spielarten an der Loire noch immer als önologisches Kulturerbe dominant, als Basis für trockene, halbtrockene und süsse Weine wie auch für Schaumweine, ist die bei richtiger Behandlung und strenger Selektion explosiv frische, spannungsvolle und vielschichtige Chenin eine Entdeckung auch hierzulande wert, über die paar Insider-Zirkel von Öno-Freaks hinaus. Zumal sie bei mehrjähriger Lagerung auch ein beträchtliches Entwicklungspotenzial hat und ein Paradebeispiel dafür ist, dass grosse Weissweine keineswegs jung weggeputzt werden müssen. Der trockene Chenin, den die Domaine von Vincent und Emmanuel Ogereau mit Sitz in Saint-Lambert-du-Lattay in der benachbarten Appellation Coteaux du Layon auf dem tollen Rebberg Clos le Grand Beaupréau in Savennières zieht, ist mit seinen Aromen von Zitrusfrüchten und einem Touch von Honig ein Musterbeispiel für das, was die Sorte bei pfleglichem Umgang zu leisten vermag. Um das auch noch anzumerken: Auch die Schiefer- und Sandböden prägen den Wein, spürbar auch für Trinker, die gegenüber dem etwas inflationär modischen Begriff des «Mineralischen» skeptisch sind.

Domaine Vincent et Emmanuel Ogereau Chenin Savennières AOC Clos le Grand Beaupréau 2014. Divo, Givisiez. Fr. 30.–. www.divo.ch



Zu Tisch

Das beste Restaurant

Von David Schnapp

Ob es so etwas wie das beste Restaurant der Welt geben kann, ist eine Frage mit offenem Ausgang, über die sich Feinschmecker abendessenlang streiten können. Tatsache ist: Es gibt die von einem britischen Magazin lancierte Liste der «World's 50 Best

Restaurants», sie ist umstritten, aber einflussreich, weil sie Trends erkennt.

Das beste Restaurant der Welt wird demnach vom Schweizer Daniel Humm und seinem amerikanischen Geschäftspartner Will Guidara in New York geführt. Die beiden haben innert elf Jahren das «Eleven Madison Park» in New York von einer Brasserie zu einem Lokal mit globaler Ausstrahlung entwickelt. Und wenn man die Liste als Trendmesser nimmt, geht es in der Spitzengastronomie wieder in Richtung schlichter Grundwerte: freundlicher Service, grossartiges Essen. Im «Eleven Madison» wird der Gast behandelt wie ein guter Freund, der zum Essen vorbeischaud. Das Essen selbst ist im Lauf von Humms Karriere visuell immer schlichter geworden. Der Hauptgang, den ich kürzlich gegessen habe, bestand aus zwei Stück Kalbfleisch (Brust und Lende), es war trocken-gereift und perfekt zubereitet: grilliert und geschmort. Dazu gab es ein Schalottenpüree,

einen Kalbsjus sowie Radicchio-Blätter, die kurz sautiert worden waren und das Fleisch verhüllten wie ein Geschenkpapier.

Mit drei Grundzutaten ist so alles abgedeckt: verschiedene Konsistenzen, Aromen, Texturen. Das Gericht hatte durch die Verhüllung gleichzeitig etwas Zaubenhaftes und durch sein breites, komplementäres und intensives Geschmacksspektrum eine Wirkung, die man nicht so schnell vergisst.

Man muss kein Drei-Sterne-Restaurant sein, um mit guten Zutaten und gutem Personal das zu erreichen, was täglich das Ziel von Humm und Guidara ist: Sie wollen erklärtermassen das freundlichste, köstlichste Restaurant der Welt sein. So viel ist ihnen auf jeden Fall schon gelungen.

Eleven Madison Park, 11 Madison Ave, New York, NY 10010, USA. Tel. +1 212-889-0905. Täglich geöffnet. Menü: \$ 295.–



Auto

America first

Die Überraschung des Jahres kommt aus den USA: Der Cadillac CT6 ist eine Luxuslimousine auf höchstem Niveau. *Von David Schnapp*

Meine Kindheit verbrachte ich in Autos wie dem Alfa Romeo Alfasud oder den Renault-Modellen Clio und Espace. Von dieser damaligen Mittelklasse aus gesehen, galt ein Cadillac als absolute Oberklasse, die ausserdem ein Hauch Exotik verführerisch erscheinen liess. Aufgrund der frühkindlichen Prägung hat der Name Cadillac für mich bis heute einen besonderen Klang. Leider wurde die amerikanische Automarke in der Schweiz

nicht immer gut vertreten, was schade ist, denn sie hat einiges zu bieten.

Nun sitze ich wieder einmal in einem Cadillac und freue mich darüber, dass der Klang des Namens und die gebotene Qualität gut zusammenpassen. Das fängt bei Kleinigkeiten an, aber «Kleinigkeiten machen die Summe des Lebens aus» (Charles Dickens). Wenn man sich mit dem Schlüssel in der Tasche dem CT6 nähert, leuchtet das Auto zur Begrüssung vorne, hinten und über die integrierten LED in den Türgriffen. Das hat etwas überaus Freundliches und Aufmerksames, vergleichbar mit dem Betreten eines Ladens in New York: Der Kunde ist willkommen und gilt nicht als Störfaktor.

Im Innern der Luxuslimousine aus der Kategorie von BMW 7er, Mercedes S-Klasse oder Jaguar XJ geht es weiter mit der Liebe zum Detail und einer qualitativ hochwertigen Verarbeitung. Feines Leder, Alcantara, Edelmetall sind akkurat zusammengesetzt, -genäht und -geklebt. Ausserdem wirken manche Lösungen – etwa für den Anschluss und die Ablage des Mo-

biltelefons oder die separat regelbare Heizung für Rückenlehne und Sitzfläche – durchdacht. In der Ausführung «Platinum» gilt all-inclusive: Für knapp 120 000 Franken ist von vier Einzelsitzen mit Massagefunktion über das hervorragende Soundsystem Bose Panaray mit 34 Lautsprechern bis zum elektronischen Assistenzsystem für fast jede Situation alles dabei, lediglich gewisse Lackierungen sind aufpreispflichtig.

Der CT6 ist ein hervorragender Langstreckenpartner. In knapp zwei Wochen habe ich rund 1500 Kilometer zurückgelegt, ich hatte im Hinterrhein-Gebiet zu tun und fuhr dann weiter durch den San Bernardino über Mailand und Genua an die ligurische Küste und via Lago Maggiore wieder zurück nach Zürich. Auf der Autobahn ist der Cadillac ein König der Ruhe, die Zumutungen des Alltags werden wegisoliert, diejenigen schlechter Strassen weggedämpft. Aber dank Hinterachslenkung und einem präzisen, verstellbaren Fahrwerk mit Allradantrieb wirkt das Auto selbst in grösseren Bögen oder engeren Kurven nie unhandlich. Dazu passt, dass der CT6 zwar fast 5,2 Meter lang ist, aber mit 1950 Kilogramm Gewicht unter der 2-Tonnen-Marke bleibt. In Kombination mit dem V6-Turbobenziner, der je nach Last zwei Zylinder abschaltet, führt das am Ende zu einem nicht übertriebenen Durchschnittsverbrauch von 9,4 Litern. Auch da ist der Amerikaner vorne dabei, und in Sachen Preis-Leistung gilt: *Cadillac first.*

Cadillac CT6 3.0TT AWD Platinum

Leistung: 417 PS / 307 kW

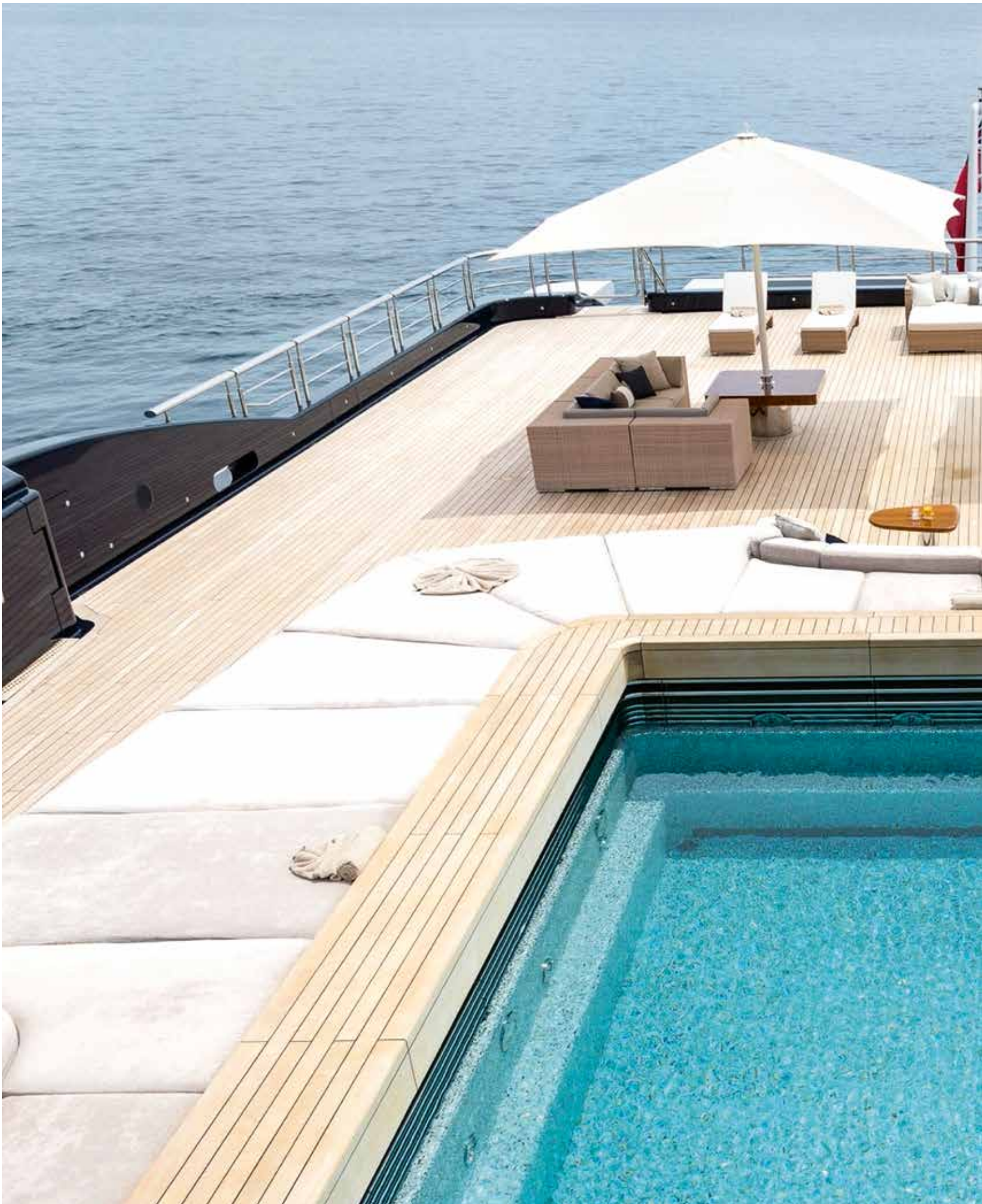
Hubraum: 2997 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 240 km/h

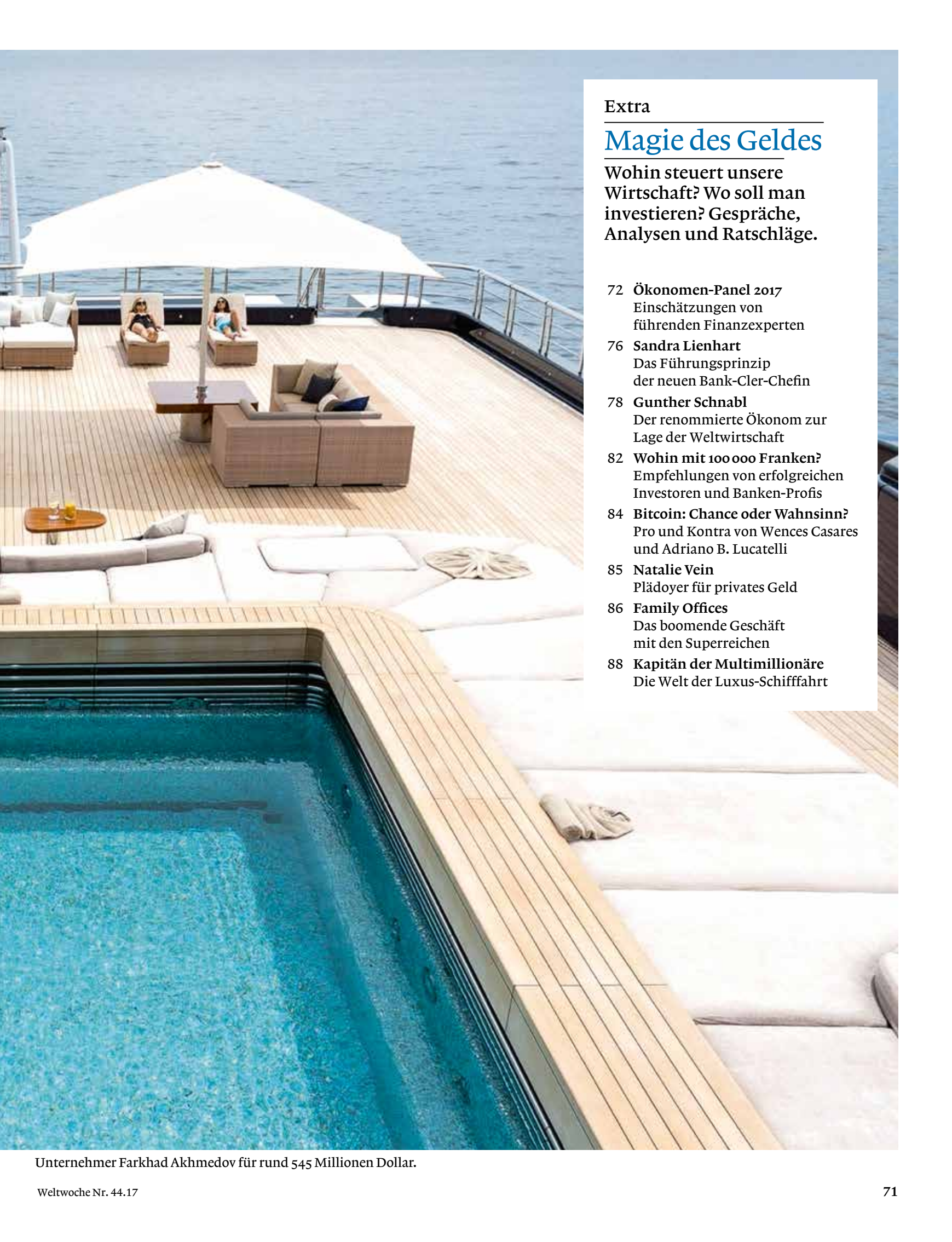
Preis: Fr. 119 900.–

Testauto: Fr. 122 240.–





Die Preise für Luxusgüter klettern steil nach oben – als Folge der gegenwärtigen Geldpolitik: 115 Meter lange Superjacht «Luna», gekauft vom russischen



Extra

Magie des Geldes

Wohin steuert unsere Wirtschaft? Wo soll man investieren? Gespräche, Analysen und Ratschläge.

- 72 **Ökonomen-Panel 2017**
Einschätzungen von führenden Finanzexperten
- 76 **Sandra Lienhart**
Das Führungsprinzip der neuen Bank-Cler-Chefin
- 78 **Gunther Schnabl**
Der renommierte Ökonom zur Lage der Weltwirtschaft
- 82 **Wohin mit 100 000 Franken?**
Empfehlungen von erfolgreichen Investoren und Banken-Profis
- 84 **Bitcoin: Chance oder Wahnsinn?**
Pro und Kontra von Wences Casares und Adriano B. Lucatelli
- 85 **Natalie Vein**
Plädoyer für privates Geld
- 86 **Family Offices**
Das boomende Geschäft mit den Superreichen
- 88 **Kapitän der Multimillionäre**
Die Welt der Luxus-Schifffahrt

Unternehmer Farkhad Akhmedov für rund 545 Millionen Dollar.

Skepsis gegenüber Bitcoin, Trump und Gewerkschaften

Was denken die führenden Schweizer Finanzspezialisten über die Aussichten auf den Märkten? Wo würden sie investieren und wo nicht? Wie entwickelt sich das Bruttoinlandprodukt der Schweiz im kommenden Jahr? Das Ökonomen-Panel der *Weltwoche* hat die Antworten. *Von Florian Schwab*

Für die Chefökonominnen bei den Banken ist es das tägliche Brot: die Märkte analysieren und Voraussagen für die Zukunft treffen. Ihre Erkenntnisse bestimmen mit über die Anlagestrategie. In zahlreichen Berichten, Interviews und Publikationen werden die Einschätzungen der ökonomischen Vordenker verbreitet und erklärt. Aber was denken die wirtschaftlichen Weltdeuter privat über Themen wie Börsenentwicklung und Bitcoin?

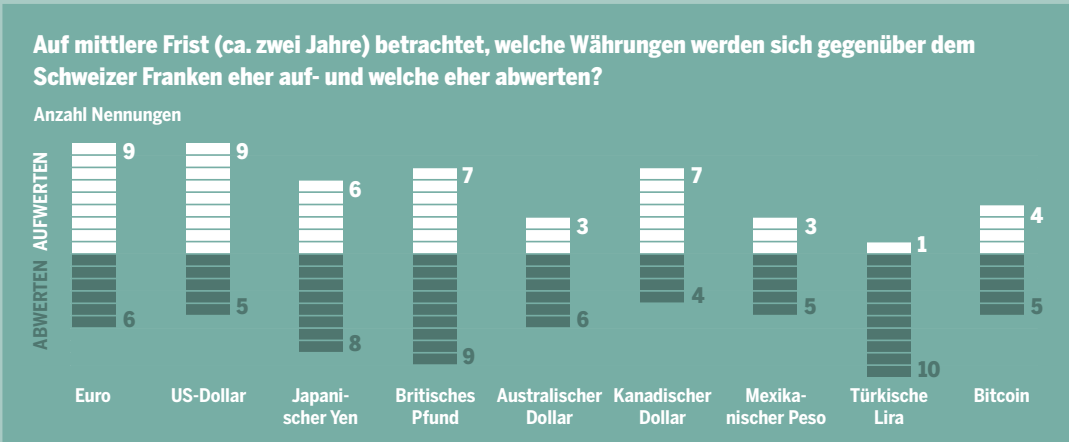
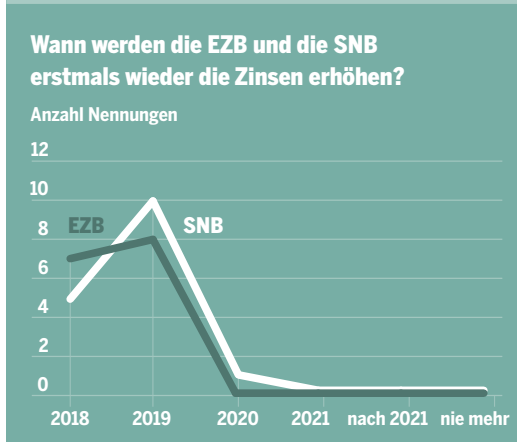
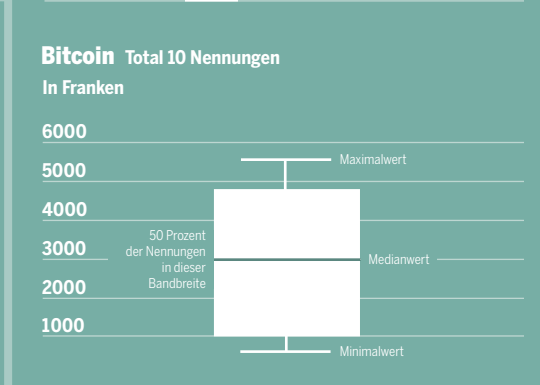
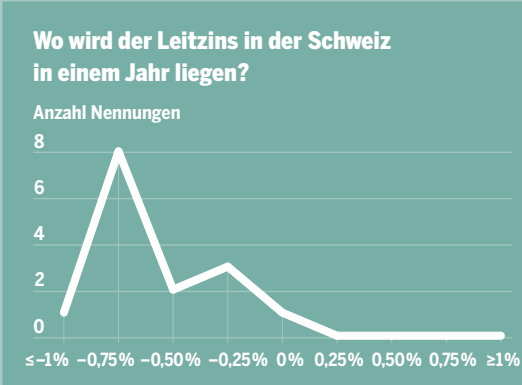
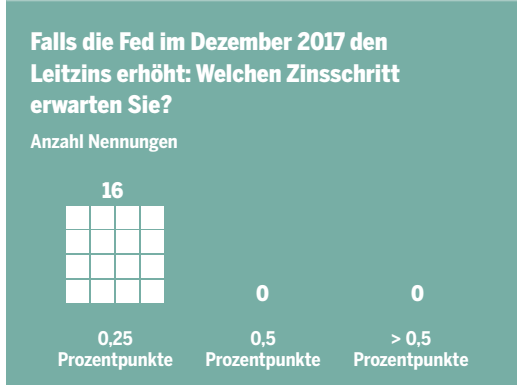
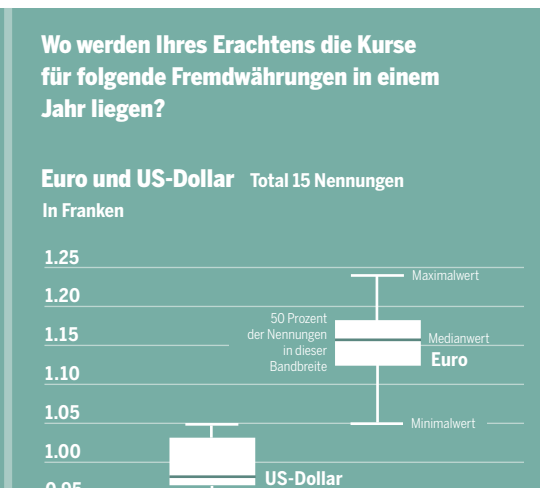


Um dies herauszufinden, hat die *Weltwoche* erstmalig ein Ökonomen-Panel mit Chefvolkswirten und akademischen Finanzmarktexperten befragt. Sechzehn führende Ökonomen haben an der anonymen Umfrage teilgenommen, darunter die Chefökonominnen von sechs der sieben grössten Schweizer Banken, zwei ehemalige Chefökonominnen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sowie der ehemalige Chefvolkswirt der Bank für Internationalen Zah-

lungsausgleich (BIZ), William White. Die wichtigsten und erstaunlichsten Erkenntnisse:

1 — Eigene Investment-Fähigkeiten: Nur jeder zweite Teilnehmer der *Weltwoche*-Umfrage glaubt daran, selber durch die geschickte Auswahl einzelner Wertpapiere eine höhere Rendite erzielen zu können als der Gesamtmarkt.

2 — Tiefe Zinsen: Glaubt man den Umfrageteilnehmern, dann ist es so gut wie sicher, dass die Federal Reserve im Dezember die Zinssätze



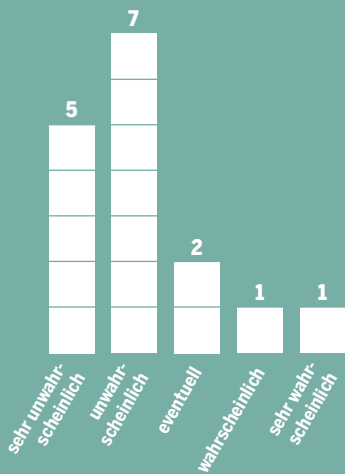
um 0,25 Prozentpunkte erhöhen wird. Bis die Europäische Zentralbank erstmals wieder die Zinsen erhöht, dauert es bis 2018 und 2019. In der Schweiz sehen nur fünf der sechzehn Teilnehmer im nächsten Jahr einen Zinsschritt. Der Grossteil, nämlich zehn, erwartet einen solchen

Der Leitzins der Nationalbank bleibt gemäss den Ökonomen weiterhin im negativen Bereich.

erst für 2019. Weitgehend einig sind sich die Ökonomen darin, dass der Leitzins der SNB in den nächsten zwölf Monaten weiterhin im negativen Bereich bleiben wird. Von den sechzehn Teilnehmern sieht nur einer einen Zins von null Prozent innert Jahresfrist als realistisch an. Auch mittelfristig bleiben die Zinsen tief: Zwölf der sechzehn Teilnehmer halten es für unwahrscheinlich oder sehr unwahrscheinlich, dass der

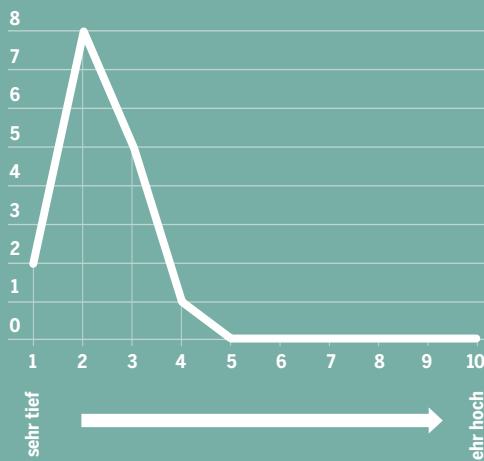
Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass der Leitzins der SNB in den nächsten fünf Jahren auf über 2 Prozent steigt?

Anzahl Nennungen



Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit für den Austritt Italiens aus der Euro-Zone bis Ende 2019 ein?

Anzahl Nennungen



Das Experten-Panel 2017



Janwillem Acket
Chefökonom
Julius Bär



Oliver Adler
Chefökonom
Credit Suisse



Marc Brüttsch
Chefökonom
Swiss Life



Anastassios Frangulidis
Chefstrategie
Pictet Asset Management



Prof. Dr. Thorsten Hens
Universität Zürich



Steen Jakobsen
Chefökonom
Saxo Bank



Prof. Dr. Martin Janssen
CEO Ecofin-Gruppe



Lars Kalbreier
Chief Investment
Officer Vontobel
Wealth Management



Daniel Kalt
Chefökonom
UBS Switzerland AG



Prof. em. Ulrich Kohli
ehem. Chefökonom
Schweizerische
Nationalbank (SNB)



Christos Maloussis
Market Analyst
IG Bank



Martin Neff
Chefökonom
Raiffeisen



Thorsten Polleit
Chefvolkswirt
Degussa
Goldhandel



Prof. Dr. Kurt Schiltknecht
ehem. Chefökonom
Schweizerische
Nationalbank (SNB)



William White
ehem. Chefökonom
Bank für
Internationalen
Zahlungsausgleich (BIZ)



Prof. Dr. Heinz Zimmermann
Universität Basel

Leitzins der SNB in den nächsten fünf Jahren den Wert von zwei Prozent übersteigen wird.

3 — Franken leicht schwächer: Die Voraussagen für den Wechselkurs des US-Dollar (aktuell 1,00 Franken) bewegen sich zwischen 0,95 Rappen und 1,05 Franken. Im Mittel wird ein Kurs von 0,99 Franken erwartet. Beim Euro schwanken die Einschätzungen zwischen einem Kurs von 1,05 und 1,23 Franken. Die Ökonomen halten einen fast unveränderten Euro-Kurs von im Mittel 1,15 Franken für wahrscheinlich.

4 — Investitionspolitik: Geht es nach den sechzehn Umfrageteilnehmern, so sind Schweizer Aktien das beliebteste Anlageobjekt. Vierzehn der sechzehn Ökonomen würden grundsätzlich in Schweizer Aktien investieren. Deutsche Aktien (zwölf Nennungen) sind fast ebenso populär. Am unbeliebtesten sind Schweizer und deutsche Staatsanleihen, in welche keiner der

Umfrageteilnehmer investieren würde. Geografisch wird Lateinamerika quer über alle Anlageklassen als wenig attraktiv bewertet.

5 — (K)eine Immobilienblase: Bei der Situation auf dem Schweizer Immobilienmarkt ist

Am meisten Vertrauen wird dem Arbeitgeberverband und dem Schweizer Volk entgegengebracht.

die Gruppe der teilnehmenden Ökonomen genau gespalten. Acht von ihnen sind besorgt über die hohen Preise, acht von ihnen bereitet die Preisentwicklung keine Sorge.

6 — Skepsis beim Bitcoin: Die Beziehung der Umfrageteilnehmer zum Bitcoin gestaltet sich schwierig. Sechs von ihnen wollen sich nicht auf eine Preisprognose einlassen. Die übrigen

zehn gehen im Mittel von einem deutlich tieferen Bitcoin-Preis in einem Jahr aus (zirka 3000 US-Dollar im Gegensatz zu aktuell 5400 US-Dollar). Nur ein einziger Umfrageteilnehmer sagt, er würde in Bitcoin investieren.

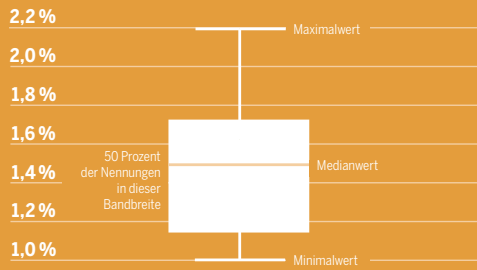
7 — Vertrauen in das Volk: Der Schweizerische Arbeitgeberverband und das Schweizer Volk (in Volksabstimmungen) sind die wirtschaftspolitischen Akteure, denen am meisten Vertrauen entgegengebracht wird. Am anderen Ende der Skala befinden sich Donald Trump und der Schweizerische Gewerkschaftsbund.

8 — Euro-Krise ist nicht ausgestanden: Drei Viertel der Umfrageteilnehmer sehen die Verschuldungskrise in der Euro-Zone als nicht überwunden an. Einen Austritt Italiens aus der Währungsunion in den kommenden zwei Jahren hält aber keiner der Teilnehmer für halbwegs wahrscheinlich. ○



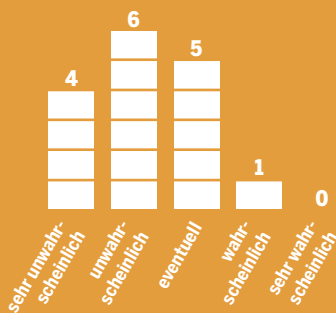
Welches BIP-Wachstum erwarten Sie für 2018 in der Schweiz?

Total 13 Nennungen



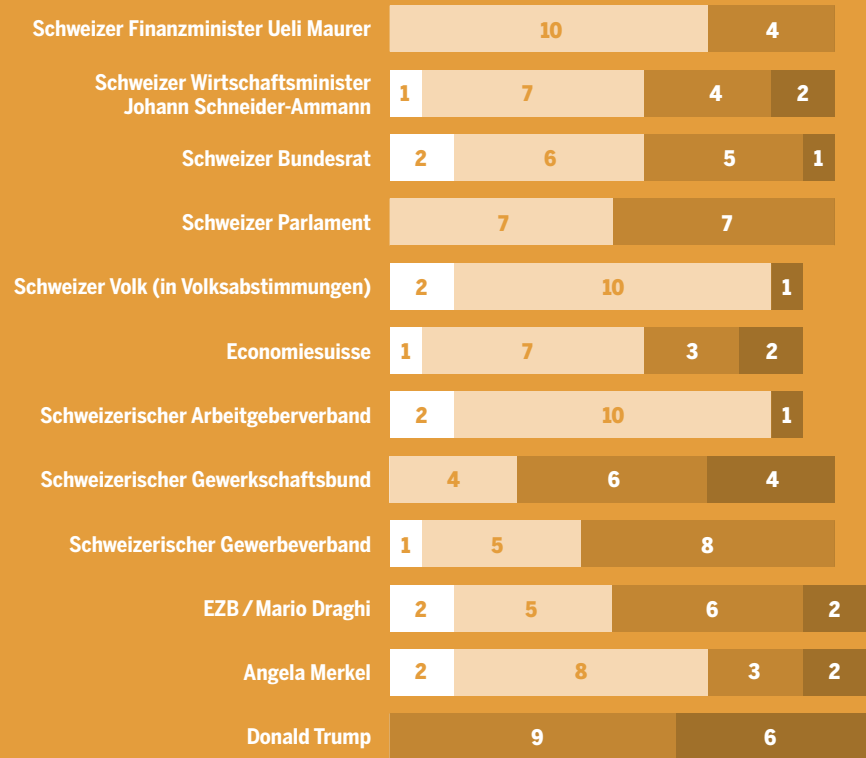
Donald Trumps Pläne für eine Steuerreform sehen vor, den Gewinnsteuersatz auf 20 Prozent zu senken. Für wie hoch halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass er das Vorhaben noch 2017 realisieren kann?

Anzahl Nennungen



Wie hoch ist Ihr Vertrauen in die folgenden wirtschaftspolitischen Akteure?

Anzahl Nennungen



■ sehr hoch ■ hoch ■ gering ■ sehr gering



Neue Helvetische Bank

Lassen Sie sich von unseren Fähigkeiten überzeugen. Die Vermögensverwaltung der Neuen Helvetischen Bank.

Die Neue Helvetische Bank ist der verlässliche Partner in Finanzfragen für Unternehmer und Privatanleger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Neuen Helvetischen Bank stehen Ihnen jederzeit gerne für ein unverbindliches Gespräch zur Verfügung.

Herr Thomas Della Casa freut sich auf Ihren Anruf. T: 044 204 56 20



Wohnzimmer-Gefühl statt Krawatten

Die frühere Bank Coop hat ein turbulentes Jahrzehnt mit etlichen Führungswechseln hinter sich. Jetzt drückt die neue Chefin Sandra Lienhart den Reset-Knopf. An der Spitze der Bank Cler setzt sie auf Transparenz sowie auf das bestehende Filialnetz. *Von Claude Baumann*

Ausgerechnet über Geld wollte die Bank Cler reden. Und dies erst noch in einem Land, das jahrzehntelang dem Bankgeheimnis gehuldigt hatte. Zunächst ging das auch schief. Denn kaum hatte das Institut eine landesweite Werbekampagne mit dem Motto «Zeit, über Geld zu reden» lanciert, überwarf sich der CEO Hanspeter Ackermann mit seinem Verwaltungsrat.

Von einem Tag auf den andern war der Chef weg. Es hatte schon eine Weile vor dem Antritt Ackermanns in der Bank gekriselt. Das konnte also kein Grund für den Wechsel gewesen sein. Ackermann pflegte offenbar aber einen Führungsstil, der sich mit demjenigen des zurückhaltenden Aufsichtsgremiums nicht deckte. Darum trennte man sich.

In jener Woche, also Ende letzten Juni, war Sandra Lienhart-Cozzio bereits in Ferienstimmung. Nach dem monatelangen Umbau der früheren Bank Coop in die Bank Cler (rätoromanisch: «klar») wollte sie sich ein paar Tage Urlaub gönnen. Daraus wurde nichts. Denn als Mitglied der Geschäftsleitung und Stellvertreterin Ackermanns musste sie nun in die Bresche springen.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass sie dies schon einmal getan hatte. Als der frühere CEO der Bank, Andreas Waespi, 2014 wegen des Vorwurfs der Marktmanipulation hatte zurücktreten müssen, war Lienhart ebenfalls eingesprungen. Darauf angesprochen, schmunzelt sie. Sie sagt: «Wenn der Chef geht, springt der Stellvertreter ein.»

Aufstieg in der Männerwelt

Trotzdem: Macht Lienhart Karriere als Lückenbüsserin? «Nein, ganz und gar nicht», beteuert die 51-jährige Bankerin im Gespräch, «damals hätte ich die CEO-Position aus familiären Gründen gar nicht antreten können.» Verantwortung zu übernehmen, kundenorientiert zu sein, beides habe sie aber schon in ihrer Jugend am Familientisch gelernt, stamme sie doch aus einer Unternehmerfamilie, die bis heute ein erfolgreiches Messergeschäft in Winterthur betreibt. Das seien Werte gewesen, über die man zu Hause geredet habe, genauso selbstverständlich wie über Geld, erinnert sich Lienhart.

Eine familiäre Konstellation war es auch, die Lienhart Bankerin werden liess. Grund dafür war ihr vier Jahre älterer Bruder, der eine Banklehre absolvierte und davon pausenlos schwärmte. Das imponierte der jüngeren

Schwester dermassen, dass ihr Berufsziel bald feststand: Wie ihr Bruder heuerte sie bei der Schweizerischen Kreditanstalt (heute Credit Suisse oder CS) an, wo sie 22 Jahre blieb. Ihr Bruder hingegen übernahm später das Familienunternehmen.

Im Schosse der CS lernte sie in unterschiedlichsten Funktionen, aber zumeist an der Front, das Bankwesen von der Pike auf – in einer Welt, die bis heute überaus männlich, selbstbezogen und nicht selten prahlerisch geblieben ist. Alles Attribute, die so ganz und gar nicht zur feingliedrigen und herzlichen Lienhart passen. Sie sagt: «Ich hatte nie Probleme als Frau. Ich wurde stets nach meiner Leistung beurteilt. Es war auch nie so, dass ich einen Job nicht erhalten hätte, weil ich eine Frau bin», und fügt an: «Das damalige Motto der Schweizerischen Kreditanstalt, «Taten statt Worte», wurde effektiv gelebt.»

Trotz 22-jähriger Loyalität der CS gegenüber, zuletzt in der Funktion als Regionenleiterin Zürich-Nord, wechselte die Bankerin 2004 den Arbeitgeber. Vom globalen Finanzkonzern zur viel kleineren Bank Coop? Für Lienhart stimmte dieser Schritt, denn bei ihrer neuen Arbeitgeberin konnte sie als Vertriebsleiterin nun zwei Dinge tun: strategisch tätig werden sowie die Verkaufsführung landesweit übernehmen.

Der Jobwechsel passte auch zu Lienharts Habitus, die bis heute ihrem Ursprungsort, ihrer Heimatstadt Winterthur, verbunden geblieben ist; kinderlos und verwitwet, engagiert sie sich als Präsidentin der Red Ants, eines Unihockey-Vereins, betreibt Ausdauersport als Marathonläuferin sowie auf dem Rennvelo und wendet in ihrer zunehmend spärlich bemessenen Freizeit vor allem viel Zeit dafür auf, langjährige Freundschaften zu pflegen.

Vier Jahre nach ihrem Eintritt avancierte sie zur stellvertretenden Geschäftsleiterin der Bank Coop, die seit dem Jahr 2000 mehrheitlich der Basler Kantonalbank (BKB) gehört und bei der Lienhart inzwischen auch die Position der stellvertretenden Vorsitzenden der Konzernleitung innehat. Damit zählt die Winterthurerin zu den einflussreichsten Bankmanagerinnen in der Schweiz. Die heutige Bank Cler unterhält landesweit 32 Geschäftsstellen und beschäftigt 500 Mitarbeitende.

In ihren diversen Funktionen war Lienhart massgeblich an der Repositionierung der Bank Coop beteiligt. Ein Neuauftritt drängte sich aus verschiedenen Gründen auf. Mit dem Anspruch «Fair Banking» war das Institut in der Öffentlichkeit lange unterwegs gewesen, bis sich dann herausstellte, dass ausgerechnet der oberste operative Chef des Hauses den Kurs der eigenen Aktien zu gewissen Stichtagen künstlich hochgehalten hatte. Dafür wurde er von den Aufsichtsbehörden hart sanktioniert und brockte der Bank einen beträchtlichen Imageschaden ein.

Schluss mit der Geheimniskrämerei

Hinzu kam, dass die Aussenwahrnehmung der Bank Coop zunehmend «verstaubte», wie Lienhart sagt. War sie eine Bank für die Mitarbeiter des Detailhändlers Coop, oder war sie

«Wir wollten etwas thematisieren, über das Herr und Frau Schweizer nicht gerne reden.»

dessen Finanzdienstleisterin? Dem Unternehmen fiel es zusehends schwer, sich in einem Land, in dem es an Geldhäusern ohnehin nicht mangelt, von der Konkurrenz abzuheben. Insofern war die Generalüberholung eine logische Konsequenz, zumal der Coop-Konzern im Jahr 2000 seine Beteiligung der BKB abgetreten hatte.

«Zeit, über Geld zu reden», lautete dann der gewagte Slogan, mit dem die Bank Coop als Bank Cler in diesem Frühjahr an den Start ging. Nicht überraschend, sorgte dieser Claim, der über mehrere Wochen Plakatwände zierte und zu bester Sendezeit am Fernsehen gezeigt wurde, für einigen Diskussionsstoff in einem Land, das Fragen rund ums Pekuniäre lieber totschweigt. «Wir wollten etwas thematisieren, über das Herr und Frau Schweizer nicht gerne reden, und das Verhältnis zum Geld etwas entkrampfen. Ich denke, das ist uns gelungen», sagt Lienhart.

Eigentlich hielt die Bank Cler der Branche auch den Spiegel vor – und zwar als Aufforderung, endlich mit der Geheimniskrämerei in diesem Metier aufzuhören. Bei diesem Thema funkelt es in Lienharts Augen, denn nicht ohne Stolz sagt sie, dass die Bank Cler (respektive Coop) bereits seit fünf Jahren die Lohngleichheit für männliche und weibliche Angestellten umsetze. «Für gleiche Arbeit





«Wir sind eine digitale Bank mit physischer Präsenz»: Bankchefin Lienhart, 51.

und gleiche Leistung gibt es bei uns den gleichen Lohn für beide Geschlechter», betont Lienhart. Und sie sagt auch, dass die Gehälter unter den Jungen zunehmend offen thematisiert würden – die Saläre der Geschäftsleitung seien im Geschäftsbericht nachzulesen.

Die Devise der Transparenz offenbart sich auch in der neuen Filialgestaltung. Während andere Banken ihr Geschäftsstellennetz ausdünnen oder auf anonymisierte Hightech-Filialen mit Video-Empfang setzen, will die Bank Cler ihre 32 Niederlassungen bis 2022 konzeptionell in eine Art Wohn- und Kinder-

Das Ambiente im Banking bewegt sich zwischen Ikea-Zeitgeist und Möbel-Pfister-Solidität.

zimmer umgestalten. An der Uraniastrasse in Zürich steht der Pilotbetrieb dieses kühnen Unterfangens: Klassische Bankschalter sucht man dort vergebens, stattdessen sollen Kinderschaukeln und Spielecken die Klientel von morgen oder zumindest deren Eltern anziehen.

Keine Krawattenpflicht

In einer Zeit, in der die Millennials, also die heute 20-Jährigen, oftmals das intimste Verhältnis zu ihrem Mobiltelefon unterhalten, will man bei der Bank Cler mit buntem Wohnstübchen-Groove punkten? Lienhart sagt: «Wir sind eine digitale Bank mit physischer Präsenz.» Sie nimmt ihr Handy zur Hand und zeigt eine App, die bald verfügbar sein wird und mit der (junge) Kunden ihre Finanzen verwalten, Sparziele anlegen und mit wenigen Klicks ihr Ersparnis in verschiedene «Töpfe» leiten können. Dass andere Banken solche Gadgets ebenfalls anbieten, weiss Lienhart. Doch sie versteht dieses Tool auch nur als Grundausstattung, dem sie mit der Zeit eine Reihe von zusätzlichen Angeboten (aus den Bereichen Versicherungen, Reisen und Lifestyle) von Drittanbietern hinzufügen will.

«Wenn es um komplexere Dinge geht, etwa um eine Hypothek oder um eine individuelle Vorsorgelösung, dann werden Bankkunden auch in Zukunft nicht auf die persönliche Beratung verzichten wollen», fügt Lienhart mit ihrer mehr als dreissigjährigen Berufserfahrung an. «Darum halten wir an unserem heutigen Filialnetz fest», betont sie.

Banking, das sich in einem Ambiente zwischen Ikea-Zeitgeist und Möbel-Pfister-Solidität bewegt – betreut von smarten Bankangestellten, die laut Bekleidungsreglement der Bank auch keine Krawatte mehr tragen (müssen), sondern das Behaglichkeits-Feeling auch modisch zum Ausdruck bringen? Vielleicht ist dies tatsächlich der passende Ort, um künftig über Geld zu reden – schliesslich wurde auch Lienhart zu Hause mit dem Bankwesen vertraut gemacht. ○



«Man kann extreme Entwicklungen nicht mehr ausschliessen»: Ökonom Schnabl.

Weltwirtschaft

«Es wird kaum Wohlstand geschaffen»

Regierungen und Zentralbanken haben offenbar die Lage nach der letzten Finanzkrise stabilisiert. Doch unter der Oberfläche seien noch grössere Gefahren entstanden, warnt der einflussreiche Ökonom Gunther Schnabl. Auch das vermeintlich sichere Deutschland sei nur ein Scheinriese. *Von Beat Gygi*

Der deutsche Ökonom Gunther Schnabl zählt in der Wirtschafts- und Währungspolitik zu den führenden Köpfen. Der Wissenschaftler hat im Detail studiert, wie sich die jahrzehntelangen Abwertungswettläufe und die Niedrigzinspolitik auf die Leistungsfähigkeit der Unternehmen und der öffentlichen Institutionen auswirken. Seine jüngsten Arbeiten gelten der Frage, wie weit die Geldpolitik den ordnungspolitischen Rahmen und damit das Vertrauen der Bürger in die Politik zerstört, weil der Zins als Orientierungsgrösse ausser Kraft gesetzt wird. Seines Erachtens müssen sich Investoren auf eine gigantische Wertvernichtung einstellen.

Herr Schnabl, die Bundestagswahlen in Deutschland haben zu völlig neuen Kräfteverhältnissen in der Parteienlandschaft

geführt. Welchen Einfluss hat das Wahlergebnis auf die Wirtschaft?

Nach meiner Einschätzung haben die Wahlen keine grossen Folgen für die Wirtschaft. Es geht alles weiter wie vorher. Es ist eher umgekehrt: Im Wahlergebnis spiegelt sich die Entwicklung der Wirtschaft. Wir beobachten seit längerer Zeit ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum. Das drückt auf die Einkommen und damit auf die Stimmung vieler Menschen, die sich von den etablierten Parteien abwenden.

Aber aus Deutschland kommen doch immer noch gute Konjunkturmeldungen.

Das gilt vor allem für die Zahl der Arbeitslosen, die weiter sinkt. Das reale Wachstum im Boomjahr 2017 beträgt gerade einmal 1,6 Prozent. Das reale Lohnniveau ist in Deutschland seit der Jahrtausendwende nur

sehr wenig gestiegen. Da die Anzahl der Menschen in schlechtbezahlten und wenig abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen wächst, nimmt auch die Unzufriedenheit

«Seit der Jahrtausendwende wurde ein grosser Anteil der deutschen Anlagen im Ausland vernichtet.»

mit den etablierten Parteien zu, die das Problem immer noch ignorieren.

Und die Wirkungen der Politik auf die Wirtschaft bleiben gering?

Höchstwahrscheinlich. Aus meiner Sicht ist das geringe Wachstum vor allem dadurch zu erklären, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen bei null hält und in grossem Umfang Staatsanleihen kauft.

Keine etablierte Partei hat diese Politik im Wahlkampf ernsthaft thematisiert. Nur die FDP hat signalisiert, dass sie keinen weiteren Rettungspaketen für Euro-Staaten zustimmen würde. Das könnte darauf hindeuten, dass sich eine deutsche Regierung mit einer Beteiligung der FDP künftig etwas stärker gegen die Geldschwemme wehren wird.

Aber die deutsche Wirtschaft ist doch auch an einem niedrigen Euro-Kurs interessiert, um gut exportieren zu können.

Der niedrige Zins begünstigt Kapitalabflüsse aus Deutschland, die den Euro abwerten und im Ausland den Kauf deutscher Güter finanzieren. Davon haben in der Tat vor allem die grossen exportorientierten Unternehmen sehr stark profitiert. Ob das gut für die Bürger ist, steht auf einem anderen Blatt.

Erfolge im Export bedeuten also zugleich, dass im Inland wenig investiert wird?

Ja, denn wenn das Kapital nicht aus Deutschland abfliessen würde, würde unweigerlich im Inland mehr investiert, zum Beispiel in die inzwischen an vielen Stellen brüchige Infrastruktur. Damit würde auch das Lohnniveau stärker steigen. Dann würden insbesondere die Bauindustrie und der Dienstleistungssektor profitieren, also vor allem kleine und mittlere Unternehmen, während die meist grossen Exportunternehmen schlechter wegkämen.

Was gibt es neben der Geldpolitik Bedenkliches in der Wirtschaftspolitik?

Die im internationalen Vergleich restriktive Finanzpolitik ist für Deutschland nicht mehr zielführend. Weil die deutsche Regierung einen ausgeglichenen Staatshaushalt anstrebt – Stichwort: schwarze Null –, trägt sie dazu bei, dass viel Kapital aus Deutschland abfliesst. Derzeit sind das immerhin fast 300 Milliarden Euro pro Jahr. Nach meiner Beobachtung fliesst das Kapital vor allem in Länder, wo der Staat das Geld lockerer ausgibt. Das sind insbesondere die USA, das Vereinigte Königreich und auch Frankreich.

Ist es falsch, wenn deutsches Geld im Ausland angelegt wird, weil es da bessere Investitionsmöglichkeiten gibt?

Es ist nur dann sinnvoll, wenn es auch gut investiert wird und vor allem wieder zurückgezahlt wird. Daran habe ich Zweifel. Seit der Jahrtausendwende wurde ein grosser Anteil der deutschen Anlagen im Ausland vernichtet. Vor der europäischen Finanz- und Schuldenkrise hat die restriktive Finanzpolitik ab dem Jahr 2000 die deutschen Ersparnisse in den Süden, Westen und Osten Europas getrieben, wo diese verkonsumiert und verspekuliert wurden. Das Gleiche gilt für die beträchtlichen Investitionen deutscher Landesbanken im US-

Hypothekenmarkt, die sich mit der amerikanischen Hypothekenmarktkrise in Luft aufgelöst haben. Ich habe berechnet, dass seit dem Jahr 2000 pro Bürger zirka 20 000 Euro im Ausland verlorengegangen sind.

Ist das auch für die Zukunft zu erwarten?

Mit dem weltweit äusserst geringen Zinsniveau sind die Wahrscheinlichkeit und die Dimension von Übertreibungen auf den Finanzmärkten seit Ausbruch der globalen Finanz- und Schuldenkrise nochmals deutlich angestiegen.

Warum sind Kapitalflüsse in der Öffentlichkeit kaum ein Thema, dafür das Gegenstück, die Exporte, umso mehr?

Deutschland ist traditionell ein Exportland. Viele sehen Exportüberschüsse als Zeichen der Stärke. Sie bedenken nicht, dass die damit verbundenen Kapitalabflüsse eine Schwächung der Binnenwirtschaft bedeuten. Dazu hat die sparorientierte Finanzpolitik in den letzten Jahren massgeblich beigetragen. Die deutschen Bürger haben diese Last in Form geringer Lohnerhöhungen getragen, die weit hinter denen anderer Länder zurückgeblieben sind.

Vielleicht ist die Nachfrage im Inland gerade nicht so gross.

Die deutschen Kapitalabflüsse basieren zunehmend auf der wachsenden Ersparnis der Unternehmen, die sowohl von der anhalten-



«Die Europäische Zentralbank schlachtet die Gans, die goldene Eier legt.»

den Lohnzurückhaltung als auch von den niedrigen Zinsen der Europäischen Zentralbank profitieren. Würde man in Deutschland die Löhne wieder deutlicher steigen lassen, dann würde auch die Nachfrage im Inland wieder steigen, und die Exporte würden zurückgehen.

Kann man sich denn nicht mehr auf Recht und Ordnung an den Märkten verlassen? Wer Kapital ausleiht, darf doch nicht einfach betrogen werden.

Das ist die herkömmliche Sicht, die meines Erachtens nicht mehr gilt, weil die sogenannte Signalfunktion der Zinsen ausser Kraft gesetzt wurde. Normalerweise signalisiert ein hoher Zins ein hohes Ausfallrisiko. Die Zentralbanken drücken jedoch weltweit die Zinsen gegen null, so dass die Risiken nicht mehr richtig angezeigt werden. Das hochverschuldete Italien zahlt beispielsweise einen Zins von 2,2 Prozent auf zehnjährige Anleihen. Die Wahrscheinlichkeit, dass verantwortungslos spekuliert wird und Länder oder Unternehmen überschuldet sind, hat sich damit stark erhöht. Man könnte deshalb auch sagen, dass

die Zentralbanken Recht und Ordnung an den Finanzmärkten unterhöhlt haben.

Deutschland gilt als Zugpferd in Europa. Stimmt das noch?

Deutschland war immer die Wachstumslokomotive in Europa, weil es eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung hatte. Das Land hat die Produktivitätsgewinne erwirtschaftet, von denen viele europäische Länder in Form von steigenden Löhnen und eines Ausbaus der Sozialsysteme profitiert haben. Jetzt zeichnet sich ein Einschnitt ab. Da die EZB die Zinsen gegen null gedrückt hat, werden immer mehr Investitionsprojekte mit geringer oder sogar negativer Rendite auf den Weg gebracht, so dass auch in Deutschland die Produktivitätsgewinne und die Wachstumsdynamik deutlich zurückgegangen sind. Die EZB schlachtet die Gans, die goldene Eier legt.

Nochmals: Die Wirtschaftszahlen sehen aber nicht schlecht aus.

Im Moment ja, weil das billige Geld seit 2008 in Deutschland eine Immobilienblase und eine Exportblase treibt. Wenn diese irgendwann platzen, dann wird Deutschland nicht mehr Europas Zugpferd sein. Dann dürften die grossen Nettoszahungen an die EU sowie die noch deutlich grösseren versteckten Transfers über die Europäische Zentralbank stärker in Frage gestellt werden.

Ist also der gegenwärtige Eindruck, die Euro-Zone habe sich beruhigt, dem Ausweiten der Blase zuzuschreiben?

Genau, das billige Geld erzeugt jetzt eine Illusion der Stabilisierung, ist aber nur die Vorstufe zu einer noch tieferen Krise.

Wo sehen Sie die gefährlichsten Stellen, an denen sie ausbrechen könnte?

Vor dem Ausbruch der europäischen Finanz- und Schuldenkrise gab es eine Blase beim Kreditwachstum. Deshalb wird der Bankensektor nun stark kontrolliert und reguliert. Die Risiken haben sich deshalb auf den Unternehmenssektor verschoben, der von der Politik des billigen Geldes stark subventioniert wird. Vor allem bei grossen Unternehmen ist ein stark steigendes Volumen von völlig überbewerteten Unternehmenskäufen und -übernahmen zu beobachten.

Wie geht das?

Die ultralockere Geldpolitik der EZB kommt vor allem den grossen Unternehmen entgegen, die sich direkt am Kapitalmarkt finanzieren können und exportorientiert sind. Grosse Unternehmen gelten auch als kreditwürdiger, weil das billige Geld deren Aktienkurse nach oben treibt. So können billige Kredite aufgenommen werden, um kleinere Unternehmen überbewertet zu übernehmen. Der Chemiekonzern Bayer hat beispielsweise einen horrenden Preis für die Übernahme des

Konkurrenten Monsanto bezahlt. Die nächste Blase könnte deshalb im Unternehmenssektor platzen. Damit wäre der Sektor betroffen, der in der Vergangenheit den Wohlstand Deutschlands und der gesamten EU getragen und vorangebracht hat.

Wo wird denn noch Wohlstand geschaffen?

Die Antwort ist schwierig. Es wird wohl kaum mehr zusätzlicher Wohlstand geschaffen, weil die Zinsen bei null oder sogar negativ sind. Der Zins ist der Massstab, mit dem sich gute von schlechten Investi-

«Investoren müssen sich vor Augen halten, dass es rasch zu Enteignungen kommen kann.»

tionsprojekten unterscheiden lassen. Die höheren Zinsen von früher machten hohe Renditen erforderlich, um die Finanzierungskosten zu decken. Die Unternehmen waren deshalb gezwungen, Innovationen voranzubringen und die Effizienz zu steigern. Mit dem heute sehr niedrigen Zinsniveau werden viele Investitionsprojekte mit sehr geringen Renditen auf den Weg gebracht oder eigentlich unrentable Investitionsprojekte künstlich am Leben erhalten. Oftmals wird nur noch auf steigende Kurse auf den Finanzmärkten spekuliert. Das schafft keinen Wohlstand und führt in einschneidende Krisen.

Wie können sich Anleger vor allzu grossen Risiken schützen?

Investoren müssen sich vor Augen halten, dass es in einer grösseren Finanzkrise rasch zu Enteignungen kommen kann. Der Wert von Wertpapieren wird einfach auf null gesetzt, wie das zum Beispiel bei den Lehman-Anleihen der Fall war. Immobilien und Aktien sind in dieser Hinsicht weniger exponiert, weil noch ein realer Wert dahintersteht, auch wenn die Preise fallen. Weil die Unsicherheit auf den Finanzmärkten weiter steigen dürfte, werden in Zukunft wahrscheinlich Investitionen in den Vordergrund treten, die den Menschen nicht so leicht zu nehmen sind, zum Beispiel in Bildung. Für gutausgebildete Menschen ist die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit geringer. Da die staatlichen Rentensysteme zunehmend in Schieflage geraten, dürften auch Kinder wieder eine wichtige Investition in die Altersvorsorge werden.

Wo sehen sie die höchsten Risiken?

Die grössten Enteignungsgefahren sehe ich bei Finanzinvestitionen, hinter denen kein direkter realer Wert steht. Auch Aktien sind keine sichere Bank mehr, weil die Kurse stark steigen, während die Innovationskraft und die Effizienzgewinne im Unternehmenssektor verfallen.

Markteinbrüche wären auch für die Politik ein Horror.

Ja, es kann deshalb gut sein, dass sich das geldpolitische Muster der letzten Jahre fortsetzt und im Falle einer grossen Finanzkrise die Geldpolitiken noch expansiver werden. Dann bleiben Investitionen in Aktien und Immobilien eine vergleichsweise gute Investition, weil die Zentralbanken einen starken Preisverfall verhindern.

Wo führt diese Geldpolitik letztlich hin?

Sie führt in eine Art Finanzsozialismus. Einzelne Banken werden in Finanzkrisen direkt verstaatlicht, weil sie sonst kollabieren. In Deutschland betraf das zum Beispiel im Jahr 2009 die Commerzbank. Viel weitreichender ist aber die indirekte Verstaatlichung des Finanzsektors durch das billige Geld, die schon schleichend stattgefunden hat. Denn würden heute die Zinsen rasch wieder auf ein normales Niveau angehoben, würden wohl sehr viele Finanzinstitute zusammenbrechen und müssten verstaatlicht werden.

Ist also eine versteckte Verstaatlichung des Finanzsektors schon Tatsache?

Ja, weitgehend. Das führt mich gedankemässig zum Begriff der «soft budget constraints», den der ungarische Ökonom János Kornai 1979 geprägt hatte, als er die Funktionsweise der sozialistischen Planwirtschaften beschrieb. Die sozialistischen Regierungen liessen die staatlich kontrollierten Banken bedingungslos – also soft – Kredite an eigentlich unrentable Unternehmen vergeben, weil sie Arbeitslosigkeit vermeiden wollten. Die Unternehmen waren deshalb nicht gezwungen, die Effizienz zu steigern, so dass die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgewinne gering oder sogar negativ waren. Die Geschäftsbanken erhielten dafür kostenlos Geld von den Zentralbanken. Ich sehe heute bei den Niedrig-, Null- und Negativzinspolitiken viele Parallelen.

Und die Zentralbanken drucken das Geld einfach?

Ja, und der Anstieg der Geldmenge würde eigentlich zu Inflation führen. Diese wurde in den sozialistischen Planwirtschaften verhindert, indem man die Preise einfach staatlich festsetzte. Die geringe Kaufkraft des Geldes zeigte sich dann in Warteschlangen in den Läden.

Aber das ist heute in den Industrieländern doch nicht der Fall, oder?

Richtig, die Konsumentenpreisindizes, mit denen die Zentralbanken Inflation messen, sind stabil.

Den Konsumenten geht es also gut?

Man spürt die Inflation nicht an den Ladenkassen. Die Preise bleiben dank Aldi und Lidl niedrig. Aber beispielsweise steigen die Immobilienpreise rasant. Für junge Familien ist es heute fast aussichtslos, in einer Region mit guten Jobs noch ein Haus zu kaufen. Auch die

Preise für öffentliche Güter steigen sehr stark, zum Beispiel für das Gut Finanzmarktstabilität. Die Preise für öffentliche Bauprojekte explodieren, da die Staaten dramatische Kostensteigerungen für Flughäfen oder Konzertsäle letztendlich über die Staatsanleihenkäufe der EZB finanzieren können. Da die Geldpolitik über die Vermögenspreise auch sehr starke Umverteilungseffekte zugunsten der Reichen hat, steigen die Preise von Luxusgütern. Ein Preisindex mit Modehandtaschen, Oldtimern, Kunst und Luxusjachten würde steil nach oben zeigen.

Wie kann jemand aus der Mittelschicht seine Ersparnisse heute am besten anlegen?

Weil die Finanzmärkte so volatil geworden sind, braucht man heute viel mehr Wissen als früher, um noch renditeträchtig zu investieren. Man muss den Herdentrieb, der sich

«Ein Preisindex mit Oldtimern, Kunst und Luxusjachten würde steil nach oben zeigen.»

unweigerlich aus dem vielen billigen Geld ergibt, frühzeitig erkennen und sich diesem anschliessen. Dann muss man auch noch rechtzeitig aussteigen. Nötig sind dafür sehr gute Berater und wohl auch viel Glück.

Aber Leute aus der Mittelschicht sind nicht so unterwegs.

Ja, sie haben dieses Wissen nicht oder zögern deshalb – oft so lange, bis der Markt schon am Kippen ist. Dann verlieren sie bei risikoreichen Anlagen. Weil viele das ahnen, bleiben sie den Bankeinlagen verhaftet, die sich aber nicht mehr rentieren. Was sie auch tun, die Gefahr von Verlusten ist gross.

Sollte man an Extremfälle denken?

Man kann extreme Entwicklungen nicht mehr ausschliessen. Die Verteilungswirkungen der heutigen Geldpolitiken sind gewaltig. Sie treiben Keile in alle Gesellschaften. Die Folge ist, dass die Parteien am extremen linken und rechten Rand des politischen Spektrums in fast allen Industrieländern wachsen. Da das geringe Wachstum oft leichtfertig der Globalisierung angelastet wird, erlebt auch der wirtschaftliche und politische Nationalismus eine Renaissance. Man denke an das Vereinigte Königreich, die USA oder auch Spanien. In den 1930er Jahren hat ein solcher Prozess schliesslich zu Krieg geführt. In jüngerer Zeit begegne ich immer öfter Erwägungen, dass für den Fall eines Krieges ein Haus in der Schweiz, in Kanada oder Australien die beste Investition sei, auch wenn dort die Preise schon überteuert sind.

Gunther Schnabl leitet das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig. Von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wird er zu den hundert einflussreichsten Ökonomen im deutschsprachigen Raum gezählt.



FALCON
PRIVATE BANK

Ready for Agile Private Banking?

Where personal excellence meets
digital intelligence.



Wohin mit 100 000 Franken?

Tiefe Zinsen, galoppierende Börsen- und Immobilienkurse: Wie sollte man in diesem Umfeld einen mittelgrossen Betrag anlegen? Die *Weltwoche* hat bei erfolgreichen Investoren und Banken-Profis nachgefragt.

Die Finanzmärkte sind gefährliche Gewässer voller Untiefen und Stromschnellen. Nicht alle finden sich darin zurecht – und doch möchte jeder sein Ersparnis möglichst gewinnbringend anlegen. Zum Beispiel eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern. Sie verfügt über ein sicheres Einkommen und kann jährlich 15 000 Franken auf die Seite legen. Zudem hat die Familie einen Geldbetrag von 100 000 Franken angespart, den sie langfristig anlegen möchte. Dieses Kapital wird erst in zehn oder fünfzehn Jahren für die Ausbildung der Kinder oder für den Ruhestand der Eltern gebraucht. Profi-Anleger sagen, welche Anlagestrategie sie für diesen Fall empfehlen.



des langen Anlagehorizonts und der zusätzlichen jährlichen Einzahlungen folgende Allokation: 70 Prozent Aktien, 30 Prozent Anleihen sowie mehrheitlich Schweizer-Franken-Investitionen.

Grundvoraussetzungen für diesen Vorschlag sind die Bereitschaft der Familie, allfällige temporäre Wert-

schwankungen auf sich zu nehmen, sowie disziplinierte und ausreichend diversifizierte Investitionen in erstklassige Firmen und Schuldner. Aufgrund der Höhe des geplanten Startkapitals drängt sich eine Umsetzung über kostentransparente Kollektivanlagen, beispielsweise Fonds, auf. Kontinuierliches Aktiensparen verspricht langfristig erstaunliche positive (Zinseszins-) Effekte und eine interessante Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Entwicklung.



Oswald J. Grübel,
ehemaliger Konzernchef
UBS und Credit Suisse

Für eher unerfahrene Investoren gibt es nur ein Investment: die eigene Wohnung oder das eigene Haus. Sofern die Familie bereits ein Eigenheim besitzt, empfehle ich Aktien und Gold im Verhältnis 4:1. Eine Garantie, dass sich dies in zehn oder fünfzehn Jahren tatsächlich auszahlt, gibt es aber nicht. Aussagen über so lange Zeiträume sind höchst spekulativ und damit unseriös.



André Kistler, Chefstrategie
Albin Kistler AG

Über Zeiträume von zehn bis fünfzehn Jahren verzeichnet ein Wirtschaftszyklus nahezu immer positives Wachstum. Der Anstieg der Firmengewinne übertrifft dabei die Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts. Nur schon diese historisch belegbaren Fakten sprechen für eine Partizipation an der Wirtschaft und die Berücksichtigung von Aktien.

Wir leben in einer sehr effizienten, globalisierten, aber auch vielerorts überschuldeten Welt. Deswegen werden sich kaum euphorisierende Wachstumsraten oder markante Zinsanstiege ergeben. Allerdings werden die weltbesten Firmen auch in diesem Umfeld langfristig weiterhin hervorragende Ergebnisse erzielen. Insbesondere die Schweiz besticht durch stabile Strukturen, hohe Kaufkraft-erhaltung und bietet eine beeindruckende Dichte an erstklassigen Unternehmen.

Ohne die subjektive Risikobereitschaft der Familie zu kennen, empfehlen wir aufgrund



Paul Weibel,
Leiter Privatkundengeschäft
Swiss Life

Ersparnis rentabel anzulegen, ist im momentanen Tiefzinsumfeld eine Herausforderung. Hier bieten moderne Fondslösungen eine clevere Alternative zum herkömmlichen Sparkonto. Diese Lösungen erhöhen die Renditechancen und – was für Familien mit einem mittel- bis langfristigen Anlagehorizont zentral ist – ermöglichen stabile und langfristige Anlageerträge unter Beibehaltung einer hohen Verfügbarkeit der angelegten Gelder. Diese Flexibilität ist für Familien entscheidend, schliesslich weiss man ja nie, welche Wendungen das Leben nehmen wird.

Wir bei Swiss Life verstehen die Anlage von Vermögenswerten als wesentlichen Bestandteil einer umfassenden Vorsorge. Unsere Kunden profitieren von der langjährigen Erfahrung der Swiss Life Asset Managers, unseren Spezialisten im Bereich Vermögensanlagen. Im Rahmen der Gesamtberatung definieren die Berater gemeinsam mit unseren Kunden die für sie derzeit passende Anlagestrategie. Diese hängt von den persönlichen Bedürfnissen, eigenen Zielen und Wünschen sowie der finanziellen Ausgangslage ab. Bei den modernen Fondslösungen «Swiss Life Premium Delegate» und «Swiss Life Premium Choice» stehen unseren Kunden vier verschiedene Strategien zur Auswahl: «Income», «Balanced», «Growth» und «Equity». Entscheidend ist das persönliche Risikoprofil. Im vorliegenden Fall stehen stabile und langfristig sichere Erträge im Vordergrund. Daher

eignet sich eine Anlagestrategie mit einer moderaten Aktienquote. Denn: Wer sein Geld heute richtig anlegt, kann morgen länger selbstbestimmt leben.



Karl Reichmuth,
Privatbankier
Reichmuth & Co.

Der Fall verlangt Langfristigkeit im Denken und Handeln. Dies ist heute Mangelware, leider auch bei vielen Bankern. Im Glauben, die Sicherheit des Kapitals liege in immer stärkeren Regulierungen sowie jährlichen Performancevergleichen, handelt man fälschlicherweise kurzfristig, selbst wenn es um einen derart langfristigen Spartopf geht. Man glaubt, Sicherheit liege in einem möglichst hohen Anteil an Nominalanlagen: Meist werden die althergebrachten Anlagemittel wie Sparhefte oder Obligationen als sicherste Anlage gesehen, und eine Beimischung von Realwerten wie Immobilien oder Aktien wird komplett ausser Acht gelassen.

Die primäre Zielsetzung der Eltern für diesen Fall sollte deshalb eine hohe, langfristig zu erzielende Rendite sein – und die ist bei realen statt nominellen Anlagen eher gegeben. Der Begriff Risiko wird nämlich oft falsch ausgelegt. Aktien haben zwar ein grösseres Schwankungsrisiko, das Risiko eines Totalausfalls hingegen ist bei genügender Diversifikation angesichts der enormen Überschuldung in westlichen Industriestaaten, rekordhafter Geldmengenausweitung und der Neudefinition der Bankrisiken eher kleiner als bei Nominalanlagen. Sind diese neuartigen Gefahrenherde nicht der Grund für die inzwischen bereits hohen Vermögenspreise in Aktien und Immobilien?

Ungeachtet, aber auch aufgrund dessen ist es bei einem Anlagehorizont von zehn bis fünfzehn Jahren das Wichtigste, sich auf den langfristigen Vermögenserhalt statt auf die kurzfristige nominelle Stabilität zu konzentrieren.



Thomas Müller,
CEO Banque CIC (Suisse)

Der allgemeine Wandel, Währungsrisiken, Negativzinsen, und vieles andere macht das Anlegen, nicht erst seit heute, zur Herausforderung. In einer Anlagekategorie verfügt man seit Jahrzehnten über Erfahrung in der Bewirtschaftung solcher Herausforderungen und hat in dieser langen Periode

ausgezeichnete Renditen für ihre Anleger erzielt: die Schweizer Small und Mid Caps.

Diese Schweizer Unternehmen werden kompetent geleitet, wachsen und erfinden sich immer wieder neu. In vielen Bereichen haben sie sich zu Weltmarktführern entwickelt, die vielleicht nicht mit ihrer absoluten Grösse, aber mit ihren Finanzzahlen global brillieren können. Dabei sind diese Gesellschaften in den unterschiedlichsten Branchen und auf der ganzen Welt tätig, was eine breite Diversifizierung der Anlagen, zum Beispiel über einen Fonds, erlaubt. Sie arbeiten nachhaltig und erfüllen Schweiz-typische, hohe ökologische und ethische Anforderungen, was sie zusätzlich zukunftsfähig macht. Mit ihren schweizerischen Tugenden, bestehend aus soliden Finanzzahlen, Innovationskraft und ausgezeichneten Mitarbeitern, sind sie seit Jahrzehnten in der Lage, selbst bei widrigen Rahmenbedingungen und Veränderungen erfolgreich zu arbeiten.

Wir sind überzeugt, dass dies auch in den kommenden Jahrzehnten der Fall sein wird und erwarten daher eine überdurchschnittlich positive Entwicklung dieser *hidden champions*. Mit einem zeitlich diversifizierten Anfangsinvestment und laufenden zusätzlichen Investments in einen Small-and-Mid-Cap-Fonds mit Fokus Schweiz weiss die Familie, in wen und worin sie investiert, und sie darf in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren eine überdurchschnittliche Rendite bei gleichzeitig diversifizierten Anlagerisiken und minimierten Kosten erwarten.



Marc Faber,
Investor und Herausgeber
Gloom, Boom & Doom Report

Das ist ein relativ gut situierter Haushalt, zumal ich nicht viele Familien mit zwei Kindern kenne, welche jährlich 15 000 Franken sparen können! Ich würde empfehlen, in Schweizer Unternehmen zu investieren und in ein paar Immobilienfonds in Singapur (Real Estate Investment Trusts, REITs) sowie 10 Prozent in physische Edelmetalle. Obwohl nicht gerade billig, halte ich es für wahrscheinlich, dass man mit Investitionen in Aktienkapital in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren besser fährt als mit Obligationen. Bundesobligationen mit zehnjähriger Laufzeit haben eine Rendite von knapp unter null. Aber ich kann Nestlé-Aktien mit einer Dividendenrendite von 2,77 Prozent kaufen, solche von Novartis mit 3,31 Prozent, von Roche mit 3,45 Prozent, der UBS mit 4,22 Prozent, der Zurich-Versicherung mit 5,74 Prozent Rendite (*full disclosure*: Ich besitze all diese Wertpapiere). Und ich kann ein Portfolio aus Singapur-REITs zu einem Dividenden-Zinssatz von 6 Prozent kaufen.

Wenn die Familie also mit etwas Volatilität gegen unten leben kann – was für sie sogar gut

ist, weil sie dann mehr Aktien zu tieferen Preisen kaufen kann –, dürfte sie eine Gesamtrendite aus der Kursentwicklung und den Dividenden von jährlich rund 5 Prozent erzielen. Das ist nicht grossartig, aber besser als Cash auf Bankkonten oder in Bundesobligationen. Physische Edelmetalle dürften sich gut entwickeln, falls die Welt unter der Last des Bullshits der politischen Korrektheit zusammenbricht.



Oliver Herren,
Gründer True Wealth

Nach all den Erkenntnissen und Recherchen, die wir zu diesem Thema gemacht haben bei der Gründung von True Wealth, gibt es aus wissenschaftlicher Sicht – sofern man die Wirtschaft als echte Wissenschaft bezeichnen mag – keine bessere Lösung, als passiv, diversifiziert und möglichst kostengünstig zu investieren. Bei fünfzehn Jahren Laufzeit kann man noch ein leicht grösseres Risiko eingehen als bei einer solchen von zehn Jahren.

Mit einer konservativen, aber nicht unrealistischen Schätzung von 3 Prozent Rendite kommt man nach zehn Jahren auf einen Betrag von 306 350 Franken und nach fünfzehn Jahren auf einen solchen von 434 780 Franken. Wie man schnell sehen kann, sind die Zeit und die Regelmässigkeit der Einzahlung ein wirkungsvolles Mittel, um das Vermögen zu vermehren.

Das Ergebnis wird natürlich vom Marktverlauf, aber auch vom Aktienanteil der Anlagestrategie abhängen. Wenn man sich nicht von Wertschwankungen beirren lässt und nicht auf ein bestimmtes Anlageergebnis angewiesen ist, empfiehlt sich eine Anlagestrategie mit einem grösseren Aktienanteil. Etwa ein Portfolio aus Exchange Traded Funds (ETFs), beispielsweise Indexfonds aus 65 Prozent Aktien, 20 Prozent Obligationen, 10 Prozent Rohstoffen und 5 Prozent Immobilienanlagen.

Mit der Entscheidung, in die Ausbildung der Kinder zu investieren, gibt es dann gleich nochmals eine zusätzliche Rendite – die beste, die man bekommen kann: nicht nur finanziell, sondern auch von der Zufriedenheit her. Was gibt es Schöneres, als die Entwicklung seiner eigenen Kinder zu fördern.



Martin Keller,
CEO Falcon Group

In diesem spezifischen Fall und aufgrund der verfügbaren Informationen empfehlen wir eine ausgewogene, breit diversifizierte Anlagestrategie mit erhöhtem Aktienanteil. Einerseits sollte das Risiko nicht zu hoch sein, da die Familie nach zehn bis fünfzehn Jahren auf das angesparte Geld angewiesen ist. Andererseits spricht für uns der relativ lange Anlagehorizont für einen Hauptfokus auf Aktien. Unsere Anlagespezialisten gehen davon aus, dass bei den aktuellen Bewertungen, welche

historisch gesehen hoch sind, die erwartete jährliche Rendite für Aktien über die nächsten zehn Jahre bei ungefähr 5 Prozent liegen wird. Bezüglich festverzinslichen Anleihen gibt es trotz dem Tiefzinsumfeld Möglichkeiten, eine positive Rendite zu erwirtschaften. Während man für Schweizer Unternehmensanleihen mit einer Laufzeit von über zehn Jahren eine Rendite von 0,75 Prozent erhält, werfen Investment-Grade-Obligationen in US-Dollar eine Nettorendite von 1,5 bis 2 Prozent ab.

Weitere Diversifikationsvorteile kann man durch Beimischung von alternativen Anlagen sowie Rohstoffen erzielen. Eine Allokation in Gold dient als Absicherung gegen *tail risks*, zum Beispiel geopolitische Risiken oder wirtschaftlicher Abschwung. Unser dynamischer Anlageprozess erlaubt uns, agil auf ändernde Marktbedingungen und mutierende Kundenprioritäten zu reagieren. So sind wir in der Lage, jederzeit auf den Kunden zugeschnittene Lösungen anzubieten.



Rolf Biland,
Chief Investment Officer
VZ-Vermögenszentrum

Die Familie sollte 20 000 Franken auf dem Konto lassen – für Notfälle und unerwartete Ausgaben. Auch sollten die Eltern die Planung für die Zeit nach der Pensionierung angehen. So stellen sie sicher, dass das Einkommen zusammen mit dem Vermögen ausreicht, um die voraussichtlichen Ausgaben zu decken. Bevor sie Geld anlegen, müssen sie gut abwägen, wie viel Risiko sie tragen können und wollen. Sie haben einen Zeithorizont von zehn bis fünfzehn Jahren, bevor sie das Geld wieder brauchen.

Deshalb empfehle ich eine Strategie mit 35 bis 65 Prozent Aktien – abhängig vom Risikoprofil. Den Rest können sie zum Beispiel in Obligationen anlegen. Das Zinsumfeld spricht eher für einen höheren Aktienanteil. Mit Aktien nehmen sie zwar grössere Kursschwankungen in Kauf, in zehn Jahren und mehr lassen sich aber häufig gute Erträge erzielen. Wer etwa im Zeitraum von 1998 bis 2016 eine beliebige Zehnjahresperiode lang die Aktien des Schweizer Index SPI hielt, hat in allen Zehnjahresperioden eine positive Rendite erzielt: Im Schnitt 8,64 Prozent pro Jahr. Durch die gestaffelte Investition der 15 000 Franken im Jahr werden die Kursschwankungen zudem geglättet. Wichtig ist, dass sie eine günstige und gutdiversifizierte Anlage wählen.

Eine Diversifikation über Einzeltitel lohnt sich aus Kostengründen oft nur für grössere Depots. Passive Anlagen wie Exchange Traded Funds (ETF sind vielfach effizienter. Damit können sie ein ganzes Marktsegment mit einer einzigen Transaktion abdecken. ETFs sind günstig und lassen sich schnell wieder zu Bargeld machen.

Protokoll: Florian Schwab

Geheimtipp oder Wahnsinn?

Die Kryptowährung erringt immer neue Rekorde. Ist das eine gigantische Blase, oder wird der Bitcoin tatsächlich das Geld der Zukunft sein? Zwei leidenschaftliche Investoren kreuzen die Klingen.

Ein Pro und Kontra von Wences Casares und Adriano B. Lucatelli

Wences Casares: Warum Sie jetzt in den Bitcoin investieren sollten.



«Seien Sie diszipliniert»: Wences Casares.

Ich habe vielen Freunden dabei zugesehen, wie sie Geld mit Bitcoin gewonnen und verloren haben. Persönlich sehe ich eine 20-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass der Bitcoin-Kurs zusammenfällt, aber eine 50-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass Bitcoin sich als der wahrhaft globale, offene und unpolitische Wertstandard und Transaktionsmechanismus durchsetzt, womit der Preis für einen Bitcoin in den nächsten zehn Jahren auf eine Million US-Dollar steigen kann. Daraus ergeben sich drei Empfehlungen:

Erstens, kaufen Sie Bitcoin! Der potenzielle Gewinn ist so gross, dass es sich lohnt, einzusteigen und dabeizubleiben. Auch ein kleiner Betrag kann Ihr Leben verändern. Zweitens, kaufen Sie nur so viel, wie Sie sich leisten können zu verlieren. Typischerweise ist das unge-

fähr 1 Prozent des Nettovermögens (Guthaben abzüglich Schulden). Drittens, seien Sie diszipliniert. Wenn eines sicher ist, so ist es dies: Der Bitcoin-Preis steigt und fällt dauernd. Dauerndes Kaufen und Verkaufen lenkt Sie nur vom langfristigen Potenzial ab, dessentwegen Sie den Bitcoin ursprünglich gekauft haben.

Besser nicht traden

Diese Ratschläge hören sich einfach an, aber in der Praxis sind sie schwer zu befolgen. Man braucht vor allem Disziplin. Wenige von den Leuten, denen ich diese Tipps gegeben habe, haben sich tatsächlich daran gehalten. Aber jene, die es getan haben, waren damit erfolgreicher, selbst wenn sie später eingestiegen sind. Ich habe etliche Freunde gesehen, die bei relativ «teuren» Preisen (vielleicht 300 US-Dollar pro Bitcoin) eingestiegen sind und deutlich erfolgreicher waren als Leute, die zu «billigen» Preisen angefangen haben, aber dann wiederholt verkauft und wieder gekauft haben.

Es gibt immer einen Grund, zu verkaufen. Beispielsweise, wenn Ihr Guthaben sich verzehnfacht hat. Man ist versucht, die Gewinne zu realisieren und ein neues Auto oder ein Haus zu kaufen. Das ist nicht falsch, wenn es Ihnen wichtig ist. Aber ich empfehle, hier vorsichtig zu sein: Traden führt typischerweise zu noch mehr Traden und damit zu schlechteren Resultaten.

Wences Casares ist Gründer und CEO von Xapo, dem weltweit führenden Anbieter von Bitcoin-Konten mit Sitz in der Schweiz.

Adriano B. Lucatelli: Warum Sie die Finger vom Bitcoin lassen sollten.



«Höchst riskant»: Adriano B. Lucatelli.

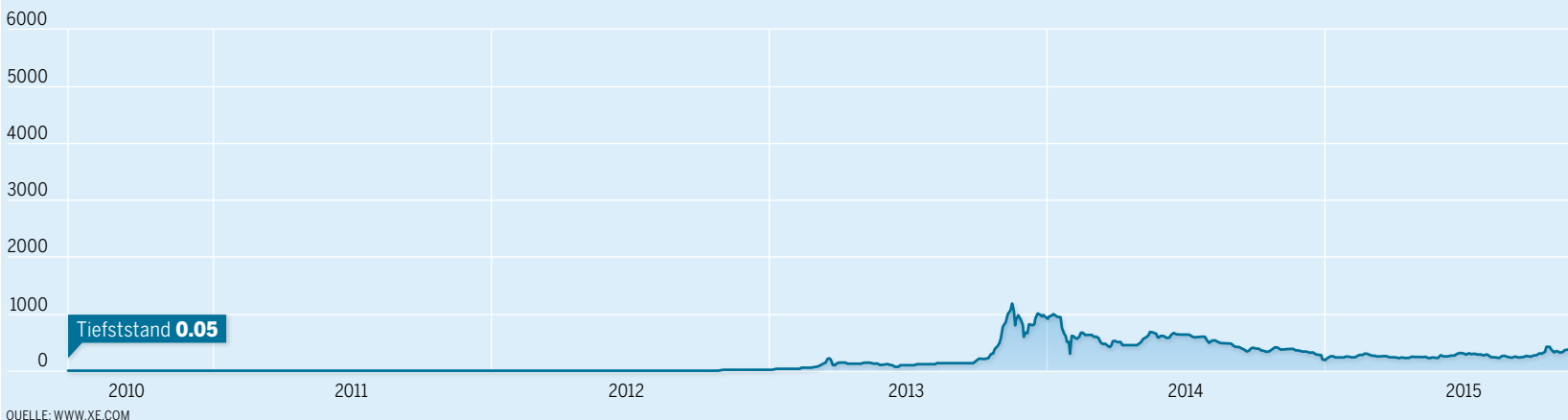
Bitcoin ist in aller Munde, und die gewaltigen Gewinnaussichten der Kunstwährung ziehen die Spekulanten an wie das Licht die Motten. Neuerdings werden sogar ahnungslose Kleinanleger an Seminaren zu «Bitcoin-Profis» ausgebildet. Weil schon von ferne betrachtet klar ist, wer am Abend mit leeren Taschen nach Hause gehen wird, sollten Privatanleger den leeren Versprechungen widerstehen und die Finger von Bitcoins lassen.

Achtung, Hacker

Bitcoins kann man (noch) nicht an regulierten Devisenmärkten oder als «Commodity» an den üblichen Terminmärkten erwerben. Wer also Bitcoins kaufen will, muss dies über private Tauschbörsen ausserhalb des etablierten Bankensystems tun, die mit etlichen Risiken

Bitcoin

Kursentwicklung seit 17. Juli 2010 bis heute, in US-Dollar



Starke Schwankungen: Bitcoin-Kurs.

belastet sind. So fallen sie immer wieder Hacker-Angriffen zum Opfer, und Einzelne mussten auch schon Insolvenz anmelden – wie etwa die Bitcoin-Börse Mt. Gox.

Bitcoins haben keinen intrinsischen (inneren) materiellen Wert. Erstens besteht kein Rechtsanspruch, und zweitens erwirbt man keine Anrechte auf allfällig vorhandene Ver-

Je weniger sich der Investor einen Verlust leisten kann, desto tränenreicher kann es enden.

mögenswerte. Bitcoin-Käufer erwerben also im Grunde genommen nichts. Der Vergleich mit Gold ist hier irreführend, denn der Preis des gelben Edelmetalls bildet – im Gegensatz zum Kurs des Bitcoins – den Wert eines Rohstoffs mit praktischen Verwertungsmöglichkeiten ab. Es ist aus den genannten Gründen jederzeit möglich, dass der Wert des Bitcoins in Richtung null absackt.

Der Bitcoin-Markt ist ausserdem sehr starken Schwankungen unterworfen. So kann der Preis innerhalb weniger Tage um 50 Prozent einbrechen, aber im Gegenzug auch wieder rapide zulegen. Wer in Bitcoin investiert, muss sich deshalb bewusst sein, dass er ein höchst riskantes Geschäft eingeht. Es ist zweierlei, ob ein Milliardär Bitcoin als Diversifikation einsetzt oder ob ein Privatanleger in der Hoffnung auf das schnelle Geld seine Altersersparnisse aufs Spiel setzt.

Deshalb sollte nur Bitcoins als Risikoinvestition erwerben, wer langfristig investieren will und ausserdem einen Totalverlust verkraften kann. Notabene: Je weniger sich der Investor einen grösseren Verlust leisten kann, desto tränenreicher kann die Bitcoin-Erfahrung enden.

Adriano B. Lucatelli ist Mitgründer und CEO des Fintech-Unternehmens Descartes Finance. Früher gehörte er dem Management Committee der UBS Schweiz an.



Währungen

Möge die beste Münze gewinnen

Staatliches Geld versagt in seiner Kernaufgabe: Vermögen für die Zukunft zu sichern. Darum braucht es endlich mehr Möglichkeiten für privates Geld. *Ein Plädoyer von Natalie Vein*

Private Unternehmen, welche eigenes Geld herausgeben? Für die meisten Leute scheint die Vorstellung einer Geldversorgung jenseits der Kontrolle durch staatliche Zentralbanken abwegig bis beängstigend. Weil wir in unserem Leben nur nationale Währungen wie den Schweizer Franken gekannt haben, ist es verständlich, wenn wir sagen: «Die Währung, die wir haben, funktioniert. Warum verrückte Experimente wagen?»



Über weite Strecken der europäischen und nordamerikanischen Geschichte haben private Banken ihre eigenen Banknoten herausgegeben. Heute hingegen haben wir in allen entwickelten Volkswirtschaften ein gleichartiges, allgemein akzeptiertes Geld, dessen Wert von der Regierung garantiert wird. Dies versieht unsere

Währungen mit einer Aura der Kontinuität und Autorität. Das sind gewiss schöne Eigenschaften, doch wie gut wird dieses Geld seiner Kernaufgabe gerecht? Man muss kein Ökonom sein, um zu sehen, dass eine der grundlegenden Funktionen einer Währung darin besteht, Vermögen zu erhalten. Indem wir Geld sparen, wollen wir seine Kaufkraft erhalten, so dass wir es auch in Zukunft nutzen können, um unsere Wocheneinkäufe zu tätigen, ohne dass uns diese Jahr für Jahr teurer zu stehen kommen.

Leider zeigt die Währungsgeschichte der letzten Jahrhunderte, dass es nicht im Wesen der staatlichen Papiergeldwährungen liegt, ihren Wert auf lange Sicht zu erhalten. In den letzten Jahrzehnten haben die Regierungen zu immer extremeren Mitteln gegriffen, um die Wertschwankungen zu begrenzen – und in diesem Prozess Schulden angehäuft. Selbst diese aggressiven Interventionen in die Wirtschaft haben die Inflation und die Wertschwankungen niemals vollständig unter Kontrolle gebracht.

Historische Gelegenheit

Aus gutem Grund reagieren die meisten vernünftigen Wirtschaftswissenschaftler und Bürger auf das Wort «Monopol» mit tiefer Ablehnung. Es steht sinnbildlich für den Zwang, exorbitante Preise für ein schlechtes Produkt zu zahlen – der Kunde als Geisel. In allen Wirtschaftszweigen ist der Wettbewerb ein Segen für die Konsumenten. Übertragen auf private Währungen: Weil die weniger zuverlässigen durch den Wettbewerb eliminiert würden, wäre es für das Überleben jeder neuen Währung



Aggressive Interventionen: EZB-Chef Draghi.

zentral, dass sie ihren Wert auf dem versprochenen Niveau hält. Schaffte sie das nicht, dann würden die Kunden mit ihren Füßen abstimmen und zu einem anderen Bewerber gehen.

Im Gegensatz zum Status quo wäre das schon eine wichtige Verbesserung, weil nämlich die Regierungen genau den umgekehrten Anreiz haben: Über Jahrzehnte resultierte als Ergebnis ihrer Währungspolitik der Wertverlust ihres eigenen Geldes. Das fällt weniger auf, wenn man das Glück hat, unter einer vergleichsweise «stärkeren» Heimwährung zu leben wie etwa dem Schweizer Franken, dessen Abwertung sich langsamer abspielt als jene anderer Währungen.

Das Zulassen privater Währungen wäre auch eine historische Gelegenheit, damit sich alternative Währungen und die ihnen zugrundeliegenden Theorien unter den Bedingungen des echten Lebens beweisen könnten. Und zwar ohne jegliches systemische Risiko, weil der Untergang einer einzelnen von vielen Währungen nicht die ganze Wirtschaft in den Abgrund reissen würde. Von Gold und Algorithmen bis zu anderen Ideen über das perfekte Geld: All das würde von der Fiktion ins Reale wechseln, getestet und von Wettbewerbern herausgefordert werden; möge die beste Münze gewinnen!

Die Kritiker von Privatwährungen zeigen mit einiger Schadenfreude auf den Bitcoin und Ähnliches: die Wertschwankungen, die Sicherheitsbedenken, die «Krypto-Blase». Ja, klar. Man kann den Bitcoin mit guten Argumenten angreifen; er ist alles andere als perfekt. Aber eine Sache ist wirklich grossartig: Wenn man ihn nicht mag, muss man ihn nicht nutzen.

Natalie Vein, 29, ist Globetrotterin, Ökonomin und Autorin. Sie arbeitet als Kommunikationsberaterin bei En Garde, einem Beratungsunternehmen im Finanz- und Privatbankensektor.

Altes Geld, neuer Boom

Es ist die Königsklasse der Finanzdienstleistungen: die Rundumbetreuung von superreichen Familien. Das Geschäft mit Family-Offices boomt in der Schweiz. Auch die Banken beackern das Feld intensiv. Von Florian Schwab (Text) und Nicolas Righetti (Bild)

Auf den ersten Blick sind die Geschäftsräumlichkeiten von Stonehage Fleming in Genf kaum von einem diskreten *meeting room* einer Schweizer Privatbank zu unterscheiden: elegant-moderne Möbel aus Glas, Chromstahl und Leder. An der Wand hängt exklusive Kunst. Glaubt man Jacqui Cheshire, der



Leiterin der Schweizer Aktivitäten von Stonehage Fleming, dann unterscheidet sich das Geschäft, in dem sie sich bewegt, sehr wohl vom Private Banking: Stonehage Fleming ist ein sogenanntes Multi-Family-Office. Das Unternehmen kümmert sich um das Vermögen von ungefähr 250 reichen Familien, schwerpunktmässig aus dem europäischen Raum, und betreut ein Gesamtvermögen von rund 43 Milliarden US-Dollar. In der Schweiz beschäftigt Stonehage Fleming 134 Mitarbeiter.

Spezialisiert auf Kunstsammlungen

Die Engländerin Jacqui Cheshire, eine junge Finanzspezialistin, hat ein makellos-distinguirtes Auftreten, an dem insbesondere die Abwesenheit von allem Grosstuerischen auffällt. Ihr Unternehmen, sagt sie, verstehe sich ganz als Dienstleister. Anders als Privatbanken partizipiere man nicht an erzielten Vermögensgewinnen, sondern man berate wohlhabende Familien in komplizierten Fragen des Erhalts der Familienwerte über viele Generationen. Oftmals sind Vermögen im Spiel, die vor langer Zeit erwirtschaftet wurden (*old money*) und die es für die Zukunft zu erhalten gilt.

In der globalisierten Welt können die Vermögensverhältnisse vieler superreicher Familien beliebig kompliziert werden: Unterschiedliche Rechtsordnungen und unterschiedliche steuerliche Anforderungen treffen auf verschiedene Generationen und Interessen innerhalb verschiedener Familienzweige. Auf solche Fragen ist Stonehage Fleming spezialisiert. Daher gehe die Verbindung zwischen einem Family-Office und seinen Kunden viel weiter und sei viel langfristiger als eine typische Privatbanken-Kundenbeziehung. Das Geschäft der Banken sei die Vermögensverwaltung, während bei Family-Offices ein grosses Spektrum an weiteren Dienstleistungen hinzukomme.

So kenne sich Stonehage Fleming beispielsweise wie kaum ein anderes Unternehmen in den Belangen von Kunstsammlungen und Fragen der Philanthropie aus. Andere Anbieter spezialisieren sich auf Privatflugzeuge, Jachten

oder Immobilien. «Ein Know-how in solch spezialisierten Fragen lässt sich nicht über Nacht aufbauen.» Es gehe darum, die Familie, ihre Vermögensverhältnisse und auch ihre langfristigen Perspektiven sehr gut zu kennen. Zudem brauche man viel Erfahrung und müsse mit der Rechtsordnung in den wichtigsten

Wirtschaftszentren vertraut sein.

Wie im Falle von Stonehage Fleming, sind auch die Namen der übrigen Multi-Family-Offices in der Schweiz kaum bekannt. Von der Mitarbeiterzahl in der Schweiz her betrachtet, bewegt sich Quilvest in einem ähnlichen Rahmen. Das Unternehmen verwaltet weltweit rund 36 Milliarden US-Dollar und ist aus dem Family-Office der argentinischen Bierdynastie Bemberg (Quilmes-Bier) hervorgegangen.

Im Unterschied zu Stonehage Fleming verfügt Quilvest über eine Banklizenz in der Schweiz und ist sehr stark im Private-Equity-Geschäft aktiv. Die Logik dahinter: Weil so gut wie aller grosse Reichtum durch unter-

Das Vermögen der Milliardäre hat sich zwischen 1995 und 2016 versiebenfacht.

nehmerische Tätigkeiten entstanden ist, pflegt man den Kauf und Verkauf von Firmen als Verkörperung der «unternehmerischen Kultur», welche viele Kunden sowieso mitbringen. Das Unternehmen wirbt sogar damit, bei Finanzdeals an der Seite seiner Kunden eigenes Geld zu investieren, um so gleichgerichtete Interessen zu bewirken. Stonehage Fleming ist eine solche Dealmaker-Mentalität eher fremd. Das Unternehmen rühmt sich seiner unabhängigen Eigentümerstruktur, welche in jeder Hinsicht eine unabhängige Beratung erlaube.

Pictet führt

Eine umfassende Übersicht über die in der Schweiz tätigen Family-Offices und Multi-Family-Offices gibt es nicht. Auf der Bloomberg-Liste der weltweiten Top 50 sind sieben Schweizer Anbieter anzutreffen: Pictet mit anvertrauten Vermögen in der Höhe von 57,3 Milliarden US-Dollar vor dem UBS Global Family Office mit solchen von 47,5 Milliarden US-Dollar, Atag Private & Corporate Services in Basel mit 8 Milliarden US-Dollar, 1875 Finance in Genf mit 6 Milliarden US-Dollar, Be-

drock in Genf mit 5,3 Milliarden US-Dollar und FS Finance Swiss in Zürich mit 4,8 Milliarden US-Dollar sowie das Marquard Family Office in Zürich mit 3,4 Milliarden US-Dollar Vermögensvolumen.

Anspruch auf Vollständigkeit kann diese Liste aber nicht erheben. So fehlen Anbieter wie Stonehage Fleming und Quilvest in den Top 50, obwohl sie von ihrer Finanzkraft her ohne weiteres dazugehören würden. Zudem sucht man



«Da ist die Schweiz naheliegend»: Jacqui Cheshire,

vergeblich nach Family-Offices, die sich nur um eine Familie kümmern, so etwa Waypoint der Familie Bertarelli (ca. 11,5 Mrd. Franken), die Jacobs Holding (ca. 8,5 Mrd. Franken), die Anewa AG von Stephan Schmidheiny, um nur ein paar zu nennen. Dem *Wall Street Journal* sagte Pierre-Alain Wavre, der Leiter des Multi-Family-Office bei Pictet, es brauche ein Vermögen von über 500 Millionen US-Dollar, um «effiziente Preise für Investment-Produkte» herauszuholen und ich die besten Mitarbeiter leisten zu können. Das ist gewissermassen die kleinste effiziente Betriebsgrösse für ein Family-Office.

Weltweiter Aufschwung

Weltweit ist gemäss Bloomberg die britische HSBC-Bank führend, welche 173,3 Milliarden US-Dollar für 340 Familien verwaltet. Ansonsten ist das Geschäft weitgehend in amerikani-

scher Hand, dort wo die gemeinsame Vermögensverwaltung reicher Familien ihre geschichtlichen Wurzeln hat und sie bis heute sehr stark verankert ist. Der Bessemer Trust in New York ist beispielsweise für über 2200 Familien tätig.

Die Vermögensberatung und -verwaltung für superreiche Familien ist eine Wachstumsbranche. Allein das Vermögen der 50 Top-Anbieter gemäss Bloomberg-Liste erhöhte sich zwischen 2016 und 2017 um mehr als 10 Prozent. Der Boom von Family-Offices wird in erster Linie von der Vermögensentwicklung bei den Superreichen angetrieben. Gemäss dem Milliardärsreport von UBS und PwC gibt es in Europa, den USA und im Raum Asien/Pazifik rund 1400 Milliardäre. Das Vermögen der Milliardäre habe sich zwischen 1995 und 2016 versiebenfacht. Gemäss dem Global Wealth

Report der Credit Suisse übersteigt die Zahl der weltweiten Dollar-Millionäre 33 Millionen. Experten von Ernst & Young schätzen, dass weltweit über 10 000 Single-Family-Offices aktiv sind.

Nach Überzeugung von Jacqui Cheshire von Stonehage Fleming wird die Bedeutung der Schweiz als Standort für Family-Offices weiterhin zunehmen. Der verlässliche Rechtsrahmen und das hier vorhandene Know-how bei Finanzdienstleistungen sowie die gute Finan-

«Ein Know-how in solchen spezialisierten Fragen lässt sich nicht über Nacht aufbauen.»

zinfrastruktur bildeten dafür ideale Voraussetzungen. Ein Aspekt, welcher insbesondere im Vergleich mit London ins Gewicht falle, seien neue Einschränkungen beim «non domicile»-Status in Grossbritannien.

Dieser Rechtsstatus erlaubte es vermögenden Ausländern, in Grossbritannien Wohnsitz zu nehmen, ohne ihr Einkommen von ausserhalb Grossbritanniens zu versteuern. Wer von den Abstrichen betroffen sei, der müsse sich zwangswise Gedanken über seine Vermögensplanung machen, und «da ist die Schweiz naheliegend». Innerhalb von Stonehage Fleming sei es im letzten Jahr zu etlichen Übertragungen von Vermögen in die Schweizer Einheit gekommen.

Glücksspiel mit ungewissem Ausgang

Für die Schweizer Privatbanken kommt der Family-Office-Boom gerade recht. Etliche Institutionen und ihre Mitarbeiter sind durch die Turbulenzen der letzten Jahre in Bedrängnis geraten. Immer mehr Privatbanken haben seit einiger Zeit damit begonnen, Dienstleistungen unter dem Titel «Family-Offices» anzubieten. Doch ob sie wirklich in der Lage sind, sich aus den Zwängen der Interessenkonflikte aufgrund eigener Anlageprodukte zu lösen und das notwendige Know-how aufzubauen, bleibt abzuwarten. Und für Mitarbeiter, vor allem Kundenberater, bieten sich die «echten» Family-Offices ohne Bankbetrieb als «letzte Chance für Privatbankiers» an, wie das Finanzportal *Finews.ch* kürzlich berichtete.

Wer als Kundenberater den Wechsel erwägt, muss sich dies gut überlegen. Viele Family-Offices bezahlen streng leistungsbezogen in Abhängigkeit vom Kundenportfolio des Mitarbeiters. Das sei, schreibt *finews.ch*, ein toller Anreiz für Banker, welche Mühe hätten mit der in den letzten Jahren gewachsenen Bürokratie. Doch finanziell betrachtet, handle es sich eben auch um ein «Glücksspiel» mit ungewissem Ausgang. Nur ein Prozent der Kundenberater verfügten über die notwendigen Erfahrungen, um superreiche Familien mit der nötigen Dossier-sicherheit unterstützen zu können. ○



Family-Office-Chefin bei Stonehage Fleming in Genf.



Kaviar und Champagner-Splash: Event-Unternehmer Mühleck im Hafen von Monte Carlo.

Luxus

Kapitän der Multimillionäre

Christian Mühleck begann als Privatkapitän vermögender Jachtbesitzer auf dem Mittelmeer. Seit fünfzehn Jahren plant er im Auftrag vermögender Kunden hochexklusive Events auf hoher See. Einblicke in die glitzernde Welt der Schifffahrt. Von Florian Schwab aus Sanremo und Monaco

Sanremo. Malerisch liegt das Küstenstädtchen in der heissen Sommersonne. Im tiefblauen Meer spiegeln sich die charakteristisch gelblichen Häuser der ligurischen Küste. Touristen schlendern die Uferpromenade entlang. Ein leichter Dunst liegt über dem Wasser. In einiger Entfernung sind die Umrisse der vor Anker liegenden Schiffe zu sehen: grosse und kleine Sportjachten sowie Kreuzfahrtschiffe. Unser Ziel ist der Jachthafen. Zutritt erhält nur jemand, dessen Name auf einer der Einschiffungslisten der Küstenwache figuriert. Aufmerksame Grenzwächter prüfen jeden Pass.

Die weltweit gleich gehandhabten, strengen Sicherheitskontrollen seien nach 9/11 eingeführt worden, sagt Christian Mühleck mit etwas Bedauern. Seine Passagiere diskret durch die Prozedur der Einschiffung zu lotsen, bedeutet im Geschäft von Christian Mühleck regelmässigen Auftakt zu einer unvergesslichen «Cruise». Vor fünfzehn Jahren hat sich der ehemalige

Privatkapitän mit einer Geschäftsidee selbständig gemacht: hochexklusive Events auf hoher See. Obwohl er seither nur noch selten am Steuer sitzt, nimmt man Mühleck den Kapitän durchaus auch heute noch ab – zackiger Auftritt, kerzengerade Haltung, sportliche Figur. Nur der bayerische Zungenschlag passt nicht so ohne weiteres in das Gesamtbild.

Inklusive Casino an Deck

Unser Ziel ist ein Kreuzfahrtschiff mit rund fünfzig Kabinen. Es ist einer der Verkaufsschlager von Mühlecks Firma Ocean Events. Viel Holz. Geschwungene, elegante Formen. «Gewisse Kunden schätzen den historischen Touch, den gediegenen Charme und den äusserst gehobenen Hotel- und Gastronomiebetrieb», führt Mühleck aus. Obwohl wir uns, technisch gesehen, auf einem kleinen Kreuzfahrtschiff befinden, «fühlt man sich hier wie auf einer Privatjacht». Vierzehn Köche kümmern sich um das

Wohl der maximal 110 Gäste. Das Schiff hat einen Pool und vier Bars, einen Wellness- und Spa-Bereich. Sogar ein Casino hat darauf Platz gefunden.

In diesem Jahr haben Mühleck und sein Team vom bayerischen Starnberg aus ein Dutzend «Charter-Cruises» weltweit organisiert, also mehrtägige Reise-Events auf dem Schiff. Privatkunden und Unternehmen hielten sich zahlenmässig etwa die Waage, erzählt Mühleck. Das Angebot reiche von Megajachten für maximal 36 Personen über nostalgische Segelschiffe bis hin zu riesigen Kreuzfahrtschiffen mit 2000 oder mehr Kabinen. Ocean Event hat über 280 Schiffe von 25 Reedereien im Angebot. «Wir helfen unseren Kunden dabei, für jeden Anlass das passende Schiff auszusuchen.» Der zentrale Mehrwert bestehe darin, «für den Charterkunden eine Reise zu organisieren, die es so kein zweites Mal gibt». Vor kurzem sei er mit einer Feiergusellschaft auf einem Kreuzfahrtsegler

aus dem Hafen von Venedig ausgefahren, dazu dazu intonierte ein Ensemble eines bekannten italienischen Orchesters Barockmusik auf dem Oberdeck.

Mühleck verdient sich sein tägliches Brot damit, selbst Kunden, die schon sehr viel erfahren haben und sich alles leisten können, noch etwas Besonderes zu bieten. Und ein Schiff ermögliche dies nun einmal: «Die Leute suchen Gemeinsamkeit, und wo hat man das mehr als auf einer Schiffsreise?» Bei dieser anspruchsvollen Aufgabe kommen ihm seine detaillierten Kenntnisse des Mittelmeers zupass, die er in seinem früheren Leben als privater Kapitän auf Sportjachten erworben hat. Unentdeckte Flecke gebe es zwar im Mittelmeer leider keine mehr, aber viele, die man nur mit Sondergenehmigung anlaufen könne, weil sie beispielsweise nautisch sehr anspruchsvoll zu erreichen sind. Insbesondere seit dem Unglück der «Costa Concordia» seien die Behörden bei den Sondergenehmigungen deutlich zurückhaltender geworden. «Für uns ist das gut, weil wir das Geschäft kennen.»

Sterne Koch und DJ inklusive

Eines von Mühlecks liebsten Elementen zur Anreicherung von Seereisen besteht darin, die Reise auf dem Schiff mit einem Fest an Land zu kombinieren. Also beispielsweise exklusive Beachpartys an weissen Privatstränden, mit dem beleuchteten Schiff als Kulisse. Ein kleiner Strand in Sardinien, wo man mit hundert Leuten einen schönen Abend verbringen kann? Kein Problem.

Gleich ab dem ersten Gespräch mit dem Kunden komponiert Mühleck die Reise. Da die «Cruises» mehrere Tage dauern, sei ein «roter Faden» oder ein Spannungsbogen wichtig. Bei einer fünftägigen Hochzeitsreise empfehle es sich meist, die Stimmung langsam zu steigern und die eigentliche Zeremonie am dritten Abend abzuhalten. Er sei ein visueller Mensch, sagt Mühleck. In seinem Kopf laufe recht schnell ein sehr genauer Film davon ab, wie die Reise aussehen werde.

Mittlerweile ist es später Nachmittag. Zeit für die Weiterfahrt nach Monte Carlo. Die grösste Mittagshitze ist vorüber. Die Passagiere kehren von ihrem Rundgang durch Sanremo zurück. Die Jetski, welche das Schiff als sportliche Attraktion bietet, werden wieder an Bord gebracht. Auf der Kommandobrücke beobachten wir das Auslaufen. Das hölzerne Schiffsteuerad mit Messingnabe ist heute eher Dekoration: Ähnlich wie Flugzeuge führen auch Passagierschiffe heute jede Menge Hightech mit, darunter einen Autopiloten. Rund vier Stunden dauert die gut vierzig Kilometer lange Fahrt. Ruhig und sicher treiben die beiden Dieselmotoren das Schiff durch das silberne glitzernde Wasser.



In der Abenddämmerung fahren wir im Hafen von Monte Carlo ein – dem Zentrum des Fürstentums Monaco, das wie kein anderer Ort auf der Welt für Reichtum steht. Das sieht man auch: unzählige Yachten in allen denkbaren Grössen. «So eine 70-Meter-Yacht», sagt Mühleck und zeigt auf ein besonders schnittiges Exemplar, «kostet zirka 100 Millionen Euro.»

Viele seiner Kunden könnten sich ein solches Schiff leisten. Doch sie halten nichts davon, ein eigenes Schiff das ganze Jahr lang in irgendeinem Hafen stehenzulassen. Auch die typische Ferien-Klientel, die sich für den Sommerurlaub eine Yacht mietet, ist nicht die Domäne von Mühleck. «Pro Woche kostet eine mittelgrosse Luxusyacht vielleicht 250 000 Franken ohne Nebenkosten.» Von diesen Schiffen schwämmen Hunderte in den Wassern des Mittelmeers. «Im Sommer sind sie fast alle vermietet.»

Christian Mühleck geht es darum, für einzigartige Erlebnisse zu sorgen. Meistens gehe es um Hochzeiten oder um Jubiläen. Eine dreitägige Hochzeitsfahrt für hundert Personen, rechnet Mühleck vor, bekomme man bei ihm inklusive Verpflegung und Nebenkosten ab etwa 220 000 Euro. «Aber natürlich ist der Preis nach oben hin offen.» Eine besonders grosse

Ein kleiner Strand in Sardinien für einen schönen Abend mit hundert Gästen? Kein Problem.

Zahlungsbereitschaft herrsche bei Seefahrten mit Star-Acts bekannter Künstler. Wenn exklusive Livebands oder weltberühmte DJs engagiert werden, sei man «je nachdem auch einmal

im gut siebenstelligen Bereich». Aber auch Gastronomie sei ein wichtiges Thema. Manch ein Gast lasse gerne einen Sternekoch einfliegen oder bestelle «Kaviar und Champagner-Splash» als Auftakt zu einem opulenten Barbecue.

Stolz auf den wirtschaftlichen Erfolg

Mühleck zeigt auf das Gebäude des soeben neugebauten Monaco Yacht Club, das einem gigantischen Schiff nachempfunden ist. «Früher kam man da leichter rein», sagt er. Aufgrund seiner jahrelangen Erfahrung könne er seinen Gästen den Zutritt zu den hochexklusiven Yachtclubs des Mittelmeeres verschaffen, dem Yacht Club Costa Smeralda in Porto Cervo beispielsweise.

Die Kunden von Mühleck setzen sich je rund zur Hälfte aus Deutschen und aus Schweizern zusammen. Für die Bearbeitung des Schweizer Markts hat er eigens einen Schweizer angestellt: Der gebürtige Engadiner Corsin Parolini war viele Jahre lang in der Zürcher Eventbranche tätig, bevor er letztes Jahr zu Ocean Event wechselte. Er betont, dass die Schweizer Kundschaft besonders gut auf das Angebot anspreche. Es sei halt auch ein bisschen eine Frage der Kultur, und in der Schweiz sei man eher stolz auf wirtschaftlichen Erfolg als in anderen europäischen Ländern.

Über die Stränge geschlagen, betont Mühleck, hätten seine Gäste noch nie. «Wir haben es ja mit seriösen und gutkalkulierenden Gästen zu tun.» Nur einmal habe ihn ein Kunde gewarnt: «Meine Freunde und ich, wir feiern wirklich gerne.» Für die Feier an Bord brauche es vermutlich Security. Mühleck willigte ein und traf die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen. «Es ist dann aber nicht mehr passiert, als dass vielleicht mal ein Glas in den Pool flog.»



«Ich will auch später mein Leben selbst in die Hand nehmen.»

Vera Last
Leiterin Financial Accounting
zum längeren, selbstbestimmten Leben



Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man skeptisch werden, wenn Flüchtlinge plötzlich in «Geflüchtete» umbenannt werden sollen? *Lukas Gasser, Chur*

Wir leben in einer Zeit der Umbenennungen. Studenten werden zu Studierenden, Lehrlinge zu Lernenden, und jetzt hat's den Flüchtling erwischt, dessen kleinste Sorge es vermutlich ist, wie man ihn bezeichnet. Das Wort «Flüchtling» ist männlichen Geschlechts, was in den Augen von Gender-Enthusiasten ein Makel ist. Einige Wörter mit dieser Endung sind negativ besetzt: Emporkömmling, Feigling, Weichling. Andere ganz und gar nicht: Frühling, Liebling, Säugling. Ich sehe keinen Grund, Flüchtlinge umzubenennen. Das Wort hat nichts Anrüchiges, war es doch 2015 «Wort des Jahres» der Gesellschaft für deutsche Sprache. *Max Wey*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Wann endlich wird dieser Augiasstall der Intoleranz zugunsten einer unideologischen Lehre und Forschung ausgemistet?» *Stephan Amacker*

Verquere Ideologie

Nr. 42 – «Campus-Tyrannie»; Philipp Gut über linke Krawall-Studenten

Unerschütterliche Tatsache bleibt, dass seit rund fünfzig Jahren regelmässig eine neue Generation mit einer verqueren Ideologie angefixt wird. Notabene eine mit millionenfachem Vernichtungspotenzial im Namen von Marx, Engels, Lenin, Mao, Ho Chi Minh und Pol Pot. Nach den Revolutionären Zellen der RAF nennen sie sich gegenwärtig unwesentlich anders. Alle Protagonisten sind dem Nachrichtendienst und den Polizeikörpern bestens bekannt. Dennoch dürfen sie ungestört im rechtsfreien Raum marodieren und werden gar mit Steuergeldern alimentiert. Der Tatbestand des tausendfachen Landfriedensbruchs ist hinlänglich erfüllt. *Daniel Gehringer, St. Gallen*

1968 studierte ich an der ETH und erlebte am Beispiel der Uni den «Marsch durch die Institutionen» eins zu eins. Wir wurden damals aufgefordert mitzumachen und jeweils als «Genossen» begrüsst. Das schreckte die meisten ETH-Studenten jedoch ab, und sie widmeten sich lieber weiterhin ihren Studien. Heute fragt man sich: Warum dümpelt die Uni Zürich auf der Rangliste der besten Universitäten abgeschlagen hinter Rang hundert (ETH Platz neun)? Und wann endlich wird dieser Augiasstall der Intoleranz zugunsten einer unideologischen, politisch neutralen Lehre und Forschung ausgemistet? *Stephan Amacker, Neftenbach*

Universitäten stehen für freies Reden und Denken. Wer sich hinter anonymen Gruppierungen versteckt und mit Gewalt und Tumult droht, ist nicht nur feige, sondern schadet immens den Errungenschaften der Meinungsfreiheit und der offenen Demokratie. Also beim nächsten Mal: «Stellt euch offen und ohne Drohungen der Diskussion oder schämt euch!» *Hugo Engeler, Zürich*

Demokratisches Menschenrecht

Nr. 42 – «WC-Deckel der EU steht über Schweizer Verfassung»; Valentin Landmann über das Völkerrecht

Noch ist die Schweiz ein souveräner Staat und kein Mitglied der EU. Sie hat als einziges Land der Welt eine direkte Demokratie, also eine Volksdemokratie ohne Berufspolitiker, Präsidenten, Kanzler oder Premierminister. Wenn die Bevölkerung die bilateralen Verträge kritisieren, abändern, anpassen oder gar kündigen will, dann ist es unser von der direkten Demokratie gegebenes Menschenrecht, dies zu tun.

Alle Parteien und Gruppierungen, die für das uneingeschränkte EU-Menschenrecht sind und behaupten, die Schweiz dürfe sich nicht abschotten, handeln grundsätzlich gegen die direkte Demokratie. Sie wünschen sich das EU-Modell ohne Mitsprache des unwissenden und dummen Volkes. Die Selbstbestimmungsinitiative ist daher nichts anderes als eine Abstimmung über den Fortbestand unserer direkten Demokratie und hat nichts mit EU-Menschenrecht zu tun!

Matthias Werner Lenggenhager, Stäfa

Wenn alle Völker dem gleichen Recht unterstehen müssen, kann nicht mehr von Völkerrecht gesprochen werden. Wir haben dann ein globales Staatenrecht, das die einzelnen Völker entrechtet. Ein solches Rechtssystem ist im Interesse aller abzulehnen.

Margrith Mangold, Basel

Wenn die Richter ihre Urteile nur noch nach EU-Recht fällen, tut sich eine wunderbare Sparmöglichkeit auf: Man kann alle Justizbeamten entlassen und die Rechtsprechung der EU überlassen. Das entlastet den Haushalt des Bundes und der Kantone um mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr. Der eine oder andere mag befürchten, dass dann die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung ansteigen werden. Dem ist nicht so. Dank Personenfreizügigkeit können arbeitslose Juristen problemlos in EU-Länder auswandern und dort gute Stellen finden oder schlimmstenfalls von der EU-Fürsorge leben, wie das viele EU-Bürger auch in der Schweiz tun. *Max Salm, Umiken*

Kindernamen

Nr. 43 – «Säge mer danke»; Daniela Niederberger über die Familie Beyeler

Ein wunderschöner Artikel! Bei den Kindernamen kommt tatsächlich das Hebräische oft zum Tragen, nämlich bei Chaya, Joachim, Gabriel, Melchior, Raffael, Ariel und in «Eli» von Elinora. Aber gerade auf jene zwei Beispiele, die im Artikel als typisch hebräisch hervorgehoben werden, trifft dies nicht zu: Sowohl Anastasia (Auferstehung) wie auch Athanasius (der Unsterbliche) sind altgriechische Namen. *Siegiward Strub, Sent*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

1		2		3		4	5	6		7	8	9	10	11
12	13		14			15					16			
17										18				
19						20			21		22			
			23		24				25	26				
27		28					29		30			31		32
33					34	35		36				37	38	
				39						40	41			
42	43		44		45				46		47			
48				49				50						
51											52			
	53									54				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Massnahmen nach Bockigkeit

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 3 Man hat in England die Wahl zwischen Mündeln und Wahlbezirken. 7 Eine Lösung zwar, aber ganz schön ätzend. 12 Unsere Freundin stammt aus dem Tessin. 15 Solche Schafe passen in Flussgebiete. 16 Tierisch schnelle Zweitaktgangart. 17 Wo eine Vorspeise, ist auch er. 18 Teils riesig, die aus Quellen gespeisten Nahrungsquellen. 19 Niemand wird gern so genannt, das war schon Goethe bekannt. 20 Russische Region und geologische Periode. 22 Er war ein berühmter und hiess auch so. 23 Stein – nicht am Rhein, sondern in Spanien. 25 Wo wir uns an solchen Weiden weiden. 27 Rapper Roman Geike – so dann besser bekannt. 30 Es ist für einen Romand weit, wenn alles seine Ordnung hat. 33 Europas grösster Verkehrsclub. 34 Dem Schrank sei Dank, denn er schützt. 37 Sie, oft Liebling der Enkel. 39 Zürich, wie es Zürcher am besten kennen. 40 Reginald Dwight, so genannter John. 42 Unterwegs mit jenem Kerouac, 60 Jahre ist es her. 45 Politiker mit solchem Anhang sind ziemlich feminin. 47 Ausnahmslos zu Ende gegangen. 48 Zwölfhellster Stern am Nachthimmel. 50 Kein Schmusetier, der Meerkatzenverwandte. 51 Eine wie Liv Ullmann. 52 Unerheblich, was dann immer. 53 Nicht vom Rhein ist die Rede, sondern von ihm, der in ihn fliesst. 54 Er sieht die mit seinem Namen versehenen Alpen.

Senkrecht — 1 Seine Neigung ist schon schräg. 2 Amerikaner nennen die südfranzösische Hafenstadt hübsch. 3 Mit ihm zur Seite werden Detektive besser. 4 Nicht so bekannt wie der Rumba, aber auch in Kuba entstanden. 5 Führer, wie es ihn in Italien nur einmal gab. 6 Aussergewöhnlich, und zwar in hohem Masse. 8 Auf den Tempowechsel folgt für Musiker seine Aufhebung. 9 Was nach dem Pinkeln übrig bleibt. 10 Zwirne sind stärker als sie. 11 In diesem Augenblick ist es flach. 13 König der Markomannen um die Zeitenwende. 14 Der Vorvorgänger Macrons. 21 Eine der 83 Inseln des Inselstaates Vanuatu. 24 Eine der ältesten Städte der Neuen Welt (Dominikanische Republik). 26 Italiener bezahlten mal mit ihnen. 27 Stadt in Katar (mit Doppel-j statt y). 28 Sie hilft, Wimpern zu verschönern. 29 Bereitwillig und anstandslos. 31 Schwierige Situation. 32 Die galaktische Barbarella in Wirklichkeit. 35 Dabei kann man ins Schnaufen geraten. 36 Einer von Don Giovannis Interpreten. 38 Herr Müller aus Ungarn. 41 Keine Spezialisten, doch vielleicht Liebhaber. 43 Gewissermassen das Minimum eines Stoffes. 44 Neuseeland: flugunfähiger Vogel oder säuerliche Frucht. 46 Auch ohne Wunder ein Ausruf der Verwunderung. 49 Fühlt sich wohl in Tundra und Taiga.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 540

L	A	M	B	D	A	S	P	I	E	S	S	I	G
E	A	O	R	F	E	O	X	A	N	A			
G	E	I	G	E	N	R	H	E	I	N	T	A	L
I	R	D	E	N	S	O	L	I	T	A	I	R	E
T	H	E	R	H	M	G	F	E	R	I	E		
M	A	G	E	R	T	S	E	N	S	E	R		
E	S	A	U	B	A	U	E	N	E	N	D	E	
I	T	A	I	I	E	N	I	T	A	I	A		
D	E	R	K	R	E	U	Z	L	I	N	G	E	N
F	N	D	L	O	S	M	E	I	R	O	M	A	
N	E	N	E	S	S	C	E	Y	L	O	N		
B	R	A	E	T	O	C	H	S	D	N	A		

Waagrecht — 1 LAMBDA (Lambada) 5 SPIESSIG
11 ORFEO (it. f. Orpheus) 12 ANA 13 GEIGEN
16 RHEINTAL 19 IRDEN 20 SOLITAIRE
21 HERUM 22 ERIE 23 MAGER 25 SENSE
26 ESAU 27 BAUEN 28 ENDE 30 ITALIEN
32 ITAL 34 DER 35 KREUZLINGEN 39 END-
LOS 40 MEIR (Reim) 41 OMA 42 NESS 43 CEY-
LON 44 BRAET 45 OCHS (Kapaun: kastrierter
Hahn) 46 DNA

Senkrecht — 1 LEGI (geil) 2 MAID 3 DOENER
4 ARN (ran) 5 SEROM 6 POHL (Die Zeit... ist
Filmtitel) 7 EXIT 8 SATIREN 9 INARI (Göttin
der Fruchtbarkeit) 10 GALEERE 14 ERTAS-
TEN 15 GEHEUL 17 EIGENTLICH 18 NAE-
SELN 20 SUTANE (Obergewand gewisser
Geistlicher, meist Soutane geschrieben) 23 MEI-
DEN 24 GAARDER (mit Buchtitel) 25 SEIZE
(franz. f. sechzehn, Louis XVI.) 27 BERSET
29 DAEMON 31 IKONE 33 (Buenos) AIRES
36 UMSO 37 GOLD 38 NANA

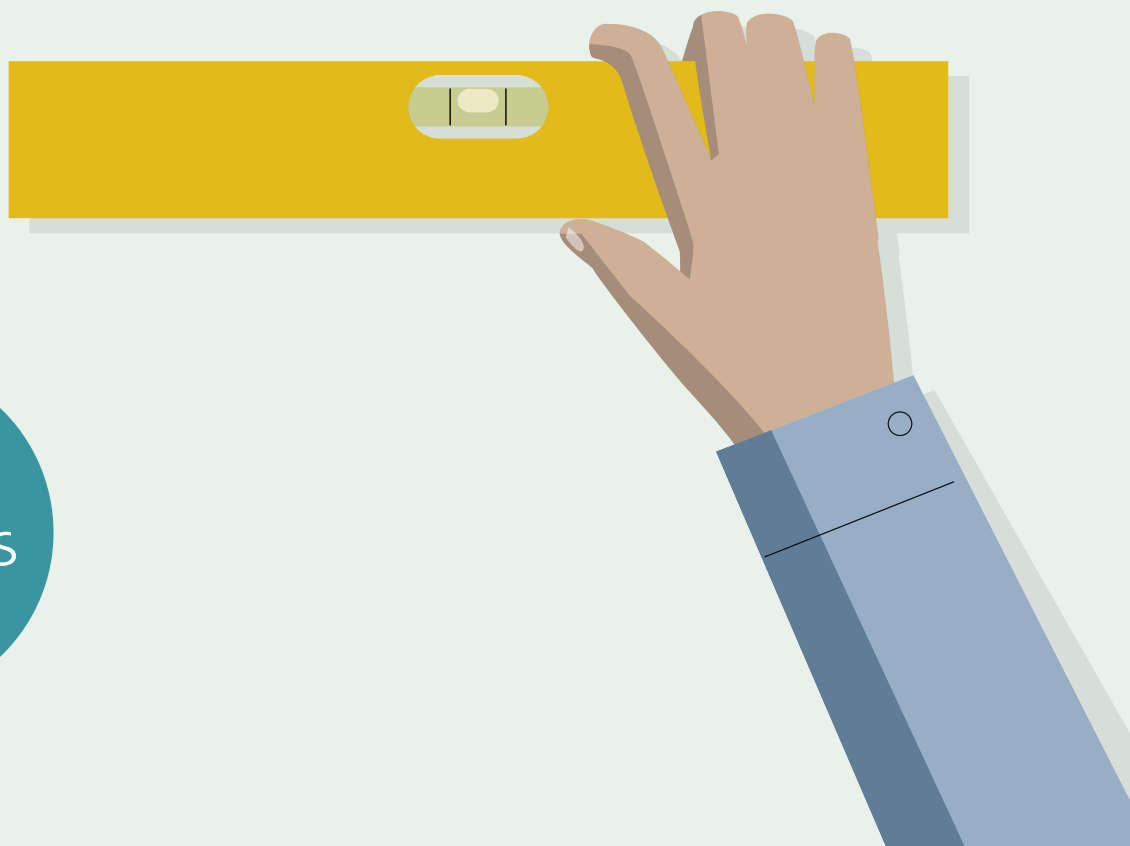
Lösungswort — **BAERENDIENST**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Berufslehre hat Zukunft

Gemeinsam mit **SwissSkills** engagieren
wir uns für die Berufsbildung



Das duale Berufsbildungssystem ist ein wichtiger Erfolgsfaktor unserer Wirtschaft. Als Lehrlingsausbildnerin liegt es uns am Herzen. Zusammen mit SwissSkills setzen wir uns für die Berufslehre und die Berufsmeisterschaften ein. Und als Presenting Partner unterstützen wir das SwissSkills Team an den internationalen Wettkämpfen.